

INTERNATIONALER VERGLEICH DER STADTERNEUERUNG

Zwischenbericht

Juli 1979

**INTERDISZIPLINÄRES FORSCHUNGSPROJEKT AM
INSTITUT FÜR WOHNUNGSBAU UND STADTHEILPLANUNG (IWOS)**

TECHNISCHE UNIVERSITÄT BERLIN

RECI 4.5

I N T E R N A T I O N A L E R V E R G L E I C H
D E R S T A D T E R N E U E R U N G

Bedingungen, Verfahren und Resultate der
Stadterneuerung in Europa

Vergleich ausgewählter Stadterneuerungsmaßnahmen
in der Bundesrepublik Deutschland, Großbritannien
und den Niederlanden

Z W I S C H E N B E R I C H T

Juli 1979

Interdisziplinäres Forschungsprojekt (IFP 8/1) am
Institut für Wohnungsbau und Stadtteilplanung
Technische Universität Berlin

MITGLIEDER DER FORSCHUNGSGRUPPE:

Prof. Declan Kennedy

Jochen Korfmacher
Volker Heise

Christian Schäfer
Karim Emaminia

Christiane Bascón-Borgelt
Karin Ganssaug
Claus Hömberg
Folckert Lünen
Ellen Nausester

Dr. Kerstin Dörhöfer

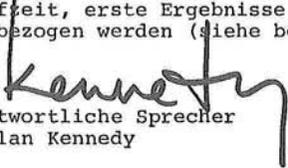
Skript: Marianne Babazadeh

Vorwort

Trotz der immer dringlicher werdenden Probleme der Stadterneuerung insbesondere in Berlin-West, sind die zur Verfügung stehenden Lösungsansätze nicht ausreichend. Dem entspricht eine unzureichende Grundlagenforschung, die der Komplexität der Stadterneuerung nicht angemessen ist. Insbesondere fehlen vergleichende Studien, die über erkenntnistheoretische Ziele hinaus anwendungsorientiert Strategien aus anderen Ländern auf ihre Übertragbarkeit überprüfen. Das interdisziplinäre Forschungsprojekt (IFP 8/1), dessen Zwischenbericht hier vorgelegt wird, ist das erste seiner Art am Fachbereich 8. In diesem Zusammenhang scheint es mir dringend erforderlich, den seit langem an der Technischen Universität anvisierten Forschungsschwerpunkt aufzubauen. Das vorgestellte Forschungsprojekt könnte hierzu richtungweisende Ansätze geben. Günstige Voraussetzungen für einen Forschungsschwerpunkt liegen auch darin, daß wir im Rahmen des IFP 8/1 mit Hochschulen kooperieren, die inzwischen derartige Schwerpunkte installiert haben.

Die Aktualität unseres Ansatzes liegt in der zunehmenden Verschlechterung der Wohn- und Lebensbedingungen in den innerstädtischen Wohngebieten, die in den letzten Jahren den Widerstand der betroffenen Bewohner hervorgerufen hat. Die Diskussion über die Ursachen dieser Entwicklungen und der Zusammenhang zu den städtischen Protestbewegungen ist bereits in verschiedenen Wissenschaftsdisziplinen unter dem Aspekt geführt worden, welche Verbesserungen der Lebensverhältnisse durch diese Gruppen erreicht werden können. Stadtplaner und Architekten befassen sich erst in jüngster Zeit damit. Vor diesem Hintergrund muß die Relevanz des Forschungsprojekts eingeschätzt werden, da es Ziel und Methode zugleich ist, mit und für die Betroffenen Strategien zur Verbesserung der Lebensbedingungen zu entwickeln. Mit den Ergebnissen, die im Rahmen der Forschungsarbeit besonders durch die vergleichenden Fallstudien erzielt werden, können Stadtplaner und Mitarbeiter in der kommunalen planenden Verwaltung Anregungen für ihr Handeln erhalten. Dadurch wird der Bezug zur Praxis gewährleistet und die Möglichkeit einer differenzierten und detaillierten Bestandsaufnahme der Lebensbedingungen, Verhaltensweisen und Einstellungen der Bewohner geschaffen.

An der Architekturfakultät der Technischen Universität besteht ein Mangel an Forschungsergebnissen, die direkt in die Lehre einfließen können. Durch die personelle Konstellation der Forschungsgruppe, die aus hauptsächlich in der Lehre arbeitenden Hochschulangehörigen und ausschließlich in der Forschung tätigen Wissenschaftlern besteht, konnten schon jetzt, nach eineinhalbjähriger Laufzeit, erste Ergebnisse der Forschung in die Lehre einbezogen werden (siehe besonders Punkt 6).


Der verantwortliche Sprecher
Prof. Declan Kennedy

KURZFASSUNG DER ZWISCHENERGEBNISSE

1. Obwohl die Ursachen der Stadterneuerung ihre nationalspezifischen Ausprägungen in den einzelnen Ländern erfahren, sind sie doch in hohem Maße ähnlich. Die für Agglomerationsräume derzeit charakteristischen räumlichen Umstrukturierungsprozesse üben auf die noch vorhandenen innenstadtnahen Wohngebiete in den großen Städten dieser Länder einen starken Umnetzungsdruck aus und können damit als überall gleiche Auslöser für den Erneuerungsprozeß alter Wohngebiete verstanden werden. Berlin(West) bildet einen Sonderfall, da hier Umstrukturierungsprozesse weniger durch Investitionsdruck als durch politische Entscheidungen der staatlichen Wohnraumversorgung bestimmt sind.

2. In den untersuchten Ländern sind durch die im Zuge der Stadterneuerung durchgeführten Maßnahmen keine Verbesserungen der Wohn- und Lebensverhältnisse der Bewohner mit niedrigem Einkommen erreicht worden. Die Verdrängung der angestammten Bevölkerung durch die Erhöhung der Wohnkosten und/oder die Verringerung der Anzahl der Wohnungen nach den Erneuerungsmaßnahmen in andere Sanierungsgebiete oder an den Stadtrand ist eine in allen drei Ländern regelmäßig eintretende Auswirkung, auch wenn die ehemalige Wohnnutzung weitgehend beibehalten wird.

3. Die Verschlechterung der Wohn- und Lebensverhältnisse durch Stadterneuerung ist umso einschneidender, je unzulänglicher das allgemeine System der nationalen Wohnraumversorgung für die Bewohner mit niedrigem Einkommen ist. Die bisherigen Untersuchungen zeigen, daß von den drei untersuchten Ländern die Wohnraumversorgung in Großbritannien vor allem durch die staatliche Wohnungspolitik vor dem Hintergrund einer verschärften ökonomischen Krise derzeit am unzureichendsten ist. Durch die seit einigen Jahren durchgeführten Kürzungen öffentlicher Mittel gekennzeichnet, wird die Wohnraumversorgung ständig schlechter. Verglichen mit der Bundesrepublik Deutschland und den Niederlanden zeichnet sich die Situation in Großbritannien jedoch nur in ihrem Umfang als besonders bedrohlich aus - die existenzielle Betroffenheit der einzelnen Bewohner mit niedrigem Einkommen in den innerstädtischen Sanierungsgebieten ist in allen drei Ländern identisch.

4. Die Bedeutung der Wohnraumversorgung der Bewohner in Stadterneuerungsgebieten ist im Zusammenhang mit anderen ihre Existenz gefährdenden Faktoren zu relativieren: Geringes Einkommen, Arbeitslosigkeit, Krankheit und Einsamkeit sind Indikatoren, die durch unzumutbare Wohnverhältnisse verstärkt werden und häufiger zu Resignation als zu Widerstand führen. Zur Resignation neigen in allen drei Ländern am ehesten die besonders Betroffenen; Ausländer, Alte, Frauen, Arbeitslose. Sie erwarten, wenn überhaupt, Hilfe von den sozialstaatlichen Instanzen der Fürsorge und sind nur selten bereit, sich an radikalen Formen des Protestes zu beteiligen. Das Problem der Aktivierung dieser Bevölkerungsgruppen ist bisher ungelöst.

5. Der von den Betroffenen geleistete Widerstand gegen die Verschlechterung läßt sich umso weniger in die institutionalisierten Formen der Betroffenenbeteiligung kanalisieren, je bedrohlicher und existenzgefährdender die Lebensverhältnisse durch die Maßnahmen der Stadterneuerung erfahren werden.

6. Die Intensität und die Wirksamkeit des Protestes gegen die unzumutbaren Lebensverhältnisse werden in den einzelnen Ländern unterschiedlich artikuliert. Von großer Bedeutung ist die Unterstützung und Beratung über mögliche Formen der Gegenwehr, die die Betroffenen durch Gruppen und Organisationen mit sozialfürsorgereichen und sozialreformerischen Zielen erhalten. Sie unterscheiden sich in den untersuchten Ländern entsprechend der nationalspezifischen Misere der Wohnungsversorgung in der Radikalität mit der die sozialstaatlichen Instanzen gezwungen werden, sich der dringenden Probleme anzunehmen.

7. Eine besondere Form der Unterstützung ist in Großbritannien und in den Niederlanden vorhanden. Es handelt sich um landesweite Beratungsteams von Experten der Stadterneuerung, die im Auftrag der von der Stadterneuerung betroffenen Bewohner arbeiten. Sie beraten sie und entwickeln alternative Vorschläge, mit denen gegen staatliche Maßnahmen argumentiert werden kann.

8. Die institutionalisierten Formen der Betroffenenbeteiligung haben in den einzelnen Ländern unterschiedlich lange Tradition und beruhen auf einer differenzierten staatlichen Bereitschaft, Betroffene über Planungsabsichten zu informieren und ihnen Gelegenheit zu geben, ihre Einwände zu artikulieren. Gemeinsam ist sowohl der "inspraak" und der "bewonerparticipatie" in Holland, der "public inquiry" und der "Citizen Participation" in England, der Einspruchsmöglichkeit und der Sozialplanung in der Bundesrepublik, daß sie als Bestandteil eines Planungsprozesses konzipiert sind, der seinen Teil zur reibungslosen Durchsetzung geplanter Veränderungen leisten soll. In Abhängigkeit von dem politischen Druck, den Betroffenenorganisationen auf die politischen Instanzen ausüben können, modifizieren sich die Formen der Betroffenenbeteiligung in den einzelnen Ländern. Es scheint erfolgversprechend, Erfahrungen aus der extensiven Ausnutzung vorgegebener Beteiligungsverfahren durch die Betroffenen auf ihre Übertragbarkeit auf die Situation in Berlin zu übertragen.

9. Eine derzeit in allen drei Ländern unterschiedlich breit angelegte Strategie zur Abwälzung sozialpolitischer Verantwortung des Staates für die Wohnungsversorgung der Bevölkerung mit niedrigem Einkommen ist der Versuch, über die Umwandlung von Mietwohnungen in Eigentumswohnungen die alleinige Zuständigkeit der Bewohner für ihre Behausung zu erzwingen. Sie verschlechtert die Wohnungsversorgung und provoziert weitere Proteste.

10. Die staatlichen Reaktionen auf den Protest der Bewohner, die in unzumutbaren Wohnverhältnissen leben, reicht von der wohlwollenden aber unzureichenden Unterstützung von organisierter Selbsthilfe bei der Beschaffung von Wohnraum bis zur Kriminalisierung von Aktionen wie Mietstreiks und "Instandbesetzungen" - Zeichen des Eingeständnisses des Staates, mit den üblichen wohnungspolitischen Maßnahmen nur unzureichend zur Behebung eklatanter Mißstände in der Lage zu sein.

11. Die an Aktionsforschungskriterien orientierte Vorgehensweise - bisher in der Stadterneuerung und der Betroffenenbeteiligung in der BRD noch nicht angewendet - stellt für die Probleminventarisierung in Stadt-erneuerungsgebieten eine adäquate Methode für die Ermittlung von Einstellungen und Verhaltensweisen der betroffenen Bewohner dar. Teilnehmende Beobachtung, Mitarbeit und Beratung in den Aktivgruppen als wichtiger Bestandteil der Aktionsforschung ist eine in Großbritannien erfolgreich getestete Vorgehensweise, die zu qualitativ aussagefähigeren Daten und Informationen führt als traditionelle empirische Erhebungsmethoden der Sozialwissenschaften.

INHALTSVERZEICHNIS

Kurzfassung

1. Vorbemerkung	1
1.1 Veränderungen im Forschungsprogramm	1
1.2 Stand der Arbeit	4
1.3 Aufbau des Zwischenberichts	5
2. Ziele, Ausgangshypothesen und Untersuchungsebenen	6
2.1 Ausgangshypothesen und sozioökonomischer Bezugsrahmen der Stadterneuerung und der Betroffenheit der Bewohner	6
2.2 Ziele und Ausgangshypothesen zur Betroffenenbeteiligung	8
2.3 Die Bedeutung der Fallstudie für die Überprüfung der Ausgangshypothesen	11
2.4 Ziele und Hypothesen für einen Beitrag zur Diskussion über "städtische Krisen und soziale Bewegungen"	13
3. Vorgehensweise	19
3.1 Prinzipien der Aktionsforschung als methodische Vorgehensweise bei den Fallstudien	19
3.2 Strukturierung der Untersuchungsebenen	23
3.2.1 Untersuchungsebene "Sozioökonomischer Rahmen der Stadterneuerung"	23
3.2.2 Untersuchungsebene "Betroffenenbeteiligung"	26
3.2.3 Untersuchungsebene "Fallstudien" zu 1.: Die Gebietsbeschreibung zu 2.: Die Problemaufnahme	28
3.2.4 Untersuchungsebene "Betroffenenbeteiligung, soziale Bewegung und städtische Krise"	31
3.3 Verknüpfung der Untersuchungsebenen	33
3.4 Zur Methode des internationalen Vergleichs	35
4. Zwischenergebnisse auf den Untersuchungsebenen	37
4.1 Untersuchungsebene "Sozioökonomischer Bezugsrahmen"	37
4.1.1 Stadterneuerung, konkurrierende Flächennutzungsansprüche und Wohnungspolitik	37
4.1.2 Bedingungen und Wirkungszusammenhang der Stadterneuerung in Berlin-West	40
4.1.3 Sozioökonomischer Bezugsrahmen der Stadterneuerung in Großbritannien	47

II

4.1.3.1	Kurze Charakterisierung der derzeitigen Situation der Wohnungsversorgung in Großbritannien	52
4.1.3.2	Zur Einschätzung der Wohnungsversorgung und der Stadterneuerung in den innerstädtischen Arbeiterwohnquartieren in London	58
4.2	Untersuchungsebene "Betroffenenbeteiligung"	63
4.2.1	Formen der institutionalisierten Betroffenenbeteiligung in Großbritannien	63
4.2.1.1	Rechtliche Bedingungen der Betroffenenbeteiligung von 1947 - 1969	63
4.2.1.2	Rechtliche Bedingungen der Betroffenenbeteiligung, die nach 1968 institutionalisiert wurden	66
4.2.1.3	Betroffenenbeteiligung, Forderungen von Betroffenen und genossenschaftliche Selbsthilfemaßnahmen	67
4.2.1.4	"National Campaign for the Homeless-SHELTER"	68
4.2.2	Formen der institutionalisierten Betroffenenbeteiligung in NL	70
	a) Was ist "inspraak"?	
	b) Rechtliche Rahmenbedingungen	
	c) Formen der "bewonersparticipatie"	
4.3	Untersuchungsebene "Fallstudien"	73
4.3.1	<u>Fallstudie Berlin-Kreuzberg, SO 36</u>	73
4.3.1.1	Gebietsauswahl	75
4.3.1.2	Stadterneuerung in SO 36	75
1.	Beschreibung der Wohn- und Arbeitsbedingungen	75
1.1	Lage und Charakterisierung des Gebiets SO 36	75
1.2	Entstehungsgeschichte und Entwicklung der Wohnverhältnisse	75
1.3	Örtliche Untergliederung des Fallstudiengebiets	78
1.4	Bewohner des Gebiets	80
1.5	Einkommens- und Arbeitsverhältnisse der Bewohner	82
1.6	Wohnverhältnisse der Bewohner	83
1.7	Versorgung mit öffentlicher und privater Dienstleistung	84
1.8	Arbeitsplätze im Gebiet	87
2.	Veränderungen, Umstrukturierungen des bisherigen Stadterneuerungsprozesses	89
2.1	SO 36 als Auffangbecken für Umsetzmieter aus Sanierungsgebieten in Kreuzberg (ca. seit 1970)	89

III

2.2	SO 26 - entsprechend stadt- entwicklungspolitischen Zielvorstellungen verwal- tungsintern behandelt als "Auslaufgebiet"	89
2.3	SO 36 ausgewiesen als Sanie- rungsverdachtsgebiet 1973	90
2.4	SO 36 als aufgewertetes Wohngebiet zwischen Land- wehrkanal und Spree	91
2.5	Wettbewerbsverfahren"Strategien für Kreuzberg", Anlaß und Ziele	91
2.6	Bürgerbeteiligung	92
2.7	Resultate	94
2.8	Aus dem Strategienverfahren hervorgegangene Formen der Bürgerbeteiligung	95
2.8.1	Verein SO 36	95
2.8.2	Stammtisch - BI SO 36 und wei- tere Aktivgruppen im Gebiet	
2.9	Planungsaktivitäten und bauli- che und ökonomische Veränderun- gen während des und nach dem Strategienverfahren	96
2.9.1	Zukunftsinvestitionsprogramm zur "Verbesserung der Wohnum- welt" 1977-80	97
2.9.2	Bewegung auf dem Grundstücks- markt	100
2.9.3	Stand der Planung im Gebiet	101
4.3.1.3	Problemorientierte Inventa- risierung	106
1.	Vorgehensweise	106
2.	Aktivgruppen	107
2.1	Aktivgruppen mit staatlichen, kirchlichen und anderen öf- fentlichen Trägern	107
2.2	Staatlich finanzierte Aktiv- gruppen im Vorfeld der Insti- tutionalisierung	111
2.3	Selbstinitiierte, autonome Aktivgruppen	116
2.4	Einschätzung	120
3.	Probleme, Zielsetzungen, For- derungen	121
3.1	Wohnung und Miete	121
3.2	Wohnumfeld und soziale Dienst- leistungen	123
3.3.	Soziale Beziehungen, individu- elle und kulturelle Entwick- lungsmöglichkeiten	125
3.4	Einschätzung	126
4.3.1.4	Weiterarbeit an der Fallstudie SO 36	128
4.3.2	<u>Fallstudie Amsterdam-Dapper- buurt</u> (s. Anlage 2)	

IV

5. Arbeits- und Zeitplan	129
6. Zur Verbindung von Forschung und Lehre	131
6.1 Inhalt, Ziel und Form der Lehre am IWOS	131
6.2 Nutzen der Forschung für die Lehre	132
6.3 Wie wurde die Verbindung von Forschung und Lehre bisher gewährleistet?	132
6.4 Weitere Lehrprojekte	135
6.4.1 EG-Projekte	
6.4.2 Projekte im Wintersemester 79/80	
6.5 Übersicht über die Lehrprojekte, Diplom- arbeiten und Papiere, die in Verbindung mit dem Forschungsprojekt stehen	136
7. Literaturverzeichnis	139
7.1 Im Zwischenbericht genannte Literatur	139
7.2 Arbeitspapiere des IFP 8/1	150
8. Drittmittelbeantragungen des IFP 8/1	152
9. Aktivitäten des IFP 8/1 außerhalb der TU Berlin	157
10. Anlage 1, Leitfaden	
11. Anlage 2, Fallstudie Amsterdam, Dapperbuurt	
12. Anlage 3, Fallstudie London, South Brent	

1. VORBEMERKUNG

1.1 Veränderungen im Forschungsprogramm

Seit dem 1. Februar 1978 arbeitet am Institut für Wohnungsbau und Stadtteilplanung das mit universitären Mitteln geförderte interdisziplinäre Forschungsprojekt "Internationaler Vergleich der Stadterneuerung" (IFP 8/1). Im nachfolgenden wird der Zwischenbericht über die bisherige Arbeit vorgelegt.

Bei der Formulierung von Inhalt, Zielen und Methoden des Forschungsvorhabens war vorgesehen, die Arbeit als Teil eines von 5 kooperierenden Forschungsgruppen an Hochschulen in 3 Ländern durchzuführenden Verbundprojekts zu betreiben (s. Forschungsantrag, 8.6.77; Antragsergänzung, 17.10.77). Der Untersuchungsgegenstand war in 5 Problemfelder zerlegt worden. Es waren dies

- Problemfeld 1: Städtische Umstrukturierung
- Problemfeld 2: Wohnraumversorgung
- Problemfeld 3: Bauliche Realisierung
- Problemfeld 4: Kulturelle Identität
- Problemfeld 5: Mitbestimmung der Betroffenen
- Problemfeld 6: Berufsfeld und Ausbildung (vgl. Antragsergänzung, S.5)

Jede Gruppe sollte neben dem Problemfeld 6 ein bis zwei Problemfelder vertieft untersuchen.

Außerdem sollte jede Gruppe jeweils in Berlin-West, Hamburg, London und Amsterdam empirische Fallstudien in ausgewählten Altbaugebieten des Massenwohnungsbaus durchführen. Sie sollten der ortsspezifischen Ermittlung der im nationalen Zusammenhang und im Ländervergleich zu analysierenden Probleme der Stadterneuerung dienen.

Schwierigkeiten bei der Förderung der kooperierenden Gruppen führte zu Programmveränderungen

Wir mußten jedoch im Laufe des bisherigen Förderungszeitraums zur Kenntnis nehmen, daß es den anderen für das Verbundprojekt vorgesehenen Forschungsgruppen entweder nicht oder nur sehr verspätet gelang, eine Forschungsförderung zu erhalten. Bis zur Abgabe dieses Zwischenberichts war es keiner der Gruppen möglich, mit der vorgesehenen Arbeit zu beginnen. Wir sahen uns deshalb gezwungen, unser Forschungsprogramm den sich somit verminderten Kapazitäten anzupassen.

Dies hatte so zu geschehen, daß der von der Kommission der TU zur Förderung empfohlene, in unserem Antrag formulierte Forschungsschwerpunkt 1, der internationale Vergleich, (s. FNK-Beschluß 13/328-15.11.77) ausfüllbar blieb und daß die von uns aufgestellten Ziele weiter erreicht werden konnten. Uns schien es jedoch weder leistbar, selbst alle vorgesehenen Problemfelder zu bearbeiten, noch in allen vier Städten Fallstudien durchzuführen.

Das Forschungsprogramm sah ursprünglich vor, daß wir neben den Berliner Fallstudien und dem Problemfeld 6 die Problemfelder 2 und 5 bearbeiten sollten (vgl. Antragsergänzung, S.7f.). Wir erweiterten das Programm nun um das Problemfeld 1. Wir wollten es jedoch nur in Form einer Aufarbeitung seiner grundsätzlichen Mechanismen, wie sie in den Fallstudiengebieten wirksam werden, bearbeiten.

Auf die Bearbeitung der Problemfelder 3 und 4 meinten wir, zunächst verzichten zu können. Diese Problemfelder sind zur Erfüllung der Ziele unseres Forschungsansatzes nicht unabdingbar notwendig.

Drittmittel für
Forschungsgruppe
an der HdK-Berlin

Bei einer von uns angestrebten, mit Drittmitteln weiterzuführenden Arbeit wird jedoch auch der Einbezug der Problemfelder 3 und 4 zur Erweiterung der mit dem IFP 8/1 erreichten Ergebnisse notwendig. Eine solche Erweiterung ist über die Kapazitäten der TU hinaus schon jetzt abgesichert: Die Forschungsgruppe an der HdK Berlin, die diese Problemfelder schwerpunktartig bearbeiten wird, hat eine Drittmittelförderung bewilligt bekommen und wird am 1. Oktober d.J. mit ihrer Arbeit beginnen.

Drittmittel für
Forschungsgruppe
an der TH-Eindhoven

Eine Absicherung eines Teils der vorgesehenen Ergebnisse des IFP 8/1 ist durch die Drittmittelbewilligung für die in den Niederlanden an der TH Eindhoven arbeitenden Forschungsgruppe, die im Frühjahr d.J. erfolgte, geschehen.

Diese Gruppe hat ihre Arbeit zunächst als Analyse der Situation der Stadterneuerung in den Niederlanden in den Problemfeldern 1,2 und 5 vorgesehen. Das sind die Problemfelder, die auch von uns bearbeitet werden. Für die Niederlande jedoch konnte dies von uns aus kapazitären Gründen, die sich aus der beschriebenen Programmumstellung ergeben haben, bisher noch nicht geleistet werden. Durch die nunmehr gesicherte Förderung der niederländischen Gruppe wird dieser Teil des Forschungsprogramms jetzt rechtzeitig in unsere weitere Arbeit einfließen können.

Das Problemfeld 6 konnte beibehalten werden. Seine Behandlung ist durch die große Zahl der am Projekt teilnehmenden wissenschaftlichen Assistenten und durch den Hochschullehrer abgesichert.

Werkverträge für
Fallstudien in
London und Amsterdam

Im Bereich der Fallstudien konnte das Forschungsprogramm durch die Ausweitung der Kapazität des IFP 8/1 grundsätzlich beibehalten werden. Es wurden im Rahmen der nachgezogenen Sachmittelbewilligung zusätzlich zur ursprünglich bewilligten Förderung Mittel zum Abschluß von Werkverträgen mit Wissenschaftlern außerhalb der TU zur Verfügung gestellt (s. Schreiben TU, III C 13, 23.2.79 u. 29.5.79). Mit diesen Mitteln sind nach einem von uns erarbeiteten Leitfaden (Anlage 1) in London und Amsterdam Fallstudien begonnen worden (erste Beschreibung des Amsterdamer Fallstudiengebiets s. Anlage 2). Die wissenschaftliche Betreuung und die Koordination der weiteren Arbeit an den Fallstudien in London und Amsterdam liegt bei Mitarbeitern des IFP 8/1.

Leitfaden für
Fallstudien

Mit der Vergabe der Werkverträge und dadurch, daß der gleiche Leitfaden auch zur Grundlage der von uns begonnenen Fallstudie in Berlin-West benutzt wird, ist der internationale Vergleich auf der Fallstudienebene im Stadium der Bestandaufnahme abgesichert. Der Erfolg der weiteren empirischen Arbeit in den Fallstudiengebieten in London und Amsterdam wird vom Umfang der Mitarbeit der englischen und der niederländischen Forschungsgruppen und der Bewilligung weiterer Werkvertragsmittel durch die TU abhängen.

Laden in Kreuzberg

Eine wichtige Voraussetzung für die nächsten empirischen Schritte in unserem Fallstudiengebiet ist inzwischen geschaffen worden. Die TU hat in Kreuzberg einen Laden angemietet. Er wird zur Zeit mit Arbeitsplätzen versehen, so daß dort in den nächsten Wochen die Feldarbeit weitergeführt werden kann.

Die Finanzierung von Befragungen von repräsentativ ausgewählten Bewohnern des Fallstudiengebiets ist jedoch im Gegensatz zu den notwendigen Interviews mit Experten und Schlüsselpersonen sowie Gruppendiskussionen und teilnehmenden Beobachtungen noch nicht gesichert.

Binnenvergleich
von TU-B nicht ge-
fördert, jedoch
notwendig

Die Förderung des IFP 8/1 wurde entgegen unserem Antrag allein für den Forschungsschwerpunkt 1, den internationalen Vergleich, bewilligt. Es wurden keine Mittel für den Forschungsschwerpunkt 2, den nationalen Vergleich, zur Verfügung gestellt (s. Schreiben III A 3, 14.12.77). Wenn jedoch mit dem Forschungsvorhaben die Stadterneuerung, wie sie für die Bundesrepublik typisch ist, mit der Stadterneuerung in Großbritannien und den Niederlanden verglichen werden soll, kann zu Charakterisierung der Stadterneuerung der Bundesrepublik nicht nur die Situation in Berlin-West untersucht werden. Wegen der besonderen politischen und ökonomischen Situation dieser Stadt ist ein Vergleich der Stadterneuerung hier mit der in einer Großstadt im Bundesgebiet unumgänglich. Dieser Vergleich aber wird von der TU nicht gefördert. Wir waren deshalb auf die erwarteten Arbeiten der Forschungsgruppe an der HfbK Hamburg, die für den Forschungsverbund vorgesehen war, angewiesen. Diese Gruppe hat jedoch bisher keine Förderung bekommen. Damit stellt die Aufarbeitung der Hamburger Stadterneuerungssituation wie die Durchführung einer Fallstudie in Hamburg eine Lücke in der bisherigen Forschungsarbeit dar. Wir haben deshalb ersatzweise die Bedingungen der Stadterneuerung, wie sie sich in der Bundesrepublik seit ihrem Bestehen herausgebildet haben, thesenartig zusammengestellt (Anlage 3). Es ist zu erwarten, daß die Gruppe an der HfbK Hamburg in Zukunft diesen Bereich wie die Analyse der Hamburger Situation selbst bearbeiten wird. Wie und wann jedoch die notwendige Fallstudie in einem Hamburger Stadterneuerungsgebiet angefertigt wird, ist ungeklärt.

1.2 Stand der Arbeit

- Präzisierung der Ziele, Hypothesenbildung** Auf der Grundlage der veränderten Bedingungen im Gesamtprojekt haben wir in den vergangenen 18 Monaten die Ziele der Forschungsarbeit präzisiert und Hypothesen gebildet (s. Kapitel 2). Die Schwerpunkte unserer bisherigen Arbeit waren Entwurf und Festlegung des Forschungsdesigns (s. Kapitel 3) sowie Vorbereitung und Beginn der Fallstudienarbeit in Berlin (s. Punkt 4.3.1).
- Statt Problemfelder der Untersuchungsebenen** Wichtigstes Ergebnis der Diskussion zur Vorgehensweise war, daß wir für den komplexen Forschungsgegenstand die ursprünglich zur Strukturierung der Arbeit vorgesehenen Problemfelder als zu segmenthaft einschätzten. Die Inhalte der Problemfelder ordneten wir vier Untersuchungsebenen zu. Es sind dies die Ebenen
- "Sozioökonomischer Bezugsrahmen"
 - "Betroffenenbeteiligung"
 - "Fallstudien"
 - "Soziale Bewegungen"
- Zentrale Untersuchungsebene "Fallstudien"** Die zentrale Untersuchungsebene ist für uns die der Fallstudien. Deren methodische Konzeptionierung war somit ein wesentlicher Teil unserer bisherigen Arbeit. Auf der Basis einer ersten Gebietsbeschreibung und einer vorläufigen Einschätzung der bisher im Gebiet vorgegangenen Stadterneuerungsprozesse (s. Punkt 4.3.1.2) haben wir die Untersuchung der Lebensbedingungen im Fallstudiengebiet Berlin-Kreuzberg, Süd-Ost 36 (SO 36), begonnen (s. Punkt 4.3.1.3).
- Untersuchungsebene "Betroffenenbeteiligung"** Auf der Untersuchungsebene "Betroffenenbeteiligung" haben wir das umfangreiche Material gesichtet. Dabei sind wir zu ersten Einschätzungen über die Möglichkeiten der Betroffenenbeteiligung in Großbritannien und den Niederlanden gekommen (s. Punkt 4.2).
- Untersuchungsebene "Sozioökonomischer Bezugsrahmen"** Bei der Arbeit auf der Untersuchungsebene "Sozioökonomischer Bezugsrahmen" wurden zu den Bedingungen der Stadterneuerung in der Bundesrepublik, in Berlin-West, Großbritannien und London erste Arbeitspapiere fertiggestellt und in unserer Gruppe diskutiert (Zusammenfassungen s. Punkt 4.1).
- Untersuchungsebenen** Die empirischen Untersuchungsergebnisse aus den Fallstudien sollen auf der vierten Untersuchungsebene, die der "Sozialen Bewegungen", in den Zusammenhang mit den derzeit diskutierten Erklärungsansätzen über städtische soziale Bewegungen gebracht werden. Dies kann jedoch erst im letzten Viertel des Forschungsprojekts, wenn die Ergebnisse der empirischen Arbeit in den Fallstudiengebieten vorliegen, geschehen.
- Stand der Arbeit gemessen am Forschungsantrag** Mit der bisherigen Arbeit auf den Untersuchungsebenen konnten die in unserem Forschungsantrag vorgesehenen Phasen 1 und 2, die der Vorbereitung und der Konzeptionierung, abgeschlossen werden (vgl. Antragsergänzung, S.9). Wir befinden uns zur Zeit programmgemäß in der Phase 3, der der Untersuchung Teil I.

1.3 Aufbau des Zwischenberichts

Nachdem die Schwierigkeiten bei der Erfüllung des Forschungsprogramms (s. Punkt 1.1) und der Stand der Arbeit (s. Punkt 1.2) benannt wurden, werden in den nächsten drei Kapiteln die Ergebnisse der bisherigen Arbeit vorgestellt werden. Es handelt sich um

- die Darstellung der Präzisierung der Ziele, Ausgangshypothesen und der daraus abgeleiteten Untersuchungsebenen (Kapitel 2),
- die Darstellung der Ergebnisse der Erarbeitung der Vorgehensweise für die bisher geleistete und die zukünftige Forschungstätigkeit (Kapitel 3). Zentral dabei war die Ableitung der Vorgehensweise in der Fallstudienbearbeitung aus Prinzipien der Aktionsforschung (Punkt 3.1). Außerdem werden die Untersuchungsebenen strukturiert (Punkt 3.2) und die Art und Weise ihrer gegenseitigen Verknüpfung dargestellt (Punkt 3.3). Abschließend werden Aussagen über die Methoden des internationalen Vergleichs gemacht (Punkt 3.4),
- die Zusammenfassung der auf Grund der erarbeiteten Vorgehensweise bisher zustande gekommenen Zwischenergebnisse (Kapitel 4). Sie werden auf den ersten drei Untersuchungsebenen vorgestellt. Bei der Lektüre der zusammengefaßten Zwischenergebnisse auf den ersten beiden Untersuchungsebenen ist zu berücksichtigen, daß wir sie entsprechend unserem Arbeitsplan noch nicht miteinander verknüpft haben. Ihre Vertiefung und gegenseitige Verknüpfung gehören zu dem vor uns liegenden Teil der Forschungsarbeit. Entsprechend der Bedeutung der Fallstudien für die von uns angestrebten Ziele wird der Präsentation der Ergebnisse der Berliner Fallstudie der breiteste Raum im Zwischenbericht gewidmet (Punkt 4.3.1).

Die anschließenden Kapitel enthalten

- den Arbeits- und Zeitplan des Forschungsprojekts für den nunmehr zur Förderung beantragten Zeitraum (Kapitel 5),
- einen Bericht über die Verbindung der Forschungs- mit der Lehrtätigkeit der am Projekt beteiligten wissenschaftlichen Assistenten und des Hochschullehrers (Kapitel 6),
- die Aufstellung der Literatur, auf die im Zwischenbericht unmittelbar Bezug genommen wurde und der Arbeitsgruppenmitglieder, die während der bisherigen Forschungsarbeit entstanden sind (Kapitel 7),
- eine Beschreibung unserer Bemühungen um Forschungsförderung aus Drittmitteln (Kapitel 8),
- eine Auflistung unserer Aktivitäten in Verbindung mit dem Forschungsprojekt außerhalb der TU Berlin (Kapitel 9).

Der Zwischenbericht wird abgeschlossen mit einer Kurzfassung der Ergebnisse unserer bisherigen Arbeit.

2. ZIELE, AUSGANGSHYPOTHESEN UND UNTERSUCHUNGSEBENEN

2.1 Ausgangshypothesen und sozioökonomischer Bezugsrahmen der Stadterneuerung und der Betroffenheit der Bewohner

In den folgenden Abschnitten werden Ziele, Ausgangshypothesen, Strukturierungen einzelner Arbeitsschritte und erste Ergebnisse auf Untersuchungsebenen dargestellt. Wir haben sie als Ordnungs- und Orientierungshilfe eingeführt, weil wir der Meinung sind, daß die Komplexität unseres Untersuchungsgegenstandes in dieser Weise handhabbar wird. Außerdem scheint uns für den internationalen Vergleich die Arbeit auf diesen Untersuchungsebenen sinnvoll, da die einzelnen Aspekte des Untersuchungsgegenstandes so direkt gegenübergestellt und verglichen werden können.

Ausgangshypothese Die Ausgangshypothese, die als Einstieg in die Arbeit diente, benennt für die Verschlechterung der Lebens- und Reproduktionsverhältnisse der Bewohner von Stadterneuerungsgebieten hauptsächlich zwei Ursachen:

- die rigorose Durchsetzung wohnungswirtschaftlicher und bauwirtschaftlicher Interessen von Haus- und Grundeigentümern und von Wohnungsbaugesellschaften an der Wertverbesserung und weiteren Ausdehnung ihres Wohnungsbestandes, die durch staatliche und kommunale Politiken eher gefördert als gebremst wird,
- das Fehlen wirkungsvoller Mitsprache- und Entscheidungsbefugnisse, besonders für die Mieter in den Stadterneuerungsgebieten.

Hauptziel: Als übergeordnetes Ziel der Forschungsarbeit ist der Anspruch formuliert worden, Vorschläge und Strategien zu entwickeln, die den von Stadterneuerungsmaßnahmen am schwerwiegendsten betroffenen Bewohnern die Chancen eröffnen, nicht nur die Verschlechterung abzuwehren, sondern auch tatsächlich eine Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse zu erreichen.

Die Qualität von Vorschlägen zur Verbesserung einer als unzureichend und veränderbar eingeschätzten Situation ist abhängig vom

- Komplexitätsgrad der Analyse der Bestimmungsfaktoren dieser Situation und von der
- begründeten Aussicht, daß die Vorschläge tatsächlich durchzusetzen sind.

Bezogen auf Strategien zur Erweiterung von Entscheidungsbefugnissen der Bewohner in Stadterneuerungsgebieten bedeutet das,

- die Analyse der Stadterneuerung unter dem Aspekt der geringen Einflußmöglichkeiten betroffener Bewohner an der Planung und Durchführung aller damit verbundenen Maßnahmen und
- die Überlegungen, wie und auf welcher Ebene die Vorschläge zur Erweiterung der Entscheidungsbefugnisse durchgesetzt werden können.

Determinanten des lokalen Widerstands

Für die Durchsetzbarkeit von Strategien ist außerdem der folgende Sachverhalt von Bedeutung: Erkennbar werden die Mängel, Unzulänglichkeiten und unzumutbare Auswirkungen von Stadterneuerungsmaßnahmen am deutlichsten im Gebiet selbst, und entsprechend werden von den betroffenen Bewohnern Widerstandsmaßnahmen auf lokaler Ebene organisiert. Die gesetzmäßigen Ursachen sowie ihre materielle Durchsetzung über eine Vielzahl von Entscheidungsabläufen sind jedoch lokal nicht faßbar; sie liegen in den ökonomischen und politischen Interessen einzelner Kapitale und staatlicher und politischer Instanzen und sind letztlich nur durch Analysen auf diesen Ebenen zu erörtern.

Determinanten der Stadterneuerung und Wohnraumversorgung

Die gebietsspezifische Ausprägung stellt lediglich das letzte Glied in einer Entscheidungskette dar, entsprechend muß die Entwicklung von aussichtsreichen Strategien zurückgreifen können auf Analysen, die die Verursachungszusammenhänge von der lokalen Erscheinungsform bis zu den allgemeinsten Interessen zurückverfolgen. Besonders wichtig sind die Beschreibungen derjenigen Punkte, an denen die Entscheidungsverläufe beeinflussbar sind und die Erarbeitung von Hinweisen, durch welche Maßnahmen sie veränderbar werden.

Eine Analyse der Stadterneuerung unter dem Aspekt der geringen Einflußmöglichkeit der betroffenen Bewohner an der Planung und der Durchführung der Maßnahmen muß eine Analyse derjenigen Einflüsse und Interessen sein, die sich tatsächlich im Prozeß der Stadterneuerung durchsetzen. Da wir besonders den Einfluß der Stadterneuerung auf die Wohnungsversorgung untersuchen, ist die Analyse von Determinanten der Stadterneuerung über weite Strecken identisch mit der Analyse von Determinanten der Wohnungsversorgung.

Wohnverhältnisse Teil der Lebensverhältnisse

Außerdem zieht eine Veränderung der Wohnverhältnisse durch Maßnahmen der Stadterneuerung, besonders eine Verschlechterung im Sinne einer Anhebung der Wohnkosten, eine z.T. gravierende Umwälzung der allgemeinen Reproduktionsbedingungen der Arbeitskräfte nach sich. Um den Stellenwert der Wohnungsversorgung an den allgemeinen Reproduktionsverhältnissen sowie ihre Veränderung durch Maßnahmen der Stadterneuerung einschätzen zu können, ist es erforderlich, die zentralen Bestimmungsfaktoren der Lebensverhältnisse der Bewohner von Stadterneuerungsgebieten zu kennen. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, einen Bezugsrahmen zu entwickeln, in dem die Bestimmungsfaktoren der Lebensverhältnisse zusammenhängend erläutert werden.

Die Überlegungen bis zu diesem Punkt machen bereits deutlich, daß unsere Arbeit im Untersuchungsfeld Stadterneuerung und Betroffenenbeteiligung eingebettet ist in komplexe ökonomische und gesellschaftliche Zusammenhänge zwischen industriellem Strukturwandel, krisenhaftem Wachstumsprozeß, räumlichen Umstrukturierungen und Veränderungen der Lebensbedingungen von Arbeitskräften.

Voraussetzungen des internationalen Vergleichs

Diese allgemeinen Zusammenhänge bilden auch die Basis, auf der ein internationaler Vergleich methodisch gerechtfertigt durchzuführen ist: Die Zusammenhänge sind in ihrer Gesetzmäßigkeit identisch, nationalspezifisch ausgeprägt werden die einzelnen Determinanten auf dem Hintergrund historischer Besonderheiten sowie aktueller ökonomischer und politischer Konflikte, die die derzeitige gesellschaftliche Entwicklung in den einzelnen Ländern unterschiedlich charakterisieren.

Eine umfassende Realanalyse der Determinanten dieses übergeordneten Bezugssystems, die auf den aktuellen nationalen Daten und Informationen aufbauen muß, ist im Rahmen des Forschungsprojektes nicht zu leisten. Für unsere Zwecke ist es ausreichend, die gesetzmäßigen Zusammenhänge und die innere Logik darzustellen die sich auf neuere Arbeiten stützen (z.B. LÄPPLE, 1978). Ihr Anspruch ist es, gesamtgesellschaftlich bezogene theoretische Konzepte zu entwickeln, um scheinbar lokal beschränkte Konflikte, die sich zunächst gegen wissenschaftliche, politische und ökonomische Verallgemeinerungen zu sperren scheinen, in einem übergeordneten Gesamtrahmen auflösen zu können.

2.2 Ziele und Ausgangshypothese zur Betroffenenbeteiligung

Entsprechend der Absicht, Vorschläge zu entwickeln, die den von Stadterneuerungsmaßnahmen Betroffenen helfen, bedrohliche Verschlechterungen ihrer Lebensumstände abzuwehren und vor dem Hintergrund der Ausgangshypothese, daß die Verschlechterungen auch durch das Fehlen wirkungsvoller Entscheidungsbefugnisse der Betroffenen zu begründen sind, begann die Arbeit auf dieser Untersuchungsebene mit der Zusammenstellung der derzeit in den drei Ländern bestehenden institutionalisierten Verfahrensweisen zur Betroffenenbeteiligung bei der Stadterneuerung.

Kritik der Bürgerbeteiligung in der Bundesrepublik

Dabei zählt für uns die in der Praxis der Stadterneuerung veranstaltete Bürgerbeteiligung in der BRD und in Berlin-West nicht zur wirkungsvollen Betroffenenbeteiligung. Sie besteht in der Regel aus unverbindlichen Bedürfnisbefragungen, Informations- und Erörterungsveranstaltungen zu einem Zeitpunkt, zu dem die Planung und häufig auch die Entscheidung bereits feststeht.

Diskussion der Bürgerbeteiligung in der Bundesrepublik

Der Schwerpunkt der Diskussion über eine Verbesserung der Betroffenenbeteiligung bewegt sich aber weiterhin auf dieser Ebene, gefordert wird vor allem

- frühzeitige Information über Planungsabsichten,
- Politiker und Verwaltung sollen die Öffentlichkeit und die Betroffenen auffordern, eigene Vorstellungen als "Anregungen" in die Planung einzubringen,
- es soll nicht erst auf die Gründung unabhängiger Bürgerinitiativen gewartet werden,
- außerparlamentarische, außerparteiliche, außeradministrative Vertretungen der betroffenen Bewohner,

- Zusammensetzung der Beteiligungsgruppen durch Vertreter, proportional nach Hauseigentümern, Mietern, Gewerbetreibenden u.ä., um Majorisierungen zu vermeiden,
- Ausstattung der Beteiligungsgruppen mit Informations-, Vortrags- und Antragsrecht durch die lokalen Parlamente und Administrationen;
- finanzielle Unterstützungen der Gruppen für laufende Arbeiten und hauptamtlich angestellte Berater und Gemeinwesenarbeiter (BORGHORST, 1976).

Der bisherige Ansatz zur sog. Bürgerbeteiligung in der Kommunalplanung bewegt sich in der überwiegenden Zahl der Veröffentlichungen auf der Ebene eines den kommunalparlamentarischen Entscheidungsprozeß optimierenden oder korrigierenden Instruments (BMBau, 1976).

Sämtliche Vorschläge von Parlamenten oder Verwaltungen zur Organisation der Betroffenenbeteiligung bei der Stadterneuerung konzentrieren sich auf Information, Öffentlichkeitsarbeit im Sinne einer Verständniserwerb für die Ziele der Verwaltung, Einrichtungen für Beratungen um "unbillige Härten" zu vermeiden, Wahlmodi für die Betroffenenvertretungen, die aus Mietern, aber auch aus Hausbesitzern, Gewerbetreibenden, u.ä. bestehen und die die unterschiedlichen Betroffeneninteressen widerspiegeln. Außerdem wird während der gesamten Dauer der Stadterneuerung eine begleitende Erörterung mit den jeweils Betroffenen vorgeschlagen. (AUSFÜHRUNGSVORSCHRIFTEN 1977, HERLYN, u.a. 1976, 13. BERICHT, 1977)

Demgegenüber wurde bereits im Städtebaubericht 1970 der Bundesregierung gefordert, die Mitwirkung am Planungsprozeß müsse bei der Zielfindung beginnen, das Ziel von Betroffenenbeteiligung sei es, die Bürger zu befähigen, ihre Wünsche zu artikulieren und sicherzustellen, daß ihre Belange soweit wie möglich von der Verwaltung im Planungsprozeß berücksichtigt werden. (STÄDTEBAUBERICHT, 1970)

Arbeitsdefinition einer wirkungsvollen Betroffenenbeteiligung

Die konkreten Ausprägungen der von den zuständigen kommunalen Behörden vorgeschlagenen institutionellen Rahmenbedingungen weisen nach, daß unter Betroffenenbeteiligung keine rechtlich abgesicherte Mitentscheidung über die geplanten Maßnahmen der Stadterneuerung verstanden wird. (AUSFÜHRUNGSVORSCHRIFTEN, 1977)

Gegenüber diesen Vorstellungen von Betroffenenbeteiligung sprechen wir von einer wirkungsvollen Betroffenenbeteiligung erst dann, wenn die Bewohner, insbesondere die Mieter, in Stadterneuerungsgebieten einen nennenswerten Einfluß nehmen können auf

- die Entscheidung, zu welchem Zeitpunkt Maßnahmen begonnen und in welcher zeitlichen Abfolge sie durchgeführt werden,
- die Entscheidung, in welchem Umfang die Maßnahmen durchgeführt werden (Instandsetzung, Modernisierung, Abriß und Neubau, unterschiedlicher Standard),

- die Festlegung der Mieten nach den durchgeführten Bauarbeiten und damit auf die Art und Weise der Finanzierung der Maßnahmen und ihre Subventionierung mit öffentlichen Mitteln,
- die Komplementarität der Maßnahmen, die sich nicht auf die Wohnungen beschränken, sondern auch das Wohnumfeld berücksichtigen müssen.

Vor dem Hintergrund dieser Arbeitsdefinition von Betroffenenbeteiligung werden in den drei Ländern die institutionalisierten und die auf ihrer Grundlage erweiterten Beteiligungsverfahren zusammengestellt, typologisiert und verglichen. Auf der Grundlage der genannten Entscheidungsbereiche werden sie bewertet.

Ausgangshypothesen zur Betroffenenbeteiligung für Untersuchungen in drei Ländern

Die Ergebnisse aus diesen Untersuchungen in den drei Ländern, sollen die folgenden Ausgangshypothesen überprüfen und sie präzisieren:

1. Die institutionalisierten Rahmenbedingungen für eine wirkungsvolle Betroffenenbeteiligung sind in den einzelnen Ländern unterschiedlich; allgemein sind sie jedoch entsprechend der politischen Macht, die die Betroffenen auf lokaler Ebene zu mobilisieren imstande sind, ausdehnbar.
2. Die Teilnahmebereitschaft von Betroffenen an Beteiligungsverfahren bei der Stadterneuerung hängt davon ab, wie umfangreich ihre tatsächliche Entscheidungskompetenz ist; an Beteiligungsverfahren, in denen die Betroffenen lediglich informiert werden, werden nur diejenigen teilnehmen, deren Interessen sich ohnehin eher durchsetzen: Gewerbetreibende, Pächter als "Betroffene" nehmen im Gegensatz zu den Mietern eher an derartigen Beteiligungsverfahren teil.
3. Die Elastizität der rechtlichen und institutionellen Rahmenbedingungen ist abhängig von der allgemeinen politischen Anerkennung und Macht, die außerparlamentarische Betroffenenaktivgruppen in den einzelnen Ländern erreichen können.

Aufklärungs- und Durchsetzungs-fähigkeit von Beteiligungsverfahren für Betroffene

4. Eine fundamentale Voraussetzung ist damit die Mobilisierung der Betroffenen, damit sie auf die Institutionen politischen Druck ausüben, die die zentralen Entscheidungen über die Sanierungsabläufe fällen. Das weist auf die Notwendigkeit hin, die Betroffenen über ihre Rechte aufzuklären und ihnen den Vorteil gemeinsamer Vorgehensweisen zu erläutern.

Diese Aufklärung findet in den einzelnen Ländern unterschiedlich statt, die beratenden Institutionen sind in der Regel nicht die zuständige kommunale Administration, sondern andere Organisationen mit sozialpolitischen und sozialaufklärerischen Zielsetzungen.

Der Umfang der Aufklärung beschränkt sich nicht nur auf die Darstellung der grundsätzlich vorhandenen Rechte, sondern umfaßt auch die Vermittlung der den Prozeß der Stadterneuerung initiierenden und steuernden ökonomischen und politischen Ursachen und Inter-

essen. Die Durchsetzungsfähigkeit von Beteiligungsverfahren, wie sie von den Betroffenen selbst gefordert werden, ist damit auch abhängig von ihrer Kenntnis über den Ablauf der Stadterneuerung, den dahinter meist verborgenen ökonomischen und politischen Interessen.

Die Aufklärung der betroffenen Bewohner in Stadterneuerungsgebieten über ihre Rechte, die Vermittlung der die Stadterneuerung verursachenden und steuernden Interessen ist im Rahmen der Forschungsarbeit ein wichtiges Ziel, weil erst auf dieser Grundlage Strategien zur Verbesserung der Situation der Betroffenen mit ihnen gemeinsam entwickelt werden können.

2.3 Die Bedeutung der Fallstudien für die Überprüfung der Ausgangshypothesen

Die allgemeinen Überlegungen, die die ersten Arbeiten bei unserer Fallstudienvorbereitung strukturierten, präzisierten gleichzeitig unsere Ausgangshypothesen zur Verschlechterung der Lebensbedingungen der betroffenen Bewohner durch Stadterneuerungsmaßnahmen, die inzwischen auch von anderen Untersuchungen vielfach bestätigt wurden. (TESSIN, 1978; SIEBEL, 1974; SIEBEL, 1977; SCHLANDT, 1976; COING, 1974; GEE, 1974; MCKEAN, 1977, DEAKIN, UNGERSON, 1977; u.v.a.m.)

Präzisierung der Fragestellungen

Bei der Vorbereitung und den ersten Untersuchungen der Fallstudie in Berlin ging es deshalb nicht mehr allgemein um die Frage, ob eine Verschlechterung der Lebensbedingungen für die betroffenen Gebietsbewohner durch den Prozeß der Stadterneuerung hervorgerufen wird, sondern bereits genauer darum, welche konkreten Probleme durch die Stadterneuerung entstehen, wie sie schichten- und gruppenspezifisch von den Bewohnern bzw. von ihren Aktionsgruppen und Initiativen formuliert werden.

Funktion der Fallstudien

Für diese Ziele unseres Forschungsprojektes sind die Fallstudien in den drei untersuchten Ländern und dabei besonders die in Berliner Stadterneuerungsgebieten von zentraler Bedeutung. In den Berliner Fallstudiengebieten findet die Überprüfung unserer Ausgangshypothesen zu den Auswirkungen der Stadterneuerungsmaßnahmen auf die Bewohner statt, und in ihnen sollen die Strategien zur Verbesserung der Lebensverhältnisse über eine wirkungsvolle Betroffenenbeteiligung ausprobiert und überprüft werden.

Die Fallstudien in den Niederlanden und in Großbritannien dienen in erster Linie dazu, Anregungen und Argumente für die in den Berliner Fallstudiengebieten vorzuschlagenden Alternativen zu Verfahrensweisen der Stadterneuerung, besonders zur Betroffenenbeteiligung zusammenzutragen. Inwiefern umgekehrt aus der Analyse der Verfahrensweisen in Berliner Stadterneuerungsgebieten Vorschläge zur Verbesserung entsprechender Vorgehensweisen in Großbritannien und den Niederlanden abzuleiten sind, wird von unserer Gruppe nicht untersucht.

Die ausgewählten Stadterneuerungsgebiete - ihre sozio-ökonomische und baulich-räumliche Struktur, die in ihnen durch Maßnahmen der Stadterneuerung hervorgerufenen Veränderungsprozesse der Lebensbedingungen der Bewohner, ihre dadurch offenbar gewordenen Probleme und ihre Verhaltensweisen und Einschätzungen diesen Prozessen gegenüber - spiegeln in einem empirisch faßbaren Ausschnitt die konkreten Ausprägungen von allgemeinen ökonomischen und politischen Gesetzmäßigkeiten wider.

Konkretisierung des sozioökonomischen Bezugsrahmens auf lokaler Ebene

Sowohl wird der auf der ersten Untersuchungsebene skizzierte sozioökonomische Bezugsrahmen faßbar, der auf lokaler Ebene die allgemeinen Determinanten konkretisiert: Wohnungswirtschaftliche Interessen werden beispielsweise deutlich hinter den Absichten der im Gebiet tätigen Wohnungsbaugesellschaften und anderen Trägern der Stadterneuerung, der allgemeine Strukturwandel der industriellen Produktion bedeutet für die Sozialstrukturen im Gebiet z.B. den Verlust von Arbeitsplätzen durch Rationalisierung und das Ansteigen von Arbeitslosen. Räumliche Auswirkungen des Strukturwandels im Sinne von veränderten Standortanforderungen an Industrie- und Dienstleistungsbetriebe sind im Fallstudiengebiet u.U. als Investitionsdruck auf vorhandene Flächen mit anderen Nutzungen oder als Auslagerungen arbeitsintensiver Industrien mit ihren soziostrukturellen Auswirkungen festzustellen.

Ebenfalls ist im Rahmen der Fallstudienuntersuchungen die Betroffenenbeteiligung als konkrete Ausprägung allgemeiner, institutionalisierter Rahmenbedingungen beschreibbar, die auf der zweiten Untersuchungsebene zusammengestellt werden.

objektive und subjektive Betroffenheit

In der Konzeptionsphase sollten die methodische und erhebungstechnische Vorbereitung der Fallstudien durchgeführt werden. Die Frage nach der tatsächlichen Betroffenheit der Bewohner umfaßt einerseits die

- objektiven und sozialstatistisch ermittelbaren Veränderungen ihrer Reproduktionsbedingungen, andererseits die
- subjektiven und gruppenspezifischen Einschätzungen und Einstellungen zu den Problemen, die mit dem Prozeß der Stadterneuerung aufbrechen und die im Zusammenhang mit ihrer tag-täglichen Lebensorganisation stehen (ABELS, 1975).

Erst auf der Grundlage der genauen Kenntnisse dieser Tatbestände ist es möglich, für die Entwicklung von Strategien Argumentationen und Vorgehensweisen mit den Bewohnern selbst zu entwickeln, die an ihren Problemen und negativen Erfahrungen im Bereich der Wohnungsversorgung ansetzen, ermutigende Erfahrungen und erfolgreiche Widerstandsformen aufgreifen und sie in die Lage versetzen, ihre Interessen im Stadterneuerungsprozeß wirkungsvoll zu artikulieren und durchzusetzen.

Für die Durchführung der Fallstudien war es deshalb erforderlich,

Anforderungen an
an Methoden der
Fallstudien

- eine Erhebungsmethode zu entwickeln, die diesen Vorstellungen entsprach,
- die allgemeinen Ausgangshypothesen zu präzisieren,
- eine adäquate Untersuchungsmethode zu entwickeln, die beiden Dimensionen entspricht (Veränderung der objektiv-materiellen Lebenslagen und subjektiv-bewußtseinsmäßige Einstellung zu den veränderten Reproduktionsbedingungen).

Entsprechend verliefen die Arbeitsschritte auf der dritten Untersuchungsebene in diesen Arbeitsschwerpunkten. Über die an Aktionsforschungspostulaten orientierte Methode zur Ermittlung des Problemverständnisses der Betroffenen wird ebenso wie über das Untersuchungsdesign als Strukturierungsmerkmal der Fallstudien weiter unten berichtet.

2.4 Ziele und Hypothesen für einen Beitrag zur Diskussion über "städtische Krisen und soziale Bewegungen"

Theoriebeitrag

Ziel der Forschungsarbeit ist es auch, mit den einzelnen Ergebnissen einen theoretischen Beitrag zur aktuellen Diskussion über die gesellschaftspolitische Bedeutung der von Initiativen und Aktionsgruppen in den Stadtteilen geführten Auseinandersetzungen zu leisten - die Einordnung unserer Untersuchungsergebnisse in den Zusammenhang von sozialen Bewegungen und städtischen Krisen (MAYER, u.a. 1978).

Ein gemeinsames Kennzeichen aller unter den Sammelbegriff soziale Bewegungen fallenden höchst unterschiedlichen Formen städtischer Protestbewegungen sind die aufgestellten Forderungen an die Adressaten: Es handelt sich um Widerstand, Protest und Vorschläge für alternative Strategien gegenüber den sich verschlechternden Reproduktionsbedingungen immer größerer Teile der Stadtbewohner, die sich hauptsächlich gegen staatliche Instanzen richten, obwohl diese Instanzen nicht die einzigen Verursacher sind.

Im Unterschied stehen demgegenüber die traditionellen Kämpfe und Auseinandersetzungen der organisierten Arbeiterbewegung im Produktionsbereich, die zum Gegenstand Lohnforderungen und Forderungen nach verbesserten Arbeitsbedingungen haben, die sich direkt an die "Arbeitgeber" richten.

Die derzeit zentrale Frage in diesem Zusammenhang - in den einzelnen Ländern unterschiedlich intensiv vorangetrieben - ist die nach der Qualität und Bedeutung der städtischen sozialen Bewegung für eine soziale Reform bestehender gesellschaftlicher Strukturen und - weitergehend und radikaler - die Frage nach der Möglichkeit und den Auswirkungen einer Verknüpfung beider Forderungsebenen für eine neue Qualität eines dynamischen gesellschaftlichen Umwälzungsprozesses.

Das Studium der sozialen Bewegungen, ihrer charakteristischen Merkmale, Ziele, Einbindungsmöglichkeiten und Bedeutung im Kontext aktueller, krisenhafter, ökonomischer Entwicklungen und ihr Bezug zu den die gesellschaftlichen Strukturen und ihre Veränderung steuernden und forcierenden Institutionen der politischen Administration und den Organisationen der Arbeiterbewegung wird deshalb als wichtige stadtsoziologische Aufgabe aufgefaßt. (PICKVANCE, 1976, 1977, 1978; CASTELLS, 1976)

Die städtische Krise, seit nunmehr einigen Jahrzehnten inflatorisch verwendeter Begriff zur Charakterisierung sämtlicher Probleme der städtischen Entwicklung, bedeutet in diesem Zusammenhang die Widerspiegelung sämtlicher Auswirkungen der Gesetzmäßigkeiten kapitalistischer Entwicklung in der Stadt. (HÄUSSERMANN, SIEBEL, 1978)

Städtische Krise wird Bevölkerung bewußt

Die Erscheinungsformen der städtischen Krise sind nicht nur in der Literatur häufig aufgeführt und erklärt worden, sondern auch großen Teilen der städtischen Bevölkerung inzwischen bewußt geworden, hauptsächlich, weil es für sie keine Möglichkeiten mehr gibt, ihr zu entkommen.

Senkung des Reproduktionsniveaus in den Städten

Es ist nicht notwendig, alle Formen hier wieder aufzuzählen. Prinzipiell geht es darum, daß das Reproduktionsniveau in den Städten gesenkt wird - Ergebnis der zerstörerischen Tendenzen der kapitalistischen Produktionsweise und Produktivkraftentwicklung, die in der fortschreitenden Unbewohnbarkeit großer Teile der Städte ebenso ihre Zuspitzung erfährt wie in der sog. Umweltkrise.

Proteste durch Bürgerinitiativen

In beiden Bereichen sind in den letzten Jahren eine inzwischen kaum noch überschaubare Anzahl von Bürgerinitiativen gegründet worden, die sehr unterschiedliche Formen des Protestes und des Widerstands entwickelt haben und immer stärkere Beachtung seitens der politischen Institutionen finden. (KURSBUCH, 1977; MAYER-TASCH, 1977)

Umweltzerstörung

Durch den staatlicherseits angeregten Akkumulationsprozeß zentralisierter und politisch einflußreicher Kapitale wird die Verwertungsgrundlage, die Natur und ihre Rohstoffe, ebenso zerstört, wie die räumliche Differenzierung als Ausprägung zentralisierter Produktionseinheiten eine ständig stärkere Belastung der Lebensumstände der in diesen Räumen arbeitenden und lebenden Bewohner darstellt. (GORZ, 1977; LÄPPLE, 1978)

Es handelt sich bei diesen Prozessen nicht um völlig neue gesellschaftliche Entwicklungsgesetzmäßigkeiten. Umweltprobleme hat es seit der Frühphase des Kapitalismus immer gegeben und die Arbeiterklasse hat auch immer darunter leiden müssen, wie zeitgenössische Schilderungen etwa von Engels für die Lage der Arbeiterklasse in England belegen. Zum Problem wird der Stoffwechsel des Menschen mit der Natur grundsätzlich durch die kapita-

listische Unfähigkeit, planvoll die Nutzung von Produktivkräften auf die gesellschaftliche Entwicklung und ihre Bedürfnisse zu beziehen.

Umfassende Betroffenheit der Bevölkerung

Das Besondere an der derzeitigen Situation ist zum einen durch die sich ständig beschleunigende Entwicklung geprägt und durch den für alle Teile der Bevölkerung zwar nicht gleichen, aber gleichermaßen unentzerrbaren Bezug zu diesen Problemen zum anderen. (BRAND, u.a. 1970) Außerdem ist ein weiteres Kennzeichen das durch viele Bürgerinitiativen getragene, weitverzweigte Netz von Widerstand gegen die Auswirkungen der durch die kapitalistische Produktionsweise hervorgerufenen Verschlechterungen Reproduktions- und Lebensbedingungen und das wachsende Bewußtsein über die Verursachungszusammenhänge.

Polarisierung gesellschaftlicher Strukturen

Die gesellschaftliche Entwicklung in den Städten ist aber nicht nur potenziertes Abbild der räumlichen und sozialstrukturellen Folgeprobleme des ökonomischen und politischen Verlaufs kapitalistischer Wachstumsprozesse, sondern auch das Medium, durch das sich bestehende Klassen- und Schichtenstrukturen weiter polarisieren und gesellschaftliche Konflikte verschärfen. (HELMS, 1970)

Die alarmierendsten Kennzeichen der Stadtentwicklung, die sich besonders in den Stadterneuerungsgebieten ausmachen lassen, sind entsprechend eine sich zuspitzende Segregation der sozialen Schichten mit niedrigem Einkommen bis zur Herausbildung von ghettoähnlichen Wohngebieten für ausländische Arbeiter und ihre Angehörigen (IPSEN, 1978; TESSIN, 1977). Die Verschärfung gesellschaftlicher Widersprüche findet statt durch eine Zunahme der Ungleichgewichte infrastruktureller Ausstattungen einzelner innerstädtischer Wohngebiete und durch die erwähnte allgemeine Senkung des Reproduktionsniveaus vor dem Hintergrund naturwüchsiger Stadtentwicklungs- und Stadterneuerungsprozesse. (Steigerung der Wohnkosten, Umweltbelastung, Verlängerung der Pendelzeiten, Verteuerung der Fahrkosten u.ä.) (WESTPHAL, 1978).

Krise der Städte betrifft auch mittlere Einkommensgruppen

Es hat sich in den letzten Jahren - in den untersuchten Ländern mit unterschiedlicher Geschwindigkeit - herausgestellt, daß die ursprüngliche Krise der Städte bzw. das, was als solche bezeichnet wurde, eine Verschärfung und Ausdehnung erfahren hat: Die ursprünglich aus Furcht vor der Bedrohung ihrer Wohngebiete vom bürgerlichen Widerstand gegen die Unwirtlichkeit der Städte (MITSCHERLICH, 1970), ihren Verlust urbaner, ästhetischer und funktioneller Qualitäten geprägte Krise hat sich stark erweitert. Die Krise der Städte ist immer deutlicher ein Problem der Lebensbedingungen der mittleren und unteren Einkommensschichten geworden und damit steigt die gesellschaftspolitische Relevanz der Auseinandersetzungen in den Städten.

Eine weitere Dimension gehört zur Bestimmung der städtischen Krise. Dem verstärkten Aufbrechen der politischen Konflikte entspricht der Verfall staatlicher

und kommunaler Steuerungs- und Planungssysteme.
(HÄUSSERMANN, SIEBEL, 1978)

Entwicklung und
Bedeutung infra-
struktureller Ver-
sorgung

Die ständig zunehmende Misere der kommunalen Haushalte als materieller Hintergrund dieses Tatbestandes wird durch die Verteuerung und Verringerung der Dienstleistung und infrastrukturellen Versorgung auf die Stadtbewohner abgewälzt, und beschleunigt die Senkung des Reproduktionsniveaus. (MAYER, u.a., 1978)

Gleichzeitig steigt die Bedeutung der infrastrukturellen Versorgung als kollektiv konsumierter Anteil der Reproduktionsmittel für die Lebensverhältnisse der Bewohner in den Städten. Der staatlich und kommunal als "Soziallohn" zur Verfügung gestellte Anteil für die Reproduktion der Arbeitskräfte gewinnt zunehmend an Bedeutung.

Der kollektive Konsum wird damit zum ständigen Konfliktbereich in den Städten, zum Gegenstand von politischen Forderungen zur Verbesserung der Reproduktionsbedingungen zusätzlich zu den gewerkschaftlichen Forderungen in den Lohnkämpfen, zum Kristallisationskern der städtischen sozialen Bewegungen und gleichzeitig zum ständig defizitären Sektor in einer kapitalistischen Gesellschaft, deren Produktionsweise auf den individuellen Konsum ausgerichtet ist. (CASTELLS, 1973, 1978; PRETECELLE, 1977; FABBINDER, 1974)

Für unseren Arbeitszusammenhang taucht an dieser Stelle die Frage auf, was derartige theoretische Erklärungsansätze für die in unseren Fallstudiengebieten ermittelten empirischen Tatbestände leisten können.

Als ein erster Ansatzpunkt für einen Beitrag zu den hier kurz angedeuteten Diskussionsschwerpunkten zeichnet sich für unsere Untersuchung die folgende Hypothese ab:

Verschlechterung
der Wohnversorgung
durch Stadterneue-
rung

Der in Stadterneuerungsgebieten sich herausbildende Widerstand gegen die mit den einzelnen Maßnahmen verbundenen Verschlechterung der Wohnbedingungen und der drohenden Gefahr einer Verdrängung großer Teile der Bewohner aus ihren angestammten Wohngebieten, ist ein zentraler Ausschnitt aus dem Spektrum der die Lebensbedingungen der Bewohner beeinflussenden Faktoren. Die mit den Problemen der Wohnungsversorgung befaßten Aktionsgruppen stellen entsprechend einen wichtigen Teil der sozialen Bewegungen in den Städten dar. Die Überprüfung dieser Hypothese ist wichtig, weil es umgekehrt für eine Relativierung der Bedeutung der Wohnungsversorgung ebenfalls Argumente gibt:

Wohnversorgung
und Einkommen

So ist beispielsweise die Wohnungsversorgung in erster Linie als Einkommensproblem aufzufassen; soziale, psychische und andere auf die Persönlichkeit wirkende Deprivationen sind weniger auf beengte Wohnbedingungen, als auf die Situation im Berufsleben, auf schlechte Gesundheit, hohes Alter, fehlende Kommunikations- und Selbstverwirklichungsmöglichkeiten zurückzuführen. Schlechte Wohnverhältnisse stellen eine weitere Poten-

zierung bereits anderweitig erfahrener Ungerechtigkeiten und z.T. unerträglicher Bedingungen dar, unter denen die Bewohner in Stadterneuerungsgebieten mit niedrigem Einkommen die Bewältigung ihrer tagtäglichen Probleme vornehmen müssen.

Weitere negative Faktoren in Stadterneuerungsgebieten

In der Regel kommen zu den schlechten Wohnbedingungen in den innerstädtischen Sanierungsgebieten eine Reihe weiterer Faktoren, die einerseits das Gebiet selbst als heruntergekommenes Wohngebiet und andererseits die Bewohnerstruktur als z.T. erheblich unter dem sozialen Durchschnitt der Bevölkerung ausweisen:

- hoher Anteil Arbeitsloser,
- niedriges Einkommensniveau,
- niedriges Ausbildungsniveau,
- hoher Anteil ausländischer Bewohner,
- schlechtes Infrastrukturangebot,
- hoher Anteil Alter, Alleinstehender und kinderreicher Familien.

Instanzen der Verbesserung der Lebensbedingungen: Sozialstaat oder Gewerkschaften

Es scheint sicher, daß die notwendigen Maßnahmen zur Verbesserung der durch diese Indikatoren charakterisierten Lebensverhältnisse nicht durch städtische soziale Bewegungen erreicht werden kann, es ist sicher nicht möglich, daß auf lokaler oder städtischer Ebene initiierte Hilfsmaßnahmen eine Verbesserung erreichen können. Damit taucht die Frage nach den Organisationen oder Instanzen auf, die für die Verbesserung zuständig sind: Sozialstaat und Gewerkschaft.

Organisationen der Arbeiterbewegung in GB und NL relevant

An dieser Stelle wird deutlich, daß eine zentrale Frage, die nach dem Verhältnis der in den städtischen sozialen Bewegungen aufgegriffenen Fragen zu den von den Organisationen der Arbeiterbewegung durchgeführten Betriebs- und Lohnkämpfe ist. Zumindest in der Bundesrepublik gibt es nur wenige Berührungspunkte. Gewerkschaften halten im allgemeinen Distanz zu den sozialen Bewegungen.

Für unsere Forschungsarbeit können vor allem in Großbritannien und den Niederlanden diese Berührungspunkte untersucht werden, da sich in diesen Ländern eine derart ausgeprägte institutionalisierte Trennung zwischen Gewerkschaften und sozialen Bewegungen im Reproduktionsbereich wie in der Bundesrepublik nicht herausgebildet hat.

Perspektiven der sozialen Bewegung

Ein weiterer Aspekt ist die Frage nach den Perspektiven der sozialen Bewegungen; die Frage, ob sie Ausgangspunkt für eine Veränderung institutionalisierter politischer Interessenvertretungen auf lokaler Ebene sein können. (RODRIGUEZ-LORES, 1978) Indiz dafür könnte das Auftreten neuer Parteien sein, die - zumindest in der BRD - die auf kommunaler Ebene die von den traditionellen Parteien geschaffenen, verkrusteten politisch-administrativen Entscheidungsstrukturen in Bewegung bringen. Der Bedeutungszuwachs dieser Parteien und parteiähnlichen Organisationen in den Städten verläuft synchron mit der Verschärfung der städtischen Krise.

Dieser Tatbestand könnte ein Hinweis darauf sein, die kommunalpolitischen Möglichkeiten zur Verbesserung von Lebensverhältnissen erneut zu diskutieren und zu untersuchen, inwiefern unter dem Druck der städtischen Protestbewegung kommunale Administration und Parlament innovations- und reformfähig sind. Zumindest in der Bundesrepublik Deutschland sind nach ihrer Verfassung die Kommunen die verantwortlichen Instanzen für die Daseinsvorsorge ihrer Bewohner.

3. VORGEHENSWEISE

3.1 Prinzipien der Aktionsforschung als methodische Vorgehensweise bei den Fallstudien

Voraussetzungen des Forschungsprojektes

Die Absicht der Forschungsarbeit, anwendbare Resultate in Form von weiter entwickelten oder alternativen Strategien für die Beteiligung von Betroffenen in Stadterneuerungsabläufen zu erzielen, erfordert, daß

- bereits artikuliert Forderungen der Betroffenen an die Stadterneuerung aufgenommen werden,
- bestehende Ansätze und praktizierte Verfahrenswesen unter dem Gesichtspunkt in die weitere Analyse einbezogen werden, was sie zur wirkungsvollen Betroffenenbeteiligung zu leisten vermögen,
- Hilfestellung von den Forschern bei der Formulierung von in Ansätzen vorhandenen Vorstellungen der Betroffenen geleistet wird,
- bei der Strategiefindung die Betroffenen mit den Forschern gemeinsam Durchsetzungsbedingungen und -chancen erörtern und beschließen.

Prinzipien der Aktionsforschung

Bei der Überlegung, welche Methode diesen Ansprüchen folgt, sind vor allem die Prinzipien der Aktionsforschung sowie der wissenschaftsmethodologische Hintergrund dieser Methode als geeignet eingeschätzt worden.

Grob charakterisiert geht es dabei um eine empirische Sozialforschung mit dem Ziel einer Erforschung von Bedingungen und Wirkungen verschiedener Formen des sozialen und politischen Handelns, (LEWIN, 1953) der Aufarbeitung von Bestimmungsfaktoren einzelner Entscheidungsfelder für Gruppen und Initiativen, die an einer Verbesserung der sozialen Verhältnisse interessiert sind. (FUCHS, 1970)

Postulate der Aktionsforschung

Die Forschungsarbeit orientiert sich an den folgenden Postulaten, die als Leitlinie der allgemeinen methodischen Vorgehensweise dient. (KLÜVER, KRÜGER, 1975)

Forschungsfragen aus Forderungen von Bevölkerungsgruppen

1. Die Auswahl des zu erforschenden Konflikts, seine Definition und seine Operationalisierung mit Hilfe von Leitfragen geschieht nicht vorrangig aus dem Zusammenhang wissenschaftlicher Erkenntnisziele, sondern wird begründet mit gesellschaftspolitischen Forderungen unmittelbar betroffener und aktiver Bevölkerungsgruppen. Ihre Ziele bestehen global in der Durchsetzung von Strategien, die als Abwehrmaßnahmen gegenüber einer Verschlechterung ihrer Lebensverhältnisse zustande gekommen sind. Die als Konflikt begriffene Situation wird als komplexe Gesamtheit verstanden, aus der sich aus forschungstechnischen Gründen einzelne Sektoren zur detaillierten Betrachtung mit anschließender Rückkopplung isolieren lassen. (Z.B. die Wohnungsversorgung aus der Gesamtheit der Reproduktionsbedingungen) (MOSER 1974)

Forscher als
politisch
handelndes
Subjekt

2. Das Ziel der Aktionsforschung besteht nicht darin, ausschließlich theoretische Aussagen der zuständigen Wissenschaft zu gewinnen, zu verifizieren oder zu falsifizieren. Hauptsächlich soll in bestehende sozio-ökonomische Zusammenhänge praktisch verändernd eingegriffen werden. Der Forscher versteht sich in diesem Zusammenhang selbst als politisch handelndes Subjekt. (CDP, 1974, ORLANDO 1978)

Argumente der
Betroffenen in
gesamtgesell-
schaftlichen
Strukturen

3. Die ermittelten Informationen werden nicht als isolierte, für sich bereits aussagekräftige Daten begriffen, sondern als Argumente in einem gesellschaftspolitischen Ablauf interpretiert. (FUCHS 1970) Ihre Bedeutung erhalten sie in erster Linie auf der praktischen Handlungsebene als Argumente, die den weiteren Prozeß der Auseinandersetzungen und Konflikte beeinflussen und steuern sollen. (LEES 1975, GREVE 1975, LAMBERT u.a. 1978) Auf der theoretischen Ebene tragen die derart gewonnenen Informationen dazu bei, die Einstellungen von Betroffenen zu den Konflikten in einem begrenzten gesellschaftlichen Teilbereich mit den vorhandenen theoretischen Aussagen über den Zusammenhang und die Abhängigkeit dieser Teilbereiche von gesamtgesellschaftlichen Strukturen zu konfrontieren.

Aufgabe der
Distanz des
Forschers zum
Objekt

4. Sowohl die auf Verbesserung der gesellschaftlichen Praxis bezogenen Ansprüche der Aktionsforschung als auch die daraus sich ergebenden wissenschaftstheoretischen Konsequenzen setzen voraus, daß der Forscher seine herkömmliche Distanz zum Forschungsobjekt zugunsten einer in seinem eigenen politischen Bewußtsein begründeten aktiv einflußnehmenden Haltung -zumindest vorübergehend- aufgibt. (LEES 1975, MOSER 1974) Diese Einstellung führt in der Konsequenz dazu, daß die Tätigkeit des Forschers von der teilnehmenden Beobachtung des Konflikts zur aktiven und gemeinsamen Handlung mit den Beteiligten reicht. (LEES 1975)

Forscher
akzeptiert Be-
troffene als
eigenständige
Subjekte

5. Logischerweise verändert sich die Rolle der Forschungsobjekte grundsätzlich. Das tradierte Verhältnis zwischen Forscher und Forschungsgegenstand wird eines, das in erster Linie darauf begründet ist, daß in der Aktionsforschung Menschen in alltäglicher Praxis in unterschiedlichen Arbeits- und Lebensverhältnissen gemeinsam die vorliegenden Konflikte erkennen, darüber politisch diskutieren ("Diskurs") und Lösungen suchen, die zur Abwehr von sonst die Lebensbedingungen verschlechternden Maßnahmen führen. Die Forscher haben die Betroffenen als Subjekte mit eigenständiger, durch verschiedenartige Klassenlagen und Biographie verursachten Erfahrungen zu akzeptieren. (MOSER 1974)

Wissenschaft-
lichkeit der
Resultate sind
an Nützlichkeit
zu messen

6. Die im Rahmen von Aktionsforschung kooperativ erarbeiteten Resultate werden auf ihre Wissenschaftlichkeit und auf ihre Relevanz dadurch überprüft, daß ihre Verwendungsfähigkeit und Nützlichkeit gemessen wird. Dabei geht es in erster Linie darum, praktische und meßbare Verbesserungen der Lebensumstände der Betroffenen zu erreichen. (HIMMELSTRAND 1978)

Relativierung
der Forderungen
durch gesamtgesell-
schaftliche
Einordnung

7. Kooperative Aktionsforschung bedeutet nicht, daß der Wissenschaftler sich uneingeschränkt mit der Lebenswelt identifiziert, an der er teilnimmt. Die Wahrnehmungsfähigkeit der Probleme und Konflikte durch betroffene Individuen und Gruppen auf der lokalen Erscheinungsebene ist häufig durch ihre existentielle Betroffenheit beschränkt, Strategien und Forderungen von Betroffenen zur Abwendung unerwünschter Veränderungen können nicht immer die Komplexität der Verursachungszusammenhänge gründlich analysieren.

Im Unterschied zum Gemeinwesenstarbeiter ist der Wissenschaftler im Aktionsforschungszusammenhang darauf angewiesen, die lokalspezifische Ausprägung der Konflikte im gesamtstädtischen, gesamtgesellschaftlichen und nach Möglichkeit im ökonomischen und politischen Kontext zu analysieren und diese Einschätzung auf der lokalen Ebene den Betroffenen zu vermitteln. Häufig sind etwa konkurrierende lokale Flächennutzungsansprüche zwischen Grünflächen, Wohnnutzung und anderen infrastrukturellen Nutzungen auf lokaler Ebene durch die Identifikation mit der einen oder anderen Forderung nicht sinnvoll zu beurteilen.

Methoden der
klassischen,
empirischen
Sozialforschung
in der
Aktionsforschung

8. Bei der konkreten Planung eines Aktionsforschungsprojektes stellt sich ebenfalls die Frage nach den zu benutzenden empirischen Ermittlungsmethoden. Bei der Methodenwahl ist es sinnvoll, sich bei den klassischen empirischen Methoden Anregungen zu holen. (MOSER 1974) Eine prinzipielle Voraussetzung ist jedoch zu beachten. In der Regel stellt die Übernahme von empirischen Methoden die darin enthaltene Beziehung zwischen Forscher und Forschungsobjekt dar. Um diese Degradierung der Forschungsobjekte zu Forschungsobjekten zu verhindern, ist es erforderlich, das Verhältnis der Methoden in der Weise zu verändern, daß sie als Kommunikationsinstrument zwischen den Forschern und den Betroffenen begriffen werden. (BERGER, 1974)

Postulate der
Aktionsforschung
folgend: Mitarbeit
des IFP 8/1 in
Aktionsgruppen

Aus der Orientierung an den zentralen Postulaten der Aktionsforschung für die methodische Vorgehensweise im Rahmen unseres Projektes ergab sich sowohl die Festlegung der Erhebungstechniken für den Einstieg in die Fallstudienarbeit als auch die Vorbereitung zur Aufhebung der Distanz zwischen den Forschern und ihren Subjekten. Die Mitgliedschaft einiger Bearbeiter des Forschungsprojektes in einigen im Fallstudienggebiet tätigen Aktionsgruppen hat die Voraussetzung geschaffen, die als wichtiges Prinzip erfüllt sein muß: Arbeit der Forscher mit gesellschaftlichen Gruppen. (FACHBEREICH SOZIALPÄDAGOGIK, 1975)

Bestandsaufnahme
der Probleme

Außerdem ist die Bestandsaufnahme der Probleme für die betroffenen Bewohner, die durch die Stadterneuerung zu Tage gefördert werden, durch die Analyse der Problemartikulation durch die Aktionsgruppen durchgeführt worden, die nach unseren Erfahrungen die gebietsspezifischen Konflikte und Probleme am ehesten so repräsentieren, wie sie für die Betroffenen tatsächlich auftreten.

Damit wird das Postulat erfüllt, die zu erforschenden Konflikte, zu deren Lösung Strategien entwickelt werden sollen, aus gesellschaftspolitischen Forderungen unmittelbar betroffener und aktiver Bevölkerungsgruppen abzuleiten.

Für die Strategienentwicklung ist eine solche Vorgehensweise erforderlich, weil die Vorschläge am Problemverständnis der Betroffenen ansetzen und mit ihnen gemeinsam erarbeitet werden sollen.

3.2 Strukturierung der Untersuchungsebene

3.2.1 Untersuchungsebene "Sozioökonomischer Rahmen der Stadterneuerung"

Nach mehreren Diskussionen auf Arbeitstreffen über Erkenntnisinteressen und Vorgehensweise mit den einzelnen Forschungsgruppen hat sich eine erste Gliederungsstruktur herausgebildet, nach der die Aufarbeitung nationalspezifischer Rahmenbedingungen begonnen wurde. (vgl. Punkt 4.1, TH EINDHOVEN, 1979; HdK BERLIN, 1978)

1. Als allgemeine Determinanten der Wohnraumversorgung und der Stadterneuerung werden der Strukturwandel der industriellen Produktion mit seinen sozio-ökonomischen Auswirkungen auf die Lebensverhältnisse der Bevölkerung und auf die Umstrukturierung von Regionen, Agglomerationsräumen bis hin zu einzelnen Stadtteilen thematisiert.

2. Als engere Determinanten der Wohnungsversorgung und der Stadterneuerung werden die miteinander verknüpften Bereiche Wohnungsbestand nach Wohnungsteilmärkten, Formen des Grundeigentums, Bau- und Wohnungswirtschaft, Finanzkapital und staatliche Wohnungspolitik jeweils für die einzelnen Länder zusammengestellt. Die Stadterneuerung wird als eine Form der Wohnraumversorgung in diesen Kontext einbezogen.

Sektoraler
und
regionaler
Strukturwandel

Zu 1: Die Veränderung von Lebensverhältnissen der Bevölkerung eines Landes werden primär verursacht durch die nationalspezifische Ausprägung der allgemeinen krisenhaften ökonomischen Entwicklung auf dem Hintergrund des Strukturwandels des industriellen Sektors der Volkswirtschaft. Dieser Strukturwandel hat eine sektorale und eine regionale (räumliche) Dimension. Die sektorale Dimension bezieht sich auf die branchenspezifische Rationalisierung und Automatisierung, die in der Regel von Zentralisations- und Konzentrationsprozessen begleitet wird. Der Strukturwandel der industriellen Produktion, als Ergebnis der Umwälzung der technologischen Basis und der Struktur der gesellschaftlichen Produktion schlägt sich nieder in der Veränderung der wichtigsten Indikatoren zur sozio-ökonomischen Struktur einer Gesellschaft:

- die Arbeits- und Kapitalproduktivität,
- das Bruttoinlandsprodukt,
- die Beschäftigten bzw. Arbeitslosenquoten,
- die Inflationsraten und die Kaufkraftquoten,
- der Umfang der staatlichen Ausgaben für die sozialen Infrastrukturleistungen ("Soziallohn")

Diese Tatbestände formen den Hintergrund auf dem die Lebensverhältnisse der Bevölkerung ursächlich ihre klassen- und schichtenspezifische Ausprägung erfahren.

Die regionale Dimension meint vor allem die durch den technologischen Wandel der Produktionsweise hervorgerufenen Auswirkungen räumlicher Art, die die Veränderung der Standortanforderungen betreffen: Stilllegen von arbeitsintensiven kleinen Betrieben in den Innenstädten,

Zusammenlegung mehrerer Industriebetriebe an neuen Standorten oder durch Erweiterung alter, Verlagerung expandierender Produktionsbetriebe und die Konsequenzen für die bisher bestehenden Raumstrukturen, wie z.B. den Verfall der Innenstädte. Beide Dimensionen zusammen genommen machen den Hintergrund aus, der die Lebensbedingungen sowohl der direkt betroffenen lohnabhängigen Industriearbeiter und kleinere Angestellte, aber auch großer Teile der staatlichen Angestellten und Beamten, der Rentner, kleiner Handwerker und Geschäftsleute, sowie der Bauern bestimmt. Diese polit-ökonomischen Hintergründe werden als die allgemeinen Determinanten in die Analyse sämtlicher gesellschaftlicher Teilbereiche einbezogen werden müssen; sie geben auch den äußeren Rahmen an, unter dem die Wohnungsversorgung beschrieben werden muß und der die Stadterneuerung ursächlich prägt.

Determinanten
der Wohnungs-
versorgung

Zu 2: Die Wohnungsversorgung wird in den drei untersuchten Ländern im engeren Sinne geprägt:

- durch den nach einzelnen Wohnungsteilmärkten differenzierten Bestand an Wohnungen, der als Ergebnis vorangegangener bau- und wohnungswirtschaftlicher Aktivitäten und wohnungspolitischer Maßnahmen des Staates nach Kategorien;
 - des Eigentums (Wohnungsmieter, Wohnungseigentümer);
 - des derzeitigen Wertes;
 - der Qualität;
 - der Lage innerhalb des Stadtgebietes;
 - der Klassen- und Schichtenlage der Nutzer als Ausdruck unterschiedlicher Kaufkraft bzw. Nachfrage nach Wohnungen beschreibbar ist;
- durch die spezifische Ausprägung des Grundeigentums, das über die Gesetzmäßigkeiten der Grundrentenmaximierung die Flächennutzungen im Stadtgebiet regelt. Die Grundstückskosten gehen in die Kosten für den Wohnungsbau ein und sind abhängig von unterschiedlichen Formen des Grundeigentums (Grund- und Immobileigentum großer Kapitalgesellschaften, private Eigentümer, kommunales Eigentum o.ä.),
- durch die Struktur der Bauwirtschaft, ihre Produktivität, ihre branchenspezifische Betriebsgrößenverteilung, ihrer Kapitalverflechtung mit dem Finanzkapital etc., die die Herstellungskosten des Wohnungsneubaus und der Modernisierung beeinflussen,
- durch das Finanzkapital, das die Finanzierung sowohl der öffentlich geförderten als auch weitgehend der privaten Wohnungsversorgung übernimmt und damit erheblich auf die Kosten einwirkt,
- durch die staatliche Wohnungspolitik, die im Kontext der allgemeinen ökonomischen Entwicklung ebenso wie als Teil allgemeiner staatlicher Politiken beschrieben werden kann. Wohnungspolitik modifiziert durch unterschiedliche Maßnahmen die genannten engeren Rahmenbedingungen der Wohnungsversorgung. Sie reagiert einerseits auf die allgemeine ökonomi-

sche Entwicklung und auf deren sich ändernde Rahmenbedingungen. Andererseits ist sie immer wieder aufgrund der Auswirkungen und Ergebnisse ihrer eigenen Maßnahmen hin zu modifizieren.

Während die engeren Determinanten der Wohnungsversorgung und die darüber hinaus modifizierten Bedingungen der Stadterneuerung als spezifisches Instrument der Wohnungsversorgung für die Situation in der BRD und Berlin (W) sowie allgemeiner für Großbritannien bearbeitet wurden, stehen detaillierte Untersuchungen und die Beschreibung der Situation in den Niederlanden noch aus.

Voruntersuchungen der Determinanten in GB und NL

Bisher sind für Großbritannien und die Niederlande vor allem umfangreiche Materialsammlungen betrieben worden, die zu ersten Einschätzungen geführt haben. Teile dieser Arbeiten sind im Rahmen einer Beteiligung an der Deutschen Industrieausstellung in Berlin vom 16. bis 24. September 1978 vorgestellt worden. Die Notwendigkeit der weiteren Durchdringung des Strukturwandels der industriellen Produktion mit seinen Auswirkungen sektoraler und regional-räumlicher Art als allgemeine Determinanten der Wohnungsversorgung wird deutlich, wenn im Rahmen der Fallstudienarbeit die Analyse von Stadterneuerungsprozessen durchgeführt werden muß. Dabei ist zu berücksichtigen

- der Prozeß der Entstehung von Stadterneuerungsgebieten in den alten industriellen Agglomerationen auf dem Hintergrund des oben skizzierten Strukturwandels des industriellen Sektors,
- die Veränderung der Industrie- und Gewerbestruktur und ihre Auswirkungen auf die Sozialstruktur des Gebietes,
- die sozio-ökonomischen Auswirkungen des Strukturwandels auf die Verschlechterung der Qualifikationsverhältnisse der Arbeitskräfte, auf die Höhe des Einkommens, auf Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit im Gebiet,
- die baulich-räumlichen Auswirkungen dieses Prozesses, Verfall von Industrieanlagen, Gewerbe- und Wohngebäuden, Verslumung der Wohnumgebung, der Verfall der Innenstädte,
- die Kämpfe der Betroffenen gegen diese Verschlechterungen ihrer Lebensverhältnisse, die Stärke ihrer Organisationen (Gewerkschaften, Parteien, Aktionsgruppen), ihre Erfolge und ihre weiteren Strategien sowie die Orientierung ihrer Widerstands- und Abwehrmaßnahmen an den Kampfformen, die sich aus den Auseinandersetzungen im Arbeitsprozeß ergeben (Verhandlungen, Streiks, Besetzungen),
- die Auswirkungen der Haushaltskürzungen für sozialpolitische Maßnahmen, die zu einer weiteren materiellen Verschlechterung der Lebensumstände im Gebiet führen,
- die Eingriffe des Staates (zentral oder lokal) im

Kontext des Strukturwandels mit seinen sozioökonomischen und räumlichen Auswirkungen auf die Betroffenen.

All diese noch weiter zu untersuchenden Facetten machen deutlich, daß ohne eine genauere Kenntnis über die Zusammenhänge und die logischen Strukturen des sozio-ökonomischen Rahmens die Fragen nach Bedingungen, Verfahren und Resultaten von Stadterneuerung nicht präzise genug beantwortet werden können.

Im weiteren Verlauf der Arbeit des Forschungsprojektes wird deshalb in den Fallstudien in ausgewählten Stadterneuerungsgebieten eine Untersuchung der konkreten Ausprägung sowohl der allgemeinen wie der engeren Determinanten erfolgen müssen.

Die Untersuchungsebene "Sozio-ökonomischer Rahmen der Stadterneuerung" umfaßt die ursprünglichen Problemfelder 1 (städtische Umstrukturierung) und 2 (Wohnraumversorgung) sowie einige Teile des Problemfeldes 3 (Bauliche Realisierung).

3.2.2 Untersuchungsebene "Betroffenenbeteiligung"

Untersucht werden die nationalspezifischen Ausprägungen institutionalisierter Beteiligungsverfahren bei der Stadterneuerung sowie weitergehende Formen der Einflußnahme betroffener Bewohner und Beratungs- und Informationsinstitutionen für die von Stadterneuerungsmaßnahmen betroffenen Bewohner.

Typologisierung
der Formen der
Betroffenenbe-
teiligung

Die Arbeit auf dieser Untersuchungsebene umfaßt den Versuch einer Typologisierung der verschiedenen Formen und Modelle von Betroffenenbeteiligung.

Als Grundlage der Typologisierung und Bewertung werden auf dieser Untersuchungsebene die einzelnen Beteiligungsverfahren in den drei Ländern

- auf ihre ökonomischen und gesellschaftspolitischen Rahmenbedingungen hin analysiert, unter denen sich derartige Verfahren bzw. Ansätze dazu durchsetzen konnten und diejenigen Restriktionen benannt, die einer Durchsetzung im Wege stehen;
- auf ihre immanenten organisatorischen und rechtlichen Strukturen untersucht, die die Funktionsfähigkeit ermöglichen;
- auf ihrem historischen Entstehungshintergrund charakterisiert, der sich durch die Auseinandersetzungen und Kämpfe der Betroffenen selbst bzw. der sie unterstützenden Parteien, Organisationen und Verbände hergestellt hat;
- dahingehend überprüft, inwiefern sie lediglich zugestandene Beteiligungsmodelle zur Legitimation oberflächlicher sozialstaatlicher Zugeständnisse für die Betroffenen der Stadterneuerung, vorbeugende Maßnahmen zur reibungslosen Durchführung der Maßnahmen oder drüber hinausgehend selbstbestimmte und wirkungsvolle Beteiligungsformen darstellen. (Vgl. Punkt 2.2)

Einspruchsmöglichkeiten dienen reibungsloser Plandurchsetzung

Nach den bisherigen Erfahrungen bieten die gesetzlich zugestandenen Partizipationsmöglichkeiten in allen drei Ländern nur unzureichend die Chance einer tatsächlichen Einflußnahme betroffener Bewohner.

In der Regel ist die institutionalisierte Betroffenenbeteiligung funktionaler Bestandteil des Stadterneuerungsprozesses, der in erster Linie seinen Teil zur reibungslosen Durchsetzung der geplanten baulichen Veränderungen leisten soll. Einspruchsmöglichkeiten - wie in England die "public inquiries", in den Niederlanden die "inspraak" und in der BRD der Einspruch gegen einen Bebauungsplan - sind keineswegs als Mitentscheidungsmöglichkeit betroffener Bewohner konzipiert, sondern als quasi letzte und eigentlich außergewöhnliche Kritikmöglichkeit gegen in kleinsten Details bereits fertige Pläne und Absichten.

Forderungen nach effektiverer Betroffenenbeteiligung

Wachsende Kritik an einer derart von staatlicher Seite als ausreichend empfundene Beteiligung schlägt sich einerseits in den in den letzten Jahren häufiger in Anspruch genommenen Einspruchsmöglichkeiten und in der Bildung von Bewohnerinitiativen und Aktionsgruppen andererseits nieder. Die Forderungen nach Mitbestimmung sprengen den vom Gesetzgeber ursprünglich zugestandenen Rahmen der Sozialplanung und/oder füllen ihn mit anderen Inhalten aus. Es ist dabei wichtig, herauszufinden, welche Elastizität die rechtlichen Bestimmungen aufweisen, um neue Formen effektiverer Betroffenenbeteiligung von Anfang an zuzulassen oder -umgekehrt- welche politische Bedrohung von Betroffenenengruppen ausgehen muß, damit sie ihren Forderungen Gehör und Durchsetzungschancen verschaffen kann.

Schwerpunkte der Untersuchung

Zusammenfassend strukturiert sich diese Untersuchungsebene um drei Schwerpunkte:

- die Zusammenstellung und der bewertende Vergleich institutionalisierter Formen von Betroffenenbeteiligung,
- die den Rahmen gesetzlich zugestanderer Beteiligungsformen sprengenden Aktivitäten von Bewohnern, die ihre Aufgabe darin sehen, ständig bedrohlicher werdende Verschlechterungen ihrer Lebensverhältnisse abzuwehren und dabei die institutionalisierten Formen der Mitsprache erheblich zu erweitern,
- diejenigen Einrichtungen, die -in Großbritannien und in den Niederlanden landesweit- den Aktionsgruppen der von Stadterneuerungsmaßnahmen betroffenen Bewohner Informationen und Ratschläge geben, wie sie ihre eigenen Interessen durchsetzen können.

Untersuchungsfragen

Die nationalspezifische Zusammenstellung und Typologisierung soll die Fragen klären,

- welche institutionalisierten Rahmenbedingungen einer wirkungsvollen Betroffenenbeteiligung dienlich bzw. hinderlich sind
- welche Elastizität die rechtlichen Vorschriften zur Betroffenenbeteiligung aufweisen müssen, um eine effektive Entscheidungsbeteiligung der Bewohner

zu ermöglichen,

- welche Möglichkeiten für organisierte Bewohnergruppen bestehen und welche politische Macht sie mobilisieren müssen, um solche Forderungen durchzusetzen, die im Rahmen institutionalisierter Betroffenenbeteiligungsmodelle nicht vorgesehen sind,
- ob durch ein Netz von beratenden Institutionen die Effektivität der Bewohnerentscheidungen und der Umfang ihrer Einflußmöglichkeiten entscheidend verbessert werden kann.

Diese Untersuchungsebene umfaßt das ursprüngliche Problemfeld 5 (Mitbestimmung der Betroffenen).

3.2.3 Untersuchungsebene "Fallstudien"

Fallstudien
als Aktions-
gruppenanalyse

Angestrebtes Ergebnis der Arbeiten auf der Untersuchungsebene der empirischen Fallstudien ist eine Beschreibung von Bedingungen und Verfahrensweisen der ablaufenden Stadterneuerungsprozesse in ausgewählten Gebieten sowie ihre Auswirkungen auf die Lebensbedingungen der unmittelbar betroffenen Bewohner und ihre Reaktionen darauf. Zusammengestellt wird mit Hilfe der Analyse der im Gebiet tätigen Aktionsgruppen, ihrer Gründungsanlässe, Träger, Organisationsstrukturen, ihrer Tätigkeitsfelder, ihrer Ziele, ihrer Aktionsformen, ihrer Erfolge und Mißerfolge ein Katalog konkreter Probleme, Defizite und Deprivationen der Bewohner des entsprechenden Fallstudiengebietes, dessen Merkmale sich an ihren akuten Bedürfnissen, Forderungen und Einflußchancen orientieren. Ebenfalls wird eine Bestandsaufnahme und eine Biographie der einzelnen Fallstudiengebiete vorgenommen.

Leitfaden

Dazu sind die zusammenzutragenden Daten und Informationen in ein Gliederungsmuster zu stellen, das für alle Fallstudiengebiete identisch ist (s. Anlage 2)

Die Zusammenstellung der erforderlichen Informationen gliedert sich in zwei Bereiche:

- 1. die Gebietsbeschreibung
- 2. die Problemaufnahme

Aus vorhande-
nem Material

Zu 1.: Die Gebietsbeschreibung

Sie soll die notwendigen Informationen zur Herausbildung der Gebietsnutzung im Kontext der historischen Stadtentwicklung zusammenstellen und die Phasen der sukzessiven Bebauung des Gebietes schildern. Besonders wichtig ist dabei die Beschreibung der Entwicklung

- der Arbeitsstätten,
- der Wohngebäude,
- der wohnbezogenen Infrastruktur,
- der Einrichtung zum Kauf von Waren und Dienstleistungen zur Versorgung,
- der Infrastruktureinrichtungen, die über das Fallstudiengebiet hinaus im gesamtstädtischen Funktionszusammenhang von Bedeutung sind.

Unmittelbar damit im Zusammenhang ist die Bevölkerungs-

entwicklung im Gebiet zu charakterisieren, Merkmale der Beschreibung sind dabei die Kategorien der Sozialstrukturstatistik, zumindest

- Klassen- und Schichtenstruktur der Bewohner nach Kategorien der Stellung im Produktionsprozeß und des Einkommens,
- die Haushaltsstruktur nach Kategorien der Größe, des Alters, des Geschlechts, des Einkommens, der Stellung im Produktionsprozeß, des rechtlichen Wohnverhältnisses (Mieter, Eigenheimbesitzer, Pächter, Dauer),
- die Bevölkerungsstruktur nach ihrer Herkunft und ihrer Wohndauer im Gebiet.

Die Gebietsbeschreibung ist als konkrete Ausformung von allgemeineren sozioökonomischen Situationen zu begreifen, deren allgemeine und engere Determinanten auf der 1. Untersuchungsebene benannt wurden und die den theoretischen Bezugsrahmen abgeben, in den die empirisch ermittelten Tatbestände eingeordnet werden können.

Der Bezugsrahmen selbst wird durch die fortschreitende Analyse der einzelnen Determinanten ebenso präzisiert und modifiziert, wie sich neue und modifizierte Fragestellungen für die weiteren Fallstudien aus den erweiterten bzw. korrigierten Hypothesen ergeben.

Aus Aktivgruppenbe-fragung und -analyse

Zu 2.: Die Problemaufnahme

Wir gehen davon aus, daß die Bestandsaufnahme der mit der Stadterneuerung zusammenhängenden oder durch sie zu Tage geförderten Probleme adäquat nur zu artikulieren sind von den unmittelbar im Gebiet lebenden und betroffenen Bewohnern. Dabei soll versucht werden, zunächst die existierenden Aktionsgruppen und Institutionen im Fallstudiengebiet zu erheben, um einen Überblick über das Ausmaß der Aktivitäten der Bevölkerung zu erhalten.

Dabei ist die folgende Aufteilung vorgesehen:

- Aktionsgruppen, die unmittelbar durch Maßnahmen der Stadterneuerung oder durch den Verfall des Gebietes verursacht, Fragen und Probleme der Wohnungsverordnung entweder ihrer Mitglieder oder von ihnen repräsentierter Bewohner aufgreifen.
- Aktionsgruppen, die sich mit den allgemeinen Problemen der Bewohner befassen, die in erster Linie ihrer Klassen-, Rassen- und Schichtenzugehörigkeit unter den aktuellen Bedingungen zuzuordnen sind. Die Einrichtungen können von verschiedenen Institutionen getragen werden (Kirche, Wohlfahrtsverbände, politische Gruppen).
- Die dezentralen Einrichtungen des Staates im Gebiet, ausgelagerte Ämter und Stäbe, die "vor Ort" sowohl den Ablauf der Stadterneuerungsmaßnahmen rückkoppelnd mit ihrer Zentrale organisieren als auch die Auswirkungen auf die Bewohner überprüfen. Sie greifen in die Stadterneuerung ein, um den

Ablauf der Maßnahmen möglichst reibungslos zu gestalten.

Aktivgruppen
spiegeln
Situation der
Betroffenen

Die Beschreibung dieser Einrichtungen, Gruppen, Beratungsinstanzen etc. soll in einer Weise stattfinden, die es gewährleistet, daß über die Darstellung der Aktivitäten innerhalb dieser Institutionen die aktuelle Situation der Betroffenen im Gebiet deutlich wird.

Im einzelnen ist es notwendig, herauszufinden,

- welche Maßnahmen und Aktivitäten sie ergriffen haben,
- welche Erfahrungen, Erfolge und Mißerfolge sie aufzuweisen haben,
- wie sie aus ihren Tätigkeiten heraus die Problematik des Gebietes sehen, d.h. wie sie die bisherigen Lebensbedingungen der Bewohner begreifen und welche Auswirkungen die Stadterneuerung darauf haben wird.

Die gebietsbezogene Analyse umfaßt damit zwei Felder:

- Bestandsbeschreibung der materiell und quantitativ ermittelbaren Merkmale des Fallsutdienegebietes
- Aufnahme der Veränderungen der Lebensbedingungen der Bewohner, die durch die Stadterneuerungsmaßnahmen hervorgerufen wurde, sowie die damit verbundenen Probleme und Konflikte. Die problemorientierte Inventarisierung erfolgt dabei über die in Aktions- und Bewohnergruppen artikulierten Einschätzungen, Kritiken, Forderungen, Vorschläge, Maßnahmen und anderen Verhaltensweisen.

Ergänzung
durch Inter-
views mit
Schlüsselpersonen

Ergänzt wird dieses Ermittlungsverfahren durch weitere Interviews mit Schlüsselpersonen und durch eine kontrollierende Befragung von ausgewählten Bewohnern des Gebietes. Dabei geht es vor allem darum, den hohen Anteil der gegenüber den in ihrem Gebiet ablaufenden Prozessen gleichgültigen und resignierenden Bewohner zu ermitteln, die sich von den verschiedenen Aktionsgruppen nicht vertreten fühlen oder sich nicht vertreten lassen wollen.

Die Formen ihres Verhaltens sollen ebenfalls katalogisiert werden.

Katalogisierung:
- der Betroffenheit

Mit den derart gewonnenen Daten und Informationen ist es jeweils in den einzelnen Fallstudiengebieten möglich,

- die tatsächliche Betroffenheit der Bevölkerung durch Stadterneuerungsmaßnahmen zu beurteilen, indem die objektiv-materiellen Lebensverhältnisse und Lebenslagen der Bewohner in Stadterneuerungsgebieten (nach Klassen, Schichten, Gruppen spezifiziert) gegenübergestellt werden den subjektiven Einstellungen und Verhaltensweisen gegenüber den Bedingungen ihrer Reproduktion im Wohngebiet,

- der Einflüsse zur Verbesserung

- die Möglichkeiten und Grenzen von wirkungsvollen Einflüssen und Entscheidungen der betroffenen Bewohner auf die Verbesserung ihrer Lebensbedingungen auf lokaler Basis herauszufinden.

Die Ergebnisse dieser Arbeit sind auch als Pilotstudie

Fallstudie SO 36
Pilotstudie

für die Vorbereitung zu weiteren Fallstudien der jeweiligen Gruppen zu verstehen.

Es soll angestrebt werden, auf der konkreten Ebene der Fallstudien exemplarisch einige der vorgeschlagenen Strategien auszuprobieren, um ihre Durchführbarkeit und ihren postulierten Wert für die Verbesserung der Beteiligungs- und Mitbestimmungsverfahren zu testen.

In Anlehnung an die Forschungspraxis einer "experimentellen sozialen Innovation" (FAIRWEATHER, 1976) erfordert der Ablauf des Strategietests:

- die plausible Erläuterung für einen neuen Vorschlag als alternativen Problemlösungsansatz,
- die Integration dieses Konzeptes in dem ihm zukommenden äußeren Rahmen aktueller, sozialer und politischer Bedingungen, wie sie derzeit durch entsprechende Probleme der Stadterneuerung bestimmt werden,
- die Evaluation in der entsprechenden und konzeptadäquaten Umgebung,
- weitere Forschungsarbeit im Rahmen des vorgeschlagenen Konzeptes, um über einen angemessenen Zeitraum Daten ermitteln und Wirkungsanalysen erstellen zu können,
- die gemeinsame Bewertung der Ergebnisse durch die Forscher und die Betroffenen.

3.2.4 Untersuchungsebene "Betroffenenbeteiligung, soziale Bewegungen und städtische Krise"

Der Beitrag unseres Forschungsprojektes zur Problematik und zur Theorie der städtischen sozialen Bewegungen liegt darin, zu überprüfen, ob die empirisch ermittelten Ergebnisse aus den Fallstudiengebieten in die derzeit diskutierten theoretischen Erklärungsansätze eingeordnet werden können.

Diese Untersuchungsebene gliedert sich in zwei Bereiche:

Zusammenstellung
der Theorie der
3 Länder

Zum einen sollen vorliegende Arbeiten zu diesem Theoriekomplex aus den untersuchten Ländern zusammenge stellt und die Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern als Präferenz verschiedener Theorieansätze deutlich gemacht werden. Besonders sind dabei Arbeiten zu berücksichtigen, die empirische Studien über Wohnungsversorgung, Stadterneuerung und Betroffenenbeteiligung enthalten und die gewonnenen Erfahrungen in einen theoretischen Erklärungsansatz gestellt haben. (LAMBERT, u.a. 1978; CASTELLS, GODARD, 1974; COCKBURN, 1977; GRÜTTNER, 1976; ROTH, 1975, u.a.)

Zusammenstellung
der Strategien

Zum anderen sollen die in den Fallstudiengebieten oder die in vergleichbaren innerstädtischen Wohngebieten vorgenommenen, meist staatlich initiierten Strategien zur Behebung der Wohnungs mißstände und zur Bekämpfung allgemeiner, mit dem Fortschreiten der Stadterneuerung

manifest werdenden sozialen Konflikte zusammengestellt werden. Das Ziel dabei ist es, für unsere Strategievorschläge Erfahrungen zu sammeln, die auf bereits durchgeführten Maßnahmen beruhen. Besonders wichtig scheint uns nach der bisherigen Einschätzung derartiger Strategien der Tatbestand zu sein, daß die lokalorientierten Strategien zur Verbesserung der Wohnungsversorgung in der Regel eingebettet sind in ein Paket von Maßnahmen oder Programmen, deren Ziel die Verbesserung der allgemeinen Lebensverhältnisse im Gebiet ist. (STRATEGIEN, 1978; CDP, 1977)

Die Arbeiten auf dieser Untersuchungsebene strukturieren sich zukünftig entsprechend um die Aufarbeitung entsprechender Veröffentlichungen zu diesen Fragenkomplexen und um die Analyse der Bedeutung der Wohnungsversorgung, die sie in den einzelnen komplexen Strategien zur Verbesserung der Lebensverhältnisse zugewiesen bekommen. Außerdem ist zu prüfen - als ein Teilaspekt zur Frage der sozialen städtischen Bewegungen - welche Reichweite und Auswirkungen lokal orientierte Strategien zur Verbesserung der Lebensverhältnisse haben, bzw. welche Beschränkungen mit einer solchen Strategie verbunden sind.

3.3 Verknüpfung der Untersuchungsebenen

Die vier Untersuchungsebenen sind nicht als zeitlich nacheinander zu bearbeitende Teilbereiche zu verstehen. Der Einstiegspunkt in die Forschungsarbeit verlief nicht über eine Determinantenanalyse, die zunächst umfassend die komplexen ökonomischen und gesellschaftlichen Zusammenhänge zwischen industriellem Strukturwandel, krisenhaftem Wachstumsprozeß räumlicher Umstrukturierungen und Veränderungen der Lebensbedingungen von Arbeitskräften untersucht. Eine solche Vorgehensweise ist von uns nicht nur nicht durchzuführen, sondern entspricht auch nicht unseren Zielsetzungen.

Einstieg über die konkreten Bewohnerprobleme

Wir beabsichtigen bei den von den betroffenen Bewohnern in Stadterneuerungsgebieten selbst artikulierten Problemen, die im Zusammenhang mit den Stadterneuerungsmaßnahmen auftreten, anzusetzen.

Vorbereitung der Fallstudien

Entsprechend verliefen die Arbeitsschritte im wesentlichen auf der Ebene der Vorbereitung von Fallstudien, wie es im ursprünglichen Antrag auch vorgesehen war. Das bezieht sich auf Vorarbeiten zur Zusammenstellung der Erhebungsmethoden und der Festlegung der Kategorien, nach denen die Gebiete ausgewählt und beschrieben werden, wie auch auf Vorgespräche mit Schlüsselpersonen, Beschreibungen einzelner Aktivgruppen, etc.

Interpretation der Ergebnisse vor dem Hintergrund der Determinanten

Die Arbeiten auf den anderen Untersuchungsebenen liegen dazu parallel, sie werden jedoch zukünftig immer stärker miteinander verknüpft werden in dem Sinne, daß z.B. die empirisch ermittelten Tatbestände als Ergebnis der Arbeiten auf der dritten Untersuchungsebene interpretiert werden:

- auf dem Hintergrund der auf der ersten Untersuchungsebene zusammengetragenen Determinanten von Wohnungsverordnung und Stadterneuerung allgemeiner und engerer Art,
- als gebietsspezifische Ausprägung und lokale Besonderheit gesamtgesellschaftlicher und gesamtstädtischer Determinanten,
- als gebietsspezifische Konkretion allgemein institutionalisierter Betroffenenbeteiligung, eine Gegenüberstellung der im Gebiet ermittelten Beteiligungsverfahren bei der Stadterneuerung mit denen auf der zweiten Untersuchungsebene typologisierten Beteiligungsmodellen.

unterschiedlicher Abstraktionsgrad der Untersuchungsebenen

Grundsätzlich haben die vier Untersuchungsebenen bzw. die Ergebnisse, die auf ihnen erarbeitet werden sollen, einen unterschiedlichen Abstraktionsgrad und eine unterschiedliche Funktion für das Ziel des Forschungsprojektes:

der sozioökonomische Rahmen

Der sozioökonomische Rahmen stellt die allgemeinen Zusammenhänge dar und bildet die Voraussetzung, einen internationalen Vergleich durchführen zu können.

- Rahmenbedingungen der Betroffenenbeteiligung
- Auf der zweiten Untersuchungsebene werden die bestehenden institutionalisierten Rahmenbedingungen von Betroffenenbeteiligung und darüber hinausgehende, derzeit in den drei Ländern praktizierte Formen ausgearbeitet. Damit wird eine Grundlage geschaffen, auf der Durchsetzungschancen der von uns zu entwickelnden Vorstellungen realistisch eingeschätzt und neue Erkenntnisse aus den beiden anderen Ländern in die Debatte eingebracht werden können.
- Fallstudienebene
- Wie bereits mehrfach erwähnt, ist die Untersuchungsebene "Fallstudie" die zentrale Untersuchungsebene der Forschungsarbeit. Auf ihr werden konkret die allgemeinen ökonomischen und politischen Rahmenbedingungen der Stadterneuerung untersucht, die tatsächliche Auswirkung der Stadterneuerung auf die Bewohner ermittelt, die Bereitschaft und Kompetenz von Betroffenen zur Erweiterung ihrer Entscheidungsbefugnisse auf dem Hintergrund erfahrener Nachteile durch die Stadterneuerung festgestellt, und schließlich sind auf dieser Ebene Vorschläge zur Verbesserung zu testen.
- Die Arbeit auf der Fallstudienuntersuchungsebene ist die wichtigste, ihr ordnen sich die Arbeiten auf den anderen Ebenen unter bzw. die Ergebnisse aus den anderen Untersuchungsebenen erfahren hier ihre Konkretisierung.
- Zusammenhang sozialer Bewegung mit der Krise der Städte
- Die Arbeiten auf der vierten Untersuchungsebene schließlich werden erst gegen Ende der laufenden Forschungsarbeit abgeschlossen werden können, da ein relevanter Beitrag zur derzeitigen Diskussion über den Zusammenhang zwischen der sozialen Bewegung in den Stadtteilen und der Krise der Städte auf dem Hintergrund des allgemeinen gesellschaftlichen Entwicklungsprozesses empirisch abgesicherte Ergebnisse der Fallstudien in den untersuchten Ländern enthalten sollen.

3.4 Zur Methode des internationalen Vergleichs

Internationaler Vergleich als anwendungsorientiertes methodisches Instrument

Prinzipiell dient uns der internationale Vergleich dazu, Erfahrungen aus England und den Niederlanden in die Diskussion um wirkungsvolle Verfahren der Betroffenenbeteiligung in der Bundesrepublik und in Berlin einzubringen. Damit beabsichtigen wir, den internationalen Vergleich als ein anwendungsorientiertes, methodisches Instrument zu verwenden, das sich von der ausschließlich als erkenntnistheoretischen Erweiterung zur Verallgemeinerung von nationalen Erscheinungsformen und Tatbeständen unterscheidet. (TIPPS, 1973)

gleiche Untersuchungsebenen

Es ist deshalb erforderlich, nicht nur partiell zu den jeweils behandelten Teilfragen die entsprechende Situation des Auslandes zu betrachten und isoliert die jeweiligen Verfahrensweisen und Lösungsvorschläge zu übertragen. Von Bedeutung ist es, die einzelnen Teilaspekte in den jeweiligen Ländern ebenfalls in ihren nationalspezifischen Zusammenhang der Verursachungsfaktoren, Determinanten und Auswirkungen von Stadterneuerung zu stellen. (FALUDI, HAMNETT, 1975) Deshalb findet der internationale Vergleich auf den gleichen Untersuchungsebenen statt, wie die Analyse der Stadterneuerung in der Bundesrepublik und Berlin-West. Erst dadurch ist gewährleistet, daß Argumente, die sich auf Erfahrungen im Ausland beziehen, in ihrer ganzen Breite in die Diskussion eingebracht werden können, Lösungsvorschläge vor dem Hintergrund der nationalspezifischen Bedingungen erklärt werden können. (HIMMELSTRAND, 1977) Dabei wird auch deutlich, daß viele auf den ersten Blick plausible Verfahrensweisen nur transferiert werden können, wenn die Rahmenbedingungen, unter denen sie entstehen konnten, ebenfalls zumindest ansatzweise dort geschaffen werden können, wo die Verfahrensweisen eingeführt werden sollen. (MARSH, 1969)

Voraussetzungen

Die Erwartung, durch einen internationalen Vergleich die Bedingungen und Gesetzmäßigkeiten eines bestimmten gesellschaftspolitischen und ökonomischen Ausschnitts wie den der Stadterneuerung für ein bestimmtes Land klarer herauszuarbeiten und darüber hinaus die Übertragung von in anderen Ländern praktizierten Verfahren erörtern zu wollen, setzt voraus,

- daß die ökonomischen und politischen Rahmenbedingungen miteinander vergleichener Länder zumindest ähnliche Grundstrukturen aufweisen, (NOWAK, 1977; TEUNE, 1977)
- daß die Erscheinungsformen und die Auswirkungen eines bestimmten Bereichs wie dem der Stadterneuerung ähnlich sind, (FRIEDRICHS, 1978)
- daß die politischen und ökonomischen Rahmenbedingungen in dem Land, in das Verfahrensweisen aus anderen Ländern übertragen werden sollen, ausreichend flexibel und innovationsfähig sind. (ROKKAN, MERRIT, 1966)

Alle drei Voraussetzungen treffen auf die drei untersuchten Länder (BRD, GB, NL) nach den Ergebnissen bisheriger Arbeit weitgehend zu. Die allgemeinen ökonomischen und politischen Strukturen sind ähnlich; Ursachen, Bedingungen und Abläufe von Stadterneuerungsprozessen sind ebenso vergleichbar, wie die Auswirkungen der Maßnahmen der betroffenen Bewohner.

Die Innovationsfähigkeit und Flexibilität ergibt sich in allen drei Ländern insofern, als daß die aktuellen gesellschafts- und sozialpolitischen Probleme der Wohnraumversorgung und der Stadterneuerung einen hohen Stellenwert einnehmen und Weiterentwicklungen und Alternativen zu derzeit praktizierten Verfahren als dringend notwendig eingeschätzt werden.

4. ZWISCHENERGEBNISSE AUF DEN UNTERSUCHUNGSEBENEN

Fallstudie Kreuz-
berg SO 36

Nach der Diskussion und der Festlegung der Vorgehensweise setzten wir die Arbeit entsprechend der Strukturierung der Untersuchungsebenen (s. Punkt 3.2) fort. Dabei gingen wir so vor, daß wir uns zunächst auf den Untersuchungsebenen des "Bezugsrahmens", der "Betroffenenbeteiligung" und der "Fallstudien" erste Überblicke verschafften. Aus den Berliner Stadterneuerungsgebieten wählten wir danach ein Fallstudiengebiet aus (s. Punkt 4.3.1.1). Es handelt sich um das Gebiet Süd-Ost 36 (SO 36) in Berlin-Kreuzberg. Einstieg in die Fallstudie selbst war die Erstellung einer Gebietsbeschreibung (s. Punkt 4.3.1.2). Parallel dazu wurden für die Arbeit auf den Untersuchungsebenen des "Bezugsrahmens" und der "Betroffenenbeteiligung" umfangreiche Materialsammlungen zusammengetragen.

Leitfaden

Die Vorbereitung des empirischen Teils der Fallstudien wurde mit der Erarbeitung eines Leitfadens zur Ermittlung der Probleme der von Stadterneuerungsmaßnahmen betroffenen Bewohner der Fallstudiengebiete in den drei Städten begonnen (s. Anlage 1). Anschließend wurde mit Hilfe dieses Leitfadens die problemorientierte Inventarisierung im Fallstudiengebiet SO 36 durchgeführt. Dessen Ergebnisse werden nachfolgend dokumentiert (s. Punkt 4.3.1.3).

Fallstudien in
London und Amster-
dam

Gleichzeitig mit dem Beginn der Fallstudie in Berlin-West wurden von uns Fallstudien in London und Amsterdam eingeleitet (erste Zwischenergebnisse s. 4.3.2, 4.3.3).

Nachfolgend sollen neben dem Stand der Arbeit an den Fallstudien die ersten Ergebnisse der Arbeit auf den Untersuchungsebenen des "Bezugsrahmens" und der "Betroffenenbeteiligung" zusammengefaßt dargestellt werden (s. Punkt 4.1, 4.2). Diesen Zusammenfassungen Arbeitspapiere der Gruppe zu Grunde.

4.1 Untersuchungsebene "Sozioökonomischer Bezugsrahmen"

4.1.1 Stadterneuerung, konkurrierende Flächennutzungsansprüche und Wohnungspolitik

Umstrukturierung
und Nutzungs-
änderung

1. Stadterneuerung ist Teil der städtischen Entwicklung. Sie wird mit dem Ziel der Umstrukturierung der Nutzung städtischer Grundstücke nach Art und/oder Intensität (Maß) betrieben.

Triebkräfte der
Stadterneuerung

2. Die Triebkräfte der Stadterneuerung liegen entweder in den Mechanismen, die zu konkurrierenden Flächennutzungsansprüchen führen, oder sie liegen in wohnungspolitischen Aufgaben des Staates. Entweder ist es also die Divergenz zwischen Art und Maß der vorhandenen Nutzung und den veränderten Standortqualitäten jeweiliger Grundstücke und Gebiete sowie den veränderten Flächenansprüchen potentieller Nutzer. Oder die Triebkräfte

der Stadterneuerung liegen in der staatlichen Aufgabenerfüllung zur Wohnungsversorgung. In diesem Fall werden vorhandene Wohngebiete oder einzelne Wohnhäuser so erneuert, daß die Wohnnutzung erhalten bleibt. Dies wird möglich, wenn keine ertragreichere Nutzungen als die Wohnnutzung für solche Gebiete bzw. Grundstücke zu erwarten sind. In vielen Stadterneuerungsfällen sind beide Triebkräfte wirksam. Dies ist besonders dann der Fall, wenn mit der Beibehaltung der Wohnnutzung eine rentablere Grundstücksnutzung (Aufwertung) erzielt werden kann.

Folgen kapitalistischer Warenproduktion

3. Die Veränderung der Standortqualitäten von städtischen Grundstücken und der Standortanforderungen potentieller Nutzer sind Folgen der Mechanismen kapitalistischer Warenproduktion und des darin integrierten privaten Eigentums an Grund und Boden.

a) Die Veränderungen der Standortqualitäten ist das Ergebnis der Zentralisierung der Städte, die gefördert wie verursacht wird durch den Ausbau der Verkehrs- und anderer Infrastruktureinrichtungen. Ebenso ist sie Ergebnis der Segregation städtischer Nutzungen. Diese Nutzungsentmischung wiederum ergibt sich aus den Mechanismen der Bodenpreisbildung.

b) Die Veränderungen der Standortanforderungen potentieller Nutzer ist das Ergebnis der Entwicklung der Produktivkräfte im allgemeinen und der räumlichen Zentralisierung des Warenaustausches und der Verwaltungen im besonderen.

Veränderung der zu erwartenden Grundrente

4. Die veränderten Standortqualitäten finden ihren Niederschlag in der Veränderung der zu erwartenden Grundrenten jeweiliger Grundstücke. Abbild der Veränderungen der zu erwartenden Grundrenten sind die Veränderungen der Bodenpreise. Steigerungen der Bodenpreise von Grundstücken, deren vorhandene Nutzungen diesen Steigerungen nicht entsprechen, sind ein Indiz für die Divergenz der vorhandenen Nutzung und der veränderten Standortqualität. Damit kündigt sich die Notwendigkeit von Stadterneuerungen als Nutzungsänderungen an.

Rolle des Staats

5. Stadterneuerung geht entweder im normalen Rahmen staatlicher Aufgabenerfüllung privatwirtschaftlich initiiert, finanziert und organisiert vorstatten, oder staatlicherseits werden besondere Aktivitäten zur Aufbereitung städtischer Grundstücke für eine den veränderten Standortqualitäten angepaßte privatwirtschaftliche Nutzung betrieben.

stadtentwicklungspolitische und wohnungspolitische Ziele

6. Mit den staatlichen Aktivitäten in der Stadterneuerung handelt der Staat in zwei unterschiedlichen Aufgabenbereichen. Im ersten Aufgabenbereich werden stadtentwicklungspolitische Ziele verfolgt, im zweiten Aufgabenbereich wohnungspolitische Ziele.

a) Die kommunalen staatlichen Instanzen verfolgen unter Zuhilfenahme zentral staatlich vorgegebener Instrumentarien des Planungsrechts und der Städtebauförderung stadtentwicklungspolitische Ziele dann,

wenn sie Stadterneuerung so betreiben, daß sie besonders innerstädtische Gebiete für eine profitablere Nutzung als bisher vorhanden, aufbereiten. Dies geschieht dadurch, daß sie Kosten der Umstrukturierung solcher Gebiete, für die die privaten Hauseigentümer und Unternehmen nicht aufkommen, übernehmen (in der Bundesrepublik die „unrentierlichen Kosten“) und die Umstrukturierung soweit vorantreiben (Planung, Bodenordnung, Information der Betroffenen, Entschädigungen, Sozialhilfen, Infrastrukturbauten), daß von privater Seite mit den eigentlichen Baumaßnahmen für die neuen Nutzungen begonnen werden kann.

b) Wenn von kommunaler Seite mit dem gleichen Instrumentarium, wie oben angegeben, in städtischen, meist citynahen Albagebieten des Massenwohnungsbaus vom Ende des vergangenen Jahrhunderts, in denen sich wegen nicht vorhandenem stadträumlichen Investitionsdruck keine Möglichkeiten profitablerer Nutzung ankündigen, Stadterneuerung betrieben wird, dann mit dem Ziel staatliche Aufgaben in der Wohnraumversorgung zu erfüllen. Von staatlicher Seite werden dann nicht nur die Bedingungen für den nachfolgenden Wohnungsneubau bzw. Instandsetzungs- und Modernisierungsmaßnahmen geschaffen (durch Planung, Bodenordnung, Information der Betroffenen, Entschädigungen, Sozialhilfen, Infrastrukturbauten), sondern es werden außerdem die Baumaßnahmen selbst für die erneuerte Wohnungsnutzung subventioniert (Sozialer Wohnungsbau, Public Housing).

Stadterneuerung im Rahmen der Wohnungsversorgung unterliegt Zielen der Stadtentwicklungspolitik

7. Solche Stadterneuerungsmaßnahmen, mit denen staatliche Aufgaben in der Wohnungsversorgung nachgekommen wird, werden von der planenden, kommunalen Verwaltung auch stadtentwicklungspolitischen Zielen unterworfen.

a) Mit der Erneuerung von Wohngebieten oder einzelnen Häusern mit verkehrsgünstigen bzw. für das Wohnen besonders günstigen Standortbedingungen (citynah oder ruhig, Nähe von Erholungsgebieten, kulturellen Einrichtungen etc.) wird versucht, Angehörige höherer Einkommensgruppen zur Erhöhung des städtischen Steuereinkommens zur Ansiedlung in der jeweiligen Stadt zu bewegen.

b) Wohngebiete und einzelne Häuser mit günstigen Standorten werden oft auch deshalb erneuert, um den jeweiligen Stadtteilen und ihren Einkaufseinrichtungen erhöhte Kaufkraft zuzuführen. Stadterneuerung wird so zum Mittel der Wirtschaftsförderung. Der dafür erforderliche Bevölkerungsaustausch ergibt sich aus den für die Angehörigen niedriger Einkommensgruppen, die vor der Erneuerung in diesen Gebieten lebten, nicht mehr zahlbaren Mieten, die nach der Erneuerung zu zahlen sind. Gefördert wird der Bevölkerungsaustausch, die soziale „Aufwertung“ oft dadurch, daß in den Gebieten für Mittelschichten attraktive Kultureinrichtungen angesiedelt werden. Begleitet wird dieser gesamte Prozeß oft von einer Umstrukturierung des Handels- und Dienstleistungsbereichs jeweiliger Gebiete, orientiert am Bedarf der Angehörigen mittlerer und höherer Einkommensgruppen.

c) Stadterneuerungsmaßnahmen in Wohngebieten, bei denen die Wohnnutzung beibehalten wird, werden von staatlicher Seite auch deshalb betrieben, um durch die Vertreibung alter, wenig zahlungskräftiger Bewohner und durch die offensichtlichen baulichen Erneuerungsmaßnahmen, die jeweiligen Gebiete so aufzuwerten, daß private Hauseigentümer zu Erneuerungsmaßnahmen angeregt werden. Die staatlichen Maßnahmen geschèhen dabei als Modernisierung einzelner Gebäude und Verbesserungen des Wohnumfelds. Private Hauseigentümer werden von der kommunalen Verwaltung oder von deren Beauftragten über die Möglichkeiten, einschließlich der Subventionierung, der Erneuerung ihres Althausbesitzes beraten.

Öffentlich geförderter Wohnungsneubau

8. Stadterneuerung, die als Ergebnis öffentlich geförderten Wohnungsneubau hat, unterliegt wie der öffentlich geförderte Wohnungsneubau in Stadterweiterungsgebieten den Zielen und Gesetzmäßigkeiten staatlicher Wohnungsbaupolitik. Damit werden Umfang und Form der Stadterneuerung von Einflüssen geprägt, die sich nicht aus den in den Stadterneuerungsgebieten vorliegenden Mangelsituationen baulich-räumlicher und sozialer Art ergeben.

4.1.2 Bedingungen und Wirkungszusammenhang der Stadterneuerung in Berlin-West.

Merkmal: Beibehaltung der Wohnungsnutzung

1. Das charakteristische Merkmal der staatlich geförderten Stadterneuerung in Berlin-West ist die Erneuerung von Wohngebieten oder einzelnen Wohnhäusern unter Beibehaltung der Wohnnutzung. Dies wird dadurch möglich, daß auf Grund der besonderen politischen und ökonomischen Situation der Stadt in den zur Erneuerung anstehenden Wohngebieten nur ein geringer Investitionsdruck vorhanden ist, d.h. daß keine profitableren Nutzungen als Wohnnutzungen für jeweilige Gebiete und Grundstücke in Frage kommen.

Teil staatlich gesteuerter Wohnungsversorgung

2. Die Art der Stadterneuerung unterliegt somit in erster Linie den Bedingungen des Wohnungsmarkts und der Interessenkonstellation der Wohnungs- und Bauwirtschaft. Gleichzeitig wird sie hier dadurch geprägt, daß sie Teil der staatlich gesteuerten Wohnungsversorgung ist. Im Gegensatz zu innerstädtischen Stadterneuerungsmaßnahmen in der Bundesrepublik, die Nutzungsänderungen zum Ziel haben (Funktionsschwächenanierungen), hat hier die Durchsetzung stadtentwicklungspolitischer Ziele nachgeordnete Bedeutung.

Teilmärkte: Eigenheime und Mietwohnungen

3. Der Wohnungsmarkt in Berlin-West zerfällt in zwei Teilmärkte: Der der Wohnungen und Eigenheime, die von den Eigentümern selbst bewohnt werden und der der Mietwohnungen. Wie in allen Großstädten der Bundesrepublik umfaßt der Teilmarkt der Mietwohnungen den weitaus überwiegenden Teil des Wohnungsbestands (90,5 % bei der letzten Gebäude- und Wohnungszählung 1968). Ansonsten jedoch zeichnet sich hier der Wohnungsmarkt durch folgende Eigenarten aus:

Eigenarten des
Wohnungsmarkts

a) Im Gegensatz zu den Großstädten der Bundesrepublik gibt es einen überproportional hohen Anteil an Altbauwohnungen, die vor dem 1. Weltkrieg gebaut wurden (nahezu 50%). Diese Altbauwohnungen haben zwar meist (nach Stadtteilen differenziert) geringe Wohnstandards und mangelhafte Wohnumfeldbedingungen, sie haben jedoch meist günstige Standorte. Sie sind innerstädtisch gelegen und durch öffentliche Verkehrsmittel gut erschlossen.

hoher Anteil an
Altbauwohnungen

Mietpreisbindung

niedrige Ein-
kommen

b) Berlin-West ist die einzige Großstadt der Bundesrepublik, in der noch Mietpreisbindung besteht (bis 1984). Verglichen mit den Mieten in den großstädtischen Altbaugebieten in der Bundesrepublik sind deshalb die Mieten des Altbauwohnungsbestands relativ niedrig. In Berlin-West ist jedoch das Einkommensniveau im Verhältnis zu den Großstädten der Bundesrepublik niedriger. Ein Teil der hiesigen Bevölkerung ist somit auf Wohnungen mit niedrigen Mieten angewiesen. Dies auch deshalb, weil hier für Wohnungssuchende das Ausweichen ins Umland nicht möglich ist.

Wiederaufbau im
Sozialen Wohnungs-
bau

c) Berlin-West gehörte zu den deutschen Großstädten mit den meisten Kriegszerstörungen (ein Drittel des Vorkriegswohnungsbestands war hier zerstört worden, im Bundesgebiet waren es durchschnittlich 22%, PUPPEL, 1974, S.14). Staatlicherseits wurde mit dem Instrumentarium des Sozialen Wohnungsbaus im Rahmen des Wiederaufbaus und der Stadterweiterungen bis zum Jahre 1969 der Vorkriegswohnungsbestand wieder erreicht. Gleichzeitig blieb die Einwohnerzahl der Stadt weit hinter der der Vorkriegszeit zurück. Statistisch entspricht die Gesamtzahl der heute in Berlin-West vorhandenen Wohnungen der Anzahl der Haushalte (RISTOCK, 1976, S.25). Trotzdem ist der Wohnungsbedarf noch nicht gedeckt. Es fehlen einerseits ca. 50 000 bis 60 000 Wohnungen mit 5 und mehr Räumen (VERBAND BERLINER-WOHNUNGSBAUGENOSSENSCH. u. -GESELLSCH., 1977/78, S.34). Andererseits wird der für die Angehörigen niedriger Einkommensgruppen notwendige Bestand an Wohnungen mit niedrigen Mieten laufend reduziert (Bis Dezember 1977 im Rahmen der Sanierung 36 000 Wohnungen, KNIPP, 1978, S.43; 13. STERN-BERICHT, 1978, S.89). Jährlich werden dagegen nur ca. 3 000 Wohnungen durch Sanierungsmaßnahmen wieder bezugsfertig, diese jedoch mit Mieten in Höhe der der Sozialbauwohnungen (13. STERN-BERICHT, S.3).

starke Wohnungsnach-
frage Angehöriger
niedriger Ein-
kommensgruppen

d) In Berlin-West gibt es bis heute sehr wenig freifinanzierten Wohnungsbau. Über 80 % des gesamten seit dem Kriege erstellten Wohnungsbau ist Sozialer Wohnungsbau (PUPPEL 1974, S.17, DÖRHÖFER 1978, S. 254). Die Baukosten dieser Baumaßnahmen liegen wesentlich höher, als bei vergleichbaren Bauten des freifinanzierten Wohnungsbaus in Berlin-West und bei Wohnungsbauten in der Bundesrepublik (VERBAND ... 1976/77, S.34 ff.)

Sozialbauwohnungen
schwerer vermietbar

e) Die erst vor einigen Jahren gebauten Sozialbauwohnungen werden immer schwerer vermietbar. Sie sind oft ungünstig gelegen und haben immer Mieten, die weit höher als die derzeitigen Altbauwohnungen liegen. Darüber hinaus werden für die Sozialbauwohnungen, die

Mietpreissteigerungen und die Konsequenzen

seit 1969 gebaut wurden, wegen des damals neu eingeführten Förderungssystems (Ertragssubventionierung) in den nächsten Jahren weitere immense Mietsteigerungen zu zahlen sein (WEIPPERT, 1979, S. 15 ff.). Es besteht damit die Gefahr, daß in Zukunft eine wachsende Zahl von Sozialbauwohnungen leerstehen wird: Bei Beibehaltung der vorgesehenen Neubau- und Abrißzahlen wird von der gemeinwirtschaftlichen Wohnungswirtschaft für 1981 ein Leerstand von mindestens 100 000 Wohnungen, besonders der "in Mietpreisführerschaft befindlichen Sozialmietwohnungen der jüngsten Förderungsjahrgänge" vorausgesagt (VERBAND ... 1977/78, S. 32). Die Wohnungswirtschaft in Berlin-West muß deshalb daran interessiert sein, daß der Bestand an billigen Altbauwohnungen reduziert wird. Damit wird die Gesamtzahl der zur Verfügung stehenden Wohnungen reduziert und das Mietniveau aller Wohnungen in Berlin-West wird angehoben. Teure Sozialbauwohnungen werden leichter vermietbar.

Interesse der Wohnungswirtschaft

f) In letzter Zeit ist offensichtlich geworden, daß die Wohnungsbaupolitik in Berlin-West dem Interesse der Wohnungswirtschaft folgt und den Bestand an billigen Wohnungen dezimiert:

Abriß und erwarteter Wohnungsleerstand

- Bis Ende 1990 plant der Senat von den am 31.12.1977 in Berlin-West 1,085 Mio Wohnungen, 145 000 Altbauwohnungen abzureißen (BERICHT ... 1977/78, S. 32 f.). Erst für 1990 wird von Senatsseite dann ein Wohnungsleerstand von 100 000 Wohnungen erwartet (a.a.O., S. 32).

Abriß der Hinterhäuser

- Die derzeitige Stadterneuerungspolitik ist trotz der Ergänzung der Maßnahmen der Flächensanierung durch Modernisierungsmaßnahmen durch die Beseitigung von Hinterhäusern gekennzeichnet: Der Abriß von Hinterhäusern ist in der Regel die Voraussetzung für die Subventionierung von Vorderhäusern (so bei der Förderung nach dem Zukunftsinvestitionsprogramm).

keine Planung des Erhalts der Altbausubstanz

- Von der planenden kommunalen Verwaltung der Stadt werden keine Planungs- und Bewertungsinstrumentarien zur weitgehenden Erhaltung von Altbausubstanz bei Erneuerungsmaßnahmen entwickelt oder unterstützt.

Interessenkollision der Wohnungs- und Bauwirtschaft

4. Umfang und Form der in Berlin-West seit der Mitte der 60er Jahre betriebenen Stadterneuerung entspricht der Interessenkonstellation der Wohnungs- und Bauwirtschaft. Die seinerzeit vorgesehenen Zahlen der zu erneuernden Wohnungen mit der damals nahezu ausschließlich vorgesehenen Form der Flächensanierung kam den Interessen der Wohnungs- und Bauwirtschaft entgegen:

a) Die Wohnungswirtschaft, insbesondere die gemeinnützigen Wohnungsbauunternehmen, waren daran interessiert, ihre Anlagenmöglichkeiten in der Wohnungsbauproduktion möglichst umfangreich zu erhalten. Das absehbare Ende der Stadterweiterung konnte mit umfangreichen Flächensanierungen kompensiert werden. Dies besonders dadurch, daß eine besondere Trägererschaft der Stadterneuerung eingeführt wurde. Die Wohnungsbaugesellschaften, die abschnittsweise als Sa-

nierungsträger eingesetzt wurden, führten und führen die Maßnahmen im eigenen Namen und auf eigene Rechnung durch (sog. Unternehmerträger). Die öffentlichen Mittel werden ihnen pauschal zur Verfügung gestellt (KNIPP, 1976, S.6 ff.).

b) Die Bauwirtschaft konnte mit der Flächensanierung am besten ihre während des Wiederaufbaus und der Stadterweiterungen ausgebauten Kapazitäten auslasten.

c) Mit der Anzahl der zur Erneuerung vorgesehenen Wohnungen und mit der Flächensanierung konnte von staatlicher Seite aus die Stabilität des Arbeitsmarkts auf dem Bausektor abgesichert werden (zusammen mit den in Berlin-West schon in den frühen 60er Jahren begonnenen Stadtautobahnbaumaßnahmen).

Wohnungsbaugesellschaften wollen wertbeständig investieren:
Wohnungsneubau

5. Die starke Position der gemeinnützigen Wohnungsbaugenossenschaften und -gesellschaften in der Stadterneuerung Berlin-Wests prägt bis heute den Charakter der einzelnen Maßnahmen der Stadterneuerung. Sie sind als gewinnorientierte Wirtschaftsunternehmen, die mit der Subventionierung der bei ihren Baumaßnahmen entstehenden Kostenmiete bis zur Höhe einer politisch festgelegten zu zahlenden Miete (Bewilligungsmiete) rechnen können, daran interessiert, möglichst wertbeständig zu investieren. Das hat zur Folge, daß sie grundsätzlich Wohnungsneubau (möglichst gebietsweise) Instandsetzungs- und Modernisierungsmaßnahmen vorziehen; daß sie, wenn sie modernisieren, dies nur in sehr aufwendiger Weise betreiben.

Sanierungsträger

6. Das Zwischenschalten der Wohnungsbaugesellschaften als eigenverantwortliche Träger der Sanierungsmaßnahmen hatte für die Senatsseite einen zweifachen Sinn. Einerseits war damit eine effektive Abwicklung der Maßnahmen gesichert. Andererseits konnten die Träger als Prellbock zum Auffangen von Konflikten, die bei der Durchführung der Maßnahmen mit Betroffenen entstehen können, fungieren. Die Träger können die Konflikte von der Verwaltung fernhalten, indem sie den Betroffenen gegenüber betriebswirtschaftlich argumentieren und Hinhaltetaktiken betreiben. Dies wird möglich, weil die Wohnungsbaugesellschaften nicht wie die Verwaltung dem Legitimationsdruck der Legislative unterliegen.

Flächensanierung,
später Modernisierung

7. Bis in die Mitte der 70er Jahre fand in Berlin-West Stadterneuerung entweder als staatlich finanzierte gebietsweise Flächensanierung, als Abriß und Neubau (vgl. 1. bis 12. STERN-BERICHT), oder als öffentlich geförderte Modernisierungsmaßnahmen am Bestand der Zwischenkriegsbauten der gemeinnützigen Wohnungsbauunternehmen (BERICHTE ... , seit 1971) statt. Die letztgenannten Maßnahmen gingen trotz hoher Investitionssummen unbemerkt von der Öffentlichkeit problemlos vonstatten. Von 1971 bis 1977 gaben die gemeinnützigen Wohnungsbauunternehmen allein für Modernisierungen ohne Instandhaltungen ihres Bestands 243,2 Mio DM aus (BERICHTE ... von 1971 bis 1976/77).

Sie stärkten jedoch die Position der gemeinnützigen Wohnungsbauunternehmen. Die Stadterneuerung als Gebietssanierung galt dagegen als große stadtentwicklungspolitische Aufgabe. Ihre öffentliche Förderung erfolgt in zwei Teilen: Einerseits das vollständige Aufkommen der öffentlichen Hand für die Ordnungsmaßnahmen (KNIPP, 1969), das ist die Aufbereitung der Gebiete für die Neubaumaßnahmen (Mittelaufwand für die Ordnungsphase der Stadterneuerung - Gebäudereste, Freimachung, Abräumung, Nebenkosten - von 1972 bis 1977 355,4 Mio DM, KNIPP 1978, S.43). Andererseits ist es die Subventionierung der Neubebauungen als Sozialer Wohnungsbau auf den abgeräumten Grundstücken.

Vernachlässigung
der Altbausubstanz
durch mangelnde
Instandhaltung

8. Die Praxis der Gebietssanierung beschleunigte durch die Aussicht auf öffentlich geförderte Sanierungsmaßnahmen den Verfallsprozeß der Altbauwohnungen jeweiliger Gebiete. Bis dahin ohnehin nur zögernd von den Hauseigentümern vorgenommene Instandhaltungsarbeiten wurden nun ganz unterlassen (SCHLANDT, 1974, S. 153). Die neuen Eigentümer, die Wohnungsbaunternehmer als die Sanierungsträger, waren dabei am wenigsten an Instandhaltungsarbeiten interessiert, da sie den Abriß der Häuser vorsahen. Schwierigkeiten beim Grundstückserwerb verzögertendarüber hinaus das gesamte Verfahren. Die Vernachlässigung der Altbausubstanz und die Schwierigkeiten bei der Vorbereitung der gebietsweisen Stadterneuerung bestehen bis heute fort. Es besteht sogar die Gefahr, daß die Stadterneuerung ihre eigenen Slums hervorbringt.

Stadterneuerungs-
programme

9. Der Senat von Berlin-West hatte zur Bewältigung der Problematik, die sich aus den rd. 200 000 Wohnungen, die älter als 75 Jahre sind, zunächst zwei Stadterneuerungsprogramme mit zusammen 110 000 zu erneuernde Wohnungen aufgelegt (1. Stadterneuerungsprogramm von 1964: 60 000 Wohnungen, 2. Stadterneuerungsprogramm von 1972: 50 000 Wohnungen, 1. und 10. STERN-BERICHT). Das 1. Programm sollte in 10 bis 15 Jahren, das 2. Programm bis zum Jahre 2000 abgewickelt sein. Das Verfahren erwies sich jedoch langwieriger als erwartet (SCHLANDT, 1974, S. 144). So kam es mit Inkrafttreten des Städtebauförderungsgesetzes 1971 zur Verzögerung der Grundstücksaufkäufe durch die Träger, da das Gesetz Kaufpreise über den Verkehrswerten untersagte. Enteignungsverfahren wurden von der Verwaltung nur in wenigen Fällen eingeleitet, da sie auch nach neuem Gesetz als zu zeitaufwendig angesehen werden mußten. Darüber hinaus macht der verfahrensbedingte langfristige Charakter der Berliner Gebietssanierung die Sicherung einer langfristigen Bereitstellung von öffentlichen Mitteln notwendig. Mit der Verknappung der öffentlichen Mittel im allgemeinen in der Mitte der 70er Jahre schien eine solche Sicherung bei zu erwartenden Steigerungen der Kosten für die Ordnungsmaßnahmen (vgl. Mittelaufwand für die Ordnungsphase, der von 1962 mit 2,1 Mio DM auf 56,1 Mio DM im Jahre 1974 stieg, 12. STERN-BERICHT, Anlage 32) nicht mehr gegeben.

Städtebauförde-
rungsgesetz
Verzögerungen bei
den Grundstücksaufkäufen

Verknappung öffentlicher Mittel

Einzelhaus-
modernisierung

Verfahrensbedingte Verzögerung der Gebietssanierung, Finanzierungsunsicherheiten bei den Mitteln für die Ordnungsmaßnahmen waren somit die Gründe für eine verstärkte Förderung von Einzelhausmodernisierungsmaßnahmen privater Hauseigentümer innerhalb und außerhalb von Sanierungsgebieten. Für solche Förderungen wurden Konjunkturförderungsmittel, aber auch speziell zur Modernisierungsförderung bereitgestellte Mittel verwendet (s. BASCON-BORGELT/GANSSAUGE, 1979, S. 116).

Tendenzwende

10. Die Förderung der Modernisierung auch bei der Altbauerneuerung seit Mitte der 70er Jahre wurde in der Öffentlichkeit als Tendenzwende von der Flächensanierung zur erhaltenden Stadterneuerung verstanden; als eine Reaktion auf die seit Beginn der 70er Jahre zunehmende öffentliche Kritik an der Praxis der Flächensanierung. Außerdem hatten sich erste Gruppen von Sanierungsbetroffenen Bewohnern zusammengefunden, die sich weigerten, die bisherige Sanierungspraxis unwidersprochen über sich ergehen zu lassen. Durch die verstärkte Betonung von Modernisierungsmaßnahmen im Rahmen der Stadterneuerung durch offizielle Verlautbarungen des Senats, wurde versucht, öffentlicher Kritik entgegenzutreten und Bewohnerinitiativen zu beruhigen. Die Stadterneuerungspolitik blieb jedoch trotz der verstärkten Modernisierungsförderung auf die Praktiken der Flächensanierung angewiesen. Die entsprechenden Programme liefen und laufen weiter, solange ihre Maßnahmen nicht in das Blickfeld der Öffentlichkeit geraten.

Bewohnerproteste

Finanzierung der
Flächensanierung
mit Mitteln des
Sozialen Wohnungs-
baus

11. Bei der Flächensanierung werden die Wohnungsbaumaßnahmen ausschließlich mit Mitteln des Sozialen Wohnungsbau finanziert, bei Modernisierungsmaßnahmen dann, wenn sie als „durchgreifende“ Maßnahmen durchgeführt werden (dann nach § 17, II. WoBauG, SENATOR FÜR BAU- UND WOHNUNGSWESEN, 1978, S.8). Mit dieser Finanzierungsform wird ein Instrumentarium, welches für Wiederaufbau-, Stadterweiterungs- und Eigentumsmaßnahmen konzipiert worden war, auf die Gegebenheiten der Stadterneuerung übertragen (RIEGE, M., 1972, S. 88 ff., DÜRHOFFER, K., 1979, S. 16 ff., 36 ff.).

a) Es wird ein Förderungssystem angewendet, welches zu unvergleichlich höheren Mieten führt, als sie in den Altbauquartieren derzeit vorhanden sind.

b) Als Bauträger werden die gleichen Wohnungsbaunternehmen eingesetzt, die den Wiederaufbau und die Stadterweiterungen durchgeführt haben. Stadterneuerung ist damit in der Hand von Unternehmen, die jahrelang zehntausende Wohnungen in Form von eintönigen Massierungen, ohne Berücksichtigung städtischer Zusammenhänge, produzierten.

c) Es werden Wohnungsstandards auf Stadterneuerungsgebiete übertragen, die Modernisierungen unwirtschaftlich machen.

12. Auch wenn bei der Stadterneuerung in Berlin-West die Wohnnutzung aufrechterhalten bleibt, wird von staatlicher Seite versucht, mit diesen Maßnahmen

stadtentwicklungspolitische Ziele zu verfolgen. Solche Ziele sind in die Entscheidungen über die Festlegung der ersten Sanierungsgebiete eingegangen. (1. STERN-BERICHT, 1964):

- a) Reaktivierung günstig gelegener Wohngebiete für Bewohner mittlerer und höherer Einkommensgruppen (Sanierungsgebiet „Klausener Platz“),
- b) Stärkung der Cityfunktionen bzw. der Versorgungsfunktionen von Untercentren (Sanierungsgebiete „Kreuzberg Nord“, „Wedding-Brunnenstraße“),
- c) Bereitstellung von Betriebserweiterungsflächen (Sanierungsgebiet „Wedding-Brunnenstraße“).

Bei den im Wedding und Kreuzberg vorgesehenen Maßnahmen gingen darüberhinaus noch Zielvorstellungen ein, die Berlin als Hauptstadt eines wiedervereinigten Deutschlands sahen.

4.1.3 Sozio-ökonomischer Bezugsrahmen der Stadterneuerung in Großbritannien

niedrige
Arbeits- und Kapitalproduktivität

1. Im Vergleich mit anderen kapitalistischen Ländern wie etwa der Bundesrepublik Deutschland und den Niederlanden, ist für Großbritannien als derzeit national-spezifisches Kennzeichen des krisenhaften Verlaufs des Akkumulationsprozesses eine deutlich niedrigere Arbeits- und Kapitalproduktivität in den wichtigsten Zweigen der industriellen Produktion festzustellen. Als ein schwerwiegender Grund wird dafür ein Nachhinken des technologischen Produktionsniveaus hinter den oben angeführten Ländern benannt, das im Zusammenhang mit dem Verlust billiger Rohstoffressourcen und sicherer Absatzmärkte steht, die durch den Niedergang sowohl der machtpolitischen Bedeutung als auch der weltmarktbeherrschenden Rolle Großbritanniens nach dem 2. Weltkrieg hervorgerufen wurde. (GLYNN, SUTTCLIFFE, 1972, BULLETIN 1975, 1976)

Offensichtlich wurde eine ständige Modernisierung der industriellen Produktion, die Angleichung an die jeweils fortgeschrittenste Produktionsweise und die Entwicklung neuer Technologien in Großbritannien verzögert; eine Notwendigkeit, die sich durch die Konkurrenz der nationalen Kapitale zwangsläufig ergibt, der sich aber wichtige Zweige des Industriekapitals lange Zeit nicht gegenübergestellt sahen. Durch technologische Entwicklungen bedingte Konzentrations- und Zentralisationsbewegung der Kapitale, internationale Verschiebungen von Produktionsstandorten und Zirkulationsstätten, eine Verlagerung von Produktionsprozessen in die sogenannten "Billiglohnländer", möglich geworden durch die Zerlegung komplexer Produktionsverfahren in einfache Arbeitsabläufe, ein Abfluß von Kapital in profitablere Anlagesphären anderer Länder - diese Kennzeichen der allgemeinen ökonomischen Entwicklung in den letzten Jahrzehnten treffen eine technologisch zurückgebliebene Volkswirtschaft wie die in Großbritannien stärker als die in den entwickelten Ländern. (McDONNELL, 1978, BULLOCK, YAFFE, 1975)

2. Auf jeden Fall ergeben sich durch die niedrige Produktivität der nationalen Volkswirtschaft allgemein

- eine Verschlechterung der Konkurrenzfähigkeit britischer Waren auf dem Weltmarkt,
- ein verstärktes Eindringen ausländischer Waren in den Inlandsmarkt,
- ein niedriges Bruttoinlandsprodukt,
- ein Rückgang der Investitionstätigkeit der Kapitale,
- steigende Arbeitslosenquoten.

reduzierte
Steuereinkommen
gegenüber größerer
Staatsausgaben

Sinkende Einnahmen des Staates durch stagnierende oder reduzierte Steuereinkommen stehen der Notwendigkeit größerer Staatsausgaben gegenüber, die einerseits für Maßnahmen der strukturellen und konjunkturellen Belebung der Wirtschaft und andererseits zur Kompensation der Verschlechterung der Lebensverhältnisse brei-

ter Bevölkerungsschichten sozialpolitisch erforderlich werden. (McDONNELL, 1977)

- Staatsverschuldung steigt
- Dieser Widerspruch führte zu steigender Staatsverschuldung gegenüber dem in- und ausländischen Finanzkapital, die zusammen mit der Entwertung des britischen Pfundes gegenüber anderen Währungen, hervorgerufen durch den Niedergang der Wettbewerbsfähigkeit britischer Waren auf dem Weltmarkt und dem Inlandsmarkt, die Hauptsachen für die hohen Inflationsraten ausmachen. (GAMBLE, WALTON, 1976)
- Steigende Staatsverschuldung hat weiter zur Folge, daß einschneidende Sparmaßnahmen bei den öffentlichen Ausgaben durchgesetzt wurden. (HMSO, 1977a, 1977b, HOLLAND, 1977)
- Kredite nur mit Konditionen
3. Das Finanzkapital übt über die Festlegung der Konditionen bei der Vergabe von Krediten Einfluß auf die Wirtschafts- und Sozialpolitik aus. So war mit dem Milliardenkredit des internationalen Währungsfonds von 1976 die Auflage verbunden, die Mittel für die Modernisierung der industriellen Produktion zu verwenden und rigorose Einsparungen im Bereich der sozialpolitischen Maßnahmen vorzunehmen. Eindeutig ist für die letzten Jahre festzustellen, daß die öffentlichen Mittel in erster Linie für struktur- und konjunkturpolitische Maßnahmen auf Kosten sozialer Leistungen verausgabt wurden und auch zukünftig wird unter der neuen konservativen Regierung eine weitere Verschärfung dieser Politik stattfinden. (COMMUNITY ACTION, 29, 1977)
- Modernisierung der Produktion
- Ausgelöst durch die bereits fortgeschrittene Entwicklung der Produktivkräfte in anderen Ländern bzw. dem Zwang, sich der technologisch entwickeltesten Stufe der Produktion anzuschließen, schlägt sich der Angleichungsprozeß nieder in einer Neuordnung der Produktionsmethoden mit ihren Kennzeichen der Rationalisierung und der Automatisierung, flankierend subventioniert durch öffentliche Mittel der staatlichen Struktur- und Konjunkturpolitik bei gleichzeitiger Kürzung der öffentlichen Mittel für sozialpolitische Maßnahmen.
- keine sozialen Leistungen
- Folgen für die Lebensbedingungen der Arbeitskräfte ergeben sich zunächst aus dem Arbeitsprozeß, der rationalisiert und automatisiert wird: Intensivierung der Arbeit, Veränderung der Qualifikationsanforderungen, Freisetzen von Arbeitskräften, Herabdrücken des allgemeinen Lohnniveaus.
- Rationalisierung
- All diese Auswirkungen sind die sozio-ökonomischen Strukturen, vor deren Hintergrund im letzten Jahrzehnt in England eine Reihe von "Krisenforschungsprojekten" in besonders heruntergekommenen Gebieten durchgeführt wurden, und die alle diesen Sachverhalt in erschreckender Weise bestätigen. (CDP, 1977, WILLMOTT, 1977)
- Erschwerung der Arbeitsbedingungen
- Freisetzen
- Krisenforschungsprojekte
- Veränderungen im Reproduktionsbereich
4. Veränderungen der Anforderungen an den Arbeiter im Arbeitsprozeß ziehen Veränderungen an den Anforderungen an die Regeneration der Arbeitskraft im Reproduktionsbereich nach sich. Dieser, entsprechend der Vergesell-

schaftlichung des Produktionsprozesses zu immer entscheidenderen Anteilen gesellschaftlich als staatlich subventionierte Infrastruktur organisiert, wird durch die Kürzung der dazu erforderlichen staatlichen Mittel ebenfalls verschlechtert.

Arbeitslosigkeit Die Zunahme der Arbeitslosen, der Anspruchsberechtigten der staatlichen Fürsorge, der Wohngeldempfänger etc., bis hin zu einer notwendig werdenden Subventionierung der Grundnahrungsmittel signalisieren eindeutig, daß die Reproduktion der Arbeitskraft derzeit nur durch massive staatliche Ausgleichszahlungen gewährleistet werden kann. (COMMUNITY ACTION 36, 1978, HMSO 1977a)

Senkung des Reproduktionsniveaus Da diese Mittel letztlich jedoch auch von der arbeitenden Bevölkerung geschaffen wurden, bedeutet eine Kürzung der Haushaltsmittel für sozialpolitische und infrastrukturelle Maßnahmen eine Senkung des "Soziallohnes", des Anteils an den Reproduktionskosten, der durch die gesellschaftliche Form der Inanspruchnahme notwendiger Infrastruktureinrichtungen (Ausbildung, Gesundheit, Freizeit, Verkehr etc.) gekennzeichnet ist. (GOUGH, 1975)

5. Der Strukturwandel der industriellen Produktion hat eine weitere regionale oder räumliche Dimension, die für unsere Forschungsarbeit von besonderer Bedeutung ist.

Bedeutung der räumlichen Entwicklungsplanung In Zeiten ökonomischer Prosperität ist räumliche Entwicklungsplanung auf der Ebene der nationalen Raumordnung, der regionalen Strukturplanung und der städtischen Umstrukturierungsprozesse eine mehr oder minder flankierende regionalwirtschaftspolitische Maßnahme des Staates gewesen, räumliche Differenzierungsprozesse als Ausdruck veränderter Standortansprüche des sekundären und tertiären Bereiches der Wirtschaft zu unterstützen. Subventionen und Vergünstigungen für Betriebsverlagerungen von Produktionsstätten aus den Städten heraus trafen zusammen mit ebensolchen Vorteilen für die Dienstleistungs-, Verwaltungs- und Konsumzusammenballung des tertiären Sektors in der Innenstadt.

In England und speziell im Südosten mit dem Agglomerationsraum Groß-London hat sich in den letzten Jahrzehnten vor diesem Hintergrund eine rapide regionale Strukturänderung vollzogen, deren Ursachen durch die internationalen Verschiebungen von Produktions- und Zirkulationsstätten ebenso bedingt waren wie durch einen beschleunigten Verfall der ökonomischen Potenzen des Mutterlandes des Kapitalismus. (STONE, 1978)

Die regionale Dimension meint vor allem die durch den technologischen Wandel der Produktionsweise hervorgerufenen Auswirkungen räumlicher Art, die die Veränderung der Standortanforderungen betreffen: Stilllegen von arbeitsintensiven kleineren Betrieben in den Innenstädten, Zusammenlegung mehrerer Industriebetriebe an neuen Standorten oder durch Erweiterung alter, Verlagerung expandierender Produktionsbetriebe und die Konsequenzen für die bisher bestehenden Raumstrukturen, wie z.B. den Verfall der Innenstädte.

Verfall der
Innenstädte

Dieser "decline of the inner cities" oder auch "decay of the cities" genannte Effekt hat in England dazu geführt, daß sich für die Bevölkerungsschichten mit niedrigem Einkommen die Lebensbedingungen in den Innenstädten in einer dramatischen Weise verschlechtert haben. Dieser Tatbestand ist in einer Vielzahl von Untersuchungen dokumentiert worden. (DOE, 1977a, 1977b, 1977c, 1977 d, KIRBEY, 1978, PARIS, 1978, DAVIES, 1978, KENNEDY, 1974)

New-towns

6. Als wohnungspolitische Maßnahmen, die zu dieser Situation beitragen, wurden im Zuge der "New-town-" und "Expanded town-strategy" die Mobilität qualifizierter Mittelschichten aus der Innenstadt erzwungen und die innerstädtischen Wohnquartiere dem weiteren Verfall preisgegeben. Absicht dabei war, im Zusammenhang großflächiger "Slum-clearance" Programme die alten Wohngebiete der Arbeiterbevölkerung abzureißen und sie einer höheren Bodenrentennutzung zuzuführen. (HALL, 1976, GODDARD, 1975, BRENNER, KETELSEN, 1978).

Slum-clearance

Im beschränkten Umfang war diese Entwicklung, die als antizipierende räumliche Entwicklungsplanung ausgegeben wurde, erfolgreich: Diejenigen Bevölkerungsschichten, die ausreichend jung, qualifiziert, britisch und mobil waren, folgten den Angeboten, außerhalb einer allmählich immer unbewohnbarer werdenden Stadt in neuen Wohnungen im Grünen Arbeitsplätze und Wohnungen zu finden. In den innerstädtischen Bezirken zurückbleiben mußten die Bevölkerungsschichten, die den Anforderungen nicht entsprachen: Angehörige der niedrigen und untersten Einkommensschichten mit geringen Qualifikationen ihrer Arbeitskraft, Alte, Arbeitslose und ethnische Minoritäten, die noch zum größten Teil außerhalb Großbritanniens geboten wurden. (WILLMOTT, YOUNG, 1973)

zurück bleiben
Angehörige unterer sozialer Schichten

Aber auch die New-towns und die Expanded towns konnten längst nicht alle potentiellen Bewerber aus den innerstädtischen Wohnquartieren Londons aufnehmen, Dafür waren die Möglichkeiten der Arbeitsplatzbeschaffung zu begrenzt, und um die im Zuge der Auslagerung durch Rationalisierungsmaßnahmen im geringeren Umfang wieder entstehenden Arbeitsplätze beworben sich qualifizierte Arbeiter aus dem gesamten Königreich.

Ausbau der New-towns stockt

In den letzten Jahren stockt überdies der weitere Ausbau der New-towns und der Expanded towns, hauptsächlich hervorgerufen durch die allgemeine ökonomische Misere, die kaum noch Industriearbeitsplätze neu schafft und dadurch die öffentlichen Mittel für den weiteren Ausbau nicht mehr zur Verfügung stellen kann. (DEAKIN, UNGERSON, 1977)

Der desolote Zustand der innerstädtischen Gebiete Londons hat darüber hinaus eine sozialpolitische Brisanz erzeugt, die es dringend erforderlich machte, die wenigen öffentlichen Mittel für die Wohnungsversorgung wieder in die Städte zu lenken und sie dort zu konzentrieren.

7. Faßt man die derzeitige Situation der Wohnverhältnisse in London grob zusammen, so stellt sich heraus,

Polarität zwischen Wohngebieten oberer Einkommensschichten und Arbeiterbezirken

daß sich die innerstädtischen Wohnquartiere in der Qualität des vorhandenen Wohnungsbestandes und der Sozialstruktur der Bewohner als Spektrum zwischen zwei polaren Gegensätzen beschreiben lassen: Auf der einen Seite bestehen die Wohngebiete aus repräsentativen Wohnungen der oberen Einkommensschichten, die weder in der Vergangenheit noch gegenwärtig unter Wohnungsnot zu leiden haben. Das Wohnumfeld und die infrastrukturellen Versorgungseinrichtungen entsprechen dem sehr gehobenen Standard dieser Bevölkerungsgruppen und geben kaum einen sozialpolitisch vertretbaren Anlaß, mit öffentlichen Mitteln weitere Verbesserungen der Wohnverhältnisse herbeizuführen.

Die die Wohnqualität auch dieser Gebiete störenden Erscheinungen, wie z.B. die ständig steigende Lärmbelästigung durch Verkehr oder andere Emissionen, sind in der Regel nicht wohngebietsspezifisch, sondern treffen für die gesamte Stadt zu. Die Lage dieser Wohngebiete innerhalb der Stadt ist jedoch trotzdem noch günstiger. Die Bewohner dieser Gebiete können durch ihren kommunalpolitischen Einfluß im Übrigen gut verhindern, daß neue Verkehrsstrassen, Warenumserschlagplätze, Busbahnhöfe und stark emittierende Versorgungseinrichtungen der technischen Infrastruktur in ihre unmittelbare Nachbarschaft geraten. (SIMPSON, LLOYD, 1977)

potentielle Stadterneuerungsgebiete

Auf der anderen Seite bestehen in sehr vielen Stadtbezirken alte Arbeiterwohngebiete, die überwiegend aus dem letzten Jahrhundert stammen - wie die bevorzugten Wohngebiete der Mittel- und Oberschicht übrigens auch. Im Unterschied zu ihnen sind sie jedoch durch eine äußerst schlechte Bauqualität und unzumutbaren Ausstattungsmängeln charakterisiert. Diese Arbeiterwohnquartiere, die die potentiellen Stadterneuerungs- und Althausmodernisierungsgebiete ausmachen, sind durch die Umstrukturierung der Stadt "Resträume" geworden, die bei der neuen Funktionszuweisung des städtischen Raumes nicht oder noch nicht einer profitableren Flächennutzung zugeführt werden konnten. In ihnen wohnt die "Restbevölkerung", die aus eigener ökonomischer Potenz den schlechten Ausstattungsstandards, den hohen Überbelegungsziffern und den oft armseligsten Infrastruktureinrichtungen nicht entfliehen kann. (WILLMOTT, 1973, TREVELYAN, 1976)

Betrachtet man die statistische Häufigkeitsverteilung zwischen diesen Polen, so wird deutlich, daß der weitest- aus größte Teil der Bewohner in innerstädtischen Gebieten sich in unerträglichen Lebensumständen befindet. (GLC, 1978)

Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß die Bevölkerungsgruppen mit niedrigen Einkommen in Großbritannien am bedrückendsten die strukturelle Gewalt erfahren, die im System der Wohnraumversorgung angelegt und durch die Stadterneuerung verschärft wird. Schlechte Ausstattungen innerhalb und außerhalb der Wohnung, Emissionen, Verfall der Bausubstanz, Überbelegung, soziale Verachtung, Diskriminierung, Verdrängung und Auflösung der sozialen Strukturen kennzeichnen die Wohn- und Lebensbedingungen sowohl von Eigenheimbesitzern, Mietern von

gemeindeeigenen und privaten Mietshäusern immer dann, wenn sie zu den unteren Einkommensschichten zählen. (WILLMOTT, 1977). Die Benachteiligung durch ethnische Unterdrückung, Kontrolle, Begrenzung von Entfaltungsmöglichkeiten, Einschränkung der notwendigen Reproduktionserfordernisse werden durch infrastrukturelle, ökologische, soziale und vor allem materielle Elemente bestimmt. (HOLMES, 1977)

Alternative Wohnmöglichkeiten zwischen den einzelnen Sektoren der Wohnungsversorgung sind nur scheinbare, insofern, als daß diese Schichten in der Regel nur die Alternative haben, sich als Eigentümer schlechter Häuser mit hohen Hypothekenraten oder als Mieter relativ billiger und entsprechend schlechter Wohnungen zu entscheiden. (KARN, 1978) Völlig außerhalb dieser Entscheidungsmöglichkeiten befinden sich die Menschen und Familien, die zu Hausbesetzungen (Squatting) und zur Obdachlosigkeit (Homelessness) gezwungen, die unterste Möglichkeit der Wohnraumversorgung wahrnehmen. Ihr Anteil ist in London sehr hoch. (BAILEY, 1977, KINGHAN, 1977, DEAKIN, UNGERSON, 1973, TILBE, 1976)

Squatting

4.1.3.1 Kurze Charakteristik der derzeitigen Situation der Wohnungsversorgung in Großbritannien

1. staatliche Wohnungsversorgung umfaßt in England

- Maßnahmen zur Erweiterung des vorhandenen Wohnungsbestandes (Neubau),
- Maßnahmen zur Verbesserung des vorhandenen Wohnungsbestandes (Modernisierung und Instandsetzung).

Beide Maßnahmen finden ihren Niederschlag in den Neubau- und in den Erneuerungsprogrammen. Diese stützen sich

- auf den quantitativ vorhandenen Wohnbestand und den zukünftig zu erwartenden Bedarf (Neubau für zusätzlichen Bedarf und Ersatzneubau für abgerissene Wohnungen),
- auf die qualitative Substanz des vorhandenen Wohnungsbestandes und deren Modernisierungsbedürftigkeit und Modernisierungsfähigkeit (Instandsetzung abgenutzter Wohnungen und Wertverbesserung veralteter, unzulänglich ausgestatteter Wohnungen).

2. Der Bedarf an Wohnungen, die neu gebaut werden müssen

Für den Wohnungsneubau wurde 1977 von der Regierung die folgende Bestandsaufnahme und Bedarfsprognose veröffentlicht: Bis 1986 entsteht ein Bedarf von insgesamt 2.750.000 Wohnungen, ein durchschnittliches jährliches Bauvolumen von 275.000 Wohnungen. (Sämtliche Zahlenangaben dieses Abschnittes aus: HOUSING POLICY, 1977)

Diese Schätzung setzt sich zusammen:

- a) aus der regierungsamtlichen Prognose über zukünftig neu sich gründende Haushalte von jährlich 146.000 bis 1986: 1.460.000 Wohnungen;
- b) aus der regierungsamtlichen Schätzung von abzureisenden Wohnungen und entsprechendem Ersatzneubau

von jährlich durchschnittlich 60.000 Wohnungen in den nächsten 10 Jahren: 600.000 Wohnungen;

- c) aus einem von der Regierung bis 1986 angestrebten Leerwohnungsbestand von 6 % der Wohnungen. Damit sollen die Haushalte, die heute noch mit einem oder mehreren anderen Haushalten eine Wohnung teilen, die Möglichkeit einer eigenen Wohnung erhalten. 1976 betrug ihre Anzahl über eine Million. Außerdem werden 50.000 weitere Zweitwohnungen geplant. Bis 1966 erforderlich: 690.000 Wohnungen.

3. Wieviel Wohnungen werden derzeit errichtet?

Neubauproduktion wird weit hinter dem Bedarf zurückbleiben

Selbst wenn die Schätzungen dem tatsächlichen Bedarf entsprechen - Kritiker des Wohnungsprogramms vermuten eine erhebliche Unterschätzung der in den nächsten Jahren erforderlich werdenden Neubauproduktion (SHELTER 1977) - so bleibt die tatsächliche Neubauproduktion unter der Grenze von 275.000 Wohnungen pro Jahr. 1977 wurde lediglich der Bau von 230.000 Wohnungen begonnen und durch die vorgesehenen Kürzungen der öffentlichen Mittel werden zusätzliche Reduzierungen unumgänglich werden.

Somit wird bestenfalls damit zu rechnen sein, daß in den nächsten Jahren die Anzahl der neugebauten Wohnungen gerade ausreicht, um den Bedarf für neugegründete Haushalte zu decken und den durch Abriß erforderlichen Ersatzbedarf sicherzustellen. Ein ausreichend großes Angebot, um die Überbelegung von Wohnungen durch mehrere Haushalte sukzessiv abzubauen, wird nicht erstellt werden können. Damit trägt das Wohnungsneubauprogramm nicht dazu bei, die vorhandene Wohnungsnot abzubauen.

4. Wertverbesserung und Instandsetzung

Das wohnungspolitische Programm der Regierung stellte 1977 fest, daß seit 1951 die Anzahl der Haushalte, die unter unzumutbaren Bedingungen lebten, - überbelegte Wohnungen und gesundheitsgefährdende Ausstattungen - von 10 Millionen auf 2.7 Millionen abgesunken ist.

schlechte Wohnungen sollen beseitigt werden

Dieser Erfolg veranlaßt die Regierung zu der Einschätzung, daß es keine absolute Wohnungsknappheit mehr gibt und daß eine Verlängerung des gegenwärtigen Trends dazu führt, daß der noch vorhandene Rückstand an erneuerungsbedürftigen, schlechten Wohnungen umgehend beseitigt werden wird.

5. Wie sieht die gegenwärtige Situation des erneuerungsbedürftigen Wohnungsbestandes tatsächlich aus?

Nach der 1976 durchgeführten Wohnungsbestandsaufnahme ergeben sich folgende Fakten:

Wohnungsbe-
standsaufnahme

700.000	Haushalte befinden sich in Wohnungen, die offiziell als unbewohnbar erklärt wurden
+ 950.000	befinden sich in Wohnungen, die kein Bad, keine Inntoilette oder kein fließend Wasser haben
+ 1.100.000	Haushalte befinden sich in Wohnungen, deren Instandsetzung und Modernisierung mehr als 1.000.- kosten.
<hr/>	
2.750.000	Wohnungen, ein Anteil von 15% des gesamten Wohnungsbestandes benötigen dringend Modernisierungs- und Instandsetzungsarbeiten.

Zusätzlich werden jedoch Jahr für Jahr weitere 110.000 Wohnungen erneuerungsbedürftig, weil sie veraltet sind und nicht mehr den Wohnungsansprüchen genügen, bis 1986 insgesamt 1.000.000 Wohnungen.

Für die nächsten 10 Jahre ergibt sich damit ein Bestand von 3.850.000 Wohnungen, die erneuert werden müssen, eine jährliche Durchschnittsquote von 385.000 Wohnungen.

6. Wie groß ist der Umfang der derzeit tatsächlich durchgeführten Erneuerungsmaßnahmen?

Von 1971 bis 1976 ist die Anzahl der Wohnungen ohne Bad, Inntoilette und fließend Wasser, der Wohnungen, die als unbewohnbar gelten und der Wohnungen, die durchgreifende Erneuerungen benötigen, um insgesamt 525.000 zurückgegangen, was einem jährlichen Durchschnittswert von 105.000 Wohnungen entspricht.

Gleichzeitig sind in diesem Zeitraum 1.350.000 Wohnungen erneuert und neue Wohnungen als Ersatzneubau in Flächensanierungsgebieten gebaut worden.

Der jährliche Durchschnittswert beträgt 270.000 Wohnungen.

Die Differenz zwischen 270.000 und 105.000 Wohnungen von 165.000 Wohnungen pro Jahr oder 825.000 Wohnungen insgesamt von 1971 bis 1976 deckt den Anteil ab, der aus Altersgründen jährlich erneuerungsbedürftig wurde und nach Abriß neu gebaut werden muß.

Stillstand der
Erneuerungsmaß-
nahmen

7. Damit haben die Erneuerungsmaßnahmen einen Stillstand erreicht: Wenn also weiterhin jährlich 270.000 Wohnungen erneuert werden, von denen 110.000 Wohnungen den Jahr für Jahr hinzukommenden Bedarf ausmachen, der aus Baualtersgründen erneuerungsbedürftig wird und 55.000 Wohnungen jährlich abgerissen und neu gebaut werden müssen, so bleiben zum Abbau des erneuerungsbedürftigen Rückstandes von derzeit (1977) 2.750.000 Wohnungen lediglich 105.000 Wohnungen jährlich übrig. (KELLY, WINTOUR, 1977)

Geht also die Erneuerungstätigkeit mit dem bisherigen Jahresvolumen weiter, so dauert es mindestens 26 Jahre

(2.750.000 Wohnungen : 105.000 Wohnungen), bis zum Jahre 2002, bis der jetzige Rückstand abgebaut wird - vorausgesetzt, es werden nicht noch mehr Wohnungen unbewohnbar, was jedoch bei dem bestehenden Baualter mit Sicherheit anzunehmen ist.

Mittelkürzungen im Wohnungsbau

Durch die Mittelkürzungen im Wohnungsbau sind jedoch im jährlichen Gesamtvolumen weitere Verringerungen programmiert. Die in den letzten Jahren durchschnittliche Anzahl von jährlich 270.000 erneuerten und als Ersatzneubau hergestellten Wohnungen ist 1976 auf 125.000 erneuerte Wohnungen und ca. 40.000 Ersatzneubauwohnungen, insgesamt auf ca. 165.000 Wohnungen abgesunken. Daß mit diesem Volumen der bestehende erneuerungsbedürftige Rückstand vergrößert wird, ist unabstreitbar.

Um bis zum Jahre 1986 sowohl den Rückstand zu beheben als auch neu hinzukommenden Bedarf abzudecken, ist vom Umfang her fast eine Verdreifachung der heute getätigten Maßnahmen erforderlich.

8. Zwei Konsequenzen ergeben sich deutlich aus der groben Einschätzung der staatlichen Erneuerungs- als auch der Neubaupolitik.

Erneuerung und Neubau decken höchstens den entstehenden Neubedarf

a) Die durch öffentliche Mittelkürzungen sowohl reduzierte Erneuerungstätigkeit als auch die Neubautätigkeit sind vom Umfang her bestenfalls geeignet, den ständig neu entstehenden Bedarf abzudecken. Der vorhandene Rückstand des erneuerungsbedürftigen Wohnungsbestandes ist ebensowenig zu beheben, wie der Nachholbedarf an Neubauten zum Abbau der vorhandenen Überbelegung der Wohnungen mit mehreren Haushalten durchzuführen ist.

Damit bleibt die vorhandene Wohnungsnot zumindest bestehen.

Flächensanierung wird als notwendig propagiert

b) Die gegenüber dem tatsächlichen Bedarf geringe Neubau- und Erneuerungstätigkeit programmiert die Notwendigkeit für eine Wiedereinführung von Flächensanierung (Abriß und Neubau) im großen Maßstab in den 80er Jahren, weil der heute noch erneuerungsfähige Bestand dann nicht mehr mit vertretbaren Kosten zu modernisieren ist. Inwiefern für eine solche Änderung der Wohnraumversorgungspolitik die notwendigen Mittel verschafft werden können, ist jedoch ebenso ungewiß. (HARLOE, 1977)

Kritiker der englischen Wohnungspolitik sprechen deshalb davon, daß sich bestehende Wohnungsnot in eine Wohnungskatastrophe verwandeln wird. (HAMMOND, 1977)

Die 16 %ige Kürzung der Ausgaben für das Wohnungswesen schlägt sich für die einzelnen Teilbereiche sehr unterschiedlich nieder und verdeutlichte die zukünftig beabsichtigte Wohnungspolitik der Labour Regierung.

Angaben in £ Mill. zu Preisen von 1977	1974/75	1978/79	Veränderung in %
Mittel für gemeindeeigenen Wohnungsneubau und New-Town Wohnungsneubau	1.550	1.500	- 3 %
Modernisierungszuschüsse an gemeindeeigene und private Mietshäuser	800	650	-19 %
Mittel für den Ankauf von Häusern durch die Gemeinde einschließlich Zwangskäufen	300	90	-70 %
Mittel für Wohnungsbauvereine "Housing Associations"	250	480	+90 %
Mittel für Darlehen an die Gemeinden vom Staat	790	140.	-83 %
Zuschüsse für Mieter in gemeindeeigenen Mietwohnungen (Wohngeld)	1.550	1.700	+10 %
Zuschüsse für Eigenheimbesitzer bzw. Eigenheimwerker	1.200	1.350	+13 %

Tabelle 1

Kürzungen der öffentlichen Mittel für das Wohnungswesen (HMSO, 1978)

Was bedeutet das?

Die Neubautätigkeit der Gemeinden wird erheblich eingeschränkt, das geringe Bauvolumen kann den Bedarf an neuen Wohnungen für den Abbau bestehender Überlegungen und zu kleiner Wohnungen nicht erfüllen.

Die Altbauerneuerung ist rückläufig, bestehende schlechte Bausubstanz verfällt weiter und wird zum Abriss programmiert - ohne Aussicht auf Ersatzneubau.

Die Gemeinden als bislang größter Träger der Altbauerneuerung können keine weiteren Erneuerungsmaßnahmen vorsehen, weil sie weder enteignen noch Modernisierungsgebote aussprechen können - denn sie müßten die aufgekaufte Bausubstanz selbst modernisieren. Deshalb kaufen sie erst gar nicht - sie verkaufen.

Lediglich die Wohnungsbauvereine können ihre Erneuerungsfähigkeit ausbauen. Dadurch werden die Gemeinden gezwungen, sie stärker am Erneuerungsgeschehen zu beteiligen, mit dem Ergebnis einer zunehmenden Privatisierung des Wohnbestandes im Eigentum der Wohnungsbauvereine.

Die Gemeinden werden gezwungen, für unaufschiebbare Neubau- oder Erneuerungsmaßnahmen Kredite auf dem freien Kapitalmarkt aufzunehmen, mit dem Ergebnis, daß die Kosten steigen und die Mieten angehoben werden.

Entsprechend wird der Anteil der einkommensschwachen und wohngeldberechtigten Bevölkerungsgruppen höher und sozialfürsorgerische Maßnahmen verstärkt erforderlich.

Der Eigenwerb wird gefördert - allerdings nur für einkommensstarke Bevölkerungsgruppen, weil die verbleibenden Eigenkapitaleistungen hoch sind und Kredite von Baukassen in einkommensschwache Wohnquartiere mit schlechter Bausubstanz nicht gewährt werden.

Verschärfung
dieser Tendenz
durch die Konservativen

10. Seit der Übernahme der politischen Macht durch die Konservative Partei in diesem Jahr (1979) werden diese Tendenzen noch verschärft. Besonders eine wohnungspolitische Strategie wird favorisiert: Der Verkauf gemeindeeigener Häuser an die bisherigen Mieter. Damit schiebt der Staat die Verantwortung für die Wohnungsversorgung für die einkommensschwächeren Bevölkerungsschichten von sich ab und versucht, sie zur rein privaten Angelegenheit der Existenzsicherung zu machen wie bei allen anderen Waren und Dienstleistungen auch. Die Wohnkostenbelastung für die potentiellen Eigentümer steigt damit erheblich, und gleichzeitig gibt der Staat ein für die Wohnungsversorgung in England charakteristisches Steuerungsinstrument aus der Hand: Der Abbau des Bestandes preisgünstiger gemeindeeigener Mietwohnungen, der gegenwärtig über 30 % des gesamten Wohnungsbestandes in England und Wales ausmacht und Ergebnis einer oft kämpferisch vorgetragener Forderung der Arbeiterklasse nach angemessenen Wohnungen war, deren Erstellung und Vermietung nicht den Profiterwartungen privater Eigentümer oder Baugesellschaften unterworfen ist.

Wie weit diese auf lokaler Ebene von den kommunalen Parlamenten der Labour Partei bekämpfte Strategie sich durchsetzen wird, bleibt abzuwarten.

4.1.3.2 Zur Einschätzung der Wohnungsversorgung und der Stadterneuerung in den innerstädtischen Arbeiterwohnquartieren in London

Verschärfung der Wohnungsnot in den innerstädtischen Arbeiterwohngebieten

1. Die auf nationaler Ebene in Großbritannien mit Hilfe hoch aggregierter Daten charakterisierte unzumutbare Wohnungsversorgung für die einkommensschwachen Bevölkerungsteile verschärft sich in den alten Industrieagglomerationen, in den großen Städten, in London und hier vor allem in den innerstädtischen Arbeiterwohnquartieren. Die ältesten, heruntergekommensten, schlechtest ausgestatteten und überbelegten Wohnungen finden sich in London gehäuft in den innerstädtischen Wohnquartieren der niedrigen Einkommensgruppen überproportional im Besitz von kleineren und mittleren Mietschausbesitzern. Diese Wohnungen benötigen am dringlichsten eine Erneuerung und machen die Bausubstanz der potentiellen Erneuerungsgebiete aus. (WEIR, KILROY, 1976, GLC, 1978, HAMMOND, 1977).

Obdachlose, Wartelisten für gemeindeeigene Mietwohnungen, leerstehende Wohnungen sind Indikatoren für die weitere Verschärfung

Indikatoren für eine weitere Verschärfung sind die steigenden Zahlen der Obdachlosen, der Übergangsweise in Hotel und Pensionen untergebrachten Menschen, der steigenden Anzahl der Menschen auf Wartelisten für gemeindeeigene Mietwohnungen und - scheinbar widersprüchlich - die steigende Zahl von leerstehenden Wohnungen. Ursachen für das Leerstehen von Wohnungen sind hauptsächlich spekulativer Art: Leere Häuser erzielen höhere Preise, beim Modernisieren und anschließender Mietpreisfestsetzung besteht keine Notwendigkeit, sich mit den Mietern auseinanderzusetzen. (GRIEF, 1972, BAILEY, 1974, SHELTER, 1974, SHELTER, 1976, HAMMOND, 1977).

unzureichende Stadterneuerungspolitik

2. Diesem Tatbestand steht eine Stadterneuerungspolitik gegenüber, die sich in den letzten Jahren als unzureichend gegenüber einer durchgreifenden Verbesserung erwiesen hat. (WINTOUR, 1978) Als Begründung zu dieser These werden im folgenden abrißhaft die Maßnahmen geschildert, die der Staat seit 1969 ergriffen hat. Dabei wird vor allem der rechtliche und finanzierungstechnische Rahmen der Altbauerneuerung geschildert und die Auswirkungen für die innerstädtischen Arbeiterwohnquartiere in London berücksichtigt.

Instandsetzung und Wertverbesserung

3. Altbauerneuerung in England von 1969 bis 1974
Mit dem Wohnungsgesetz von 1974 setzt die Regierung einen vorläufigen Schlußpunkt hinter eine Reihe von Wohnungsprogrammen nach dem Kriege, die von der Labour- und von der Konservativen Partei durchgeführt wurden. Nach den umfangreichen Neubauprogrammen der Nachkriegszeit und den Flächensanierungen der 60er Jahre werden die wohnungspolitischen Maßnahmen verstärkt auf die Instandsetzung und Wertverbesserung des vorhandenen Wohnungsbestandes gelenkt.

Modernisierungsmaßnahmen haben seit jeher stattgefunden und sind auch in der Regel mit öffentlichen Zuschüssen gefördert worden. Bis in die 60er Jahre wurde die Altbauerneuerung aller erneuerungsfähigen Wohngebäude zwar unabhängig von ihrem Standort in beson-

Modernisierungsförderung eher in den besseren Gebieten

ders guten oder schlechten Wohnquartieren gefördert - tatsächlich ergaben sich eine Häufung jedoch in den Wohngebieten der wohlhabenden Bevölkerung, weil nur sie die erforderliche Eigenbeteiligung an der Finanzierung der Baumaßnahmen aufbringen konnte. Mit dem seit 1969 betonten gebietsbezogenen Verfahren der Altbauerneuerung ("area approach") sollte eine Änderung erreicht werden.

4. Altbauerneuerung in "General Improvement Areas" (allgemeine Erneuerungsgebiete) nach dem Wohnungsgesetz von 1969. (HOUSING ACT, 1969)

Zuschüsse an private Eigenheim- und Mietshausbesitzer

Vor 1969 wurden jährlich mehr als 100 000 Zuschüsse hauptsächlich an private Eigenheim- und Mietshausbesitzer gewährt. Da sich in der Innenstadt in diesen beiden Wohnungsteilmärkten auch der größte Anteil des erneuerungsbedürftigen Wohnbestandes befindet, erschien es wichtig, die mit staatlicher Subvention stimulierte Privatinitiative durch ein Gesetz mit günstigen Zuschußregelungen weiter zu forcieren. Das Gesetz wurde entsprechend an die privaten Hausbesitzer adressiert, und die Gemeinden wurden in die Lage versetzt, Erneuerungsgebiete (im folgenden abgekürzt: GIA) festzulegen, in denen der Altbaubestand vordringlich erneuert werden sollte. Nach Maßgabe des Gesetzes sollte diese Gebietsfestsetzung dort vorgenommen werden,

Gebietsfestsetzung für Zuschüsse

- wo die Aussicht auf Erfolg der Maßnahmen gesichert ist,
- wo es keinen Zweifel an der weiteren Nutzung des Gebiets als Wohngebiet gibt,
- wo die Bausubstanz in gutem Zustand ist,
- wo die infrastrukturelle Ausstattung ausreichend ist,
- wo die benachbarten Wohngebiete ebenfalls von guter Qualität sind,
- wo die Bewohner ein Erneuerungsprogramm wünschen und zur Kooperation bereit sind.

Unter diesen Bedingungen erfolgt die Festlegung von GIA, besonders in Gebieten,

- in denen die Gemeinden selbst eigene Mietshäuser besitzen,
- in denen mittlere Einkommenschichten als Eigenheimbesitzer überproportional vertreten sind,
- in denen häufig wenige Hausbesitzer umfangreichen Mietshausbestand von guter Bausubstanz und Ausstattung besaßen.

Bis 1977 sind ca. 1000 GIA festgelegt worden, 100 in London. Im Durchschnitt sind von 1969-1976 lediglich ein gutes Drittel der erneuerungsbedürftigen Häuser tatsächlich erneuert worden; bei einer gesamten Anzahl von ca. 289 000 Häusern nur ca. 100 000 Häuser. (HAMMOND, 1977) Werden dieser Zahl die im gleichen Zeitraum vergebenen 1,6 Mio Zuschüsse der Zentralregierung für eine gleiche Anzahl von Wohnungen gegenübergestellt, so wird deutlich, daß der größte Teil der Altbauerneuerung nach wie vor außerhalb vom GIA stattgefunden hat. (HOUSING POLICY, 1977)

verstärkter Trend, guten Wohnraumbestand zu verbessern und einkommensschwache Mieter zu verdrängen

5. Die Altbauerneuerung in GIA verstärkte den bereits vorhandenen Trend, daß vor allem Wohnraumbestand von guter Ausstattung in den Wohngebieten der Mittelklasse verbessert, in diesen Gebieten die ansässigen Mieter mit niedrigen Einkommen verdrängt und der Bestand der meisten nicht modernisierten Häuser in den Händen der ärmeren Eigenheim- und Mietschausbesitzer konzentriert wurde. Gleichzeitig verfielen die Häuser in den Wohngebieten der niedrigen Einkommensschichten immer mehr, die bereits überaltert und schlecht ausgestattet sind. (CDP, PEC, 1977)
1973 erkannte die Regierung das Scheitern der gebietsbezogenen Altbauerneuerungspolitik in GIA.

6. Altbauerneuerung in „Housing Action Areas“ (Wohnungsmodernisierungsgebiete) nach dem Wohnungsgesetz von 1974. (HOUSING ACT, 1974)

Wohnungsgesetz
von 1969 und 1974

Das Wohnungsgesetz von 1969 bleibt zwar weiter bestehen, aber zusätzlich soll mit dem Wohnungsgesetz von 1974 die Voraussetzung geschaffen werden, die die Erneuerung von Wohnquartieren ermöglichen sollten, die bisher entweder abgerissen oder in denen überhaupt keine Erneuerungsmaßnahmen vorgenommen wurden. Das Gesetz enthält 3 zentrale Komponenten.

- a) Festlegung von Wohngebieten als „Housing Action Areas“ (HAA),
- b) Modernisierungsgebote ,
Wohnungsbauvereine („Housing Association“) werden als Träger der Althauserneuerung eingesetzt.

Zu a) „Housing Action Areas“

Housing Action
Areas

Nach Maßgabe des Gesetzes soll die Ausweisungsart vorgenommen werden,

- wo die Wohnhäuser veraltet, schlecht ausgestattet und nicht instandgehalten wurden,
- wo überdurchschnittlich hohe Anteile der Haushalte in überbelegten Wohnungen und Haushalte in zu kleinen Wohnungen leben,
- wo der Anteil der Einwanderer an der Bevölkerung besonders hoch ist,
- wo sich soziale Nöte in Merkmalen wie hohe Arbeitslosigkeit, geringe Einkommen und andere Faktoren feststellen lassen.

Eine HAA soll 200 bis 300 Häuser umfassen, die sich hauptsächlich in Privatbesitz (Eigenheim oder private Mietschausbesitzer) befinden. Gemeindeeigener erneuerungsbedürftiger Wohnbestand soll durch andere Maßnahmen erneuert werden. Für die Verbesserung der infrastrukturellen Einrichtungen des Gebietes sind nur sehr geringfügige Mittel vorgesehen. Innerhalb der HAA's werden erhöhte Zuschüsse für die Erneuerung einzelner Wohnungen gewährt. Die Maßnahmen sollen in einem Zeitraum von 5 Jahren abgeschlossen sein.

Zu b) Modernisierungsgebot ("Compulsary improvement Power")

Zusätzlich zu bereits bestehenden Möglichkeiten des Zwangsaufkaufs durch die Gemeinden ("Compulsary Purchase Power") nach dem Wohnungsgesetz von 1969 und dem Modernisierungsgebot im Gesetz von 1964 wird das neue Modernisierungsgebot im Gesetz von 1974 nur geringfügig erweitert. Die dem Eigentümer eingeräumte Frist, in der er die Modernisierungsmaßnahme durchführen muß, wird von 12 Monate auf 9 verkürzt.

Zu c) Wohnungsbaevereine ("Housing Associations")

Wohnungsbaevereine („Housing Associations“) spielen vor 1974 lediglich im Neubau für bestimmte, kleinere Bevölkerungsgruppen eine untergeordnete Rolle in der Wohnraumversorgung. Mit dem Wohnungsgesetz von 1974 werden ihnen die Möglichkeiten eingeräumt, mit besonderen Zuschüssen (Housing Association Grants) der Zentralregierung die gesamten Kosten der Erneuerungsmaßnahmen einschließlich der Kosten für den Kauf der Gebäude und Grundstücke sowie der laufenden Unterhaltungs- und Verwaltungskosten abzudecken. Dadurch haben sie eine finanziell weitaus günstigere Situation als Privateigentümer, Eigenheimbesitzer und die Gemeinde.

7. Öffentliche Zuschüsse zur Altbauerneuerung

Die Möglichkeit zur öffentlichen Förderung der Instandsetzung und Wertverbesserung, vor allem des privaten Hausbesitzes datiert in England von 1926. Zuschüsse für erneuerungswillige Hausbesitzer umfassen in der Regel 50 % der Baukosten, die allerdings auf eine Obergrenze der angemessenen Kosten (Limit of eligible expense) bezogen werden. Der größte Teil der Zuschüsse wird von der Zentralregierung zur Verfügung gestellt, der Rest von der Gemeinde. Die Restfinanzierung muß der Empfänger der Zuschüsse selbst sicherstellen, in besonderen Fällen kann er weitere Zinszuschüsse für erforderliche Darlehen und/oder zinsbegünstigte Darlehen in der Gemeinde beantragen. Alle Hausbesitzer - Eigenheimbesitzer, Wohnungsgesellschaften, (Housing Associations), Wohnungsgenossenschaften (Housing-Co-operatives), und die Gemeinden - können Zuschüsse erhalten, wenn:

- die Häuser Instandsetzungen und/oder Wertverbesserungen benötigen,
- die Gemeinde der Ansicht ist, daß das Haus zu Wohnzwecken geeignet ist oder hergerichtet werden kann,
- (bei Eigenheimbesitzern) der Wert des Hauses, gemessen an der zu entrichtenden Grundsteuer einen festgelegten Betrag nicht überschreitet. (In diesem Fall wird erwartet, daß der Eigenheimbesitzer selbst die erforderlichen Mittel aufbringen kann.)

Um Spekulationsgewinne zu verhindern, müssen Zuschüsse zurückgezahlt werden, wenn der Hausbesitzer sein Haus vor einem Zeitraum von 5 Jahren weiterverkauft.

Voraussetzungen
für Zuschüsse

Wohnumfelderneuerungen

Eine Möglichkeit für die Erneuerung des Wohnumfeldes besteht in förmlich festgelegten Erneuerungsgebieten (General Improvement Areas und Housing Action Areas) dadurch, daß die Zentralregierung 50 % der Kosten für derartige Maßnahmen übernimmt, wenn die Gemeinde den Restbetrag finanzieren kann. Der förderungsfähige Höchstbetrag liegt bei 100 x Anzahl der Wohnungen in General Improvement Areas und bei 25 x Anzahl der Wohnhäuser in Housing Action Areas. Das ist ein vergleichsweise niedriger Betrag für eine nachhaltige infrastrukturelle Verbesserung, die Gemeinde kann jedoch - wenn sie dazu finanziell in der Lage ist - höhere Restfinanzierungen übernehmen. ("Environmental Grants") (KORFMACHER, J., 1978)

8. Auswirkungen des Wohnungsgesetzes von 1974 auf die Altbauerneuerung in London

Bis 1977 sind in England und Wales ca. 200 „Housing Action Areas“ ausgewiesen, die ca. 80 000 Wohnungen umfassen. Davon sind in London im Oktober 1977 53 HAA's mit 19 500 Wohnungen enthalten. Nach einer Schätzung der Stadtverwaltung in London sind jedoch 150 bis 200 HAA's erforderlich, um über 100 000 Wohnungen in ihnen erneuern zu können. Die Anzahl der gegenwärtig festgelegten HAA's und der darin zu erneuernden Wohnungen im gesamten Land entspricht noch nicht einmal den Erfordernissen in London. Nach einer Umfrage in verschiedenen HAA's in London hatten 1977 von den 1352 Wohnungen im Privatbesitz lediglich 76 oder 6 % einen Zuschuß beantragt, von den 1872 Wohnungen im Besitz der Gemeinden bzw. der Wohnungsbauvereine nur 176 oder 33 %. Die Analyse der Altbauerneuerung kommt in allen vorliegenden Untersuchungen zu dem Schluß, daß die Modernisierung mit Hilfe des Wohnungsgesetzes von 1974 nicht dazu beigetragen hat, die Wohnraumversorgung in den veralteten und schlecht ausgestatteten Wohnquartieren, die als HAA ausgewiesen wurden, nachhaltig verbessert hat. (PARIS, 1977)

keine erfolgreiche Verbesserung der Wohnraumversorgung durch das Wohnungsgesetz 1974

Als Gründe werden genannt:

- a) Zu niedrige Zuschüsse und zu hohe Eigenkosten bei ständig gestiegenen Baukosten (WOOLLEY, 1976)
- b) Enorme Kürzungen der öffentlichen Mittel im Bereich der Wohnraumversorgung. Dadurch hervorge-

rufen:
Keine Anwendung des Modernisierungsgebotes oder des Zwangsaufkaufs von Häusern erneuerungsunwilliger Hauseigentümer - weil das teilweise hohe Kosten für Entschädigung bzw. Übernahme der dann im Gemeindebesitz befindlichen Häuser und deren Erneuerung bedeutet und nur sehr schleppende bzw. überhaupt keine Ausweisung von HAA's. (CDP, PEC; 1977)

9. Zwischen 1974/75 und 1978/79 sind die öffentlichen Mittel für das Wohnungswesen um 16 % gekürzt worden, für Ausbildung um 1 %, für das Gesundheitswesen ist ein Anstieg von 7 % erfolgt und die Ausgaben für Sozialfürsorge mußte um 23 % angehoben werden. (HMSO, 1978)

4.2 Untersuchungsebene "Betroffenenbeteiligung"
4.2.1 Formen der institutionalisierten Betroffenenbeteiligung in Großbritannien

Die Charakterisierung der institutionalisierten Betroffenenbeteiligung in Großbritannien kann sehr vielfältig vorgenommen werden. Für unseren Zusammenhang war es zunächst wichtig, die rechtlichen Rahmenbedingungen in ihrer historischen Entstehung seit dem 2. Weltkrieg in zwei Zeitabschnitten zu skizzieren

- von 1947 bis 1969
- seit 1969.

Modifikationen

Danach wird kurz geschildert, wie sich die Betroffenenbeteiligung seit Beginn der 70er Jahre in zwei Stufen modifiziert. Zusammenschlüsse von betroffenen Bewohnern in "tenants organisations" und "residents organisations", die zunächst nur auf Planungsabsichten und vorgesehene oder bereits durchgeführte Maßnahmen reagierten, verändern ihre Zielsetzungen. Ihren erweiterten Aktionsbereich sehen sie darin, als notwendig erachtete Maßnahmen von den Kommunen zu fordern, die aus unterschiedlichen Gründen dazu nicht bereit oder finanziell nicht in der Lage sind. Die rechtlichen Bedingungen der Betroffenenbeteiligung ändern sich nicht, sie werden in einem modifizierten Kontext neu definiert und mit weitergehenden Forderungen der Betroffenen angereichert.

Die nächste Stufe ist die Gründung von Gruppen, die die Kommunen nicht nur auffordern, längst überfällige Maßnahmen zu ergreifen, sondern auch in genossenschaftlicher Selbsthilfe mit staatlicher Unterstützung ihre dringenden Wohnungsprobleme in die Hand nehmen.

Eine kurze Charakteristik der landesweiten Organisation für die Bekämpfung der Obdachlosigkeit (SHELTER, National Campaign for the Homeless) schließt diesen Beitrag ab. Shelter ist eine Institution, die in vielfältiger Weise die Betroffenenbeteiligung initiiert und unterstützt.

4.2.1.1 Rechtliche Bedingungen der Betroffenenbeteiligung von 1947 - 1969

Die rechtliche Absicherung einer allgemeinen Betroffenenbeteiligung an Planungen der Kommune entwickelte sich in Großbritannien früher als in der Bundesrepublik.

Town and Country Planning Act

Mit dem "Town and Country Planning Act" von 1947 wird den Betroffenen die Möglichkeit eingeräumt, zu einzelnen Planungsabsichten Stellung zu nehmen. In der Regel handelt es sich dabei um eine Offenlegung von Plänen, die die lokale Planungsbehörde ausgearbeitet hat und die sowohl stadtentwicklungsbezogene Flächennutzungspläne als auch kleinteiligere "structure plans" für Neubauvorhaben und für Flächensanierungen sein können. Die tatsächliche Beteiligung von betroffenen

Bewohnern bleibt jedoch eher eine Ausnahme. Sie ist abhängig von der Bereitwilligkeit der Behörden und Ämter, Partizipation als Dokumentation demokratischen Verständnisses zuzugestehen. Sie wird in der Regel getragen von Bewohnern, die meist der Mittelschicht zuzurechnen sind. Ihr Interesse an ihrer physischen Umgebung entspricht Statusgründen, die Beteiligung an Planungsprozessen wird als statusverstärkende Verhaltensweise verstanden. (SUTHERLAND, 1966)

- | | |
|---|--|
| Grundelemente der Citizen Participation | Bis 1968 durch verschiedene weitere Gesetze, Richtlinien und Rechtsverordnungen ergänzt, umfaßt "Citizen Participation" die folgenden sechs Grundelemente: |
| veröffentlichte Absichtserklärungen | 1. eine in den lokalen Zeitungen veröffentlichte Absichtserklärung der Planungsbehörde über Planungen sowie das Recht der Bürger auf Antrag eine schriftliche Erklärung über Art und Weise und Zeitvorstellungen der geplanten Veränderungen vor Beginn der Maßnahmen zu erhalten, |
| Aufklärung über Planungsabsichten | 2. eine umfassende Aufklärung über die Planungsabsichten mit Hilfe von Medien, (Broschüren, Veranstaltungen, Ausstellungen u.ä.), deren Umfang allerdings in das Belieben der Kommunen gestellt ist |
| Registrieren aller Bau- und Veränderungsanträge | 3. das Registrieren aller Bau- und Veränderungsanträge von Privaten und Gesellschaften durch die kommunale Verwaltung und das Recht der Bürger, diese Anträge <u> jederzeit einzusehen,</u> |
| jeder Bürger ist einspruchsberechtigt | 4. eine öffentliche Mitteilung in den Zeitungen, in der die lokalen Behörden alle dem zuständigen Ministerium eingereichten Anträge auf bauliche und städtebauliche Maßnahmen anzeigen muß. Während eines bestimmten Zeitraums hat <u>jeder</u> Bürger das Recht, durch ein Schreiben an den Minister Einspruch zu erheben, |
| öffentliches Untersuchungsverfahren | 5. das öffentliche Untersuchungsverfahren ("public inquiry"). Es wird in Verbindung mit dem Antrags- und Abwägungsverfahren für beabsichtigte städtebauliche Maßnahmen oder in Verbindung mit Einsprüchen des Ministers gegenkommunale Planungsentscheidungen auf Antrag einer dieser Instanzen eingerichtet. Ebenfalls haben seit 1962 betroffene und interessierte Bürger das Recht, ein solches Verfahren zu beantragen. Der vorsitzende Richter dieser Untersuchungskommission hat das Recht zu entscheiden, welche Personen zusätzlich zu den direkt Betroffenen Einspruch erheben und das Verfahren in Gang setzen können. Ebenfalls entscheidet er, wer die Betroffenen gutachterlich vertreten kann. Das Verfahren findet vor einem verwaltungsgerichtähnlichem Untersuchungsgremium statt; beide Seiten tragen ihre Vorstellungen vor, Gutachter können die Argumente stützen und kritisieren. Nach dem "Town and Country Planning Act 1962" ist das Untersuchungsverfahren öffentlich. |
| Veröffentlichung aller Beschlüsse | 6. die Zusammenstellung und Veröffentlichung aller relevanten Beschlüsse, Protokolle und Aktennotizen der Planungskommission und der kommunalen Parlamente (FAGENCE, 1977). |

großer Entscheidungsspielraum für die Kommunen bleibt

Obwohl diese Bestimmungen in Gesetzen und regierungsamtlichen Anweisungen niedergelegt sind, bleibt den Kommunen ein großer Entscheidungs- und Auslegungsspielraum. Die konkrete Form der Betroffenenmitbestimmung ist entsprechend abhängig vom politischen Druck, den verschiedene Interessengruppen auf das kommunale Parlament und die Verwaltung auszuüben imstande sind (HAAR, 1961). Die Qualität der Betroffenenbeteiligung ist auch abhängig von der Relevanz der zur Planung anstehenden Veränderungen für unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen, von der Anzahl der betroffenen Bewohner und ihrer Fähigkeit, Druck auszuüben, dem Informationsstand der Betroffenen über ihre Rechte und über den Planungsablauf, sowie dem Planungsdemokratieverständnis der behördlichen Planer. (JACKSON, 1964) Vor diesem Hintergrund ist das sehr unterschiedliche Spektrum verschiedener Ausprägungen der Betroffenenbeteiligungsverfahren seit den 60er Jahren in verschiedenen Städten und Stadtteilen verständlich. (TOWN AND COUNTRY PLANNING, 1964)

Verbesserung des Planungsinstrumentariums wurde angestrebt

Im Zusammenhang mit der Planungseuphorie der 60er Jahre wird vom "Ministry of Housing and Local Government" eine Kommission eingesetzt, deren Ziel es war, die Partizipationsmöglichkeiten der Betroffenen an Planungsprozessen zu verbessern. Ebenfalls - und wahrscheinlich als Zielsetzung wichtiger - sollten die allgemeinen Planungsinstrumentarien und -methoden verbessert werden. Die Absicht war dabei, mit Hilfe eines optimalen Planungsprozesses die reibungslose Durchsetzung notwendig gewordener räumlicher Veränderungen und Flächennutzungen sicherzustellen. Die durch derartige Beteiligungsverfahren somit legitimierten Planungsabsichten tragen dazu erheblich bei. (JAMES, 1965, CULLINGWORTH, 1972)

Die eingesetzte Kommission ("Planning Advisory Group") empfahl in ihrem Schlußbericht den kommunalen Planungsbehörden ein kreatives und offensives Vorgehen bei der Betroffenenbeteiligung. Ihnen soll ein größeres Gefühl der Verantwortung für ihre Umwelt vermittelt werden; sie sollen nicht nur über einzelne Maßnahmen, sondern auch über die dahinter stehenden langfristigen Ziele informiert werden. Daß diese Empfehlung durchaus mehr Widerstand gegen einzelne Maßnahmen erzeugen könnte, wurde nicht für möglich gehalten. (PAG, 1965) Die Empfehlungen der "Planning Advisory Group" wurden in das "Town and country Planning Act 1968" eingearbeitet; wichtigste Ergänzung gegenüber den früheren Gesetzen - die weiter in Kraft bleiben - war die Aufforderung an die Planungsbehörden, öffentliche Diskussionen über Planungsabsichten als "Frühwarnsystem" zu einem Zeitpunkt zu veranstalten, an dem die Planungsvorstellungen noch entwickelt wurden.

4.2.1.2 Rechtliche Bedingungen der Betroffenenbeteiligung, die nach 1968 institutionalisiert wurden

Skeffington
Committee
Kommission zur
Entwicklung von
Beteiligungs-
verfahren

Noch während das Gesetz von 1968 vorbereitet wurde, richtete dasselbe Ministerium eine weitere Kommission ein. (SKEFFINGTON COMMITTEE) Ihre Aufgabe war es, Planungsmethoden und Verfahren einschließlich der Beteiligungsmodelle zu entwickeln, die sicherstellen sollten, daß die betroffene Öffentlichkeit an der Ideenkonzeption über die Zukunft ihrer Wohnquartiere und Stadtteile von Anfang an beteiligt wird. 1969 veröffentlichte diese Kommission Empfehlungen, die wie folgt zusammengefaßt werden können:

1. die Öffentlichkeit soll informiert werden,
2. die Bürger sollen beraten werden, wo sie Informationen erhalten können,
3. Anregungen von Bürgern sollen kontinuierlich in den Planungsprozeß eingearbeitet werden,
4. die lokalen Planungsbehörden sollen öffentliche Informations- und Diskussionsformen einrichten,
5. Gemeinwesenarbeiter (Community development officer) sollen eingestellt werden, um sicherzustellen, daß auch diejenigen Betroffenen einbezogen werden, die sich bisher resignativ zurückhielten,
6. Betroffene, die Vorschläge machen, sollen über die Verarbeitung und Verwendung ihrer Vorschläge informiert werden,
7. Ausbildungs- und Aufklärungsmaßnahmen sollen einen besseren Informations- und Kenntnisstand der Betroffenen über den Ablauf und den Zweck der öffentlichen Planung sowie über ihre Rechte erreichen. (SKEFFINGTON, 1969, para. 50-70, 75-90)

"aktive und
passive Betroffene"

Eine Besonderheit der Empfehlungen war das Eingehen auf die "aktiven" und "passiven" Betroffenen. Während den Aktiven Bürgerformen angeboten werden sollen, auf denen sie mit Vertretern von Parlament und Verwaltung diskutieren sollen, wird für die Passiven empfohlen, eine besondere Stelle einzurichten. (Community development officer) Ihre Aufgabe ist es als Katalysator zu fungieren, der die Probleme und Bedürfnisse der passiven Betroffenen artikulieren hilft und Hemmungen und Bedenken ausräumt, die einer Beteiligung entgegenstehen. (SKEFFINGTON, 1969, para. 60-71, 80-90)

Modifikation im
Town and Country
Planning Act

Der "Skeffington Report" und die auf seiner Grundlage in das "Town and Country Planning Act 1971" eingeflossenen Modifizierungen und Erweiterungen rechtlich institutionalisierter Betroffenenbeteiligung bei der Planung von räumlichen Veränderungen durch die Kommune, stellen das formal weitestgehendste Mitbestimmungsverfahren von Betroffenen in Großbritannien dar.

Nichtsdes tnotz dokumentiert auch dieses Gesetz nichts weiter als das Ergebnis einer Einschätzung, das mit Hilfe rationaler Planung und der an ihr demokratisch be-

teiligten Betroffenen nicht nur das Aufbrechen von staatlichen Legitimationskonflikten vermieden werden kann, sondern auch eine Verbesserung bestehender Verhältnisse erzielt wird. Tatsächlich stand die kommunale Verwaltung den Mitwirkungsmöglichkeiten von Betroffenen bereits während der Phase der Planungseuphorie in den 60er Jahren abweisend gegenüber. In den letzten Jahren verstärkte sich diese Einstellung auch deshalb, weil nicht nur Mittelschichten ihre relativ guten Wohngebiete weiter verbessern wollten, sondern weil zunehmend die Bevölkerung der verkommenen Arbeiterwohnquartiere Rechenschaft über Planungsabsichten der Kommune verlangte, die sich immer verschlossener zeigt. In diesem Sinne ist der Skeffington Report als illusionistisch kritisiert worden. (HILL, 1970, 1974; ALLISON, 1975)

Daß durch noch so bürgernahe Planung mit Betroffenenbeteiligung die Lebensverhältnisse großer Teile der Bevölkerung nicht verbessert werden können, hat die ökonomische und politische Entwicklung in Großbritannien seit den 60er Jahren mit dem verschärften Aufbrechen sozialer Konflikte in den Städten eindrucksvoll unter Beweis gestellt.

4.2.1.3 Betroffenenbeteiligung, Forderungen von Betroffenen und genossenschaftliche Selbsthilfemaßnahmen

Gründung von Bürgerinitiativen mit der Forderung nach konkreten Maßnahmen statt Absichtserklärungen

Vor dem Hintergrund dieser institutionalisierten Möglichkeiten von Betroffenenbeteiligung haben sich in den letzten Jahren verstärkt Mieter- und Bürgerinitiativen gegründet, die versuchen, ihre Forderungen nach Mitsprache durchzusetzen. Es ist aber auch festzustellen, daß eine Reihe derartiger Initiativen gegründet wurden ("tenants and residents organisations"), die die kommunalen Behörden und Parlamente auffordern, endlich Maßnahmen zu ergreifen, um die unzumutbaren Lebens- und Wohnbedingungen in den heruntergekommenen innerstädtischen Wohngebieten zu beheben. Diese Gruppen reagieren nicht mehr nur auf Absichten, sondern fordern Maßnahmen. Eine weitere Stufe in dieser Entwicklung kommt in der in den letzten Jahren verstärkt gegründeten "Housing co-operatives" (Wohnungsgenossenschaften) zum Ausdruck. Durch die Unfähigkeit und Untätigkeit von Parlamenten und Verwaltungen dazu veranlaßt, nehmen sie die Verbesserung ihrer Wohnbedingungen selbst in die Hand. 1974 wurde vom "Minister of Housing and Construction" eine Kommission eingerichtet, deren Aufgabe es war, herauszufinden, welche Möglichkeiten für eine Verbesserung der Wohnungsversorgung für die einkommensschwachen Bevölkerungsgruppen durch "Housing co-operatives" bestehen. Außerdem sollten sie Empfehlungen vorlegen, wie diese Selbsthilfeorganisationen staatlicherseits unterstützt werden können. (CAMPBELL, 1975)

Housing Cooperatives

staatliche Subventionierung der Housing Cooperatives als Instrument der Wohnungsver-sorgung

Von der "Working Party on Housing Co-operatives" wurden die Genossenschaften als eine wichtige Form der Verbesserung der bestehenden Wohnungsnot anerkannt und staatliche Unterstützung in Form von finanziellen Zuschüssen für den Kauf von Häusern und ihre Modernisierung empfohlen. Eine fundamentale Rahmenbedingung für die von staatlicher Seite so wohlwollend geförderten "Housing co-operatives" ist das Scheitern der staatlichen Wohnungsver-sorgung, die sich immer mehr außerstande sieht, für Angehörige niedriger Einkommenschichten und gesellschaftlicher Randgruppen die Wohnungsproblematik soweit zu lösen, daß es keine bedrohlichen sozialen Konflikte gibt.

Die Unterstützung der "Housing co-operatives" drückt sich darin aus, daß ihnen nach erfolgter Anerkennung als gemeinnützige, "non-profit" - genossenschaftlich organisierter Institution zur Verbesserung der Wohnungsver-sorgung ihrer Mitglieder die gleichen öffentlichen Zuschüsse für Kauf und Modernisierung zur Verfügung stehen, wie den Wohnungsbaugesellschaften ("Housing associations"). Sie können wahlweise den planerischen und bautechnischen Ablauf des Kaufs und der Modernisierung von Wohnungsbaugesellschaften durchführen lassen oder sich selbst als eine solche zusätzlich registrieren und anerkennen lassen. In diesem Fall übernehmen sie alle Aufgaben in eigener, genossenschaftlicher Verantwortung.

In der weiteren Forschungsarbeit werden wir diese "Housing co-operatives" weiter untersuchen und vor allem der Kritik an ihnen als Instrument der Wohnungsver-sorgung nachgehen. (HANDS, 1975; CULLINGWORTH, 1979; CRAIG, u.a. 1977; PHILLIPS, 1977; HOLLOWAY, 1977)

4.2.1.4 "National Campaign for the Homeless-SHELTER"

Shelter:
Institution zur
Bekämpfung der
Wohnungsnot

SHELTER wurde 1966 als eine unabhängige, philanthropisch-religiöse Institution in London gegründet, deren Ziel es ist, die ansteigende Wohnungsnot und die Obdachlosigkeit der Bevölkerungsschichten mit niedrigem Einkommen in Großbritannien zu lindern. (WILSON, 1970; SHELTER, 1974) Durch Spenden finanziert, veranstaltet SHELTER seither eine Vielzahl von öffentlichen Kampagnen gegen die sich in vielen Erscheinungsformen ausdrückende Wohnungsnot. SHELTER hat entscheidend dazu beigetragen, daß im öffentlichen, bürgerlichen Bewußtsein das Ausmaß der Wohnungsnot bekannt wurde. Mit der Verschärfung der Wohnungsnot und ihrer quantitativen Ausweitung, nahmen die Aktivitäten von SHELTER zu und wurden auch radikaler. Unter dem von SHELTER maßgeblich erzeugten öffentlichen Druck wurde ein Gesetz erlassen, das die Obdachlosigkeit neu definiert und dem Staat und den Kommunen strengere Verantwortlichkeiten auferlegt. (HOMELESS PERSONS ACT 1977)

"institutionalisiertes schlechtes Gewissen der englischen Wohnungsmisere"

Durch gezielte Untersuchungen über Obdachlosigkeit, bauliche und sozialstrukturelle Wohn- und Lebensverhältnisse von Familien in ausgewählten Stadtteilen ebenso wie landesweite Analysen zur Wohnungsversorgung, durch kritische Kommentare zu wohnungspolitischen Maßnahmen und durch Forderungen, sie zurückzunehmen oder zu verbessern, hat sich SHELTER einen Ruf als institutionalisiertes schlechtes Gewissen der englischen Wohnungsmisere erworben. In den Broschüren, Filmen, der eigenen Zeitschrift (ROOF) und in direkten Hilfsaktionen wird immer wieder deutlich gemacht, wie die strukturelle Gewalt einer unzureichenden Wohnungsversorgung die Betroffenen zermürbt, zur Verzweiflung bringt und sie oft in hoffnungslose Resignation zwingt. (SANDFORD, 1966; WIDDOWSON, 1976)

Die Veröffentlichungen von SHELTER dienen im Rahmen unserer Arbeit dazu, einen aktuellen Eindruck von der englischen Wohnungsversorgung zu erhalten.

Aktivitäten:
Untersuchungen
der Wohnverhältnisse
direkte Hilfeleistungen
Beratung der Bewohner

Eine weitere Tätigkeitsebene ist die direkte Hilfeleistung für die am schlimmsten von der Wohnungsnot betroffenen Menschen, vor allem in innerstädtischen Slums. SHELTER hat 1976 eine besondere Abteilung dafür geschaffen, das "Housing Emergency Office". Dabei versuchen sie, Familien ohne Unterkunft zumindest zeitweise eine Bleibe in den vielen leerstehenden Häusern, vor allem im Besitz der Gemeinden, zu verschaffen.

Ein im Zusammenhang mit unserer Arbeit wichtiger Tätigkeitsbereich ist außerdem die Beratung und Betreuung von Einzelnen, Familien und Gruppen mit Wohnungsproblemen. Für diese Tätigkeit gibt es eine Reihe weiterer Institutionen, wie das "London Housing Aid Centre" und lokale "Law Centres" (CDP, 1977). Für die Beratung von "Housing Co-operatives" gibt es spezielle Institutionen wie die "Co-operative Housing Agency" und andere. SHELTER initiiert darüber hinaus die Gründung verschiedenartiger Aktionsgruppen in heruntergekommenen Wohngebieten, Mieter- und Bewohnergruppen ebenso wie Wohnungsgenossenschaften und Wohnungsbaugesellschaften. SHELTER stellt zumindest für die Sondierungs-, Gründungs- und Konsolidierungsphase für solche Gruppen Mittel für Gemeinwesenarbeiter zur Verfügung, deren Ziel es ist, Betroffene zum Zusammenschluß zu bewegen und ihre Probleme selbst in die Hand zu nehmen. (SHELTER, 1976)

Diese Form von Initiierung, Expertenberatung und Betreuung von Aktionsgruppen in heruntergekommenen Gebieten soll von uns weiter untersucht werden unter dem Aspekt, ob diese Verfahrensweise als Strategie für die Mobilisierung von Betroffenen auch in der Bundesrepublik wirksam sein kann

4.2.2 Formen der institutionalisierten Betroffenenbeteiligung in den Niederlanden

a) Was ist „inspraak“?

Inspraak
(Einspruch)

In den Niederlanden gibt es zahlreiche Ansätze, Bewohner an der Planung und Durchführung von Baumaßnahmen zu beteiligen. Üblicherweise wird dieses Verfahren mit dem Begriff „inspraak“ umschrieben. „Inspraak“ bedeutet wörtlich übersetzt „Einspruch“. In welcher Form und mit welcher Wirkung Bewohner Einspruch erheben können, ist sehr unterschiedlich.

Architektenbeauftragung,
Beschwerdebrief

Es gibt Beispiele, in denen Bewohner bei der Festlegung, Planung und Durchführung von Baumaßnahmen direkt mitentscheiden konnten. (Nieuwegen, Fokkesteg; Assen; Spijkliis; Amsterdam, Bickerseiland u.a.). Eine Form der Mitentscheidung besteht in der Möglichkeit der Bewohner, Architekten selbst zu beauftragen. Andere Beispiele hingegen machen deutlich, daß Bewohner lediglich in Form eines Beschwerdebriefes (nachträglich) ihren Einspruch kundtun konnten.

beratende Mitsprache,
keine Mitbestimmung

In den meisten Fällen wird unter „Inspraak“ eine eher beratende Mitsprache der Bewohner verstanden: unter der Voraussetzung, daß sie ausreichend informiert werden, können Bewohner ihre Interessen und Vorstellungen, wie auch ihre Kritik vortragen. In diesem Sinne auch definiert der „Raad van Advies voor de Ruimtelijke Ordening“ (RARO) den Begriff „inspraak“. Er beinhaltet mehr, als daß Bewohner nur informiert werden, aber auch weniger, als daß sie mitbestimmen könnten (RARO, 1970).

bewonersparticipatie

Der Begriff „inspraak“ sagt für sich selbst noch nichts darüber aus, wer „inspreken“ kann. Auch macht er nicht deutlich, daß Bewohner über die allein beratende Mitarbeit hinaus bei der Planung und Durchführung von Baumaßnahmen miteinbezogen werden können. Aus diesem Grunde wird neben dem Begriff „inspraak“ häufig auch der Begriff „bewonersparticipatie“ verwendet (Turpijn, W. u. Veenema, H., 1979).

gesetzliche
Regelungen

b) Rechtliche Rahmenbedingungen

Landeseinheitliche, gesetzliche Vorschriften zu den Inspraak-Verfahren gibt es in den Niederlanden nicht. Eine entsprechende Gesetzesvorlage war in Vorbereitung, erarbeitet durch PvdA (Partij van de Arbeid) Regierung (Ontwerp van Wet op de Stadsvernieuwing, 1975-1976). Daneben wurden Aussagen zu Inspraak-Verfahren in Empfehlungen und Leitfäden verschiedener „Rijks“-Institutionen gemacht.

Interpretation durch
die Gemeinde,
Einfluß der Bewohner-
gruppen

Im übrigen ist den Gemeinden selbst überlassen, in welcher Weise sie die Bewohner an der Gestaltung ihres Wohnbereiches beteiligen wollen. Können die Gemeinden diesbezüglich also relativ autonom handeln, so bedeutet dies gleichzeitig, daß Art und Umfang der „Inspraak“-Möglichkeiten in stärkerem Maße von lokalen, politischen Faktoren abhängig sind, als dies bei einer landeseinheitlichen verwaltungstechnischen Regelung denkbar wäre. Das ist auch der Grund, warum die Mitsprachemöglichkeiten von Bewohnern und damit ihr Einfluß auf Planungsmaßnahmen in den verschiedenen Gemeinden sehr unterschiedlich sind. Im wesentlichen sind sie von der Stärke, Größe und Einfluß der Bewohnergruppen abhängig, deren Forderungen in den meisten Fällen zunächst an die Adresse der Gemeinden als die Verwaltungsorgane und politischen Institutionen, die verantwortlich für Planung und Durchführung von Stadterneuerungsmaßnahmen sind, gerichtet.

Reichsverwaltung,
Gemeinden,
Bewohneraktionen

Auch wenn die Gemeinden über eine weitgehende Planungshoheit verfügen, so sind Art und Umfang von Stadterneuerungsmaßnahmen von der „Rijks“-Verwaltung gesteuert und letztendlich von ihr abhängig, da sie das Organ ist, das über die Finanzierungsmittel verfügt und diese zuweist. In diesem Zusammenhang ist zu sehen, daß die Gemeinden häufiger als in anderen Ländern Forderungen von Bewohnern aufgreifen und sie dem „Rijks“ gegenüber vortragen und durchzusetzen versuchen. Dies wiederum macht verständlich, daß Beispiele von „Inspraak“-Verfahren nicht allein in den größeren Städten, dort, wo Bewohner am entschiedensten und am häufigsten „Acties“ geführt haben, zu finden sind, sondern häufig auch in Klein- und Mittelstädten.

Projektgruppen,
Funktion

c) Formen der "bewonersparticipatie"

Zur besseren Bewätigung von Stadterneuerungsmaßnahmen haben verschiedene Gemeinden sogenannte "Projektgruppen" eingerichtet. Entsprechend Zusammensetzung und Aufgaben der Projektgruppen sind sie jedoch nicht Einrichtungen für eine tatsächliche Mitentscheidung der Bewohner, sondern als Instrument zu verstehen, mit dem die Planungsabsichten und -maßnahmen der Gemeinden in Stadterneuerungsgebieten besser durchgesetzt werden können; unter Umständen gegen den erklärten Willen und Interessen der betroffenen Bewohner. Andererseits aber müssen sie, um handlungsfähig bleiben zu können, in jeweils unterschiedlicher Weise auf die Interessen und Forderungen der Betroffenen reagieren und diese aufgreifen.

Arbeit und Organisation der Projektgruppen in Amsterdam und Rotterdam machen deutlich, in welcher unterschiedlicher Weise dies geschehen

Zusammensetzung,
betroffene Bewohner

kann und in welcher unterschiedlicher Weise die Projektgruppen selbst organisiert sind. Entsprechend dem Amsterdamer Modell sind die Projektgruppen aus Mitgliedern verschiedener gemein Dienste zusammengesetzt, in ihrer Entscheidungsbefugnis aber und damit in politischer Hinsicht - einem Stadtrat („Wethouder“) unterstellt. Arbeiten in der Projektgruppe auch Vertreter der betroffenen Bewohner mit, so wird vom Rotterdamer Modell gesprochen.

stadsvernieuwings-
corporaties,
buurtorganisatie,
buurtraad,
ideencentrale

Neben den Projektgruppen gibt es auch andere Organisationsmodelle für „Inspraak“-Verfahren. Zu nennen wären die „Stadsvernieuwingscorporaties“ entsprechend dem Entwurf zum Wetop de Stadsvernieuwing, die „Buurtorganisatie“ (oder auch „Buurtraad“) entsprechend dem „Project Proeftuinen Rehabilitatie“ (Haberer, P., u.a., 1975) Reeks Ideencentrale Stadsvernieuwing, 1975 und die „Wijkraaden“ nach Priemus (Priemus, 1977). Die beiden letztgenannten können ihrem rechtlichen Status nach als Kommissionen der Gemeinde (entsprechend Art. 61 des Gemeindeggesetzes) eingesetzt werden.

ideencentrale,
LOS,
werkgroep 2000,
LOBH,
BAB

d) Beratende Institutionen

Zur Unterstützung der von Stadterneuerungsmaßnahmen betroffenen Bewohner gibt es auf nationaler Ebene arbeitende sog. beratende Institutionen. Zu nennen wären:

- "Reeks Ideencentrale Stadsvernieuwing"
- "Landelijk Ombudsteam Stadsvernieuwing (LOS)"
- "Werkgroep 2000"
- "Landelijke Organisatie Belangengroepen Huisvesting (LOBH)"
- "Bouwkundig Adviesbureau voor Buurtbewoners (BAB)"

Die Ideencentrale" ist eine Institution der Reichsregierung, das BAB eine studentische Beratungsinstanz an der TH Eindhoven, die übrigen Organisationen sind durch öffentliche Mittel geförderte Stiftungen ("Stichtingen")

4.3 Untersuchungsebene "Fallstudien"

4.3.1 Fallstudie Berlin-Kreuzberg, SO 36

Entsprechend dem für die Fallstudien in Amsterdam, Berlin (West) und London entwickelten "Leitfaden Ermittlung der in einem ausgewählten Fallstudiengebiet ablaufenden Maßnahmen der Stadterneuerung unter dem besonderen Aspekt der von Aktivgruppen beeinflussten und organisierten Beteiligungsverfahren der betroffenen Bewohner" (s. Anlage 1) ist in einem ersten Schritt das Fallstudiengebiet Kreuzberg SO 36 in Berlin untersucht worden. Die Begründung für die Auswahl wird zusammenfassend unter 4.3.1.1 dargestellt.

Die Gebietsbeschreibung folgt unter 4.3.1.2. Sie enthält Angaben zur Entwicklung, der Arbeitsstätten, Wohngebäude, der wohnbezogenen Infrastruktur, der Einrichtungen zum Kauf von Waren und Dienstleistungen, sowie der Infrastruktureinrichtungen, die über das Fallstudiengebiet hinaus im gesamtstädtischen Funktionszusammenhang von Bedeutung sind. Außerdem werden anhand der Kategorien der Sozialstrukturstatistik die Klassen- und Schichtenstruktur, die Haushaltsstruktur und die Bevölkerungsstruktur beschrieben.

Unter 4.3.1.3 wird eine erste Auswertung der Aktivgruppenbefragung zur Problemaufnahme im Gebiet durchgeführt.

4.3.1.1 Gebietsauswahl

Ausgehend von dem Ziel, einen Beitrag zur Strategiefindung in Stadterneuerungsgebieten zu leisten, der auf den Forderungen der im Gebiet tätigen Aktivgruppen und deren Ansätzen zur Betroffenenbeteiligung aufbaut, und orientiert ist an den Prinzipien der Aktionsforschung mußte sichergestellt werden, daß zum einen schon eine größere Anzahl von Aktivgruppen im Gebiet existierte, zum anderen die Mitarbeit von Mitgliedern der Forschungsgruppe in zumindest einigen dieser Gruppen möglich wäre. Gleichzeitig sollte es sich aber auch um ein typisches Stadterneuerungsgebiet handeln. (Innenstadtnahes Arbeiterwohngebiet mit überwiegender Massenwohnungsbau der Jahrhundertwende, Stadterneuerungsmaßnahmen bereits durchgeführt oder in Vorbereitung) (s.a. Anlage 1 S.4)

Auswahlkriterien:
Stadterneuerungsgebiet, neue Wege der Betroffenenbeteiligung, Vielzahl von Aktivgruppen,

Entsprechend der Zielsetzung, dem methodischen Vorgehen und den zugrundegelegten Kriterien bot sich die Auswahl des Stadterneuerungsgebietes Kreuzberg SO 36 aus folgenden Gründen an:

a) Kreuzberger SO 36 ist ein innenstadtnahes Arbeiterwohngebiet im typischen Mietskasernenstil des letzten Viertels des vergangenen Jahrhunderts, das 1973 vom Berliner Senat zum Sanierungsverdachtsgebiet erklärt wurde. Stadterneuerungsmaßnahmen wurden vorbereitet und werden in angrenzenden Gebieten bereits durchgeführt.

b) In Kreuzberg SO 36 beschritt der Berliner Senat neue Wege der Betroffenenbeteiligung durch den Wettbewerb "Strategien für Kreuzberg". Als Folge dieses Wettbewerbs entstanden eine Reihe zusätzlicher Aktivgruppen, die sich bemühten, die Interessen der Bewohner aufzu-

nehmen, zu vertreten und durchzusetzen.

c) Mehrere Mitglieder der Forschungsgruppe hatten bereits vor Beginn des Forschungsprojektes Kontakte zu Aktivgruppen, einige arbeiteten schon in Aktivgruppen mit.

4.3.1.2 STADERNEUERUNG IN SO 36

1.0 BESCHREIBUNG DER WOHN- UND ARBEITSBEDINGUNGEN

1.1 Lage und Charakterisierung des Gebiets SO 36

SO 36 ist ein Gebiet von ca. 200 ha Größe mit der für Berlin typischen dichten, blockweisen, 5-geschossigen Miethausbebauung, durchsetzt mit kleineren und mittleren Fabrikbetrieben auf den Hinterhöfen. Es ist im letzten Viertel des vorigen Jahrhunderts als Arbeiterwohngebiet gebaut worden.

Arbeiterwohngebiet des vorigen Jahrhunderts in stadträumlicher Randlage

Im Jahre 1976 lebten hier 38.700 Einwohner (1974: 42.000 E; 1970: 43.000 E.). Davon waren 11.000 Ausländer (1974: 12.500 A.; 1970: 3.700 A.).

Das Gebiet liegt am Ostrand des Bezirks Kreuzberg. Durch die politische Teilung Berlins geriet es in seine heutige stadogeografische Randlage, die zu einem Verlust der früheren stadträumlichen Funktionen (Zentrallage) führte. Die Spree bildet im Norden zugleich die Bezirks- und Sektorengrenze. Im Süden ist der Landwehrkanal die Bezirksgrenze zu Neukölln. Im Gegensatz zu den klaren Grenzen im Norden, Süden und Osten besteht im Westen ein fließender Übergang zu den Sanierungsgebieten Kreuzbergs (SKN, SKS).

Trotz der Randlage ist die verkehrsmäßige Erschließung recht gut. Der öffentliche Nahverkehr wird von zwei U-Bahnlinien - davon fährt eine Linie in ca. 20 Minuten zum zentralen Fernbahnhof Zoo - und zwei Autobuslinien besorgt. Für den Individualverkehr ist das Gebiet über die Haupterschließungsachse Skalitzer/Gitschiner Straße und über die nachgeordnete Oranienstraße nach Westen, über die Achse Kottbusser Straße/Kottbusser Damm in Richtung Neukölln angebunden. Einkaufsmöglichkeiten für den täglichen Bedarf sind im Gebiet vorhanden. Einkaufs- und Dienstleistungszentren, wie das "Neue Kreuzberger Zentrum", der Mehringplatz und der Hermannplatz in Neukölln sind bequem mit der U-Bahn zu erreichen.

Das Gebiet SO 36 ist geprägt durch eine hohe Funktionmischung von Wohnen, Gewerbe und Einzelhandelseinrichtungen. Größere Grün- und Parkanlagen sind im Gebiet nicht vorhanden. Es besteht eine Unterversorgung im Bereich der sozialen Infrastruktur.

1.2 Entstehungsgeschichte und die Entwicklung der Wohnverhältnisse

Das Gebiet um den Görlitzer Bahnhof ist entstanden im Zuge der sprunghaften Stadterweiterung Berlins, ausgelöst durch einen großen Bevölkerungszustrom vom Land während der industriellen Revolution. Der Görlitzer Bahnhof, erbaut 1865, war neben seiner Bedeutung als Umschlagplatz von Rohstoffen und Ankunfts-ort von Arbeitskräften Ausgangspunkt für die Entwicklung des Wohn- und Gewerbegebiets. Diese Entwicklung prägt noch heute die Gebietsstruktur, die sich folgendermaßen charakterisieren läßt:

- hohe bauliche Ausnutzung der Grundstücke, die zur Bebauung mit Mietskasernen und geschoßweisen Gewerbebau führten.

Entstehungsgeschichte als historische Hypothek

Strategien Kreuzberg



Lage des
Proj.-Gebietes
in Berlin



Projektgebiet

mit Blocknummern
und
Bereichszahlen

- schlechter Bauzustand aufgrund schlechter Bausausführung und unterlassener Instandhaltung
 - kleine Wohnungen, schlechte Ausstattung, um gerade das Minimum für die Reproduktion der Arbeitskraft sicherzustellen
 - Überbelegung aufgrund hoher Mieten und niedriger Löhne
 - Mischung der Sozialstruktur entsprechend der Lage der Wohnung im Gebiet, auf dem Grundstück, im Gebäude.
- Als wesentliche Ursachen für die schlechten Wohnverhältnisse im Gebiet seit seiner Entstehung gelten:
- Damals wie heute besteht eine Wohnungsnot, die gekennzeichnet ist durch niedrige Mietzahlungsfähigkeit großer Teile der Bevölkerung. Dies führt zu einer großen Nachfrage nach billigem Wohnraum, die wiederum die Vermietbarkeit schlecht ausgestatteter Wohnungen garantiert.
 - Die hohe Ausnutzung des Bodens gewährleistet eine hohe Grundrente.
 - Zur Erhöhung der Einnahmen aus Vermietung werden laufende Instandhaltungen unterlassen
 - Der Prozeß der sozialen Segregation begann Ende des 19. Jahrhunderts. Die einkommensstärkeren mobileren Bevölkerungsschichten ziehen weg, einkommensschwache Schichten ziehen ein. Die Vermietbarkeit ist über Jahrzehnte ohne Investitionen zur Verbesserung des Gebrauchswertes der Wohnung gewährleistet.

1.3 Örtliche Untergliederung des Fallstudiengebiets

Das Fallstudiengebiet entspricht dem Projektgebiet des Wettbewerbs "Strategien für Kreuzberg". Es gibt zwei einschneidende Trennungslinien: die Skalitzerstraße als Hauptverkehrsstraße mit der Hochbahn und das barrierebildende Gelände des ehemaligen Görlitzer Bahnhofs. Deshalb wurde in der Wettbewerbsausschreibung das Projektgebiet in vier Teilbereiche unterteilt:

Teilbereiche des
Fallstudienge-
biets

- I. Das Gebiet nördlich der Skalitzerstraße zwischen Spree und angrenzendem Sanierungsgebiet (Mantuffelstraße)
- II. Das Gebiet südlich der Skalitzerstraße und nördlich des Bahnhofgeländes, zusätzlich begrenzt von Spree und Landwehrkanal
- III. Das ehemalige Görlitzer-Bahnhofsgelände
- IV. Der Bereich zwischen Görlitzer-Bahnhofsgelände und Landwehrkanal bis hin zur Skalitzer/Mariannenstraße

Der Teilbereich I (17 Blöcke) zerfällt noch einmal in vier bis fünf unterschiedliche Nutzungsbereiche. Im Süden, rund um den repräsentativ angelegten Lausitzer-Platz mit der Emmaus-Kirche liegt ein zusammenhängendes Wohnquartier mit kleinen Blöcken, die die übliche kleinteilige Mischstruktur von Wohnen und Gewerbe enthält. In einem der Blöcke liegt eine aus der Entstehungszeit stammende und heute noch genutzte Markthalle. Nördlich grenzen zwei Blöcke mit 50-iger-Jahre-Bauten in offener Zeilenbauweise an. Östlich angrenzend liegt ein großer Block mit einem Teil aus der alten

Wohnbebauung und einer großen industriell genutzten Fläche. Die Blöcke entlang der Spree sind überwiegend gewerblich bzw. industriell genutzt. Die starke Trennung zum südlich angrenzenden Teilgebiet II wird durch das große, an der Skalitzerstraße gelegene Postamt und das benachbarte, im Bau befindliche Oberstufenzentrum (z.T. ein Umbau der ehemaligen Wrangelkaserne) mit umfangreichen Freiflächen hervorgerufen.

Das Teilgebiet II (16 Blöcke) ist in sich erheblich geschlossener und besteht auch heute noch, von wenigen Ausnahmen abgesehen, aus der alten Blockbebauung mit Höfen, Seitenflügeln und Hinterhäusern. Die Mischung von Wohnen und Gewerbe ist hier weniger stark ausgeprägt, auch die Vorderhäuser sind hier als Arbeiterwohnungsbau mit überwiegend Ein- und Zweizimmerwohnungen erstellt worden. In drei Blöcken sind in den Innenbereichen Schulen, auch die beiden Kirchen sind von der Blockbebauung umschlossen. Nur die Blöcke entlang der Spree sind auch hier überwiegend gewerblich genutzt, die Lohmühleninsel zwischen Landwehrkanal und Grenze wird als Naherholungsbereich genutzt.

Der Teilbereich III (das ehemalige Bahnhofsgelände) ist fast rundum von einer Mauer umgeben und bis auf einen düsteren Fußgängertunnel nicht zu über- bzw. unterqueren. Das Gelände ist zum Teil von der Reichsbahnvermögensverwaltungsgesellschaft an Gewerbetreibende (Schrottplätze, Betonwerk etc.) verpachtet. Die alten Gleisanlagen sind noch heute im Besitz der DDR-Reichsbahn und werden z.T. auch noch für den Güterverkehr benutzt. Das alte Bahnhofsgebäude am Spreewaldplatz wurde nach dem Zweiten Weltkrieg abgerissen; hier und ein Stück entlang der Wienerstraße entstanden zwei Sport- und zwei Spielplätze.

Der Teilbereich IV (16 Blöcke) ist durch eine Blockrandbebauung mit Wohnnutzung und großen, mehrgeschossigen Gewerbehöfen in den Blockinnenbereichen geprägt. Die Mischstruktur von Wohnen und Gewerbe ist hier deshalb weit ausgeprägter als im Teilbereich II. Nur die beiden an der Grenze liegenden Blöcke sind geprägt von Nachkriegsbebauung (Altenwohnheim). Die Vorderhäuser der Blöcke sind nicht, wie im Teilgebiet II, schon als Arbeiterwohnungsbau mit kleinen Wohnungen erbaut worden, sondern mit größeren Wohnungen für zahlungskräftigere Mieter. Speziell die Häuser am Paul-Lincke-Ufer, der Straße mit schmalen Grünstreifen entlang des Landwehrkanals, sind offensichtlich für gehobenerer Bevölkerungsschichten erbaut worden. In diesem Teilgebiet gibt es drei Schulen und ein Krankenhaus.

Die Beschreibung der Wohn- und Arbeitsbedingungen der Bewohner im Fallstudiengebiet beschränken wir zunächst auf das Teilgebiet II, da die Ansätze von Veränderungen im Gebiet durch Modernisierungen sich dort konzentrieren und dieses Gebiet bis jetzt noch das Hauptarbeitsfeld auch der Bürgerinitiative SO 36 und des Vereins SO 36 ist.

1.4 Bewohner des Gebiets

überwiegend
Arbeiterfa-
milien, ein-
kommensschwache
Gruppen, hoher
Ausländeranteil

Der hier charakterisierte Teil von Kreuzberg muß auch heute noch als Arbeiterviertel bezeichnet werden, denn 74% der hier wohnenden Erwerbstätigen waren 1979 Arbeiter. In den letzten Jahren ist ein deutlicher Rückgang der deutschen Bevölkerung festzustellen, der jedoch durch den Zuzug vor allem von ausländischen Arbeitern und ihren Familien fast ausgeglichen wird. 1970 lebten hier 14.374 Einwohner bei einem Ausländeranteil von 11,5%, 1977 13.511 Einwohner bei einem Ausländeranteil von 36% (2). Durch die u.a. für Kreuzberg verlängerte Zuzugssperre 1975 ist zur Zeit auch die Zahl der ausländischen Einwohner rückläufig. Die hohe Fluktuation erklärt sich aus dem Wegzug besonders der dort noch wohnenden einkommensstärkeren deutschen Bevölkerungsgruppen. Es werden Wohnungen frei, in die einkommensschwache Bevölkerungsgruppen, insbesondere Ausländer, einziehen. Oft handelt es sich bei diesen um sog. Sanierungsbetroffene, die wegen der bevorstehenden baulichen und sozialen Aufwertung ihrer ehemaligen Wohnquartiere verdrängt wurden. Viele stammen aus den angrenzenden Sanierungsgebieten. Sie haben aufgrund ihrer finanziellen Verhältnisse nicht die Möglichkeit, in einen Wohnungsneubau - sei es am Stadtrand oder aber im selben Quartier - zu ziehen. Es ist die Frage, inwieweit sie unter dem Druck potentieller Arbeitslosigkeit oder häufigen Arbeitsplatzwechsels eine Bindung zur eigenen Wohnung bzw. Wohnsituation entwickeln können. Ebenso ist es eine Frage, ob sie bei einer Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse das Gebiet wieder verlassen.

Die Altersstruktur ist 1970 mit 22,5% gekennzeichnet durch einen etwas höheren Anteil älterer Menschen ab 65 Jahre als in Kreuzberg (21,1%) und Berlin (West) (24,4%), der jedoch 1977 auf 15,2% sinkt. Der Anteil der Kinder und Jugendlichen bis 15 Jahren, 13,9% ist 1970 geringer als der Anteil in Kreuzberg und Berlin(West) (jeweils 15%); 1977 wächst er wegen des gestiegenen Ausländeranteils auf 19,1%. Die 15 - 65 jährigen haben 1970 einen mit Kreuzberg und Berlin (West) vergleichbaren Anteil - 63% - zu verzeichnen, 1977 steigt er auf 65,3% an (3).

Die Bewohnerstruktur (4) läßt sich folgendermaßen grob charakterisieren: hauptsächlich leben in dem Gebiet alte Menschen, kinderreiche und einkommensschwache Familien, darunter ein großer Teil Ausländer, Alleinstehende, Studenten, besondere Problemgruppen wie Haftentlassene und Familien aus Obdachlosenheimen. Ein verhältnismäßig großer Teil der Bewohner muß vom Sozialamt unterstützt werden, und der Prozentsatz der Arbeitslosen, besonders arbeitsloser Jugendlichen, ist sehr hoch (5). Die Probleme dieser Gruppen sind jeweils spezifisch, gemeinsam ist jedoch ihr erzwungenes Interesse an billigem Wohnraum. Zu hinterfragen wäre, ob es ihnen egal ist, wo sie den billigen Wohnraum finden, oder ob sie auch ein spezifisches Interesse an diesem Gebiet haben. Die Lebenssituation und die weiteren Gründe, warum die Gruppen hier leben, sind unterschiedlich:

Deutsche Familien mit durchschnittlichem Einkommen gibt es nur noch wenige im Gebiet; die meisten leben hier, weil ihnen wegen ihres niedrigen Einkommens das Leben in anderen Wohngebieten schwer möglich ist. Die Zahl der kinderreichen Familien, die vom Sozialamt

unterstützt werden, liegt über dem Berliner Durchschnitt. Da es im Gebiet einen überdurchschnittlich hohen Anteil an kleinen Wohnungen gibt, ist anzunehmen, daß auch kinderreiche Familien mit beengten Wohnverhältnissen zu recht kommen müssen. Es ist zu erwarten, daß diese Familien keine positive Gebietsbindung haben, weil weder für sie, noch für ihre Kinder akzeptable Lebensverhältnisse vorhanden sind. Zu ihren materiellen und sozialen Problemen kommt, daß sie häufig nicht über ihre Rechte und Unterstützungsmöglichkeiten, die ihnen zustehen, informiert sind.

Für die Kinder gibt es nur mangelnde Spielmöglichkeiten, Grünflächen und unzureichenden Bildungsmöglichkeiten. Ihnen bleibt häufig nur die Straße zum Spielen. Das Verhältnis der deutschen zu den ausländischen Kindern ist durch die unterschiedlichen kulturellen Hintergründe und durch die Vorurteile vieler deutscher Eltern gegen diese "Fremdartigkeiten" bestimmt, so daß Spannungen zwischen den Kindern der unterschiedlichen Nationalitäten die Regel sind.

Der größte Teil der Jugendlichen hat einen Hauptschulabschluß, bzw. viele schaffen auch diesen nicht. Deshalb haben auch viele von ihnen kaum Chancen, eine Lehrstelle zu bekommen. Als Folge dieser Situation ist die Arbeitslosenquote der Jugendlichen im Gebiet sehr hoch. Alternative Beschäftigungsmöglichkeiten gibt es nicht: die Jugendarbeit im Freizeitbereich ist unzureichend, so daß für viele die Gefahr besteht, drogenabhängig zu werden und/oder "in kriminelle Bereiche abzugleiten".

Der Anteil der alten Menschen an der Gesamtbevölkerung im Projektgebiet liegt über dem Berliner Durchschnitt; es handelt sich bei ihnen überwiegend um Deutsche. Sie sind diejenigen, die sich am stärksten an das Gebiet gebunden fühlen, weil sie dort in der Regel Jahrzehnte lang wohnen, schließlich an die schlechten Wohnverhältnisse "gewohnt" sind und sich oft zu schwach fühlen, sich für Verbesserungen einzusetzen. Sie beziehen meist eine niedrige Rente.

Die Ausländer leben hier, weil sie in besser ausgestatteten Wohnquartieren kaum eine Chance haben, eine Wohnung zu mieten, da sie auch als Wohnungssuchende diskriminiert werden. Finden die Hausbesitzer keine deutschen Mieter für ihre schlecht ausgestatteten und heruntergekommenen Wohnungen werden diese an Ausländer - in Berlin meist Türken - vermietet, meist zu überhöhten Mietpreisen bzw. zu ausgesprochenen Wuchermieten. Die ausländischen Mieter haben ein ausgesprochenes Interesse an einer Verbesserung ihrer Wohnverhältnisse. Sowohl die Ausländergesetzgebung als auch die Wohnungspolitik (Belegungsbedingungen im sozialen Wohnungsbau, Wohngeldberechtigung) stehen dem eindeutig entgegen.

Zur Situation der Frauen kann man generell sagen, daß die Frauen besonders von der Situation und den Veränderungen der Wohnungs- und Wohnumfeldbedingungen betroffen sind, da sie zuständig sind für die Reproduktionsarbeit

und oft zusätzlich belastet sind durch notwendige Erwerbstätigkeit. Als wesentliche Frage erscheint uns, die Lage der Frauen in dem Stadtteil aufzuarbeiten; sie zu fragen, wie sie leben, wie sie mit der Last der Reproduktionsarbeit - neben ihrer eigenen Berufstätigkeit - fertig werden, und wie die besondere Situation der jungen Mädchen, der alleinstehenden Mütter und der alten Frauen zu beurteilen ist.

Ausländische Familien und Frauen sind die stärksten betroffenen Gruppen

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß die zwei wohl am stärksten betroffenen Gruppen im Untersuchungsgebiet die ausländischen Arbeiter und deren Familien und die Frauen sind, deren besondere Lebenssituation und Unterdrückung einer Untersuchung bedürfen (6). Es wäre zu klären, wo und wie es Möglichkeiten zur Solidarisierung gibt und ob und welche Strategien von den Frauen und den ausländischen Bewohnern in den zu vergleichenden Fallstudiengebieten in England und in Holland entwickelt wurden.

1.5 Einkommens- und Arbeitsverhältnisse der Bewohner

Erwerbstätigkeit und Einkommensverhältnisse

viele erwerbstätige Frauen, viele Rentner mit geringen Renten

Fast die Hälfte der Bewohner (45,5%) in SO 36 leben von eigener Erwerbstätigkeit (7). Dies entspricht zwar dem Kreuzberger Durchschnitt, liegt aber etwas über dem gesamten Berliner Durchschnitt (42,4%). Dementsprechend liegt der Anteil der mitzuversorgenden Familienangehörigen bei einem Viertel der Bevölkerung, im Berliner Durchschnitt aber fast bei einem Drittel. Da die Anzahl der in SO 36 lebenden Kinder eher höher ist als in anderen Gebieten, kann das nur heißen, daß hier überdurchschnittlich viele Frauen berufstätig sind. Ihr Anteil liegt mit 41% der Erwerbstätigen auch deutlich über den Berliner Vergleichszahlen. Fast jeder dritte Bewohner (30%) in diesem Teil von SO 36 ist Rentner. Ihre Zahl liegt sogar höher als im Kreuzberger Durchschnitt (28%), und noch höher verglichen mit Gesamt-Berlin (27%). Bezieht man mit ein, daß dieses Gebiet ein traditionelles Arbeiterwohngebiet ist und die Rentner in der Regel schon sehr lange dort wohnen, so weiß man, daß ihre Rente gering ist, diese Gruppe der Bewohner also wenig Geld für ihren Lebensunterhalt zur Verfügung hat.

Art der Erwerbstätigkeit

1. Nach Beschäftigungsverhältnis

1970 waren allein Dreiviertel der deutschen Erwerbstätigen Arbeiter. Selbst wenn man den Wegzug eines Teils dieser 1970 dort Wohnenden mitberücksichtigt, so ist durch den erheblich gestiegenen Anteil der ausländischen Bevölkerung die Zahl der Arbeiter insgesamt eher höher als niedriger geworden. Der Anteil der Arbeiter liegt in diesem Gebiet 10% über dem vergleichbaren Anteil in Kreuzberg und 30% über dem Berliner Durchschnitt. Dementsprechend ist der Anteil der Angestellten und Beamten hier erheblich niedriger, nur 21% der Erwerbstätigen sind hier Angestellte oder Beamte, während es im Berliner Durchschnitt 45% sind. Auch die Zahl der Selbständigen liegt mit 5% unter dem vergleichbaren Anteil von Kreuz-

berg (7%) und Berlin (9%).

2. Nach Wirtschaftsbereichen

Überwiegend
Arbeiter im
produzierenden
Gewerbe

Fast zwei Drittel (62%) der hier wohnenden Erwerbstätigen arbeiten überwiegend als Arbeiter im produzierenden Gewerbe. Das sind 8% mehr als im Kreuzberger und 20% mehr als im Berliner Durchschnitt (8). Im Bereich Handel und Verkehr arbeitet nur knapp jeder Fünfte. Das ist zwar etwas weniger als im Berliner Durchschnitt, die Unterschiede sind aber nicht so gravierend. In den restlichen Erwerbstätigkeitsbereichen, also im wesentlichen im öffentlichen Dienst und in den privaten Dienstleistungen, arbeiten auch knapp 20%, während im Berliner Durchschnitt hier fast 40% arbeiten.

unterdurchschnittliches
Einkommensniveau

Zusammenfassend läßt sich zu der Frage, wie die Bewohner von Kreuzberg SO 36 ihren Lebensunterhalt verdienen, sagen: Durch den hohen Anteil an berufstätigen Frauen und einem drei Mal so hohen Anteil an erwerbstätigen Ausländern gibt es überdurchschnittlich viele Bewohner, die von eigener Erwerbstätigkeit leben. Da es keine neueren statistischen Daten gibt, bleibt unbedingt zu prüfen, inwieweit die nach 1970 allgemein gestiegene Arbeitslosigkeit die Bewohner hier besonders stark getroffen hat. Da die überwiegende Mehrheit von ihnen Arbeiter sind, sofern sie heute noch nicht ohne Arbeit sind, dürfte das Einkommensniveau deutlich unter dem Berliner Durchschnitt liegen. Eine weitere große Gruppe machen die Rentner aus, die mit Sicherheit mit einer knappen Rente ihren Lebensunterhalt bestreiten müssen.

1.6 Wohnverhältnisse der Bewohner

Die oben beschriebenen Bewohnergruppen leben in beengten, schlechten Wohnverhältnissen, deren Ursache in ihrer Entstehungsgeschichte und in der mangelnden Investitionsbereitschaft der Hausbesitzer für Instandhaltung und Instandsetzung zu suchen ist. Obwohl die Einwohnerzahlen gesunken sind, ist die Einwohnerdichte noch immer relativ hoch: so lebten im Projektgebiet 1970 durchschnittlich 532 Einwohner auf einem Hektar, verglichen mit Kreuzberg gesamt 209 Ew/ha und Berlin (W) 118 Ew/ha (9). Allerdings schwankt die Einwohnerdichte im Untersuchungsgebiet zwischen z.B. 878 Ew/ha im Block 120 mit reiner Wohnbebauung und 370 Ew/ha in dem Blöcken 121 und 122, (die im Blockinnern mit einer Kindertagesstätte, einem Jugendfreizeitheim und Grün- und Gewerbeflächen ausgestattet sind).

Einwohner
mit schlechter
Ausstattung

62,5 % der Wohnungen sind Kleinwohnungen. Die Belegungsdichte von 1,73 Ew/WE (10) erscheint gering, betrachtet man aber diese Zahl im Zusammenhang mit der Einwohnerdichte und der Anzahl der kleinen Wohnungen, ist sie recht hoch. Die Ausstattung mit Bad, WC und Sammelheizung liegt weit unter dem Kreuzberger und dem Berliner Durchschnitt: Nicht einmal die Hälfte aller Wohnungen hat ein WC, 82,5% haben kein Bad, 97,7% keine Sammelheizung. Die vorhandenen Eigeneinbauten der Mieter sind hierbei nicht berücksichtigt.

Bezüglich der Bausubstanz, der technischen Ausstattung

und der Größe der Wohnungen bestehen innerhalb des Gebiets erhebliche Unterschiede: In Block 124 finden sich qualitativ gute Wohnungen in bevorzugter Lage: dicht am Landwehrkanal, in den anderen Blöcken, besonders in den Blöcken 130 und 131 (Haberkerens Hof) liegen Wohnungen mit äußerst schlechter Qualität. Entsprechend tritt eine soziale Segregation auf. Beispielsweise wohnen im Block 124 überwiegend Deutsche, im Haberkerenshof überwiegend Ausländer.

Im reinen Arbeiterwohnungsbau, der meistens die schlechteste Qualität hat, bestehen die Wohnungen meist aus Stube und Küche, haben durchschnittlich 35 m² Fläche und sind oft über einen gemeinsamen Wohnungserschlossen. Der überwiegende Teil der Häuser in dem Teilgebiet II befindet sich in einem besonders vernachlässigten Zustand. Die Mieten für heruntergewirtschaftete Wohnungen sind ebenso hoch wie in Altbauwohnungen gleicher Ausstattung in gutem Zustand. Die Mieten erscheinen niedrig, aber unter Berücksichtigung der kleinen mangelhaft ausgestatteten Wohnungen und der unterlassenen Instandhaltung sind sie relativ hoch. Sie liegen im Gebiet derzeit (1977) zwischen etwa 1.80 - 2.80 DM/m². Z.T. liegen die Mieten jedoch auch darüber, vor allen Dingen für ausländische Mieter, da die Hausbesitzer davon ausgehen können, daß diese Mietergruppe kaum von sich aus ungesetzliche und überhöhte Mieten überprüfen läßt. Daher kommt es, daß die m²-Mieten hier teilweise höher liegen als in bürgerlichen Wohnvierteln, wie z.B. in Teilen Schönebergs oder Wilmersdorfs.

Instandhaltungsmängel, teils überhöhte Mieten

Trotz der oben beschriebenen mangelhaften Wohnungssituation besteht eine Nachfrage nach den billigen Kleinwohnungen, da die dort lebenden Bevölkerungsgruppen mit ihren z.T. unregelmäßigen und geringen Einkommen besser ausgestattete oder neugebaute Wohnungen nicht bezahlen können, sodaß die Vermietbarkeit auch so mancher Bruchbude noch gewährleistet ist. Eine Anzeige des Mieters in einem solchen Fall bei der Bauaufsicht kann zur Folge haben, daß eine Wohnung für unbewohnbar erklärt und dieser Mieter seine Wohnung verlieren würde.

1.7 Versorgung mit öffentlicher und privater Dienstleistung

1. Öffentlicher Sektor (im Bereich der sozialen Infrastruktur)

extreme Unterversorgung mit Freiflächen und sozialer Infrastruktur

Im gesamten Untersuchungsgebiet gibt es, von einigen wenigen Grasflächen an einem Jugendfreizeithelm und einem Spielplatz mal abgesehen, keine öffentlichen Grünanlagen. Dies betrifft zwar die Gesamtbevölkerung, wirkt sich aber besonders stark für die Kinder und die alten Menschen im Gebiet aus. Für alte Leute gibt es hier überhaupt keine öffentlichen Einrichtungen.

Für Kinder wirkt sich dieser Mangel doppelt stark aus, da es insgesamt nur 4 Kinderspielplätze (11) gibt, davon sind drei sehr klein (170-360 m²) und ohne Grün, meist Baulücken, z.T. mit Maschendraht eingezäunt.

Insgesamt beträgt die Fläche der Kinderspielplätze noch nicht einmal 1% der Blockflächen (d.h. Gebiet ohne Verkehrsfläche). Berücksichtigt man, daß trotz einer Bevölkerungsabnahme zwischen 1970 und 1977 von 6% die Anzahl der Kinder unter 15 Jahren um ca. 30% auf 2.600 gestiegen ist (pro Spielplatz 650 Kinder), so heißt das, daß die Mehrheit der Kinder auf den Straßen spielen muß, z.T. in den Hinterhöfen, was wiederum in der Regel verboten ist.

Daneben gibt es drei Kitas (zwei städtische und eine kirchliche) mit insgesamt 240 Plätzen. D.h., für knapp jedes vierte Kind steht ein Kita-Platz zur Verfügung. Die Eltern der Kinder sind aber in der Regel beide berufstätig; es fehlen also Kita-Plätze. Die langen Wartelisten sind ein deutlicher Beweis dafür.

Für Jugendliche gibt es ein Jugendfreizeitheim mit 8 Räumen und drei Betreuern.

Im Gebiet liegen sechs Schulen. Zwei Grundschulen (insg. ca. 1.000 Schüler) mit je einer angegliederten Sonderschule (insg. 500 Schüler), eine Hauptschule (ca. 400 Schüler) und eine Filiale der Berufsschule für Einzelhandelskaufleute. Das Fehlen weiterführender Schulen spiegelt auch die Schulbildung im Gebiet wieder: 85 - 90% aller Schulabgänger haben einen Hauptschulabschluß. Bemerkenswert ist auch die Entwicklung des Verhältnisses zwischen deutschen und ausländischen Schülern. In der einzigen Hauptschule des Gebietes war der Anteil der ausländischen, meist türkischen Schüler, 1971 noch 7%, wuchs innerhalb von fünf Jahren auf über zwei Drittel. 1978 betrug er genau 50% (12).

Der hohe Anteil der türkischen Kinder bei einem deutschsprachigen Unterricht bringt das Problem eines langsameren Lerntempos und einer Reduzierung der Lehrinhalte mit sich. Wegen mangelnder Kontakte zwischen deutschen und türkischen Kindern sprechen viele der türkischen Kinder nur in der Schule mit den Lehrern deutsch (21 deutsche Lehrer, 2 türkische).

Die Struktur der Schule und die Probleme in den Schulen weisen darauf hin, daß die Ausbildungsbedingungen im Gebiet denkbar schlecht sind. Eine Konsequenz davon ist ein hoher Anteil an jugendlichen Arbeitslosen.

Öffentliche Gesundheitsversorgungseinrichtungen gibt es hier nahezu keine. Es existiert nur eine einzige Säuglings- und Kinderfürsorgestelle.

Sonstige öffentliche Einrichtungen gibt es im Gebiet keine, außer kirchlichen Einrichtungen.

Fazit: In allen Bereichen der sozialen Infrastruktur existiert seit Bestehen des Gebiets eine extreme Unter-versorgung (Spielplätze, Bildungsangebot, Freizeiteinrichtungen für Jugendliche, alte Menschen, Sportstätten, Grünflächen, Gesundheitseinrichtungen).

2. Privatsektor

Die Nahversorgungseinrichtungen für die Wohnbevölkerung nördlich des Görlitzer Bahnhofs und südöstlich der Skaltitzerstraße konzentrieren sich im wesentlichen auf die Wrangelstraße, die mitten durch dieses Gebiet verläuft und keinen Durchgangsverkehr hat. Die Erdgeschoßzone der Häuser in der Wrangelstraße ist nahezu durchgängig - auch heute noch - gewerblich genutzt, während von den vereinzelt Läden in den anderen Straßen immer mehr leerstehen.

Obwohl die 14 Blöcke dieses Teilgebietes in Größe und Nutzungsstruktur nicht einheitlich sind, so bieten dennoch die Durchschnittszahlen von Wohnbevölkerung und Nahversorgungseinrichtungen (13) einen Anhaltspunkt über diesen Teil der Reproduktionseinrichtungen.

Pro Block wohnten 1977 knapp 1.000 Personen. Ihnen stehen durchschnittlich drei bis vier Einzelhandelsläden für den täglichen Bedarf (wie Bäckereien, Metzgereien, überwiegend jedoch allgemeine Lebensmittelläden) zur Verfügung. Eine ganze Reihe der Läden werden von türkischen Einzelhändlern betrieben.

Für den weiteren kurz- bis mittelfristigen Bedarf gibt es in den Blöcken jeweils mindestens einen kleinen Tabakladen und im Durchschnitt einen weiteren für Spirituosen oder Zeitungen oder Blumen etc.

viele kleine Einzelhandels-geschäfte und Kneipen

Für den längerfristigen Bedarf gibt es durchschnittlich 5-6 Läden pro Block. Häufig sind es Haushaltswaren, Eisenwaren, Elektrogeschäfte, aber auch Textil-, Möbel- und Wohnungsausstattungs-läden sind relativ häufig. Typisch für die dortige Struktur des Einzelhandels ist u.E. auch, daß es in der Hälfte aller Blöcke einen Kohlen-/Holz- und/oder Kartoffelladen und einen Gebrauchtwaren- bzw. Trödel-laden gibt.

Die verschiedenen Arten von privaten Einzelhandelsläden zusammengenommen gibt es davon durchschnittlich noch 11 pro Block. In der Regel sind sie recht klein (zwischen 50 und 60 qm Gesamtfläche), haben einen zur Straße gelegenen Verkaufsraum und ein zum Hof gelegenes Lager und/oder Aufenthaltsraum.

Darüberhinaus gibt es pro Block 2-3 Kneipen, einige wenige Restaurants oder Imbißstuben und zwei sonstige private Dienstleistungseinrichtungen wie z.B. Friseure, Reinigungen, Wäschereien und eine Tankstelle.

Handwerksbetriebe, Maler, Tischler, Schuster, Schneider gibt es nur noch wenige, ungefähr je einen pro Block. Hinzu kommen noch insgesamt 4 KFZ-Reparaturwerkstätten.

Die Dienstleistungs- und Handwerksbetriebe sind mit durchschnittlich 70 qm bzw. 90 qm/Betrieb geringfügig größer als die Einzelhandelsläden.

These: Die Nahversorgungsstruktur ist geprägt durch kleine Einzelhandelsgeschäfte, Ladenketten, Super-

märkte. Kaufhäuser gibt es nicht. Das Angebot bestimmter Güter ist dadurch reduziert, oft weniger aktuell (Preisniveau wäre zu untersuchen). Geschäfte und Kneipen haben hohen Kommunikationseffekt.

Kaufkraftverluste - leerstehende Läden

Die Existenzbedingungen der kleineren Geschäfte und Handwerksbetriebe verschlechtern sich rapide durch Kaufkraftabfluß an zentrale Einkaufsstandorte (teilweise Nutzung anderer billigerer Einkaufsmöglichkeiten z.B. in der Nähe des Arbeitsplatzes) und Bevölkerungsrückgang. Viele Läden schließen, stehen leer. Die Nahversorgungsqualität verschlechtert sich.

Einige der Läden werden genutzt als Wohnungen und als soziale Einrichtungen privater Träger, z.B. Kinderladen des Vereins SO 36, Laden des Vereins SO 36, der BI SO 36, der Beratung für ausländische Bewohner "Wohnen und Leben" etc.

1.8 Arbeitsplätze im Gebiet

Im betrachteten Teilgebiet II gab es 1970 ca. 3400 Beschäftigte, deren Anzahl hier gleichgesetzt ist mit der Zahl der Arbeitsplätze. Ca. ein Drittel dieser Arbeitsplätze befindet sich in den überwiegend gewerblich genutzten Blöcken entlang der Spree.

produzierendes Gewerbe, viele Kleinbetriebe

Die Struktur der Arbeitsplätze nach Wirtschaftsbereichen entspricht grob der der Tätigkeitsbereiche der Erwerbstätigen. Die überwiegende Zahl der Arbeitsplätze bietet das produzierende Gewerbe, der Rest verteilt sich ziemlich gleichmäßig auf Handel und Verkehr und übrige Bereiche, im wesentlichen private Dienstleistungen und öffentlicher Dienst. Selbst wenn man die größeren Betriebe des produzierenden Gewerbes im Spreeblock einmal unberücksichtigt läßt, so liegt dennoch die Mehrzahl der Arbeitsplätze im Bereich des produzierenden Gewerbes (54%) und je knapp ein Viertel in den Bereichen Handel und Verkehr und übrigen Bereichen. Die Größenordnung dieser Betriebe ist in der Regel sehr klein, nur wenige dürften über 10 Beschäftigte haben, viele dagegen sogar weniger als fünf Beschäftigte (25%: 3-5, über 30%: 1-2 Beschäftigte) (14).

Vergleicht man die Zahl der Arbeitsplätze im Gebiet mit der der Erwerbstätigen, so kann man festhalten, daß rein rechnerisch knapp jedem zweiten Erwerbstätigen, der in diesem Gebiet wohnt, dort auch ein Arbeitsplatz zur Verfügung stünde. Die Tendenz seit 1970 ist mit Sicherheit so, daß die Zahl der Arbeitsplätze stärker abgenommen hat als die Zahl der dort Wohnenden im erwerbsfähigen Alter. In der weiteren Forschungsarbeit müßte genauer untersucht werden, wieviele der hier Wohnenden auch im Gebiet arbeiten.

Die Gruppe der Selbständigen und deren mithelfenden Familienangehörigen machen hier noch ca. 10% der Beschäftigten aus. Viele von Ihnen sind schon älter und ihre Geschäfte oder Kleinbetriebe bestehen seit mehreren Jahrzehnten. Sie wohnen oft im gleichen Haus oder in der unmittelbaren Nachbarschaft. Ihre Kundschaft besteht überwiegend aus Stammkunden. Ihre Existenzgrund-

lage wird durch die bevölkerungsmäßige Veränderung in dem Gebiet, speziell unter den älteren Bewohnern, stark angegriffen.

Wieviele der übrigen Erwerbstätigen auch in diesem Gebiet arbeiten, läßt sich nicht belegen. Für die Untersuchung dieser Frage wäre es wichtig, diejenigen Bewohner, die auf Grund der Arbeitsmarktlage überhaupt eine Wahlmöglichkeit haben, zu fragen, welche Kriterien sie einer Arbeitsplatzwahl zugrunde legen. Entscheiden sie sich für die Nähe von Arbeitsplatz und Wohnen, sind es die kurzen Wegzeiten, die Möglichkeiten, mittags zu Hause zu essen u.ä., die diese Entscheidung beeinflussen? Nehmen sie hierfür auch schlechtere Bezahlung, schlechtere Arbeitsbedingungen und geringere betriebliche soziale Leistungen in Kauf?

Für die Gruppe der Frauen stellt sich diese Frage in verschärfter Form. Sind berufstätige Frauen, die nebenher eine Familie oder auch nur Kinder zu versorgen haben, in besonderer Weise auf kurze Wegzeiten, auf Möglichkeiten einer Halbtagsstelle in der Nähe ihrer Wohnung angewiesen und müssen sie deshalb Nachteile am Arbeitsplatz in Kauf nehmen?

Auch für die Gruppe der Ausländer sind besondere Aspekte einer Erwerbstätigkeit im Gebiet zu berücksichtigen. Bieten die vermehrt im Gebiet anzutreffenden türkischen Einzelhandelsgeschäfte und Kneipen und Restaurants eine bessere Chance, einen Arbeitsplatz zu finden? Wie sind die Arbeitsbedingungen in diesen Kleinbetrieben? Wie die Verdienstmöglichkeiten? Gibt es verschärfte Ausbeutungsverhältnisse für hier illegal anwesende und arbeitende Ausländer?

Die Arbeitsplätze befinden sich überwiegend in Kleinbetrieben des produzierenden Gewerbes. Die Arbeitsbedingungen und betrieblichen Leistungen sind schlechter als in größeren Betrieben (gewerkschaftlicher Organisationsgrad, Konkurrenzbedingungen der Betriebe). Das Arbeitsklima ist u.a. geprägt durch "Familienbetriebe", geringere Arbeitsteilung, keine Fließbandarbeit.

2.0. VERÄNDERUNGEN UMSTRUKTURIERUNGEN UND RESULTATE DES BISHERIGEN STADTERNEUERUNGSPROZESSES

2.1 SO 36 als Auffanbecken für Umsetzmieter aus Sanierungsgebieten in Kreuzberg (ca. seit 1970)

Der staatliche Eingriff in Form der Stadtsanierung im Rahmen Westberliner Stadtentwicklungspolitik konzentriert sich auf bestimmte Schwerpunktbereiche.

beschleunigter
Verfallsprozess,
Segregation der
Bevölkerung

Die Konzentration der Sanierungsförderungsmittel auf begrenzte Gebiete in stadträumlich günstigeren Lagen bewirkt eine Vernachlässigung und einen weiteren Verfallsprozess insbesondere in den angrenzenden Altbaugebieten. Durch den fortschreitenden Sanierungsprozess in den Kreuzberger Sanierungsgebieten (Kottbusser Tor SKZ, Mariannenplatz SKN, Landwehrkanal SKS) wird billiger Wohnraum zerstört, die alteingesessenen Bewohner und die Zwischenmieter verdrängt. Dies bedeutet für das Gebiet um den Görlitzer Bahnhof einen Zustrom verdrängter Sanierungsmieter. Dies sind vorwiegend ausländische Familien, die als Zwischenmieter in den heruntergewirtschafteten, kurz vor dem Abriß stehenden Häusern im Sanierungsgebiet gewohnt haben. Dies führte zur Verschärfung der Strukturprobleme in SO 36:

- Veränderung der Sozialstruktur:
Wegzug deutscher Bevölkerung (der Anteil der Ausländer steigt in einigen Blöcken über 40%, verbunden damit Verschärfung der Schulprobleme (Anstieg ausländischer Schüler von 1973 6% auf 50% 1978, z.B. Schule im Block 129).
- schlechte Infrastrukturausstattung:
keine Investitionen in die soziale Infrastruktur z.B. Grünfläche, Spielplätze, Verbesserung der Schulsituation
- schlechte Wohnverhältnisse:
keine Investitionen in die Instandsetzung und Instandhaltung, Wohnungsleerstand, nur punktuelle private Investitionen in die Modernisierung, da die Vermietbarkeit aufgrund der erheblichen Mietsteigerungen hier nicht gewährleistet ist.

These: Durch die Westberliner Stadtentwicklungspolitik wurde der heutige Zustand von Altbaugebieten mit heruntergewirtschafteter Bausubstanz und vernachlässigter Infrastruktur erzeugt. Diese Unterstützung des Verfallsprozesses entspricht dem Interesse des Wohnungsbaukapitals, indem durch die Zerstörung billigen Wohnraums eine sonst nicht vorhandene Nachfrage nach Neubau und modernisierten Wohnungen geschaffen wird. Das Gebiet um den Görlitzer Bahnhof dient als "Auffangbecken" für Umsetzmieter aus den angrenzenden Sanierungsgebieten.

2.2 SO 36 - ausgewiesen als Sanierungsverdachtgebiet 1973

1973 wurden Voruntersuchungen zur Abgrenzung und Aus-

keine Berücksichtigung im 2. Stadterneuerungsprogramm

wahl von Sanierungsverdachtgebieten im Rahmen der Stadtentwicklung in Auftrag gegeben. Der nördliche Teil des Gebietes um den Görlitzer Bahnhof wird zum Sanierungsverdachtsgebiet erklärt, jedoch nicht ins 2. Stadterneuerungsprogramm aufgenommen, obwohl es nach den Untersuchungskriterien (Wohn- und Arbeitsverhältnisse, Sozialstruktur, Infrastruktur und wirtschaftliche Entwicklungsfähigkeit) die größten Mängel aller untersuchten Gebiete aufwies. In das 2. Stadterneuerungsprogramm wurden Gebiete mit stadtgeographisch zentraler Lage (z.B. Kreuzberg Chamissoplatz), Gebiete mit ausgeprägten Sozialkonflikten (Obdachlosensiedlung Woltmannweg) und Gebiete mit Funktionsänderung zur Unterstützung der Wirtschaftsstruktur (Altstadt Spandau) aufgenommen. Wegen begrenzter Finanzmittel wurde Kreuzberg SO 36 nicht berücksichtigt.

Parallel zu den laufenden Voruntersuchungen, d.h. vor der Erklärung zum Untersuchungsgebiet nach § 4,3 StBauFG, wurden Sanierungsvorverträge mit den in Kreuzberg tätigen Wohnungsbaugesellschaften als Sanierungsträger abgeschlossen. Im Zeitraum von 1970 - 1974 kauft die senatseigene BeWoGe schwerpunktmäßig in 3 Blöcken ca. 30 Häuser auf, die GSW ca. 10 Häuser. Nach der Bekanntgabe des 2. Stadterneuerungsprogramms stagnierte der Grundstückskauf bis zur Bekanntgabe des Einsatzes von Mitteln aus dem Zukunftinvestitionsprogramm für Kreuzberg SO 36, Juli 1977 (15). Besonders in diesen, von Sanierungsträgern aufgekauften Gebäuden läßt sich der bewußte Verfallsprozess nachvollziehen: Es erfolgt keine Instandsetzung; es besteht eine hohe Fluktuation der Mieter, die Wohnungen werden vorwiegend an Umsetzmieter weitervermietet (Anteil der Ausländer im BeWoGe-Block 129 - 46%), insbesondere, da die BeWoGe Sanierungsträger im Sanierungsgebiet am Mariannenplatz ist. Ein großer Teil der Wohnungen steht leer, was den weiteren Verfallsprozess beschleunigt (ca. 30% der BeWoGe-Wohnungen im Block 129 stehen leer).

These: Das Runterwirtschaften der Häuser von Klein-eigentümern, die nicht die Mittel zur Instandhaltung aufbringen können, weil sie vom Mietzins leben und die Forcierung der Abbruchreife der Häuser von Gesellschaften ergänzen sich im fortschreitenden Verfallsprozess des Gebiets.

2.3 SO 36 - entsprechend stadtentwicklungspolitischen Zielvorstellungen verwaltungsintern behandelt als "Auslaufgebiet"

Als Begründung für diese stadtentwicklungspolitische Zielvorstellung gilt der ständige Bevölkerungsrückgang in Westberlin, speziell in Kreuzberg SO 36 und den damit verbundenen Strukturveränderungen im Gebiet.

Die Behebung der städtebaulichen und infrastrukturellen Mängel würden einen großen inanziellen Aufwand erfordern. Da die vorhandenen öffentlichen Mittel konzentriert werden müssen, andere Gebiete aufgrund Lage, wirtschaftlicher Potenz, sozialer Konflikte vorangig Interventionsbereiche der Stadtentwicklungspolitik

Stadtentwick-
lungspolitik:
Abrißplanung,
Vorhalteflächen
für die Industrie

sind, wird der Prozeß des "Leerlaufens" unterstützt: Es wird ein Bevölkerungsrückgang von ca. 1/3 der Einwohner in Kreuzberg SO 36 prognostiziert. Dies schlägt sich nieder in dem geplanten Abriß von ca. 40% der Wohnungen in SO 36 (16). In den laufenden Verfallprozeß soll nicht durch öffentliche Investitionen eingegriffen werden. Die wohnungsaufsichtlichen Pflichten werden vernachlässigt.

Langfristig soll dieses Gebiet entsprechend diesen Planungsvorstellungen einer neuen Nutzung zugeführt werden: Vorhaltefläche für Industrie als Notwendigkeit Westberliner Industrieansiedlungspolitik, Kompensation des Defizits an Grünflächen in Kreuzberg.

These: Die Stadtentwicklungspolitik unterstützt den Marktmechanismus im Wohnungsbau und folgt der wirtschaftspolitischen Förderung, insbesondere des Wohnungsbaukapitals und der Bauindustrie. Dies widerspricht dem sozialpolitischen Ziel eines Ausgleiches im Sinne einer Kompensation disparitärer Entwicklungen in den einzelnen Bezirken.

2.4 SO 36 als aufgewertetes Wohngebiet zwischen Landwehrkanal und Spree

Bezirksplanung:
Infrastruktur-
investitionen

Die Bereichsplanung des Bezirksamtes sieht eine Aufwertung des Gebietes vor, entsprechend der üblichen Sanierungspraxis: Blockentkernung, Modernisierung und Neubau, teilweiser Abriß der Blockrandbebauung und halber und ganzer Blöcke zur Freimachung von Flächen zur Verbesserung der Infrastruktur (Bau von drei Grundstufenzentren, zwei Mittelstufenzentren, Oberstufenzentrum, Kinderzentrum, Abriß der Feuerwache und Neubau einer Turnhalle und eines Schwimmbades, Erweiterung des Grünflächenangebots durch Entkernung und Ausbau der Uferpromenaden am Landwehrkanal und an der Spree, Freizeitpark auf dem Görlitzer Bahnhofsgelände) (17).

These: Diese Planungsmaßnahmen des Bezirksamtes dienen als infrastrukturelle Vorleistungen für Investitionen des Wohnungsbaukapitals und zielen auf eine veränderte Sozialstruktur. Die Planungsvorstellungen des Bezirks, der direkt mit den sozialen und ökonomischen Konflikten in SO 36 konfrontiert ist, widersprechen den Festlegungen im 2. Stadterneuerungsprogramm und den Zielsetzungen der Stadtentwicklungspolitik.

2.5 Wettbewerbsverfahren "Strategien für Kreuzberg"

Anlaß und Ziele

Entgegen den sanierungs- und stadtentwicklungspolitischen Vorstellungen der entsprechenden Teile der Verwaltung wird der Wettbewerb "Strategien für Kreuzberg" vom Bausenator ausgeschrieben (18). Gründe für diese Entscheidung können gewesen sein:

- Das herkömmliche Sanierungsverfahren nach StBauFG

löst die sozialen Probleme nicht, sondern verlagert sie auf andere Gebiete. Der finanzielle Aufwand und die Dauer der Planungs- und Durchführungsmaßnahmen sind bei der Größe und den Strukturproblemen des Gebiets kein umfassender Lösungsansatz.

- Die ungelösten Probleme von solchen innerstädtischen Problemgebieten erklären den Modellcharakter des Wettbewerbs "Strategien für Kreuzberg". Deutlich wird dies an der Mitfinanzierung des Wettbewerbs durch Mittel des Bundesministeriums für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau.
- Es besteht die Notwendigkeit einer Konfliktvermeidungsstrategie, um die Verschärfung sozialer und politischer Konflikte zu verhindern.
- Vor Wahlen besteht ein besonderer Legitimationszwang für die den Senat tragenden politischen Parteien SPD und FDP
- aktive Unterstützung durch die Kreuzberger SPD (Wartenberg muß seinen Wahlkreis SO 36 halten)
- Aktivitäten von Pfarrer Duntze als Sprachrohr der "kritischen Öffentlichkeit" in Kreuzberg, gestützt durch Gremien der Kirche

Alternativen zur Sanierung nach StBauFG werden gesucht

Hinter dem propagierten Ziel "der Revitalisierung eines Stadtteils unter weitestgehender Beteiligung der Bevölkerung", ist die Absicht erkennbar, mit möglichst geringem Einsatz öffentlicher Mittel und möglichst hohem Einsatz von Mitteln der Mieter und Hauseigentümer, die Verbesserung der Wohnverhältnisse durch die Bevölkerung selbst vornehmen zu lassen und durch ein "Miteinander" der verschiedenen Interessengruppen die sozialen Probleme abzubauen. Der Senat als Auslober erwartet als Resultat des Ideenwettbewerbs preiswerte Lösungen der Konflikte im sozialen Bereich als flankierende Maßnahme zum natürlichen Ausleerungsprozess. Der Bezirk erhofft sich "Strategieangebote, die zeigen, an welchen Stellen des Gebiets (nicht nur räumlich) mit realistischen, finanzierbaren Maßnahmen anzusetzen ist". Dies heißt insbesondere "die Weckung des Investitionswillens der Nutzer" (19). Die Initiatoren (Pfarrer Duntze) u.a. erwarten als Resultate konkrete Verbesserungsvorschläge im baulich-räumlichen wie sozialen Bereich als Gegenstrategie zu den negativen Folgen der bisherigen Sanierungspraxis nach StBauFG. Die Frage nach der Umsetzung der Ergebnisse und deren Finanzierung wird zunächst verschoben auf das Ende des Wettbewerbsverfahrens.

These: Ausschreibung und Verfahren des Wettbewerbs als neuartiges Verfahren mit weitestgehender Beteiligung der Bürger wird durch verstärkte Öffentlichkeitsarbeit schon als alternative Sanierungsstrategie propagiert und als Konfliktvermeidungsstrategie eingesetzt.

2.6 Bürgerbeteiligung (20)

Das Angebot der Bürgerbeteiligung im Rahmen des Strategiewettbewerbes erfolgt auf 2 Ebenen:

1. Teilnahme der Bürger am Wettbewerb; sie sollen Vor-

schläge zur Verbesserung ihrer eigenen Wohn- und Arbeitsverhältnisse einbringen. 18 der insgesamt 129 eingereichten Wettbewerbsarbeiten sind von Bewohnern aus SO 36. Keine dieser Arbeiten wird von der Jury zur Weiterarbeit empfohlen, da sie keine Strategien als komplexe, fachlich fundierte Lösungen für das Gebiet, sondern lediglich subjektive Wunschkataloge enthalten.

Konflikt: subjektiv-utopische Laienkonzepte contra fachliche Expertenkonzepte.

2. Beteiligung der Bürger an der als Jury fungierenden Projektkommission, die über die Auswahl der Wettbewerbsarbeiten und ihre Einschätzung hinsichtlich Weiterbearbeitung entscheidet. Die Bürgerseite ist in der Projektkommission vertreten durch Mieter, Jugendliche, Alte, Haus- und Grundbesitzer, Gewerbetreibende und Aktivgruppen im Gebiet. Sie sind zu 2/3 in der Projektkommission, die zuständigen Verwaltungen zu 1/3 vertreten.

Breite Bürgerbeteiligung führt zu ersten Konflikten

Ein Teil der Projektkommission versucht, ausgelöst durch den Konflikt um den Abriß der Feuerwache, ihre Funktion auszuweiten und zu Planungsfragen im Gebiet politische Stellung zu beziehen. Ihre Forderungen sind: Keine Planungsentscheidungen oder Planungseingriffe im Wettbewerbsgebiet ohne Mitsprache der Projektkommission, da so die Rahmenbedingungen des Wettbewerbs wesentlich verändert und so die bekundete Absicht einer aus dem Verfahren zu entwickelnden Planungsvorstellung nicht eingelöst würde.

- darum: Mitspracherecht bei der Vergabe von Mitteln aus dem Zukunftsinvestitionsprogramm (ZIP) für das Wettbewerbsgebiet. Dies führte zur Einrichtung des ZIP-Ausschusses, der sich aus Vertretern der Projektkommission und der planenden Verwaltung zusammensetzt.
- darum: Benennung von Architekten ihres Vertrauens; diese sollten für den Senat die Bausubstanz untersuchen und Blockkonzepte als Grundlage für die Vergabe von öffentlichen Mitteln entwickeln.
- darum: kein Abriß des Gebäudes am Spreewaldplatz, in dem nach den Vorstellungen der Projektkommission das Stadtteilzentrum eingerichtet werden sollte.

Solcher Widerstand gegen die Planungsein- und vorgriffe des Bezirksamtes wurde mit administrativen Mitteln abgewürgt, die Projektkommission auf ihre Funktion als Jury eines zunächst außerhalb der aktuellen Verwaltungsverfahren stehenden Wettbewerbes zurückgewiesen. Das bedeutet für die Weiterarbeit der Projektkommission:

- Zuständigkeit nur für das Wettbewerbsverfahren
- aktuelle Planungsentscheidungen werden ausschließlich von dem örtlichen parlamentarischen Gremium, der Bezirksverordnetenversammlung, gefällt und also legitimiert
- Mitarbeit im ZIP-Ausschuß nur mit Empfehlungs-, jedoch nicht mit Mitentscheidungscharakter
- Beauftragung von Architekten liegt in der Hand der Senatsverwaltung

Eine Rückkoppelung der Arbeit in der Projektkommission als Bürgervertretung dem Bürger gegenüber findet nicht

statt und wird durch das Gebot der Vertraulichkeit des Auswahlverfahrens gebremst. Die Beteiligungsbereitschaft ist trotz der politischen Konflikte groß, insbesondere durch Vertreter der Aktivgruppen (Forum Kreuzberg, Treffpunkt und Beratung), Vertreter des Kleingewerbes (Kneipe und Lebensmittelgeschäft), der Haus- und Grundbesitzer und einiger Mieter. Die Entscheidungsmöglichkeiten sind jedoch gering, da es keine Zusage für die Realisierung der Projekte gibt. Das heißt, die Entscheidung zur Realisierung der Strategievorschläge bleibt in der Hand der planenden Verwaltung.

These: Entgegen dem proklamierten Anspruch in einer weitgehenden Bürgerbeteiligung "Mitdenken, Mitarbeiten, Mitwirken und Mitentscheiden" zeigt sich in den Konfliktsituationen eine Reduktion dieser Beteiligung auf das Wettbewerbsverfahren selbst. Jegliches Mitentscheiden über Planungsmaßnahmen im Wettbewerbsgebiet wird zurückgewiesen.

2.7 Resultate

Aus den 129 eingereichten Arbeiten wurden 11 von der Projektkommission zur Weiterarbeit empfohlen. Sie umfassen Strategien zur Bürgerbeteiligung, zum sozialen und -Ausbildungsbereich und zum baulich-räumlichen Bereich, alternative Finanzierungsmodelle und Eigentumsformen zur Mitbestimmung des "modernisierungsstandards u.Mieten. Der Verein für ein wohnliches Kreuzberg, später Verein SO 36, soll sowohl alle Aktivitäten von Bewohnergruppen im Gebiet unterstützen als auch Trägerfunktion für Einrichtungen im sozialen wie baulichen Bereich übernehmen. Der Ausländerladen verfolgt das Ziel der Integration deutscher und ausländischer Bewohner. Das Ausbildungswerk e.V. versucht, für arbeitslose Jugendliche gleichzeitig eine Berufsausbildung und alternative Wohnformen zu ermöglichen. Bei der Modernisierung von Altbauten qualifizieren sich die Jugendlichen in einem Bauhandwerk, gleichzeitig schaffen sie sich selber Wohnraum und können bei dem Prozeß des gemeinsamen Lernens und Wohnens soziale Erfahrungen machen. Das Stadtteilzentrum hat sich zum Ziel gesetzt, die erwachsene Bevölkerung mit einem integriertem Angebot von Beratung, sozialen und kulturellen Diensten zu versorgen. Die Projekte in baulich-räumlichem Bereich beziehen sich auf die Verbesserung der Wohnsituation (Mietermodernisierung, Mietkaufmodelle) und des Wohnungsfeldes (Umbau der Oppelnerstraße als verkehrsberuhigte Zone, Entwicklung des Spreequartiers).

Auffallend ist, daß von den 11 zur Weiterarbeit und Konkretisierung in der 2. Phase empfohlenen Arbeiten allein 5 sich auf den baulich-räumlichen Bereich beziehen. Dies allerdings unter Ausgrenzung von Ansätzen von kollektiver Selbsthilfe oder Genossenschaftsmodellen als alternative Trägerkonstruktionen. Bei den breitgefächerten sozialen Problemen im Gebiet werden nur 3 der Arbeiten in diesem Bereich zur Weiterarbeit empfohlen. Ebenso viele Projekte werden beauftragt, Modelle der Betroffenenbeteiligung und Formen ihrer Institutionalisierung zu erarbeiten. Die Weiterarbeit der Projektgruppen wird

Der Anspruch der
Strategienergeb-
nisse und ihre
öffentliche För-
derung stehen im
Widerspruch

durch die Verzögerung der Finanzierung und der Schaffung von Arbeitsbedingungen im Gebiet und durch den Versuch der Erweiterung der nicht aus dem Wettbewerbsverfahren entwickelten Aufgabenfelder (z.B.: Entwicklung von Blockkonzepten) seitens der Verwaltung behindert. Der Senator für Bau- und Wohnungswesen als Auslober des Wettbewerbs fühlte sich für die Durchführung der Projekte im sozialen Bereich nicht länger zuständig und deligierte die Entscheidung zur finanziellen Absicherung der Projekte an die anderen Fachverwaltungen. Die endgültige Entscheidung zur Durchführung der nach der 2. Phase zur Realisierung empfohlenen Projekte wurde dem Abgeordnetenhaus erst im Dezember 1978 als Senatsvorlage zur Abstimmung vorgelegt (22) und damit fast ein Jahr verzögert. Die Finanzierung der Projekte wurde vorläufig für lediglich 1 Jahr zugesagt.

Diese ungeklärte Arbeitssituation führte zu einer Auflösung fast aller Projektgruppen gerade im baulich-räumlichen Bereich. Die bereits begonnene Projektarbeit im sozialen Bereich konnte nur durch großes Engagement der Projektmitglieder und zusätzlicher ehrenamtlicher Mitarbeiter und punktuelle Zwischenfinanzierung durch den Senat weitergeführt werden (Ausbildungswerk, Stadtteilzentrum, Ausländerladen).

These: Von der Verwaltung wird die von privaten Initiatoren getragene ergänzende Sozialarbeit nur widerwillig finanziert, weil diese außerhalb ihrer direkten Kontrolle liegt und emanzipatorische Ansätze verfolgt. Im baulich-räumlichen Bereich reduziert sich die konkrete Verbesserung auf den Umbau einer Straßenkreuzung und auf die Ausarbeitung alternativer Modernisierungsmodelle, deren Umsetzung in der gegenwärtigen Modernisierungspolitik nicht erkenntlich ist.

2.8 Aus dem Strategieverfahren hervorgegangene Formen der Bürgerbeteiligung und -initiativen

2.8.1 Verein SO 36

Ein Versuch, die Bürgerbeteiligung zu institutionalisieren und die Arbeit der Projektkommission in ihrer Kontrollfunktion weiterzuführen, ist die Gründung eines Vereins für SO 36. Mitglieder dieses Vereins sind die Bewohner aus SO 36 und einige im Gebiet arbeitenden Aktivgruppen. Ziel des Vereins ist es, einerseits Planungsentscheidungen der Verwaltung zu kontrollieren und politische Forderungen durchzusetzen und andererseits Trägerfunktion für konkrete Projekte im sozialen wie baulich-räumlichen Bereich zu übernehmen. Der Verein wird mit öffentlichen Geldern unterstützt, was die Gefahr des Wohlverhaltens gegenüber der Verwaltung in sich birgt.

These: In der Auseinandersetzung um Planungsentscheidungen mit der Verwaltung und in der Auseinandersetzung um politische Aktionen mit den Aktivgruppen im Gebiet zeigt sich schon der Kon-

flikt des Vereins als neue Form der institutionalisierten Bürgerbeteiligung; Ist der Verein SO 36 mehr ein Konfliktregulierungsinstrument oder mehr eine Form der Selbstverwaltung?

2.8.2 Stammtisch - BI SO 36 und weitere Aktivgruppen im Gebiet (23)

Aus dem Strategieverfahren und den es begleitenden Konflikten entstehen neue Aktivgruppen

Der Stammtisch wurde im Konflikt um die Feuerwache von einigen Projektkommissionsmitgliedern als ein offenes Forum gegründet im Gegensatz zur Projektkommission, die unter Berufung auf die Wettbewerbsbestimmungen häufig die Öffentlichkeit ausschließt.

Ziel des Stammtisches ist es, eindeutig Mieterinteressen auch in Konfrontation mit der Verwaltung und den Haus- und Grundbesitzern durchzusetzen, entgegen der Funktion der Projektkommission integrativ zu wirken ("Interessenausgleich"). Aus der Stammtischrunde entstand die Bürgerinitiative SO 36. Mitglieder sind nicht mehr vorwiegend interessierte Fachöffentlichkeit und einige Projektkommissionsmitglieder, sondern jüngere Bewohner aus SO 36 (Arbeiter, Angestellte, Studenten, Kneipier) und einige politisch engagierte Fachleute (gebietsfremde Rechtsanwälte, Architekten, Sozialarbeiter u.ä.). Schwerpunkt ist nicht die Mitarbeit im Strategieverfahren, sondern konkrete Mieterarbeit. Wesentliches Problem der Arbeit der Bürgerinitiative ist die weitere Mobilisierung von Mietern zur aktiven Mitarbeit.

These: Die Erfahrung zeigt, daß nur wenn die Mieter konkret betroffen sind, z.B. durch Ankündigung von Modernisierungen, Umsetzung wegen Abriß, gesundheitsgefährdende Wohnverhältnisse, eine punktuelle Mobilisierung der Bewohner in Mieterversammlungen und Einzelberatung zu erreichen ist.

Weitere Aktivgruppen im Gebiet sind:

- bereits vor den Strategien bestehende Initiativen: Spielkreis e.V., Forum Kreuzberg (alternative Lebensformen mit Mietern und Jugendlichen, Ausbildung von jugendlichen Arbeitslosen, kulturelles Angebot), Treffpunkt und Beratung (Familienberatung), SPD- und Juso-Initiativen u.a.
- während des Strategieverfahrens neu entstandene Initiativen: BI SO 36, Stadtteilzentrum e.V., Frauenladen für Türiinnen, Ausländerladen, Ausbildungswerk e.V. (Ausbildung von jugendlichen Arbeitslosen), Frauencafé in der Glogauerstraße, BI Feuerwache

These: Initiatoren von Aktivgruppen sind engagierte Sozialarbeiter u.a. politisch engagierte Intellektuelle, die versuchen, über Beratung und Anleitung zur kollektiven Selbsthilfe die Wohnverhältnisse für die Bewohner (Frauen, Ausländer, Alte, Kinder) zu verbessern und damit

Leistungsdefizite des "Sozial"staates zu kompensieren einerseits, über politische Aktionen Forderungen an die staatliche Seite zu stellen andererseits.

Die Arbeit der Aktivgruppen bewegt sich im Spannungsfeld zwischen individueller Beratung und emanzipatorischen Ansätzen.

2.9 Planungsaktivitäten und bauliche und ökonomische Veränderungen im Gebiet während des und nach dem Strategieverfahren

2.9.1 Zukunftsinvestitionsprogramm zur "Verbesserung der Wohnumwelt" 1977 - 80 (24)

Ökonomische Aktivitäten im Gebiet werden verstärkt durch die Aussicht auf Mittel aus dem Zukunftsinvestitionsprogramm. Das ZIP bedeutet eine politische Intervention in die Rahmenbedingungen des Strategienwettbewerbs. Die Mittel, eingesetzt zur Konjunkturbelebung, müssen schnell eingesetzt werden. Die Verwaltung drängt auf eine schnelle Entscheidung über den Einsatz der Mittel und will sich nicht auf die noch ausstehenden Strategiergebnisse verpflichten lassen. "70 Millionen stehen für SO 36 zur Verfügung und werden am Projekt "Strategien Kreuzberg" nicht vorbeigehen" (25). Mehr als diese pauschale Zusage von Bausenator Ristock ist nicht zu erreichen.

Die Verteilung der Mittel erfolgt im Rahmen des Wertausgleichsprogrammes (WAP: "Niveau gleichung der Bezirke" durch bezirkliche Umverlagerung von Haushaltsmitteln).

Die Mittel für die Altbaumodernisierung kommen in Altbaugebieten zum Einsatz, die ähnliche städtebauliche, bauliche und "soziale" Mängel aufweisen wie in Sanierungsgebieten, jedoch im II. Stadterneuerungsprogramm nicht berücksichtigt wurden. Kreuzberg SO 36 wird als Schwerpunktgebiet für den Einsatz von ZIP-Mitteln in der Höhe von ca. 70 Mio-DM festgelegt. Mit dieser Summe sind allerdings bei der geplanten durchgreifenden Modernisierung nur ca. 1000 Wohnungen, etwa 1 - 2 Blöcke von insgesamt 40 Blöcken im Wettbewerbsgebiet zu erneuern.

Bedingungen, die an die Vergabe geknüpft sind, beziehen sich: 1. auf die Koppelung der Bewilligung der Anträge mit dem Abriß der Hinterhäuser, 2. auf die Benachrichtigung der Mieter über die geplanten Maßnahmen und deren Folgen, 3. auf die Zustimmung der Mieter, die mehr als 50% der vorhandenen Mieter im Gebäude, betragen muß.

Für den Abriß der Hinterhäuser bekommt der Hausbesitzer eine Entschädigung. Mietern, die vom Abriß betroffen sind, oder die die erhöhte Miete nicht zahlen können, wird ein Wohnberechtigungsschein mit Dringlichkeit zugestanden. Entschädigungen für Einbauten können ausge-

Die ZIP-Modernisierung überrollt die Strategien für Kreuzberg

handelt werden; bei der Wohnungssuche soll geholfen werden.

Ein Gesamtkonzept und klare rechtliche Grundlagen fehlen

Die Mittel werden auf der Basis von Verträgen zwischen Bausenat und Hausbesitzer vergeben, zielen also auf Einzelmaßnahmen hin, ohne eingebunden zu sein in ein städtebauliches Gesamtkonzept. Ein Rechtsanspruch auf Mittel besteht nicht.

Die Vergabe von ZIP-Mitteln, die immerhin einen beträchtlichen Umfang im Rahmen der Förderung von Stadterneuerungsmaßnahmen darstellt, ist nur geregelt über verwaltungsinterne Vereinbarungen ohne gesetzliche Grundlage wie z.B. StBauFG und WoModG. Es funktioniert nach dem "Gießkannenprinzip" ohne Grundlage eines Erneuerungskonzeptes und schließt eine Mieterbeteiligung diesbezüglich von vornherein aus. Negative Sanierungsfolgen wie die Verdrängung der ansässigen Bewohner durch Abriß und Mieterhöhungen treten hier noch schneller auf als in Sanierungsgebieten. Die Spekulanten drängen ins Gebiet, denn die oft alten ansässigen Hausbesitzer sind weder in der Lage das notwendige Eigenkapital aufzubringen, noch die Planung und Durchführung der Bau- auch der Umsetzungsmaßnahmen durchzuführen und geben dem Nachfragedruck nach "ZIP verdächtigen Häusern" nach.

Die ZIP-Gelder kommen mehr den Hauseigentümern und nicht den Mietern zugute

Die Finanzierung nach den ZIP-Bedingungen setzt sich zusammen aus 15% unverzinslichem Eigenkapital, 15% und mehr Fremdkapital, 70% und weniger verlorener Zuschuß aus ZIP-Mitteln. Der Anteil der Fremdkapitalkosten wird auf die Miete umgelegt. Die Miete, die der Hausbesitzer bekommt, beträgt 4,80 DM/qm und setzt sich zusammen aus der Grundmiete vor der Modernisierung und den Kapitalkosten (Zins und Tilgung) für das aufgebrachte Fremdkapital, dessen Höhe sich durch die Differenz: alte Miete zu neuer Miete ergibt.

Die Miete ist 9 Jahre preisgebunden. Sie wird zusätzlich heruntersubventioniert: die ersten 3 Jahre von 4,80 DM/qm auf 3,80 DM/qm, die zweiten 3 Jahre von 4,80 DM/qm auf 4,30 DM/qm. Eine Miete, die die meisten Mieter in SO 36 kaum in der Lage sind zu bezahlen, insbesondere, wenn man die stark erhöhten Heizkosten, Stromkosten und zusätzliche, gesetzlich festgelegte Mieterhöhungen mit dazu rechnet,

politische Forderungen für den Einsatz von ZIP-Mitteln

Deshalb wurde in der Projektkommission schon während des Wettbewerbsverfahrens über folgende Bedingungen für die Vergabe von ZIP-Mitteln in SO 36 diskutiert:

- "- politische Miete unter 3 DM/qm
- breite Maßnahmen mit geringen Eingriffen (Instandsetzung und Mini-Modernisierung)
- Kopplung mit Infrastrukturmaßnahmen
- Schwerpunktbildung in zentralen Bereichen" (z.B. Haberkern Hof)

Die Forderung der Bürgervertreter in der Projektkommission nach Einflußnahme auf die Vergabekriterien der ZIP-Mittel führt zunächst zur Einrichtung des ZIP-Ausschusses (26), einer Kommission aus Bürger- und Verwaltungsvertretern. Alle ZIP-Anträge aus SO 36 werden

hier vorgelegt, die geplanten Modernisierungs- und Abrißmaßnahmen diskutiert. Die Bürgervertreter beziehen Stellung zu den Maßnahmen, jedoch immer vorbehaltlich der Entscheidung der direkt betroffenen Mieter.

Im ZIP-Ausschuß führen die Vergabekriterien des Senats zu Konflikten.

Konflikte und Forderungen während der Vergabe der ZIP-Mittel

Der erste Konflikt entzündet sich an der Bedingung der ausschließlichen Förderung der Vorderhäuser bei Abriß der Hinterhäuser. Ausgelöst wurde er durch den vorgesehenen Abriß eines Hinterhauses. Das Bezirksamt hatte einem Abrißantrag zugestimmt, ohne den Ausschuß zu informieren. Ein Bürgervertreter tritt daraufhin zurück, die Verwaltung zieht die Zustimmung vorerst zurück. Damit ist durchgesetzt, daß solche Abrißmaßnahmen zunächst dem Ausschuß zur Stellungnahme vorgelegt werden.

Der zweite Konfliktbereich ist die Information und Beratung der direkt betroffenen Mieter in den ZIP-Häusern. Kritisiert wird die tendenziöse Information der Mieter auf den, von den Hauseigentümern und deren Architekten durchgeführten Mieterversammlungen. Eine Bekanntgabe der Termine und die Hinzuziehung von ehrenamtlichen Mieterberatern der Aktivgruppen kann daraufhin durchgesetzt werden. Die Kapazität der Mieterberatungsstellen bei den Aktivgruppen ist jedoch für eine kontinuierliche Betreuung der ZIP-Mieter als Gegengewicht zur Einflußnahme der Hauseigentümerseite völlig unzureichend. Die Forderung nach einer vom Senat bezahlten und vom Verein SO 36 getragenen Mieterberatung - entsprechend der vom Senat bezahlten Beratung und Betreuung der Hauseigentümer durch die BSM -Beratungsstelle für Stadterneuerung und Modernisierung m.b.H. - kann jedoch nicht durchgesetzt werden.

Die dritte Konfliktebene ist die Einbindung der ZIP-Einzelmaßnahmen bei räumlicher Konzentration (Haberkerens Hof) in ein Gesamterneuerungskonzept unter Einbeziehung der Bewohnerinteressen. (Siehe hier zu Punkt 'Stand der Planung im Gebiet').

Ständiger Konflikt im ZIP-Ausschuß ist die Tatsache, daß hier Empfehlungen und Stellungnahmen ausgesprochen werden können, die Verwaltung sich jedoch jede Entscheidung vorbehält. Das Spannungsfeld der Arbeit des ZIP-Ausschußes reicht von einer positiven Einflußnahme im Sinne der Betroffenen auf Vergabekriterien und Planungsmaßnahmen durch eine frühzeitige und kontinuierliche Information im Vergleich zur Handhabung in anderen Bezirken, bis hin zu einer zynischen Offenlegung der nicht vorhandenen Entscheidungsbefugnis des ZIP-Ausschußes.

Auswirkungen für die Mieter

Die Auswirkung des Einsatzes von ZIP-Mitteln für die Bewohner im Gebiet lassen sich zusammenfassen:

- Eine geringere Miete entsprechend der Mietzahlungsfähigkeit der meisten Bewohner in SO 36 konnte nicht durchgesetzt werden. Im Gegenteil: die Erhöhung der Heizkosten verschärft das Mietenproblem. (3,80 DM und 2,20 DM Heizkosten, Jahresmitte 1979)
- Eine Mini-Modernisierung oder Mietermodernisierung

- konnte nicht durchgesetzt werden, obwohl sie zu- nächst als Alternativen möglich schienen.
- Eine zunächst zugestandene Mitentscheidung der Mie- ter über die Durchführung der Modernisierung wurde in den Mieterversammlungen oder in Einzelberatungen reduziert auf die Alternative: Zustimmung oder Auszug.
 - Die Umsetzung wird als attraktive Alternative durch Wohnberechtigungsscheine, Übernahme von Umzugskosten etc. angeboten. Es wird allerdings verschwiegen, daß ausreichende, den Mieterwünschen entsprechende Wohnungen nicht vorhanden sind.
 - Die Durchführung der Modernisierung im Taktverfahren führt beim Verbleib der Mieter zu unzumutbaren Belästigungen.

These: Die bisherige Praxis der ZIP-Modernisierung widerspricht den Zielen des Strategieverfahrens. Eine Mitentscheidung der Mieter auf Mieterver- sammlungen bzw. der Bürgervertreter im ZIP-Aus- schuß konnte nicht voll durchgesetzt werden. Diese Praxis entspricht der allgemeinen Wohnungs- und Mietenpolitik, nämlich das Mietniveau allge- mein anzuheben und den Wohnungsbau dem "freien" Wohnungsmarkt zu überlassen und so den Anteil der Miete am Einkommen der Haushalte zu erhöhen, unterstützt noch durch die stufenweise Einführung des weißen Kreises. Das entspricht dem Ziel, all- mählich die Sozialstruktur zu verändern, weil selbst die Anfangsmieten nur ein Teil der Be- völkerung in SO 36 tragen können.

2.9.2 Bewegungen auf dem Grundstücksmarkt

Ein Ziel des Wettbewerbes war es, Eigentümer- und Mieterkapital zu mobilisieren. Schon während des Wett- bewerbsverfahrens läßt sich eine Bewegung auf dem Grundstücksmarkt feststellen. Durch die Öffentlichkeits- arbeit des Strategienbüros in Form von Einladungen an alle Hauseigentümer im Gebiet, wurden eher Spekulanten angezogen als alteingesessene Hausbesitzer ermutigt, zu investieren.

ZIP-Mittel brin- gen den Grund- stücksmarkt in Bewegung

Alteingesessene private Hausbesitzer bieten ihren heruntergewirtschafteten Althausbesitz zum Verkauf an. Einige bemühen sich um ZIP-Mittel, stoßen aber auf erhebliche Schwierigkeiten bei der Beantragung der Mittel, der Eigenkapitalbeschaffung, der Planung und Durchführung der Modernisierung und der Beschaffung von Umsetzwohnungen. Sie verzichten auf die Mittel nach- träglich und/oder verkaufen.

Spekulanten kaufen sich ein

Immobilien- und Abschreibungsgesellschaften kaufen be- sonders in bevorzugten Lagen, z.B. in der Reichenber- gerstraße, Wienerstraße, Görlitzerstraße und Paul- Lincke-Ufer. Mit der Bekanntgabe des Zukunftsinvestions- programms werden besonders heruntergewirtschaftete Altbauten billig aufgekauft, um sie mit öffentlichen Mitteln bei geringem Einsatz von Eigenkapital instand- zusetzen und zu modernisieren. Angereizt durch die verstärkten öffentlichen Inve-

stitutionen in den Wohnungsbau und beabsichtigte Investitionen in die Infrastruktur (z.B. Schwimmbad am Görlitzer Bahnhof, Stadtpark etc.) kaufen einige Gesellschaften ganz Blöcke auf, mit dem Ziel der weitestgehenden Neubebauung.

Die senatseigene Wohnungsbaugesellschaft BeWoGe beginnt während des Strategieverfahrens wiederaufzukaufen. Mit der erneuten Diskussion um die mögliche Festlegung von einzelnen Teilbereichen zum Sanierungsgebiet wächst ihr Interesse am Grundstückskauf insbesondere mit der Zielrichtung auf Neubau. Mit der Umverteilung von nicht beanspruchten bzw. zurückgegebenen ZIP-Mitteln verstärkt die BeWoGe den Grundstückskauf in den Blöcken 129, 130 und 131 mit dem Ziel der ZIP-Modernisierung und der Entkernung, da sie über die notwendigen fachlichen wie finanziellen Kapazitäten verfügt.

These: Über das Strategieverfahren und den Einsatz von ZIP-Mitteln gerät der Grundstücksmarkt in Bewegung. Die dem Grundstückskauf folgenden Investitionen führen zu Verbesserungen der Wohnverhältnisse. Für viele Bewohner bedeutet dies allerdings eine Verdrängung. Für einige bedeutet dies eine Möglichkeit eine bessere Wohnung zu bekommen, insbesondere für die Mieter, die sonst auf dem Wohnungsmarkt benachteiligt sind (Ausländer) oder deren Miete vom Sozialamt übernommen wird (insbesondere alte Menschen). Das auf dem Grundstücksmarkt ablesbare Investitionsinteresse entspricht ansatzweise dem Ziel einer sozialen und ökonomischen Aufwertung des Gebiets.

2.9.3 Stand der Planung im Gebiet

Planungsvorstellungen für das Gebiet, die während und nach dem Strategieverfahren erarbeitet wurden, haben einerseits ihren Ursprung in übergeordneten stadtentwicklungspolitischen Zielsetzungen, andererseits sind sie Folge der Aktivitäten im Gebiet, ausgelöst durch das Strategieverfahren. Seit Mitte der 70er Jahre findet eine Umorientierung der Berliner Stadt(entwicklungs)planung statt. Diese schlägt sich nieder in der Erarbeitung eines räumlichen Entwicklungsmodells (REM) für Berlin (West). Es soll die Grundlage bieten für die Auswahl von wohnungs-, sozial- und wirtschaftspolitischen Interventionsbereichen im städtischen Raum. Als Ursachen dieser Neuorientierung in der Planung werden folgende Tatbestände genannt:

- die politische Festschreibung der Berliner Situation durch das Viermächteabkommen,
- die rückläufige Bevölkerungsentwicklung,
- das voraussichtlich geringere Wirtschaftswachstum bei gleichzeitiger stärkerer Begrenzung der öffentlichen Finanzmittel.

Dem REM fällt die Aufgabe zu, "übergeordneter, umfassender Rahmen (zu sein), der die regional und sektoral unterschiedlichen Aspekte integriert und alle Ebenen der räumlichen Planung miteinander verknüpft". (28)

Übergeordnete
räumliche Pla-
nung

Die kleinräumliche Konkretisierung und Differenzierung der gesamtstädtischen Entwicklungsziele finden ihren Ausdruck in der Erarbeitung von Bereichsentwicklungsplänen für einige innerstädtische Bezirke ab 1978. Auf dieser Ebene werden die Bevölkerungsprognosen für Berlin (West) kleinräumig regionalisiert und nach der Analyse der räumlich-strukturellen Situation in einer maßnahmenorientierten Planung bezüglich der Flächennutzungen und v.a. der Abrißquoten festgelegt.

Forderungen der
Bürgervertreter
an die Planung

Mit der Bereitstellung von ZIP-Mitteln konzentrierte sich die Diskussion der Bürgervertreter mit der Verwaltung im ZIP-Ausschuß neben den direkten Vergabekriterien (siehe Punkt Zukunftsinvestitionsprogramm ...) auf die Planungsgrundlagen und die Einbindung der ZIP-Einzelmaßnahmen in ein Gesamterneuerungskonzept. Zunächst wurde eine differenzierte Bausubstanzuntersuchung als Grundlage für den Mitteleinsatz gefordert. Dies sollte nicht auf der Grundlage der Methoden 73 des Senators für Bau- und Wohnungswesen, bekannt als Abriß-Methode, geschehen, sondern es sollte eine Methode entwickelt werden, die sowohl die baulichen als auch sozialen Bedingungen in SO 36 miteinbezieht.

Mit der Konzentration der ZIP-Mittel im Haberkernshof wurde die Behandlung der ZIP-Anträge als Einzelmaßnahme kritisiert und ein Blockkonzept als Voraussetzung für die Einbindung der ZIP-Mittel in ein Blockentwicklungskonzept gefordert. Darunter wurde nicht nur ein baulich-räumliches (Abriß und Grünplanung), sondern auch ein soziales Konzept verstanden. Dieses sollte nicht nur eine Erhebung sozialer Daten sein, sondern die Bewohner sollten zur Teilnahme an der Veränderung ihrer Wohnverhältnisse über eine Gemeinwesenarbeit befähigt werden (29). Diese Forderungen der Bürgervertreter im ZIP-Ausschuß konnten - bis auf die Gemeinwesenarbeit - durchgesetzt werden, allerdings mit der Einschränkung einer nur dreimonatigen Planungszeit für die Haberkern Blöcke. Dies wurde begründet mit dem Zeitdruck des Einsatzes von ZIP-Mitteln als Konjunkturmaßnahme. Den Bürgervertretern wurde auch ein Mitspracherecht bei der Auswahl der zu beauftragenden Planer ("Architekten/Planer des Vertrauens") eingeräumt. Die Erarbeitung des Blockentwicklungskonzept für Haberkernshof wird eingebunden in den Planungsauftrag für den Teilbereich Östliche Wrangelstraße. (Freie Planungsgruppe Berlin, FPB)

Bereichsentwick-
lungsplanung

Diese Planung steht im Zusammenhang mit der Bereichsentwicklungsplanung für Kreuzberg als einer differenzierteren Entwicklungs- und Verfahrensplanung für kommunale Aktivitäten im Infrastrukturbereich und für den gezielten Einsatz von öffentlichen Mitteln im Wohnungsbau.

Neubelebung der
Diskussion zum
Sanierungsgebiet

Außerdem kann sie interpretiert werden als mögliche vorbereitende Untersuchung nach § 4,3 StBauFG. Dies läßt die Diskussion um die Erklärung von Teilbereichen in SO 36 zum Sanierungsgebiet wieder aufleben. Denn die Teilaufträge der Teilbereichsplanung (Bausubstanzuntersuchungen, Gewerbebefragungen, Sozialbefragungen) entsprechen den Untersuchungsbereichen nach

§ 4,3 StBauFG. Die Forderung der Bürgerseite zielt auf eine Integration der Gemeinwesenarbeit in die Teilbereichsplanung als notwendige Voraussetzung einer Beteiligung der Bewohner an einer Verbesserung ihrer Wohnverhältnisse.

These: Die zur Zeit in Kreuzberg SO 36 laufenden Planungen sind durch verschiedene Widerspruchsebenen gekennzeichnet:
Der gezielte Einsatz der im Rahmen der Konjunkturpolitik kurzfristig zu realisierenden baulichen Maßnahmen nach ZIP würde eine langfristige strukturpolitische und stadtentwicklungspolitische Gesamtstrategie voraussetzen. Die Erarbeitung einer solchen Gesamtstrategie setzt jedoch erst mit der baulichen Durchführung der ZIP-Einzelmaßnahmen ein.
Die übergeordneten, nicht vereinheitlichten, stadtentwicklungspolitischen, stadterneuerungspolitischen und bezirklichen Planungsziele für Kreuzberg SO 36 widersprechen dem Ziel der Strategien für Kreuzberg, eine Verbesserung der Lebensverhältnisse für die jetzt dort ansässige Bevölkerung zu erreichen. Dies führt zu konkreten Konflikten und Auseinandersetzungen um einzelne Planungsziele und Maßnahmen.
Die frühzeitige und kontinuierliche Information der Bewohner in den Beteiligungsgremien ermöglicht ihnen einen Eingriff in den Planungsprozess, bevor endgültige Entscheidungen gefällt werden. Der Senat wird durch den so erhöhten Legitimationsdruck einer begrenzten politischen Kontrolle unterworfen. Dies führt zwar zu Zugeständnissen in Verfahrensfragen in marginalen Maßnahmebereichen, jedoch nicht bei grundsätzlichen Interessenwidersprüchen.

Anmerkungen:

- (1) IFP 8/1; Bascón-Borgelt, C., Ganssaue, K., Nausester, E.: Fallstudiengebiet SO 36 Juni 1978, überarbeitet Juli 1979
- (2) Statistisches Landesamt Berlin: Ergebnisse der Volks-, Berufs- und Arbeitsstättenzählung am 27. Mai 1970, in: Berliner Statistik, Sonderheft 239, Berlin 1975 und Einwohnerregister, Stand 3.6.1977
- (3) Ebenda
- (4) Befragung von Bewohnern des Blocks 129, in: Hamidi-Far, Rahim: Probleme der Stadterneuerung - dargestellt am Beispiel Berlin-Kreuzberg im Gebiet um den Görlitzer Bahnhof, Diplomarbeit am IWOS TU Berlin, Berlin 1978 S.66 ff
- (5) Befragung von Bewohnern in den Haberkernblöcken, in: Stadterneuerung in Kreuzberg SO 36, Beispiel Haberkerns Hof, Projektbericht Teil I, WS 78/79, IWOS, TU Berlin 1979 S. 100 ff
- (6) Bascón-Borgelt C., Dörhöfer K., Ganssaue K.: Auswirkungen der Stadterneuerung auf die Lebensbedingungen der Frau in Kreuzberg SO 36, Forschungsantrag eingereicht bei der FU Berlin, Berlin 1979
- (7) Statistisches Landesamt Berlin: Ergebnisse der Volks- und Berufszählung in Berlin (West) am 27. Mai 1970, Bevölkerung und Erwerbstätigkeit in den Bezirken, Ortsteilen und statistischen Gebieten, in: Berliner Statistik, Sonderheft Nr. 218, Berlin 1974.
Die stat. Kategorie von Erwerbstätigkeit schließt auch jede Art von Teilzeiterwerbstätigkeit mit ein.
- (8) Statistisches Landesamt Berlin: a.a.o. Sonderheft 239
- (9) Ebenda
- (10) Statistisches Landesamt Berlin: Ergebnisse der Gebäude- und Wohnungszählung am 25. Oktober 1968, in: Berliner Statistik, Sonderheft 183, 1971 und Einwohnerregister, Stand 30.6.1977
- (11) Städtebauliche Bestandsaufnahme Sorauerstraße Kreuzberg, Studienarbeit am Lehrgebiet Städtebau, Prof. Ahrens, TU Berlin 1978, S.37
- (12) Ebenda S.35
- (13) Ebenda S.37
- (14) vgl.: Haffner et al., Standortgebundenheit von Gewerbebetrieben, Diplomarbeit am IWOS, TU Berlin, Berlin 1976

- (15) Programm für Zukunftsinvestitionen (ZIP), Presse und Informationsamt der Bundesregierung, Bulletin Nr. 33 Bonn 30.3.1977, S. 305
- (16) verwaltungsinterne Zielprojektion, in: unveröffentlichtes Arbeitspapier der Senatsbauverwaltung, Berlin 1978
Dieser Zielprojektion liegt zu Grunde:
vgl.: Räumliches Entwicklungsmodell 1, REM 1, Arbeitsgruppe Stadtplanung (AGS) im Auftrage des Senators für Bau- und Wohnungswesen, Berlin 1975
vgl.: DIW-Bevölkerungsprojektion, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) im Auftrag des Senators für Finanzen, Berlin 1975
- (17) Bereichsplanungsentwurf des Stadtplanungsamtes Kreuzberg, in: Der Senator für Bau- und Wohnungswesen, Strategien für Kreuzberg, Ausschreibungsbroschüre des Wettbewerbs, Berlin 1977, Plan Nr. 16
- (18) Der Senator für Bau- und Wohnungswesen, Strategien für Kreuzberg, Ausschreibungsbroschüre des Wettbewerbs, Berlin 1977
- (19) Ebenda S. 38
- (20) vgl.: Böttcher, E., u.a., Strategien für Kreuzberg, in: Arch + 37, Aachen 1978, S. 63 ff
- (21) vgl.: Senator für Bau- und Wohnungswesen, Abt. II c, Strategien für Kreuzberg, I. Verfahren und Projektergebnisse, Berlin 1978
- (22) Der Senator für Bau- und Wohnungswesen Abt. II c 1, Senatsvorlage Nr. 2925/78 Projekt Strategien für Kreuzberg, Berlin 7.12.1978, Senatsbeschluss vom 19.12.1978
- (23) eine genauere Beschreibung der Ziele der Aktivgruppen und der Probleme im Gebiet wird unter Punkt gegeben.
- (24) vgl.: Feye, C., Programm für Zukunftsinvestitionen, in: Senator für Bau- und Wohnungswesen (Herg.), Bauhandbuch 1978, Berlin 1978 S.23 ff
- (25) Senator Ristock auf einer Pressekonferenz im Rahmen des Strategienverfahrens, nach: Bodenspekulation verhindert demokratische Mitbestimmung, Die Wahrheit v. 11.6.1977
- (26) Beschluss der Projektkommission v. 19.1.1978
- (27) vgl.: Räumliches Entwicklungsmodell 1, REM 1, a.a.o
- (28) Freie Planungsgruppe Berlin, Aktivierung der Bevölkerung für die Erneuerung ihres Stadtteils - untersucht am Projekt Strategien Kreuzberg, Forschungsvorhaben im Auftrag des Bundesministeriums für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, Zwischenbericht Juli 1977, S.
- (29) vgl.: Verein SO 36, Arbeitspapier der Arbeitsgruppe "soziale Lage" im Verein SO 36, Berlin 12.1.1979

4.3.1.3 Problemorientierte Inventarisierung SO 36

Problemaufnahme
durch Aktivgrup-
penbefragung

1. Vorgehensweise

Die im vorangehenden vorwiegend anhand von Planungs-
unterlagen und Literaturlauswertungen vorgenommene Ge-
bietsbeschreibung wird im Folgenden ergänzt durch eine
problemorientierte Inventarisierung. Dabei werden die
Probleme nicht abgeleitet aus allgemeinen Fakten und
Daten, sondern den Äußerungen von bereits im Gebiet tä-
tigen Aktivgruppen entnommen.

Dabei wurde mit 17 von den zur Zeit in SO 36 aktiven
Gruppen (je nach Definition gibt es zwischen 60 und
100) Gespräche geführt:

Ausgewählt wurden die Gruppen, zu denen bereits aufgrund
der Aktivitäten der Forschungsmitglieder (1) Kontakte
bestanden oder von denen uns interessierte Kontaktpersonen
benannt wurden.

Die Beschränkung auf einige uns bekannte Aktivgruppen
begründete sich daraus, daß zum einen die Barrieren
der in letzter Zeit häufig befragten und zum Gegenstand
von Forschungsinteressen gewordenen Aktivgruppen so
leichter überwindbar werden, daß zum anderen dieser erste
Befragungsschritt zur Überprüfung unseres Gesprächs-
leitfadens dienen sollte.

Zusätzlich zu den Gesprächen wurden schriftliche
Selbstdarstellungen und Veröffentlichungen der Gruppen
ausgewertet. Ergänzende Informationen kamen von den
Mitgliedern der Forschungsgruppe, die in den Aktivgrup-
pen mitarbeiteten.

Auswertung:
Ziele und Struk-
tur der Gruppen

Die vorliegende vorläufige Auswertung der Befragung
unterteilt sich in zwei Abschnitte:

a) Beschreibung der Aktivgruppen, kategorisiert nach
der Form ihrer Institutionalisierung. Zusammenfassend
dargestellt werden Gründungsanlässe und -zeitpunkte,
Trägerschaften, Finanzierung, Initiatoren, Mitglieder,
Mitarbeiter, Arbeitsbereiche und Arbeitsweisen, Ziel-
und Besuchergruppen, Erfolge, Veränderungen und bisher
gesammelte Erfahrungen.

b) Darstellung der von den Aktivgruppen benannten Pro-
bleme, Zielvorstellungen und Forderungen. Zusammenge-
faßt dargestellt werden Probleme und Forderungen bezo-
gen auf

- Wohnung und Miete
- Wohnumfeld und soziale Dienstleistungen
- soziale Beziehungen, kulturelle und individuelle
Entwicklungsmöglichkeiten

Probleme und
Forderungen

(1) 4 Mitglieder der Forschungsgruppe arbeiten konti-
nuierlich in der BI SO 36 bzw. im Verein SO 36 mit.
Zu Treffpunkt und Beratung, Stadtteilzentrum und "Woh-
nen und Leben" bestehen über deren Kooperation mit der
BI SO 36 persönliche Kontakte. Ein weiteres Mitglied
der Forschungsgruppe hat häufige Arbeitskontakte zur
Medienoperative.

2. AKTIVGRUPPEN

2.1 Aktivgruppen mit staatlichen, kirchlichen und anderen öffentlichen Trägern

Hierunter fallen folgende Gruppen:

- Seniorenzentrum Kreuzberg, eine Einrichtung des Bezirksamts,
- Jugendfreizeitheim Reichenberger Straße, eine Einrichtung des Bezirksamts,
- Frauencafé der Ölberg- und Martha-Gemeinde, eine Einrichtung der evangelischen Kirche,
- "Treffpunkt und Beratung", eine Einrichtung des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbands,
- Kreuzberger Kinderhaus, eine Einrichtung des gleichen Verbands.

Gründungsanlaß,
Gründungszeitpunkt,
Träger und Finanzierung

Zur Gründung dieser Aktivgruppen haben nicht aktuelle Konflikte geführt. Ihre Institutionalisierung ist das Resultat kontinuierlich drängender Probleme wie Isolation, Vereinsamung, Verwahrlosung und Kriminalisierung. Es sind Probleme deren Bewältigung sich die Träger dieser Aktivgruppen - der Staat, die Kirchen, Wohlfahrtsverbände etc. - zur Aufgabe gemacht haben. Gründungsanlaß und -zeitpunkt sind häufig durch äußere Bedingungen bestimmt. Dies kann z.B. das Verfügen über Räume, Geld und Arbeitskräfte sein. So übernahm der Deutsche Paritätische Wohlfahrtsverband 1977 das Kreuzberger Kinderhaus aus der Trägerschaft einer Privatperson, da das Bezirksamt daran kein Interesse hatte. So geht die Einrichtung von "Treffpunkt und Beratung" 1974 auf eine Initiative des Senators für Familie, Jugend und Sport zurück, der die Konzeptionierung einer Familienberatungsstelle durch freie Träger ausschrieb.

Initiatoren/innen,
Mitarbeiter/innen,
Mitglieder

Die Institutionalisierung dieser Aktivgruppen ging folglich von den jeweiligen Trägern aus. Sie wurden nicht von privaten Initiatoren/innen gegründet; es sei denn, sie gehen auf das persönliche Engagement Einzelner in der staatlichen Verwaltung, in den kirchlichen Gemeinden bzw. in den sozialen Verbänden zurück. Ein Beispiel hierfür ist die Pastorin der Ölberg- und Martha-Gemeinde. Sie gründete auf Grund ihres sozialen und feministischen Engagements das Frauencafé.

Die Trägerschaft durch Staat, Kirche oder Wohlfahrtsverband bestimmt auch die personelle Ausstattung dieser Aktivgruppen. Da Geld zur Verfügung gestellt wird, sind in allen Gruppen bezahlte Mitarbeiter/innen tätig. Die Personalausstattung wird allerdings oft als zu gering beklagt; dies vor allem in speziellen Bereichen wie juristische, medizinische oder Ausländer/innen betreffende Fragen.

Oftmals werden Planstellen von mehreren Angestellten geteilt, es werden Teilzeitkräfte beschäftigt, es werden im Rahmen von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM-Programm) Mitarbeiter/innen beschäftigt. Ebenso werden oft Arbeits-

kräfte auf Honorarbasis oder als Praktikanten/innen angestellt. Weitere Arbeit wird durch ehrenamtliche, sozial und/oder politisch engagierte Mitarbeiter/innen geleistet.

Nur selten sind in diesen Gruppen Bewohner/innen des Gebiets aus eigener Betroffenheit aktiv - wie z.B. im Frauencafé, in dem unterdessen ein bis zwei Bewohnerinnen aus SO 36 aktive Mithilfe leisten.

Die angestellten Mitarbeiter/innen haben meist sozialwissenschaftliche oder pädagogische Ausbildungen. Experten oder Expertinnen werden, wenn möglich, hinzugezogen. So ist z.B. bei "Treffpunkt und Beratung" einmal im Monat ein Versicherungsexperte beratend tätig.

Mit Ausnahme des Frauencafés lassen sich Aussagen darüber, ob die Arbeit wesentlich von Frauen oder Männern geleistet wird, nur tendenziell treffen: Weitgehend als Sozial- oder Gemeinwesenarbeit zu definierende Tätigkeiten werden überwiegend von Frauen wahrgenommen.

Das Alter der Mitarbeiter/innen liegt zwischen 25 und 40 Jahren. Die ältere Generation beteiligt sich weniger an der Aktivgruppenarbeit.

Arbeitsbereiche, Arbeitsweisen

Die Arbeitsbereiche und Arbeitsweisen sind weniger durch die Trägerschaft bestimmt bzw. an deren Zielen orientiert. Sie orientieren sich viel mehr an den Problemen, die zur Einrichtung der Gruppen geführt haben und am Engagement der Mitarbeiter/innen und derjenigen, denen die Aktivitäten gelten.

Wenn man von "Treffpunkt und Beratung" absieht, richten sich die Maßnahmen der Aktivgruppen trotz der Unterschiedlichkeit der Zielgruppen gegen ähnliche Probleme wie Isolation, Vereinsamung und Verwahrlosung. Dementsprechend werden ähnliche Aktivitäten - gleich, ob sie alten Menschen, Jugendlichen, Kindern oder Frauen gelten - organisiert. Es handelt sich im einzelnen um folgende Aktivitäten:

- Näh-, Bastel-, Töpfer- und Tanzkurse,
- gemeinsames Musizieren, Fotografieren und Gestalten,
- Lehr- und Lernkurse zu aktuellen Fragen wie zu denen der Sexualität,
- gemeinsame Wochenenden und Reisen.

Damit liegt bei diesen Aktivgruppen der Schwerpunkt der Arbeit darauf, Angebote zu schaffen, die den Angehörigen der jeweiligen Zielgruppen Möglichkeiten geben, der Isolation zu entfliehen und ihre Probleme gemeinsam zu bewältigen (oder auch nur zu verdrängen).

Durch die spezifischen Probleme einzelner Zielgruppen bestimmen sich einige Arbeitsbereiche noch darüber hinaus. So überwiegend im Kreuzberger Kinderhaus schulbezogene Aktivitäten die gemeinsamen Freizeitaktivitäten. Zur Behebung von Leistungsschwächen der Kinder in der Schule werden gemeinsam Schularbeiten erledigt, und es werden Nachhilfestunden gegeben. Außerdem wurden zur Schaffung positiver emotionaler Beziehungen Schüler-Arbeitsgruppen eingerichtet.

Aktivitäten von
"Treffpunkt und
Beratung"

Wenn sich die eben beschriebenen Aktivgruppen vorwiegend um die Schaffung von Alternativangeboten zum bedrückenden Alltag bemühen, versucht die Gruppe "Treffpunkt und Beratung" den Bewohner/innen auch Informationen zu geben, die zur Veränderung ihrer Lebenssituation beitragen können und nicht nur "Fluchtmöglichkeiten" bieten. So berät sie die Bewohner/innen in der Weise, daß sie sich bei den Behörden besser auf ihre Rechte berufen können. Im einzelnen handelt es sich um folgende Aktivitäten:

- Beratungen bei Rechts-, Miet-, Renten-, Arbeitslosen-, Familien-, Schwangerschafts-, Erziehungs- und Imigrationsproblemen,
- Hilfe bei der Arbeits- und Wohnungssuche,
- Zurverfügungstellung von Räumen für Veranstaltungen zum Mieterschutzgesetz, zur ZIP-Modernisierung etc.

Entsprechend der anstehenden Probleme kooperiert die Gruppe mit anderen Aktivgruppen (z.B. BI SO 36, Verein SO 36).

Zielgruppen

Die Zielgruppen der hier besprochenen Aktivgruppen wurden bereits bei deren Initiierung deutlich. Außer "Treffpunkt und Beratung", deren Zielgruppen alle benachteiligten Bevölkerungsgruppen sind, handelt es sich jeweils um Menschen aus SO 36 wie

- alte Menschen,
- Jugendliche,
- Frauen und
- Kinder.

Unter diesen Menschen sollen die Angebote und Hilfen besonders jenen gelten, die von Problemen wie Einsamkeit, Vernachlässigung und Verwahrlosung am stärksten betroffen sind.

Die Einrichtungen werden wie folgt besucht:

- Seniorenzentrum: Überwiegend Frauen aus sozial-schwachen Schichten,
- Jugendfreizeitheim: Überwiegend (80%) ausländische Kinder und Jugendliche. Die ausländischen Jugendlichen sind fast ausschließlich männlich, die deutschen Jugendlichen sind fast ausschließlich weiblich.
- Frauencafé: Überwiegend nicht erwerbstätige deutsche Frauen, keine Ausländerinnen.
- "Treffpunkt und Beratung": Erwachsene aller Schichten und Altersgruppen (zwischen 20 und 60 Jahren), 80% kommen aus der direkten Umgebung, 20% sind Ausländer. Kinder kommen, wenn überhaupt, nur auf Drängen der Eltern, Verwandten und Lehrer/innen.

Es ist also auffällig, daß unter den alten Menschen vor allem Frauen aus ihrer Isolation herausdrängen, unter den Jugendlichen der weibliche Anteil gering ist, Ausländerinnen diese Institutionen offenbar nicht besuchen und gezielte Angebote vor allem von nicht-erwerbstätigen Frauen wahrgenommen werden.

Auffällig ist außerdem, daß Ausländer die Beratung stärker nachfragen, weniger jedoch die Angebote zur Freizeitgestaltung.

Ganz deutlich wird jedoch aus den Angaben die generell sehr hohe Besucherzahl, dies vor allem bei "Treffpunkt und Beratung": 60 bis 200 Besucher und Besucherinnen nehmen pro Monat ihre Angebote wahr und beweisen damit, daß sich in SO 36 die Probleme nicht nur ballen, sondern auch, daß die Bewohner und Bewohnerinnen sich aus eigener Kraft nicht wehren können und Beratung und Hilfe dringend benötigen.

Bereits die genannte hohe Nachfrage der Angebote kann als erfolgreiche Betätigung der Aktivgruppen interpretiert werden - legt man nicht allein das Kriterium der Problemballung zugrunde, sondern auch das der Überwindung der Hemmungen der Besucher und Besucherinnen, aus ihrer Isolation herauszutreten, ihre Probleme zu benennen. So konsolidieren sich einige Gruppen, z.B. im Jugendfreizeitheim, im Kinderhaus, im Frauencafé, ihre Besucher/innen gewinnen Vertrauen zueinander und kommen kontinuierlich. Ein spürbarer Erfolg ist deshalb gemessen an der jeweiligen Zielsetzung in Einzelfällen zu vermerken, wie z.B. die Anhebung des Selbstbewußtseins einiger Besucherinnen des Frauencafés bzw. des Leistungsniveaus in der Schule bei einigen durch das Kinderhaus betreuten Kindern und Jugendlichen. Sie haben eine starke Anhänglichkeit an die Betreuer/innen und untereinander entwickelt. Punktuell entstehen daraus auch selbstständige Aktivitäten - ein deutliches Zeichen des Erfolges, allerdings auch ein sehr seltenes.

Erfolge und
Mißerfolge,
Veränderungen,
Erfahrungen

Genereller werden die Erfahrungen gemacht, daß das Ziel der "Hilfe zur Selbsthilfe" nicht erreicht wird, die Mobilisierung der Bewohner/innen zur aktiven und gemeinsamen Abwehr ihrer Probleme als illusionär erscheint. Vor allem die Mitarbeiter/innen von "Treffpunkt und Beratung" nehmen wahr, daß die Besucher und Besucherinnen um die Beseitigung ihrer akuten, meist individuell gesehenen Probleme bemüht sind. Ist das gelungen, scheint weitere Aktivität nicht erforderlich, ist es mißlungen, versinken die Betroffenen oftmals in Resignation, erfahren ihre Ohnmacht und betrachten weitere Aktivitäten als hoffnungslos. So wird als bedrückend der Mißerfolg, das Versagen dieser Aktivgruppen im Kampf gegen die Einsamkeit der Bewohner/innen gesehen, auch wenn punktuell Hilfe geschaffen werden konnte.

Zusammenfassend lassen sich folgende Thesen formulieren:

Zusammenfassende Thesen

- Staatliche, kirchliche oder ähnlich getragene Aktivgruppen sind dafür eingesetzt, allgemeinere Probleme und Nöte zu lindern mit dem Ziel, existenzbedrohende Konflikte zu harmonisieren.
- Sie sind zwar finanziell gesichert, Räume und Arbeitskräfte stehen zur Verfügung, allerdings meist nicht ausreichend. Daß nur das Notwendigste getan wird, zeigt sich bereits an den Anstellungsverträgen der Mitarbeiter/innen, auf deren soziales Engagement gebaut wird.
- Die Abhängigkeit von den Trägern dieser Aktivgruppen bedeutet eine Beschränkung in den möglichen Aktivitäten, die sich im Rahmen der von den Trägern zugebilligten Spielräume bewegen müssen.
- Die Mitarbeiter/innen sind meist sehr engagiert und gehen in ihrer Arbeit auf, sind aber überlastet und können nur punktuell Hilfe leisten, Probleme nicht lösen.
- Die Arbeitsweisen und -bereiche (Angebote für gemeinsame Aktivitäten, meist im Freizeitbereich und Beratung in Vertragsfragen) dienen daher häufig eher zur Ablenkung von Problemen, nicht zu ihrer grundsätzlichen Beseitigung.
- Die Besucher und Besucherinnen stehen - und bleiben auch auf der passiven Seite, sie nehmen - wenn überhaupt - die Angebote wahr, ohne selbst aktiv zu werden.
- Gemessen an der Zielsetzung der Träger - der Harmonisierung von Konflikten durch Linderung der schlimmsten Probleme - sind diese Aktivgruppen erfolgreich, gemessen an der Zielsetzung der meisten ihrer Mitarbeiter/innen - der Aktivierung und Emanzipierung der Bewohner/innen - versagen sie.

2.2 Staatlich finanzierte Aktivgruppen im Vorfeld der Institutionalisierung

Dazu sind zu rechnen:

- Mieterladen Dresdener Straße
- Ausbildungswerk Kreuzberg e.V.
- Stadtteilzentrum e.V.
- Ausländerladen
- Verein SO 36 e.V.
- AG Haberkern im Verein SO 36

Gründungsanlaß,
Finanzierung

Die Eigenart der hier darzustellenden Gruppen - nämlich einerseits autonom zu sein in ihrer Arbeit, andererseits in den Einflußbereich der öffentlichen Hand zu geraten - ist auch an den Umständen ihrer Entstehung zu erkennen.

Vor dem Hintergrund schon manifester Benachteiligungen der Bewohner/innen in SO 36 (und dabei besonders

der Jugendlichen und der Ausländer) oder aktueller öffentlicher oder privater Maßnahmen, die die Lebensbedingungen noch weiter verschlechtern, waren modellhafte Ansätze der Verwaltung selbst, oder von ihr aufgegriffen (primär: Strategien für Kreuzberg), der auslösende Faktor für den Arbeitsbeginn dieser Gruppen.

Die Ausschreibung des Strategienwettbewerbs 1977 provozierte die Konkretisierung und Ausarbeitung einer beachtlichen Zahl von Zielvorstellungen, Arbeitsweisen und Organisationsformen zur Verbesserung der Lebensbedingungen, wobei von vielen Erstmitgliedern diese Vorschläge aus ihrer bisherigen Erfahrung, Arbeit und ihrem politischen Verständnis entwickelt werden konnten.

Der Wettbewerb endete mit der Auswahl einiger Gruppen (u.a. Ausbildungswerk, Stadtteilzentrum, Ausländerladen), die für begrenzte Zeit finanziert werden.

Aus der Projektkommission, ursprünglich als Jury des Verfahrens eingerichtet, wurde der Verein SO 36, der ebenfalls für begrenzte Zeit finanzielle Unterstützung erhält. Die Gruppe des Mieterladens bekam neuen Aufschwung durch eine im Rahmen des Städtebauförderungsgesetzes für Sanierungsgebiete vorgesehene Betroffenenvertretung, die diese Gruppe wegen ihrer bereits laufenden Arbeit übernehmen konnte. Raum, Strom u.ä. wird gestellt.

Initiatoren/innen,
Mitarbeiter/innen

Der initiierte Kern jeder Gruppe wurde erweitert nach den inhaltlichen Erfordernissen (das Ausbildungswerk braucht formell Befähigte zur Lehrlingsausbildung) oder wächst an aufgrund erfolgreicher Mobilisierung der Betroffenen.

Die Zahl der Mitarbeiter ist beim Ausbildungswerk entsprechend der Kontinuität der auf eine bestimmte Gruppe gerichteten Arbeit und unabhängig von der Aufnahmekapazität für arbeitslose Jugendliche ohne Schulabschluß konstant (8 Mitarbeiter/innen). Die Zahl der Mitarbeiter/innen oder Teilnehmer/innen der anderen Gruppen hängt ab von der Art der Aktionen und der Orientierung auf die Interessen der Bewohner/innen.

Verein: ca. 15-20 ständige Mitarbeiter/innen
und ca. 200 Mitglieder

Mieterladen: ca. 30 konstante Mitarbeiter/innen
ca. 20 Bewohner/innen, die bei Aktionen mitarbeiten

Stadtteilzentrum: 7 feste Mitarbeiter/innen
ca. 20 konstante Teilnehmer/innen

Ausländerladen: 6 feste Mitarbeiter/innen
Besucher/innen, wegen des großen Anteils an Beratungen wechselnd

Aus der Finanzierung durch das Bezirksamt oder den Senat werden von diesen noch keine Kontrollrechte im Sinne einer Dienstaufsicht abgeleitet.

Negativ könnte sich die kurze zeitliche Befristung der Projektfinanzierungen auswirken, denn unter diesen Umständen ist der Kampf um Fortsetzung oder Ausbau Teil der Arbeit, die nicht nur darum weitergefördert wird, weil sie gut gewesen ist.

Arbeitsbereiche, Arbeitsweise

Es gibt zwischen dem Ausbildungswerk und den anderen Gruppen den wesentlichen Unterschied der Gruppenarbeit gegenüber der 'offenen Arbeit' (auch wenn der Verein die Mitgliedschaft anbietet, schließt er doch Nichtmitglieder von der Arbeit aus).

Die Jugendlichen im Ausbildungswerk richten selbst ein Fabrikgebäude ein, um dort wohnen und einen Beruf erlernen zu können.

Über kontinuierliche und von dem Gruppenzusammenhang ausgehende Erfahrung, selbst etwas zu können, zu produktivem Tun fähig zu sein, wird auch die Fähigkeit des Einzelnen entwickelt, sich selbst zu bestimmen.

In diesem Punkt ist das Ausbildungswerk wiederum mit den anderen Gruppen vergleichbar, denn auch dort wird durch allmähliche Auflösung der Isolation jedes Einzelnen in immer neuen gemeinsamen Aktionen die Einsicht in die eigenen Möglichkeiten, an seinem Umfeld mitzuwirken, erfahren.

Es bleibt ein mühsamer Vorgang, langsam immer mehr Bewohner und Bewohnerinnen zu dem Versuch zu aktivieren, sich selbst zu bestimmen. Darum werden sowohl Hilfen zur Verbesserung individueller Notlagen (Beratung, Unterstützung gegenüber den Ämtern, Reproduktionsangebote) geleistet, als auch Informationen, Argumentationshilfen und theoretische Hintergründe zur inhaltlichen Auseinandersetzung vermittelt.

Grundsätzliche Anknüpfungspunkte bieten für den Verein und den Mieterladen die von diesen organisierten Bewohner- und Bewohnerinnenversammlungen

Die teilweise Einbindung des Vereins und des Mieterladens in Ausschüsse, die von Verwaltung und Betroffenen gebildet werden, wie Sanierungsbeirat, ZIP-Ausschuß oder Preisgericht "Görlitzer Bad", bedeutet zwar erweiterten Zugang zu Informationen, ob dabei jedoch die Betroffenenvertreter als Frühwarnsystem für die Verwaltung funktionalisiert werden oder ob sie in der Lage sind, ausreichend früh die Betroffenen von drohenden Entscheidungen in Kenntnis zu setzen, um sie zu mobilisieren, dies wird im Laufe der weiteren Arbeit untersucht werden müssen.

Weiter soll geklärt werden, ob durch Einbindung von Betroffenenvertretern in entscheidungsvorbereitende Ausschüsse nicht die Gefahr besteht, daß diese sich langsam zu Experten entwickeln, damit Gefahr laufen,

selbst angeblichen Sachzwängen aufzusitzen und damit die Möglichkeit, als Vertreter der Betroffenen zu fungieren, verlieren.

Zielgruppen,
Besuchergrup-
pen

Im Prinzip dienen die Anstrengungen aller Gruppen den Bewohnern des Gebietes, Ausnahme ist das Ausbildungswerk, in dem Jugendliche aus ganz Berlin mitarbeiten. Daneben werden schwerpunktmäßig im Stadtteilzentrum die Frauen und im Ausländerladen die Ausländer/innen in ihrer Eigeninitiative unterstützt.

Im Allgemeinen ist eine feste Stammgruppe vorhanden (im Mieterladen und der AG Haberkern überwiegend 30-40jährige Akademiker/innen oder Studenten und Studentinnen, der sich je nach persönlichen und äußeren Bedingungen weitere Bewohner und Bewohnerinnen anschließen).

Erfolge und
Mißerfolge,
Erfahrungen

Auch hier hat das Ausbildungswerk eine insofern besondere Lage, als relativ plötzlich die Fabrik, das Geld und die Jugendlichen da waren, und - ohne längere Vorbereitung - die Anforderungen der bisher in extremer Ausweglosigkeit befangenen Jugendlichen (ohne Schulabschluß und Arbeit) erfüllt werden mußten neben dem organisatorischen Aufbau des Projektes und der Steuerung des baulichen Ablaufes.

In den anderen Gruppen sind aufgrund der gemeinsamen Aktivität nachbarschaftliche Beziehungen entstanden und punktuelle Verbesserungen für Einzelne erreicht worden.

Daneben sind der Verwaltung und den "Parlamenten" Zugeständnisse im Planungsverfahren abgerungen worden, allerdings mit großem Aufwand an Einarbeitung in den Denk- und Organisationsrahmen der Behörden und der Baugesellschaften und mit der Gefahr für die dort tätigen Bewohner und Bewohnerinnen verbunden, sich von den anderen Bewohnern abzuheben und im Taktieren die Übersicht zu verlieren.

Eine Verzögerung des Verwaltungshandelns durch die Arbeit der Aktivgruppen hat in manchen Fällen zur Berücksichtigung von Interessen der Bewohner und Bewohnerinnen geführt, jedoch hat die Verwaltung auf der anderen Seite gelernt, flexibler auf Forderungen einzugehen und so einen Teil des Widerstandes zu unterlaufen.

Der große Arbeitsumfang der Aktivgruppen hat noch nicht zur Aktivierung der Mehrheit der Bewohner und Bewohnerinnen geführt (eine Hofbegründung des Vereins wurde nicht von den Bewohnern aufgegriffen und weitergeführt), der Zusammenschluß der Bewohner und Bewohnerinnen geht langsam voran. Der Beratungsbedarf steigt an.

Die Selbstversorgung z.B. durch Einbeziehung von Ärzten/innen und Rechtsanwälten/innen im Stadtteilzentrum scheiterte bisher an der Schwierigkeit, bereitwillige Ärzte/innen und Rechtsanwälte/innen zu finden.

Zusammenfassende
Thesen

Zusammenfassend lassen sich folgende Thesen formulieren:
- die staatlich finanzierten Aktivgruppen im Vorfeld der Institutionalisierung entstanden vor dem Hintergrund der Probleme und manifesten Benachteiligungen

- der Bewohner und Bewohnerinnen von SO 36. Auslösender Faktor war fast ausschließlich das Wettbewerbsverfahren Strategien für Kreuzberg.
- Die Initiatoren/innen entwickelten ihre Projekte und ihre Arbeit aus ihren bisherigen Erfahrungen und ihrem politischen Verständnis heraus. Sie wohnen meist nicht in SO 36. Die Finanzierung ist zeitlich begrenzt und mußte erkämpft werden.
 - durch die Arbeit konnten Bewohner und Bewohnerinnen von SO 36 aktiviert und zur Mitarbeit oder Teilnahme motiviert werden.
 - die Arbeitsansätze sind unterschiedlich: gemeinsam wohnen und lernen, Arbeitsgruppen, Beratung, Dienstleistungs- und Freizeitangebote. Ein leichtes Übergewicht haben jedoch die individuellen Hilfs- und Konsumangebote für die Bewohner und Bewohnerinnen von SO 36, was dem grundlegenden Ziel ihrer Aktivierung und Emanzipation entgegensteht.
 - die teilweise Zusammenarbeit mit Verwaltungen erzwingt Kompromissbereitschaft und birgt die Gefahr, sich von einer direkten Interessenvertretung der Bewohner und Bewohnerinnen zu entfernen und im Taktieren die Übersicht zu verlieren.
 - Isolation, Bildungsrückstände oder Sprachbarrieren können nur punktuell angegangen, aber nicht gelöst werden.

2.3 Selbstinitiierte, autonome Aktivgruppen

Hierzu zählen die Aktivgruppen:

- Bürgerinitiative SO 36 (BI SO 36)
- Mieterat Block 129
- Türkischer Frauenladen
- Fotowerkstatt Rotfilter
- Bildfang
- Medienoperative Berlin e.V.

Gründungsanlaß
und Zeitpunkt

Die Gründungsanlässe der autonomen, selbstinitiierten Aktivgruppen liegen nicht in einem spezifischen Problembereich, sondern sind breit gestreute Konflikte.

Die unmittelbaren Wohnungsprobleme führen vor allem dann zur Gründung von Aktivgruppen, wenn öffentliche Planungsmaßnahmen in diesen Bereich eingreifen, ohne die betroffenen Mieter ausreichend zu informieren und zu beteiligen. (BI SO 36, Mieterat Block 129).

Defizite im Wohnumfeldbereich, bei der Versorgung mit sozialer Infrastruktur oder auch familiäre und persönliche Probleme, mangelnde kulturelle und individuelle Entwicklungsmöglichkeiten spezifischer Bewohnergruppen bzw. mangelnde Informationsmöglichkeiten führen unabhängig von staatlichen Eingriffen in diese Lebensverhältnisse zur Gründung von Aktivgruppen.

Die Wohnbedingungen selbst sind eher individuell beeinflussbar (Mieterselbsthilfearbeiten), als die mangelnde infrastrukturelle Ausstattung, die zudem auch nicht so unmittelbar die Lebensbedingungen bestimmen. Dem Problem der unzureichenden individuellen Entwicklungsmöglichkeiten spezifischer Bevölkerungsgruppen und den Informationsdefiziten nehmen sich in der Regel nicht die Betroffenen selbst, sondern aktive Bewohner/innen des Gebietes aus politischem Engagement an.

Die Gründungszeiten der Aktivgruppen liegen zwischen 1976 und 1978.

Finanzierung

Die Gruppen finanzieren sich selbst über Mitgliedsbeiträge, punktuelle Spenden oder Sammelaktionen. (Ausnahmefall: Auftragsarbeiten bei der Medienoperative)

Initiatoren/
innen, Mitar-
beiter/innen,
Mitglieder

Initiatoren/innen der autonomen Aktivgruppen sind politisch engagierte, meist jüngere (20-35) Personen mit fachlichen und/oder problemspezifischen Erfahrungen und Qualifikationen. Viele, jedoch nicht alle von ihnen sind Bewohner/innen von SO 36.

Die (Gründungs-) Mitglieder der jeweiligen Aktivgruppen haben darüberhinaus noch spezifische Gemeinsamkeiten, wie z.B. aktive Bewohner/innen eines speziellen Blocks (Mierrat Block 129), feministischer Anspruch (türkischer Frauenladen), berufsbezogener politischer Anspruch (z.B. Medienoperative) oder gemeinsame Erfahrungen in der Auseinandersetzung mit der Verwaltung (z.B. Mitglieder der Projektkommission, die die BI SO 36 gründeten).

Die Anzahl der Mitglieder in allen Aktivgruppen schwankt, ihre Größe und damit auch ihr Gewicht als Aktivgruppe im Gebiet ist unterschiedlich. Die größte Aktivgruppe ist die BI SO 36 mit ca. 20 kontinuierlichen Mitarbeitern/innen und ca. ebensovielen zeitweilig oder sporadisch Beteiligten. Die restlichen Aktivgruppen haben 5-15 Mitglieder, 2 Gruppen arbeiten z.Zt. kaum oder garnicht (Bildfang, Mietererrat Block 129).

Ganz überwiegend sind die Mitglieder Bewohner von SO 36, allerdings mit in der Regel politischen und/oder fachlichen Vorerfahrungen und Engagement. Studenten und Akademiker (Architekten, Sozialwissenschaftler bzw. Sozialarbeiter, Juristen, Publizisten) Gewerkschaftler, Mitglieder politischer Gruppen oder Parteien (Jusos, Alternative Liste, SEW).

Arbeitsweise

Bestimmend für die Arbeitsweise der autonomen Aktivgruppen ist, daß die Mitglieder berufstätig sind oder studieren und die Arbeit in den Aktivgruppen in ihrer Freizeit leisten. Die Dringlichkeit der Probleme und der Anspruch Erfolge zu erzielen führen bei kontinuierlichen Mitarbeitern/innen oft zu Arbeitsüberlastungen. (Ausnahme: Medienoperative: der Kern lebt unter anderem von Auftragsarbeiten, z.B. Senatsauftrag Dokumentation des Strategieverfahrens).

Ein Teil der Aktivgruppen hat einen eigenen Laden bzw. Werkstatt, ein anderer Teil nutzt diese Räume mit (z.B. Mietererrat Block 129 bei Rotfilter). Dort finden regelmäßige für Interessierte offene Termine aller Mitglieder statt, bei denen anstehende Probleme, Arbeitsschritte und Aktionen besprochen werden, bzw. gemeinsam gearbeitet wird. Die größeren Aktivgruppen haben in der Regel zusätzliche Arbeitsgruppen bzw. Arbeitstreffen zu speziellen aktuellen oder auch langfristigen Problemen.

Die politische Arbeit der Aktivgruppen hat verschiedene Schwerpunkte, wobei nicht alle von allen Gruppen abgedeckt werden:

- soziale und rechtliche Beratung von Mietern/innen bei Wohnungs- und Modernisierungsproblemen (BI, Mietererrat); von Frauen bei Familien-, Arbeits- und Wohnungsproblemen (türkischer Frauenladen), Hilfe bei Behördengängen /-schriftverkehr, Instandsetzungsforderungen gegenüber Hauseigentümern (Mängellisten, Standardisierte Briefe);
- Initiierung, Organisation und Durchführung von Aktionen (z.B. Instand(be)setzung) Haus- oder Blockmieterversammlungen, Stadtteil- und Kinderfesten, informellen Treffen oder Frühstücke für interessierte Bewohner, Mieter, Frauen (Zielgruppen);
- die Öffentlichkeitsarbeit im Gebiet wird von allen Aktivgruppen über Flugblätter, Zeitung, Foto- und Filmdokumentationen, Broschüren etc. geleistet. Die Gruppe Bildfang produzierte die "Kreuzberger tönende Wochenschau", die in Keipen gezeigt wurde. Meist richten sie sich an alle

Bewohner/innen, bzw. an Bewohner/innen eines speziellen Blocks. Der türkische Frauenladen will eine spezielle Bevölkerungsgruppe ansprechen. Die Medien- und Fotogruppen machen schwerpunktmäßig Öffentlichkeitsarbeit.

- Zusammenarbeit mit anderen Aktivgruppen bzw. Unterstützung anderer Aktivgruppen bei konkreten Aktionen.
- zwei Aktivgruppen führen bzw. führten Volkshochschulkurse durch: Rotfilter zu politisch engagierter, gebietsbezogener Fotoarbeit, die BI SO 36 zur Bürgerbeteiligung angelehnt an die Strategien für Kreuzberg.

Zielgruppen, Besuchergruppen

Verallgemeinert richten sich die Aktivgruppen an alle Bewohner/innen, vor allem aus SO 36, oder auch an die eines einzelnen Blocks. Besonderes Gewicht haben die Mieter/innen, aber auch (türkische) Frauen oder Jugendliche. Darüberhinaus versucht die Medienoperative Lehrern/innen, Sozialarbeitern/innen und sonstigen "Multiplikatoren" Filmmaterial zur Unterstützung ihrer Arbeit z.B. in Kursen zu liefern.

Erfolge und Mißerfolge, Veränderungen und Erfahrungen

Über die Arbeit der Aktivgruppen selbst und ihre, wenn auch nur punktuelle Kooperation konnte einerseits das informelle Kommunikationsnetz verbessert werden. Dies ist eine wichtige Voraussetzung für breiter getragene politische Aktionen und Reaktionen auf Verwaltungshandeln oder Initiativen zur Verbesserung der Lebensbedingungen.

Über die von allen Aktivgruppen geleistete Öffentlichkeitsarbeit erreichen Informationen über das Gebiet, über Aktivitäten und Veranstaltungen, über Mißstände und Abwehrmöglichkeiten und -erfolge über die Aktivgruppen hinaus einen erheblich breiteren Kreis der Bewohner/innen von SO 36. Besondere Bedeutung hierfür hat der Süd-Ost Express, die Zeitung der BI SO 36, die seit 1 1/2 Jahren monatlich mit steigender Auflage erscheint. (z.Zt. 2.000/monatlich verkaufte Exemplare).

Die von einigen Gruppen geleistete individuelle Beratung und Hilfestellung entspricht dem Bedürfnis von Bewohnern/innen, mit drängenden Problemen. Hierbei genießen jedoch institutionalisierte Beratungsstellen oft mehr Vertrauen. Die über die Beratungstätigkeit hergestellten Kontakte zwischen der Bevölkerung und den Aktivgruppen bleibt jedoch punktuell, sie aktiviert kaum zu einer Mitarbeit in den Aktivgruppen.

Politische Aktionen, Versammlungen, Feste gehen zwar bestehende Probleme an, und machen sie öffentlich, die Erfolge sind jedoch nur punktuell und keineswegs Lösungen:

- Instand(ber)setzung: Die Mietverträge für die besetzten Wohnungen könnten erreicht werden, die Instandsetzung und Wiedervermietung leerstehender Wohnungen läuft kaum und schleppend.

- über Mängellisten konnte die Behebung einzelner grober Sicherheitsmängel nicht aber eine breite Instandsetzung der Häuser erreicht werden.
- Auf Mieterversammlungen konnte die Offenlegung zur Planung, die Information über Mieterrechte etc. nicht aber die Durchsetzung von Mieterinteressen erreicht werden.

Die Gründungsanlässe von Aktivgruppen, die unmittelbare Mieterarbeit leisten, zeigten, daß zu den schlechten Wohnverhältnissen staatliche Eingriffe bzw. Eingriffe seitens der Hauseigentümer (Abrisse, Modernisierungen) hinzukommen müssen, um eine direkte Betroffenheit und Aktivierung zu erzeugen.

Verlieren diese Anlässe an Aktualität (lange Planungszeiträume) bzw. arrangieren sich die Mieter z.B. mit Modernisierungen oder ziehen aus, läßt oft die schon geringe Beteiligung an den Aktivgruppen nach oder ihre Arbeit schläft zumindest zeitweilig ein. Mieterrat Block 129 arbeitet aus diesen Gründen seit April 1979 nicht mehr. Es entstehen parallel dazu neue Mietergruppen oder Mieterräte in anderen Teilgebieten (Block 145, rund ums Bethanien), wo zur Zeit solche Eingriffe stattfinden. Bei den Mediengruppen, deren Ziel politische Informationsarbeit im Gebiet ist, ist die Zahl der aktiven Mitglieder zurückgegangen. Teils wurden andere persönliche Ziele wichtiger (zusammen wohnen) oder die Betonung der politischen Ziele der Arbeit z.B. bei der Fotogruppe Rotfilter führte zum Rückzug, die mehr an einer Freizeitgestaltung interessiert war.

Zusammenfassend lassen sich folgende Thesen formulieren:

Zusammenfassende Thesen

- selbstinitiierte, autonome Aktivgruppen entstehen vor dem Hintergrund der breitgefächerten Probleme in SO 36. Auslösende Faktoren sind die Verschärfung von Problemen durch Eingriffe staatlicher Stellen oder der Hauseigentümer, oder das Aufgreifen von einzelnen Problemen durch politisch und fachlich engagierte Bewohner und Bewohnerinnen überwiegend aus SO 36;
- diese Aktivgruppen haben keine bezahlten Kräfte, sie finanzieren Räume und Materialien selbst, die Arbeit wird von den Mitgliedern in ihrer Freizeit geleistet;
- die Mitgliederstruktur entspricht nicht der Bevölkerungsstruktur von SO 36. Aktiv sind überwiegend jüngere Personen mit höherem Bildungsniveau und politischen Vorerfahrungen;
- die Arbeit ist eindeutig politisch motiviert. Sie umschließt zwar auch individuelle Beratung, zielt aber mehr auf die Aktivierung und Emanzipation weiterer Teile der Bevölkerung, um so konkrete Verbesserungen der Lebensbedingungen durch Hilfe zur Selbsthilfe und die Durchsetzung von Forderungen an staatliche Stellen und Hauseigentümer zu erreichen;
- die Kapazität der Arbeit ist begrenzt, die Verbreitung der Basis durch die "normale" Kreuzberger Bevölkerung gelingt kaum, die Erfolge politischer Aktionen sind marginal und brachten bisher keine breite

Verbesserung der Lebensbedingungen.

2.4. Einschätzung der Aktivgruppen

- Arbeitsweise** Die Entstehung und die Arbeit der Aktivgruppen ist geprägt von den dringenden Problemen der Bewohner und Bewohnerinnen von SO 36. Denn unabhängig von Trägerschaft und Finanzierung leisten nahezu alle Aktivgruppen individuelle Beratung und Hilfestellung zur Linderung aktueller Probleme und Nöte. Die Mitarbeiter/innen der Aktivgruppen ergänzen damit - teils bezahlt, teils in Mehrarbeit oder in ihrer Freizeit - die völlig unzureichende Sozialarbeit des Bezirksamtes. Der steigende Beratungsbedarf weist darauf hin, daß hier eigentlich noch viel mehr getan werden müßte.
- politische Ziele** Die politischen Zielsetzungen differieren. Den staatlichen, kirchlichen und sonstigen Trägern kann eine Harmonisierung über die Entschärfung von Problemen und Konflikten als politisches Ziel unterstellt werden. Die ganz überwiegende Zahl der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen in allen Aktivgruppen wollen aber neben einer verstärkten Subventionierung und höheren Investitionen des Staates im Bereich der Wohnungsversorgung und der Versorgung mit Einrichtungen der sozialen Infrastruktur eine Aktivierung und Emanzipation der Bewohner und Bewohnerinnen von SO 36 erreichen. Hierzu zählen alle Ansätze der Hilfe zur Selbsthilfe. Die Realisierung dieser politischen Zielsetzung ist bei der weit verbreiteten Hilflosigkeit, mangelnden Solidaritätserfahrungen und der Resignation der Bewohner und Bewohnerinnen äußerst schwierig, die Erfolge der Arbeit in dieser Richtung sind noch sehr dürftig.

3. Probleme, Zielsetzungen, Forderungen

Es lassen sich drei Bereiche abgrenzen, denen die Probleme im Gebiet schwerpunktmäßig zuzuordnen sind. Es handelt sich dabei um Probleme und Konflikte

- die im Zusammenhang mit dem jetzigen bzw. beabsichtigten Zustand der Wohnungen und der Entwicklung der Mieten als Folge von baulichen Eingriffen stehen
- die sich aus den Defiziten im Wohnumfeld und bei den sozialen Dienstleistungen ergeben
- die sich aus Benachteiligungen und Blockierungen im Bereich sozialer Beziehungen, kultureller und individueller Entwicklungsmöglichkeiten ableiten lassen

Die im Zusammenhang mit diesen Problemen entwickelten Zielvorstellungen und Forderungen überlagern diese drei Kategorien teilweise, weil Konflikte, die sich im letzten Bereich ergeben, durchaus zu Forderungen in einem der beiden ersten Bereiche führen können.

3.1 Wohnung und Miete

Die durch die verschiedensten Eingriffe von Hausbesitzern und planender Verwaltung verursachte Verschlechterung der Wohnsituation schlägt sich am direkt erfahrbaren nieder in der individuellen Wohnsituation, d.h. im baulichen Zustand und in der geforderten Miete.

Probleme:
Verfall der Gebäude
Leerstand von bewohnbaren Wohnungen

An dieser Problematik arbeiten schwerpunktmäßig der "Mieterladen Dresdenerstraße", "BI SO 36", "Mieterat Block 129", "AG Haberkern". Aus ihrer Sicht entstehen die Probleme für die Mieter durch den zunehmenden Verfall der Häuser, unterstützt durch gezieltes Leerstellenlassen von freigewordenen Wohnungen.

Dies mit dem Ziel, die Häuser zu entmieten, um die zur Zeit sehr umfangreich ausgeschütteten Modernisierungssubventionen (aus dem ZIP) möglichst problemlos in Anspruch nehmen zu können.

hoher Modernisierungsstandard
Abriß von Hinterhäusern
hoher Paaufwand
führen zur Verdrängung der Mieter

Da die Vergabe der ZIP-Mittel gebunden ist an einen relativ hohen Modernisierungsstandard, der eine durchgreifende Modernisierung erforderlich macht, bzw. mit der Forderung nach Abriß der Seitenflügel und Hinterhäuser verknüpft ist, wird jeder noch im Haus wohnende Mieter als Störfaktor empfunden. Außerdem fehlt es an akzeptablem Umsetzwohnraum, so daß jeder nicht "freiwillig" ausziehende Mieter zur Verzögerung der Modernisierungsdurchführung beiträgt.

Folge ist, daß die Mieter in Modernisierungsobjekten einem starken direkten und indirekten Auszugsdruck ausgesetzt sind.

Mieterhöhung nach
Modernisierung

Verstärkt noch durch Mietpreisfestsetzungen, die häufig eine Verdoppelung der Mietbelastung für die alten Mieter nach der Modernisierung zur Folge haben.

Aber auch in den noch nicht zur Modernisierung anstehenden Häusern nimmt der Druck auf die Mieter zu.

Spekulation auf Mo-
dernisierungsprogram-
me

Die Spekulation auf weitere Instandsetzungs- und Modernisierungsprogramme, so wie die gestiegenen Verkaufsaussichten auch völlig heruntergewirtschafteter Häuser, führen zu immer geringerer Instandsetzungsbereitschaft der häufiger wechselnden Hausbesitzer. Teilweise werden die Häuser bereits von auf Altbau-substanz spezialisierten Verwaltungen "gezielt" bewirtschaftet.

Unterlassung der
Wohnungsaufsichts-
pflicht

Gefördert wird dieser Verrottungsprozeß durch die nur zögernd wahrgenommene Aufsichtspflicht der Wohnungsaufsichtsämter.

Planungsunsicher-
heit verhindert
Selbsthilfe

Die bauliche Situation wird weiterhin dadurch verschlechtert, daß die Mieter aufgrund der herrschenden Planungsunsicherheit, selbst die notwendigsten Schönheitsreparaturen unterlassen. Die Bereitschaft in Selbsthilfe Verbesserungen vorzunehmen, nimmt deutlich ab, wird von den Hausbesitzern unterbunden.

Fluktuation deutscher
Mieter führt zum Zu-
zug ausländischer
Familien und Über-
belegung

Die immer noch starke Fluktuation, besonders bei den deutschen Mietern, führt dazu, daß die meist kleinen Wohnungen von Ausländern gemietet werden, die zwar größere Wohnungen suchen, aber an sie nicht vermietet werden. Folge ist, daß diese kleinen, schlecht instandgehaltenen Substandardwohnungen häufig auch noch überbelegt sind. Der schlechte Zustand der Häuser, die mangelnden Sanitäreinrichtungen, die Überbelegung der Wohnungen erhöhen nicht gerade die Bereitschaft der Mieter, einen eigenen Beitrag zur Sauberhaltung des Hauses zu leisten. In vielen Häusern werden auch die Hauswartstellen nicht mehr besetzt.

unhygienische Verhält-
nisse führen zur Ge-
sundheitsgefährdung

Die hygienischen Verhältnisse nehmen häufig Formen an, die besonders für die vielen Kinder eine starke Gefährdung ihrer Gesundheit bedeutet.

Wohnungsnot behindert
Widerstand der Mieter

Die Möglichkeiten der Bewohner, sich gegen diese Zustände zur Wehr zu setzen, sind mehrfach behindert. Sie verfügen meist nicht über ausreichende Kenntnisse der ihnen zustehenden Rechte. Sie haben Angst vor Kündigungen, weil bezahlbarer besser instandgehaltener Wohnraum für sie nicht zur Verfügung steht.

Mängellisten

Selbst wenn sie die Möglichkeit haben, Mängelanzeigen vorzunehmen, laufen sie Gefahr, daß ihre Wohnung gesperrt wird und sie vertrieben werden oder aber die Wohnungsaufsicht gesteht dem Hausbesitzer Ausnahmen von den Vorschriften zu, so daß sich nichts wesentliches ändert.

Hier wirken sich wohnungspolitische Zielsetzungen (Abriß oder aufwendige Modernisierung von Altbau-substanz) bis auf die unterste Ebene der Verwaltung aus.

Den wohnungspolitischen Zielsetzungen "Vernichtung von billigem Wohnraum" und "Anhebung des allgemeinen Mietniveaus" mit der Konsequenz, daß ein großer Teil der jetzigen Bewohner aus ihrem Quartier vertrieben werden, setzen die Aktivgruppen die Forderung entgegen "keine weitere Vertreibung der Mieter aus ihren Wohnungen", "Erhalt billigen Wohnraums", und "Instandsetzung und -haltung", "Differenzierte Modernisierung mit von den jetzigen Bewohnern bezahlbaren Mieten".

Forderungen:
bezahlte Mieterberatung durch Fachleute des Vertrauens

Um diese Forderungen zu unterstützen, wird "Mieterberatung durch von den Aktivgruppen kontrollierte Experten, bezahlt aus öffentlichen Mitteln" gefordert; begründet damit, daß es diese Beratung für Hausbesitzer bereits gibt und daß ohne eine partielle Unterstützung der Mieter, diese doch über kurz oder lang dem Druck weichen müssen, der auf sie durch Hausbesitzer und Verwaltung ausgeübt wird.

Instandsetzung und Wiedervermietung leerstehender Wohnungen

Auch die Forderung "leerstehende Wohnungen instandzuhalten und wieder zu vermieten", dient dem Ziel, gezielte Verschlechterung der Wohnsituation zu stoppen und die ungesetzlichen Entmietungspraktiken zu unterbinden.

Die Forderungen werden zur Zeit unterstützt durch die im Gebiet tätigen nicht-amtlichen Beratungsstellen bei "Treffpunkt und Beratung", "Stadtteilzentrum", "Wohnen und Leben".

Hinter diesen Forderungen steht die Erfahrung, daß nur durch kurz- und mittelfristig sichtbare positive Veränderungen der Exodus der jetzigen Bewohner eingeschränkt werden kann.

3.2 Wohnumfeld und soziale Dienstleistungen

Defizit sozialer Dienstleistungen

Ein erheblicher Anteil der in SO 36 bestehenden Probleme resultiert aus den gravierenden Defiziten im Bereich sozialer Dienstleistungen und der fehlenden Qualität des Wohnumfeldes. Die traditionelle Benachteiligung dieses Arbeiterviertels gegenüber anderen Stadtvierteln wird verschärft durch die zunehmenden Segregationserscheinungen infolge der beginnenden Stadterneuerung, sodaß die Lebensbedingungen der Bewohner in immer stärkerer Weise beeinträchtigt werden.

Vernachlässigung öffentlicher Infrastrukturinvestitionen

Der mangelnden Bereitschaft privater Investoren entspricht die Vernachlässigung öffentlicher Infrastrukturinvestitionen. Die notwendigsten Einrichtungen der Gesundheits-, Familien-, Kinder- und Säuglingsfürsorge fehlen. Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten, Beratungseinrichtungen, Freizeitangebote entsprechen nicht annähernd dem Bedarf. Die Einrichtungen der Nahversorgung reduzieren sich merkbar.

Defizite erhöhen die Reproduktionsarbeit der Frauen

Besonders Frauen in kinderreichen Familien, alleinstehende Mütter, Kinder, Jugendliche, Ausländer und Alte haben darunter zu leiden. Mütter haben keine Möglichkeiten, ihre Kinder betreuen zu lassen, was besonders bei berufstätigen zu Mehrfachbelastungen führt. Spielmöglichkeiten fehlen weitgehend, für Jugendliche existieren nur unzureichende Ausbildungs- und Freizeitangebote.

Beratungsstellen, die konkrete Hilfestellung leisten bei Renten- und Mietproblemen, bei Problemen am Arbeitsplatz, bei Arbeitslosigkeit, Erziehungs- und Familienproblemen, Rechtsfragen, Gesundheitsfürsorge und Schwangerenberatung fehlen weitgehend oder wegen langer Wege, bürokratischer Verhaltensweisen oder diskriminierender nicht in Anspruch genommen.

Starke Immissionen, fehlende Grünanlagen, Enge, unbeleuchtete und unbeleuchtete Straßenschluchten, leerstehende Läden, beschädigte Fassaden, Müllberge in den Hinterhöfen und Baulücken sind deutliche Zeichen des Verfalls und stellen dauernde physische und psychische Belastungen der Bewohner dar, die fast zwangsläufig zu Passivität, Resignation oder ungezielter Aggression führen.

Forderungen

Aus diesen Problemen leiten sich die Forderungen ab, die vor allem von den Mitarbeitern der allgemeinen Beratungsstellen (Treffpunkt und Beratung, Stadtteilzentrum, Wohnen und Leben) formuliert werden.

Forderungen nach sozialen Einrichtungen für Bevölkerungsgruppen

Es sind Forderungen nach Häusern für mißhandelte Frauen und Kinderschutzzentren, nach Treffpunkten für ungestörte Kommunikation zwischen Frauen, wohnungsnahen Krippenplätzen, Gemeinschaftswascheinrichtungen, Gemeinschaftsküchen und ambulanten Krankenstationen auf Blockebene, alten Handwerkszentren, größeren Veranstaltungsräumen.

Verbesserung der Kommunikationsmöglichkeiten

Diese Forderungen beziehen sich vor allem auf die Zielsetzung verbesserter Kommunikationsmöglichkeiten zwischen den Bewohnern und des verbesserten, erleichterten Zugangs zu Einrichtungen des sozialen Dienstleistungsbereiches.

Aus der allgemeinen Zielsetzung des Vereins SO 36, die Lebensbedingungen in SO 36 zu verbessern, leiten sich vor allem Forderungen nach mehr Erholungsflächen, verkehrsberuhigten Straßen, mehr und besser ausgestatteten Spielplätzen ab.

Verallgemeinernd läßt sich feststellen, die Ausstattung mit Infrastruktureinrichtungen hat sich bisher kaum dem durch die bereits weit fortgeschrittene Segregation verursachten Bedarf angepaßt und trägt damit selbst zur verstärkten Segregation bei.

3.3 Soziale Beziehungen, individuelle und kulturelle Entwicklungsmöglichkeiten

Aggressivität,
Diskriminierung,
Angst, Isolation,
Passivität,
Resignation

Charakteristisches Merkmal der bereits weit fortgeschrittenen Segregation in SO 36 sind die vielfach auftretenden Konflikte im Bereich sozialer Beziehungen. Aggressivität, Angst, Isolation, Diskriminierung, Resignation, Passivität behindern bzw. verhindern nicht nur die Kommunikation untereinander, sie bringen die Betroffenen auch meistens in die schlechtere Position in Verhandlungen mit denjenigen, die ihre Lebensbedingungen entscheidend beeinflussen. Damit sind sie in ganz spezifischer und doppelter Weise benachteiligt.

Konflikte
in der Familie,
am Arbeitsplatz,
mit Vermietern,
mit Behörden

Nach den Angaben von "Wohnen und Leben", Treffpunkt und Beratung, Stadtteilzentrum, Frauencafé, türkischer Frauenladen, Schreiberjugend, Kreuzberger Kinderhaus, Seniorenheim und Jugendfreizeithaus Reichenberger Straße treten Konflikte vor allem auf in den Familien selbst (Erziehungs- und Eheprobleme) und enden nicht selten mit Gewalttätigkeiten gegen Kinder und Frauen. Konflikte zwischen Mietern und Vermietern, am Arbeitsplatz, im Umgang mit Behörden (vor allem bei der Beantragung von Unterstützungsleistungen), im Zusammenhang mit Kaufgeschäften sind die häufigst genannten.

Schulausbildung,
Berufsqualifikation,
Weiterbildung

Von den mehr gruppenspezifisch orientierten Aktivgruppen werden als Probleme genannt vor allem die fehlenden Möglichkeiten qualifizierender Schul- und Berufsausbildung, insbesondere für ausländische Kinder und Jugendliche und die daraus resultierende hohe Arbeitslosenquote, Analphabetentum und mangelnde Deutschkenntnisse, besonders bei türkischen Frauen, fehlende Freizeit- und Weiterbildungsmöglichkeiten, die an den Fähigkeiten und Interessen der Bewohner orientiert sind.

Selbstbewußtsein,
Selbsthilfe,
Lernbedingungen

Stärkung des Selbstbewußtseins, Abbau der Isolation, Anregung zur Selbsthilfe, Verbesserung der Lernbedingungen sind die wesentlichen Zielvorstellungen, die von den im sozialen Bereich tätigen Aktivgruppen formuliert werden.

Neue Konzepte

Daraus abgeleitet, wird vor allem die Entwicklung und Erprobung neuer Konzepte zur Familienberatung, Schul-, Berufs- und Weiterbildung gefordert. Auf der konkreten Ebene bedeutet dies vor allem, die Bereitstellung öffentlicher Mittel zur Initiierung neuer bzw. Erweiterung bereits bestehender Ansätze.

Notwendigkeit
kurzfristiger
Verbesserungen

Da die Entwicklung neuer Konzepte im Regelfall nur mittel- und langfristig Veränderungen bringen, die Notlagen aber schon heute bestehen, bezieht sich ein Teil der Forderungen auf die kurzfristige Verbesserung der heute bestehenden Situation, wohlwissend, daß damit zunächst nur Symptome behandelt werden können, wie z.B. bei den Forderungen nach Zufluchtsorten für geschlagene Frauen und Kinderschutzzentren.

3.4 Einschätzung

ausschnittsweise erfaßte Probleme	Die obengenannten Probleme, Ziele und Forderungen der untersuchten Aktivgruppen spiegeln nur einen begrenzten Ausschnitt der tatsächlich vorhandenen schwierigen Lebensbedingungen der Bewohner in SO 36 wider. Die Vielfalt tagtäglich erfahrener Unterdrückung und Diskriminierung wird von vielen bereits als unabwendbares Schicksal erfahren, weil keine Möglichkeiten gesehen werden, dem zu entgehen.
Forderungen und Durchsetzbarkeit	Da Aktivgruppen jedoch im Regelfall nur Ziele verfolgen, die realisierbar erscheinen, werden die, für die zunächst keine absehbare Aussicht auf Lösung besteht, meist ausgeklammert. Das kann allerdings auch bedeuten, daß die Probleme teilweise entsprechend verkürzt betrachtet werden. Ähnlich verhält es sich mit den formulierten Forderungen. Nach unseren Erfahrungen werden diese den den Aktivgruppen jeweils zur Verfügung stehenden Möglichkeiten angepaßt und stark an ihrer Durchsetzbarkeit orientiert.
Adressaten	Die Hauptadressaten der Forderungen sind diejenigen, denen man unterstellt, sie könnten Einfluß nehmen auf Entscheidungen, die zu einer Verbesserung der Situation führen. Solange es sich um Hausbesitzer und Wohnungsbau-gesellschaften handelt, ist dies noch relativ eindeutig. Bei allen Forderungen an die Verwaltung (z.B. Senator für Bau- und Wohnungswesen, Senator für Jugend und Sport und Senator für Arbeit und Soziales und entsprechende Abteilungen des Bezirksamtes) ist die Entscheidungskompetenz dieser Stellen meist sehr viel unklarer. Forderungen an die Verwaltung beziehen sich in der Regel auf die extensive Auslegung der Vorschriften zu gunsten der Bewohner. Häufig werden jedoch der Verwaltung politische Entscheidungen abverlangt, die diese aufgrund ihrer Kompetenzen und Weisungsgebundenheit nicht fällen kann, die sie allerdings an politische Entscheidungsträger weiterreichen müßte (wie z.B. die Forderung nach Erhalt billigen Wohnraums, Begrenzung der Miethöhen, differenziertem Modernisierungsstandard).
Verwaltung und politische Entscheidungen	
Bewußtseinsbildung, Öffentlichkeitsarbeit, Kooperation der Aktivgruppen	Diese Forderungen direkt an die Politiker zu stellen, wird von vielen Aktivgruppen als wenig erfolgversprechend angesehen (wenn, dann überhaupt nur kurz vor der Wahl). So ist es zu verstehen, daß ein großer Teil der formulierten Forderungen zunächst ohne direkten Adressaten bleibt, über Flugblätter und Stadtteilzeitungen öffentlich gemacht wird, in der Hoffnung, so das allgemeine Bewußtsein zu beeinflussen und indirekt auch Druck auf die verantwortlichen Politiker auszuüben. Diesen allgemeinen Bewußtwerdungsprozeß zu unterstützen, ist eine der Zielsetzungen der im Medienbereich arbeitenden Gruppen. Es wird allerdings auch von diesen Gruppen erkannt, daß ihr Beitrag nur im Rahmen eines umfassenderen Ansatzes von Öffentlichkeits- und Kulturarbeit Erfolge bringen wird. Diese Einschätzung wird von vielen Aktivgruppen geteilt, die die Komplexität der sich teilweise gegenseitig bedingenden Benachteiligungen erkannt haben. Dies drückt sich aus in einer größer werdenden Bereitschaft der häufig sehr eingegrenzt arbeitenden Aktivgruppen, einen Teil ihrer Arbeitskraft auf

die Kooperation zwischen den Aktivgruppen zu verwenden.

Thesenhafte Zusammenfassung

Die genannten Probleme und Konflikte sind prinzipiell keine, die insbesondere nur im Untersuchungsgebiet anzutreffen sind. Sie werden aber insofern zu gebiets-spezifischen als die besondere Häufung einzelner Erscheinungen Teilprobleme potenziert und zu ihrer Kumulierung auf der baulich-räumlichen Erscheinungsebene führt.

Die aus den Problemen und Konflikten abgeleiteten Zielsetzungen und Forderungen der Aktivgruppen sind auf kurzfristig erreichbare Veränderung hin orientiert, da das längere Bestehen von Aktivgruppen abhängig ist davon, Erfolge im Bereich der angestrebten Verbesserungen vorzeigen zu können. Damit laufen die Aktivgruppen jedoch Gefahr, nur an den Symptomen anzusetzen, ohne dabei z.B. eine grundsätzliche Verbesserung der Wohnungsver-sorgung zu erreichen, evtl. diese sogar zu behindern.

4.3.1.4 Weiterarbeit an der Fallstudie SO 36

Im weiteren Verlauf der Fallstudie sind folgende Arbeiten zu leisten:

- Dokumentation des laufenden Planungsprozesses - Kontinuierliche Dokumentation der laufenden Planungen. Dazu gehören die bereits in Auftrag gegebenen Bereichs- und Teilbereichsplanungen sowie die zu Einzelfällen erarbeiteten städtebaulichen Gutachten. Ziel ist es, die im Untersuchungszeitraum gefällten Planungsentscheidungen unter der Fragestellung zu analysieren, welchen Einfluß die verschiedenen Aktivgruppen auf diese Entscheidungen ausgeübt haben.
- Befragung von Experten und Schlüsselpersonen - Kontrolluntersuchungen zu den Aktivgruppenbefragungen. Hierzu ist es notwendig, Befragungen von Experten, Schlüsselpersonen und vor Ort arbeitenden Verwaltungsstellen durchzuführen, um einschätzen zu können, wie vollständig die aus der Aktivgruppenbefragung abgeleitete problemorientierte Inventarisierung die Probleme und Konflikte der Bewohner widerspiegelt.
- Vervollständigung und Differenzierung der Aktivgruppenbefragung - Weiterarbeit an der Auswertung der Aktivgruppenbefragung. Hierbei sind vor allem die Abhängigkeiten zwischen Zielen/Forderungen und den entsprechenden Vorgehensweisen und Strategien der Aktivgruppen zu untersuchen, mit dem Ziel, Erfahrungen verfügbar zu machen für die Weiter- bzw. Neuentwicklung von Strategien zur effektiveren Beteiligung der Betroffenen an der Planung.
- Kooperation mit ausgewählten Aktivgruppen - Eingrenzung des Untersuchungsbereiches. Es ist zu klären, auf welche Probleme und welche Aktivgruppen die Forschungsgruppe ihre Arbeit vor Ort konzentriert, um mit einzelnen Aktivgruppen zu einer intensiveren Zusammenarbeit im Bereich der Strategienentwicklung zu kommen.
- Auswertung der Wettbewerbsbeiträge - Auswertung der gesamten Beiträge zum Wettbewerb "Strategien für Kreuzberg". Ziel dieser Arbeit ist, das Spektrum an Vorschlägen zu erweitern und für die verschiedenen Aktivgruppen verfügbar zu machen.
- Dokumentation der Entwicklung der prämierten Projekte - Beobachtung und Dokumentation der Projekte, die aus dem Strategien-Wettbewerb hervorgegangen sind. Es soll untersucht werden, welchen Einfluß die Wettbewerbsergebnisse auf die Lebensbedingungen der Bewohner in SO 36 ausgeübt haben und insbesondere, inwieweit sie zur Effektivierung der Betroffenenbeteiligung beigetragen haben.

5. ARBEITS- UND ZEITPLAN

Mit der bisherigen und weiteren Arbeit wird entsprechend den Möglichkeiten eines internationalen Vergleichsprojekts versucht, Erfahrungen der Betroffenenbeteiligung in London und Amsterdam auf vergleichbare Stadterneuerungsfälle in Berlin-West zu übertragen. Damit ergibt sich einerseits die Notwendigkeit der Informationsbeschaffung in den drei Ländern zur Situation der Stadterneuerung im allgemeinen und auf Stadtteilebene im besonderen. Andererseits ist in Berlin-West die Fallstudienarbeit weiterzutreiben. Dementsprechend ist mit einem Arbeits- und Zeitplan die Arbeit über die Situation in den drei Ländern einschließlich der Arbeit in dem bisherigen Fallstudiengebiet zu programmieren. Sie ist auf den folgenden drei Untersuchungsebenen vorzusehen:

- "Sozioökonomischer Bezugsrahmen"
- "Institutionalisierte Betroffenenbeteiligung"
- "Fallstudien"

Die von uns vorgesehene vierte Untersuchungsebene "Soziale Bewegungen" wird gegen Ende der Arbeit als Einordnung der Auseinandersetzungen auf Stadtteilebene in die allgemeinen politischen Auseinandersetzungen in den drei Ländern bearbeitet. Sie wird unseren Diskussionsbeitrag zu den internationalen theoretischen Erklärungsversuchen der "Krise der Städte" darstellen. Die letzten drei Monate der Arbeit haben wir der sorgfältigen Auswertung und Dokumentation unserer Arbeit vorbehalten.

Neben den Erfordernissen, die sich aus den inhaltlichen Zielsetzungen ergaben, waren bei der Aufstellung eines Arbeits- und Zeitplans folgende Bedingungen zu berücksichtigen:

- a) Dauer des als IFP geförderten Forschungszeitraums 40 Monate
- b) Personelle Kapazitäten der Forschungsgruppe
 - 2 vollzeitbeschäftigte wiss. Angestellte
 - 1 stud. Hilfskraft
 - 7 Forschungsanteile wiss. Assistenten
 - 1 Forschungsanteil des Hochschullehrers
- c) Möglichkeit der Vergabe von Werkverträgen
- d) Kooperation mit Forschungsgruppen der HdK-Berlin und der TH-Eindhoven (Förderung gesichert)
- e) Kooperation mit Forschungsgruppen der AA-London und der HfbK Hamburg (Förderung angestrebt)

Die nachfolgende Übersicht gibt Auskunft über die zeitliche Verteilung der von uns geplanten Arbeit bis zur Abgabe des Endberichts.

6. ZUR VERBINDUNG VON FORSCHUNG UND LEHRE

Da sich die Ideen und Fragen des Forschungsprojekts "Internationaler Vergleich der Stadterneuerung" aus der Arbeit in der Lehre entwickelt haben, wird hier zunächst auf die Inhalte und Formen der Lehre hingewiesen; im Anschluß daran wird auf die Notwendigkeit und den Nutzen von Forschung sowohl in Verbindung mit der Lehre als auch mit der Praxis eingegangen. Das wird an Hand von Beispielen näher erläutert. Zum Schluß wird - nach einer kritischen Einschätzung über die Grenzen und Möglichkeiten der Verbindung von Forschung und Lehre - ein Ausblick über die weiteren geplanten Lehrprojekte am IWOS dargestellt.

6.1 Inhalt, Ziel und Form der Lehre am IWOS

Am IWOS besteht noch die Möglichkeit, im projektorientierten Studium auszubilden. Allerdings müßten erhebliche Abstriche an die einst formulierten und erkämpften Postulate: Interdisziplinarität, Gruppenarbeit, problemorientierte Arbeit am konkreten, gesellschaftlichen Konfliktfall (forschendes Lernen) - gemacht werden. Übriggeblieben ist die problemorientierte Auseinandersetzung am konkreten Fall, einem Stadterneuerungsgebiet, ausgehend von der Situation der dort lebenden Menschen. Die Gebiete liegen meist in Berlin (West), aber auch in anderen Städten der Bundesrepublik Deutschland und im Ausland, z.B. Amsterdam und London. Auf die hochschulpolitischen Hintergründe der Einschränkungen des projektorientierten Studiums kann hier nicht eingegangen werden. Sie sind in der Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse, dem Anwachsen der Studentenzahlen, der Erschwerung der Lehr- und Studienbedingungen durch das Hochschulrahmengesetz, das Berliner Hochschulgesetz mit Regelstudienzeiten usw. zu suchen.

Die Studienprojekte am IWOS, die sich mit der Problematik der Stadterneuerung befassen, haben folgende Lernziele:

Die Studenten sollen lernen, wie in der Praxis Planung abläuft und in welchem ökonomischen und politischen Zusammenhang sie steht. Sie sollen sich mit den Instrumenten und den Arbeitsmethoden auseinandersetzen, deren Wirkungsweise vor dem Hintergrund der gesellschaftlichen Verhältnisse einordnen und die Tragweite des Eingriffs der Planung und ihrer Realisierung in die Lebensverhältnisse der betroffenen Menschen begreifen lernen. Ausbildungsziel ist es, daß sie als Studenten und später als Stadtplaner kritikfähig im Sinne der Bewohner handeln können.

Das soll sowohl durch analytische als auch durch konzeptionelle Arbeit erreicht werden: Die Analyse ist für die Erkenntnis über die Funktion und Widersprüchlichkeit von Planung und Planungsinstrumenten notwendig. Begriffen werden kann dieser komplexe Zusammenhang jedoch nur durch die eigene Erfahrung in der konzeptionellen Anwendung. Die für die Projektarbeit formulierte Parteilichkeit fand nach ausgiebiger Diskussion mit den Studenten schließlich ihren Niederschlag in dem Anspruch, mit Bürgerinitiativen im Gebiet zusammenzuar-

beiten und ihnen die Projektergebnisse zur Verfügung zu stellen.

6.2 Nutzen der Forschung für die Lehre

Da das Forschungsprojekt und die Lehre die gleiche Hauptfragestellung verfolgen - die Auswirkung der Stadterneuerung auf die Lebensverhältnisse der Bewohner und deren mögliche Einflußnahme auf bzw. Widerstand gegen die Planung -, bietet es den wissenschaftlichen Assistenten, die sowohl an der Forschung als auch an der Lehre beteiligt sind, die Möglichkeit, Fragen vertieft und differenzierter zu bearbeiten und in der Lehre anzubieten, als es bisher geschehen konnte. In ihrer Forschungstätigkeit werden auf der Ebene der Fallstudie im Rahmen der Problemaufnahme mehr und konkretere Daten erarbeitet; die Arbeit auf der Ebene der Determinantenanalyse bietet differenzierte und gründlich aufgearbeitete Grundlagen. Die Assistenten bringen die Ergebnisse dieser beiden Forschungsebenen in ihrer Wechselwirkung in die Lehre ein.

6.3 Wie wurde die Verbindung von Forschung und Lehre bisher gewährleistet?

Ausgangspunkt für das Forschungsprojekt sind die Fragen, die in den Lehrprojekten der vergangenen Jahre diskutiert wurden (s: "Übersicht über die Lehrprojekte.." Pkt. 5.5). In den mit der Forschung parallel laufenden Projekten wurde das Ziel der Verbindung von Forschung und Lehre bewußt und konkret in Angriff genommen (s. "Übersicht ...", Punkt 5.5).

Der wesentliche Ansatzpunkt bei der Verbindung von Forschung und Lehre liegt in der Methode der Aktionsforschung, hier im Rahmen der Fallstudie Berlin (West), Kreuzberg SO 36. Dadurch, daß einige Mitglieder des Forschungsprojekts in Aktivgruppen im Gebiet (Verein SO 36, Bürgerinitiative SO 36 und im Kinderladen) mitarbeiten, übernehmen sie zugleich mehrere Funktionen: Sie lehren, sie forschen, und sie nehmen kontinuierlich an den Aktivitäten im Fallstudiengebiet teil. Sie erfahren die Probleme hautnah im Gebiet, nehmen sie auf, formulieren Fragen sowohl an das Forschungs- als auch an das Lehrprojekt, wo sie bearbeitet und eingeschätzt werden. Die Ergebnisse fließen ins Gebiet, d.h., die Mitarbeiter diskutieren in den Aktivgruppen ebenso wie mit den Planern, die mit der Planung und Durchführung der Stadterneuerung vom Senat beauftragt sind. Die Forschungsergebnisse kommen auch der Lehre zugute.

Die Wechselwirkung dieser drei Arbeitsbereiche - Lehre, Forschung, Aktivgruppen - wird durch die wissenschaftlichen Assistenten im Forschungsprojekt realisiert. Die Projektergebnisse aus der Lehre werden sowohl der Forschung als auch den Aktivgruppen zur Verfügung gestellt; sie beinhalten bearbeitetes Material zu Teilbereichen des Fallstudiengebiets, weitere Fragen, aber auch Anregungen und Vorschläge für die Praxis. Aus der Arbeit der Projekte ergeben sich kontinuierliche Themen

für Diplomarbeiten über das Fallstudiengebiet Kreuzberg SO 36 oder ähnliche Gebiete mit Fragestellungen, die in das Forschungsprojekt eingebunden sind oder näheren Bezug dazu haben. Die Beobachtung und teilweise Mitarbeit einiger Studenten in den Aktivgruppen ermöglicht den Bezug zur Realität und daher größere Lernprozesse. Die in der Forschung erarbeiteten Erkenntnisse und Ergebnisse fließen in die Lehre in Form von Arbeitspapieren ein. Außerdem wurde eine regionalbezogene Bibliographie, Filmografie und ein Grundlagenpapier erstellt, mit denen in Forschung und Lehre gearbeitet wurde. Die Ergebnisse des Forschungsprojekts werden aber auch in die Diskussion mit den Aktivgruppen eingebracht. Da es sich hierbei letztlich um die Einschätzung und Erprobung von Strategien zur Verbesserung der Lebenssituation im Gebiet handelt, wurden die Forschungsergebnisse in diesen Diskussionen zunächst auf ihre Verwertbarkeit für die Aktivgruppen hin überprüft, die Forschungsfragen präzisiert und die Resultate konkretisiert. Die Mitarbeit in den Aktivgruppen ermöglicht die konkrete Erfahrung der Probleme im Gebiet und der sich daraus entwickelnden Forderungen und Aktionen. Sie bilden die praxisbezogene Grundlage für die Formulierung von Fragen an die Forschung und die Lehre. Diese Erfahrungen wirken sich positiv auf die Motivation, im Sinne der im Gebiet lebenden Menschen zu forschen, aus.

Beispiel 1

Studienprojekt: Stadterneuerung in Kreuzberg SO 36, Beispiel Haberkerns Hof (Entwicklung eines Blockkonzepts für die Bewohner) (1)

Der Zusammenhang mit dem aktuellen Planungsgeschehen, den Bewohneraktivitäten im Gebiet und dem Forschungsprojekt war durch die Assistentinnen gegeben, die neben den Lehr- und Forschungsverpflichtungen in der Bürgerinitiative SO 36 und dem Verein SO 36 in der Arbeitsgruppe Haberkern mitarbeiten. Der Bezug zur Berufspraxis wurde durch die Mitarbeit der Studenten an einer Befragung in den Haberkernblöcken ermöglicht, welche im Rahmen eines Planungsauftrags des Senators für Bau- und Wohnungswesen von der Freien Planungsgruppe Berlin (FPB) durchgeführt wurde. Während der Zusammenarbeit mit den Planern und dem Verein SO 36 konnten die Studenten die Grenzen und Möglichkeiten einer Planung erfahren, die die Anforderungen der Bewohner und deren Mitwirkungsbereitschaft zur Grundlage einer Verbesserung der Wohn- und Lebensverhältnisse in Kreuzberg SO 36 macht.

Die Auswertung wurde mit einer von der FPB unterschiedenen Zielrichtung vorgenommen. Es interessierten die Fragen, wer unter welchen Bedingungen im Haberkern wohnt und welche Probleme und Konflikte bestehen. Das Resultat ist eine Beschreibung der Wohnsituation einzelner Bevölkerungsgruppen, der Ausländer, Frauen, alten Menschen, Jugendlichen und kinderreichen Familien, angereichert mit Informationen sogenannter Schlüsselpersonen, das sind Sozialarbeiter, Vertreter von Aktivgruppen usw. Die dabei gemachten Erfahrungen, Lernprozesse und Ergebnisse kommen dem Forschungsprojekt zugute. Die aktiven Gruppen im Gebiet erhielten die im Projektbericht doku-

(1) vgl. Projektbericht WS 78/79, SS 79

mentierten Berichte, die dazu beitragen, den Informationsfluß der Gruppen untereinander zu erleichtern und die Reflexion über ihre eigene Tätigkeit anzuregen.

Beispiel 2

Studienprojekte: Innerstädtisches Wohnen - Stadtumbau, Fallstudie Kreuzberg SO 36 AG Block 129 und Stadterneuerung in Kreuzberg SO 36, Beispiel Block 129 (1)

In diesen beiden Projekten wurden die Planungsabsichten und der Stand der Planung analysiert mit dem Anspruch, das Material so aufzubereiten, daß es für die Bewohner verständlich und nachvollziehbar ist. Die Argumente der Bewohner zur Planung wurden aufgenommen, um dem Mieterat schlagkräftige Argumentationshilfen für die Erörterungsveranstaltungen zu liefern. Die Öffentlichkeitsarbeit des Mieterats konnte jedoch nur deshalb in dieser Weise unterstützt werden, weil die das Projekt betreuende Assistentin Mitglied der Bürgerinitiative SO 36 und des Mieterats ist und den Zusammenhang zwischen der Arbeit für die Initiativen und dem Projekt ständig herstellte. Auch hier fließt das Material in die Arbeit des Forschungsprojekts.

Beispiel 3

Ausstellung im Gebiet

Zwei Mitarbeiter des Forschungsprojekts bereiteten im Herbst 1978 gemeinsam mit Vertretern des Vereins SO 36 und des Deutschen Instituts für Urbanistik die Ausstellung "Selbsthilfe und Altbauerneuerung" vor, die den Kreuzberger Bewohnern als Information und Anregung gezeigt wurde. Der Inhalt wurde in den Lehrprojekten ausführlich diskutiert.

Beispiel 4

Wohnungspolitisches Seminar

In der Diskussion der Assistenten des IWOS zur Vorbereitung der Lehre wurde das Wohnungspolitische Seminar als kooperierendes Studienangebot zu den Kreuzbergprojekten entwickelt.

Beispiel 5:

AG Filme zu Reproduktionsbedingungen, Wohnungswesen und Stadtumbau
und Kurs Medien und Stadtumbau

Ziel dieser beiden Veranstaltungen war, die Studenten zu konfrontieren mit den Inhalten ihres Studiums, wie sie sich in den Medien Kino, Fernsehen bzw. oppositionelles Video darstellen. Die Lehrveranstaltungen waren unterschiedlich aufgebaut. Zum einen wurde eine Filmreihe konzipiert, die orientiert war an den zwei parallel laufenden Studienprojekten (s. Beispiel 1 und 2) behandelten Teilfragen, d.h., es wurden entsprechende gebietsspezifische Filme ge-

(1) vgl. Projektbericht WS 77/78, SS 78

zeigt, deren Diskussionen unmittelbar oder indirekt mit Verwendung finden konnten; zum anderen wurden Themen behandelt, die nicht mehr primär gebietsspezifisch, statt dessen unter einer Hauptfragenstellung flimisch behandelt vorlagen. Auch war es in der 2. Phase intendiert, daß Studenten über die die universitätsintern. Studienprojekte unterstützende Filmrezeptionen hinaus mit den gleichen Filmen in den Stadtteil gingen, um dort die Arbeit der Initiativen konkret zu unterstützen und dabei sich über die Rolle filmischer Medien in der Hand von Planern klar zu werden. Die Forschungstätigkeit des betreuenden Assistenten liegt unmittelbar im Bereich dieser Lehrveranstaltungen. Der erste Teil der Film-Materialanalyse, der in Form eines Arbeitspapiers vorliegt, wurde auf die Anforderungen der Studienprojekte und unseres Forschungsprojektes zugeschnitten. Der Rückfluß in das FNK-Forschungsprojekt durch inhaltliche Aufschlüsselung filmisch erfaßter Biografien von Bewohnern des Falluntersuchungsgebietes ist noch nicht geschehen. Die ständige Zusammenarbeit mit einer selbstorganisierten Mediengruppe und in Kooperation mit der Landeszentrale für politische Bildung wäre ein möglicher Schritt für die nächste Phase des Forschungsprojektes, der jedoch noch nicht abschließend diskutiert wurde.

6.4 Weitere Lehrprojekte

6.4.1 EG-Projekte

Im Rahmen des internationalen Vergleichs flossen die in früheren Lehrprojekten und Diplomarbeiten durchgeführten Fallstudien über Amsterdam und London in das Forschungsprojekt ein; bisher wurden jedoch keine weiteren internationalen Studienprojekte angeboten. Allerdings wurde im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft zusammen mit den fünf am Forschungsprojekt beteiligten Hochschulen ein Curriculum für ein gemeinsames Lehrprojekt für den Zeitraum von einem Jahr entwickelt, in dem im gegenseitigen Austausch die Bestimmungsfaktoren und Verfahrensweisen der Stadterneuerung der jeweiligen Länder vermittelt werden. Die Aktivitäten zur Verwirklichung des Projektes werden fortgeführt.

Die Durchführung eines zweiten Projektes mit dem Thema: "Institutionalisierte Formen von Betroffenenbeteiligung in der Stadterneuerung" wurde von den drei Hochschulen - TH Eindhoven, HfBK Hamburg und TU Berlin - vereinbart. Ziel ist es, Formen, Bedingungen und Möglichkeiten der Betroffenenbeteiligung in der Bundesrepublik Deutschland und den Niederlanden zu erarbeiten und - im gegenseitigen Austausch - den Studenten Fähigkeiten zur Einschätzung ihres Handelns in einer auf sie zukommenden Planungspraxis zu vermitteln.

6.4.2 Projekte im Wintersemester 79/80

Da die Mitglieder des Forschungsprojektes die Erfahrungen durch die oben beschriebene Arbeitsweise im Zusammenhang von Forschung und Lehre als positiv und gegenseitig befruchtend einschätzen, beabsichtigen die Assistenten für die kommenden Semester ähnlich zu verfahren. Folgende Projekte sind geplant:

- Auswirkungen der Stadterneuerung auf die Lebensbedingungen der Frauen in Kreuzberg SO 36 (Bascón-Borgelt)
- Stadtteilplanung und Wohnungsversorgung (Prof. Kennedy, Eichstädt-Bohlig, Kujath, Nausester)

Der zufriedenstellenden Verwirklichung dieser Projekte steht die zunehmende Verschlechterung der Arbeitsbedingungen im Mittelbau sowie der Abbau des projektorientiertem Studiums entgegen. Es besteht die Gefahr, daß durch die laufende Gesetzgebung die positiven Erfahrungen der Verbindung von Lehre und Forschung künftig unterbunden wird (Berliner Hochschulgesetz, RVO § 144).

Angesichts der auslaufenden Assistentenstellen und der Einstellung der neuen wissenschaftlichen Mitarbeiter ist anzuzweifeln, ob eine Fortführung des Projekts im oben beschriebenen Sinn unter den zukünftigen Arbeitsbedingungen noch möglich ist.

6.5 Übersicht über die Lehrprojekte, Diplomarbeiten und Papiere, die in Verbindung mit dem Forschungsprojekt stehen

Projekte, aus denen sich der Forschungsantrag entwickelte:

- . Sanierung Wedding I und II, 1975-1977 (Bascón-Borgelt, Ganssaage, Heise, Lüken)
- . Stadterneuerung Amsterdam, SS 78 (Korfmacher)
- . Stadterneuerung London, SS 77, WS 77/78 (Korfmacher)

Diplomarbeiten:

Kayser, S., Lüdcke, S., Zimdars, A., Zobel, J.:
Probleme der Stadterneuerung am Beispiel des Gebietes um den Görlitzer Bahnhof in Berlin Kreuzberg
WS 76/77

Breuer, I., Ferger, U., Kleimeier, U.:
Stadterneuerung unter dem Aspekt der Erhaltung der Nutzungsstruktur, untersucht am Beispiel von Berlin-Kreuzberg - Görlitzer Bahnhof SS 77

Haase, G., Wieseler, H.:
Auswirkungen der Stadterneuerungspraxis auf die Lebensbedingungen der Bewohner.
Eine vergleichende Analyse von ausgewählten Sanierungsprojekten in Berlin (West) und London
WS 77/78

Projekte, die parallel zum Forschungsprojekt laufen:

- . Innerstädtisches Wohnen - Stadtumbau, Fallstudie Kreuzberg SO 36
WS 77/78, SS 78 (Eichstädt-Bohlig, Hömberg, Lüken, Nausester) Oberstufe und Unterstufe
- . Stadterneuerung Kreuzberg SO 36, Beispiel Haberkerns Hof (Bascón-Borgelt, Ganssaage)

- . Stadterneuerung Kreuzberg SO 36, Beispiel Block 129 (Nausester) WS 78/79, SS 79
- . Wohnungspolitisches Seminar, WS 78/79 (Eichstätt-Bohlig, Kujath)
- . AG Filme zu Reproduktionsbedingungen, Wohnungswesen und Stadtumbau, WS 77/78, SS 78 (Lüken)
- . Kurs: Medien und Stadtumbau WS 78/79, SS 79 (Lüken)

Diplomarbeiten:

Krätke, S., Langwald, H.:
Altbaumodernisierung in Amsterdam
SS 78

Hamidi-Far, R.:
Probleme der Stadterneuerung. Dargestellt am Beispiel Berlin-Kreuzberg im Gebiet um den Görlitzer Bahnhof
WS 77/78

Kummer, L., Nikolaus, M.:
Alternative für Haberkern
WS 78/79

Christensen, M., Peiffer, R.:
Instandsetzung und Modernisierung von Mietshäusern hinsichtlich Kosten- und Energieeinsparung
WS 78/79

Forst, K., Maschmeier, K.-H., Spremberg, W.:
Wohnungsversorgung für kinderreiche Familien in Kreuzberg WS 78/79

Muda, H. und Wortmann, E.:
Auswirkungen von Stadterneuerungsmaßnahmen im Sanierungsgebiet Berlin Kreuzberg - Kottbusser Tor
WS 78/79

Noch nicht abgeschlossene Diplomarbeiten:

Gernandt, E., Höltken, W., Sommer, E.:
Probleme der Stadterneuerung für Ausländer am Beispiel Haberkern in Kreuzberg SO 36

Karbasi, A., Lubkoll, M.:
Strategien in Kreuzberg SO 36: Planungsabsichten und Modifikationsvorschläge zur Schulversorgung in einem erneuerungsbedürftigen innerstädtischen Quartier.

Arbeitspapiere des Forschungsprojekts, die in die Lehre einfließen:

- . Beschreibung der Arbeits- und Wohnbedingungen in Kreuzberg SO 36, 1978
- . Veränderungen, Umstrukturierungen und Resultate des bisherigen Stadterneuerungsprozesses in Kreuzberg SO 36, 1978
- . Heise, V.: Geschichtliche Einführung in die Probleme der Stadterneuerung in der Bundesrepublik Deutschland, unveröff. Manuskript, 1978

Papiere für Lehre und Forschung

- . Bascón-Borgelt, C., Ganssaage, K., Nausester, E.:
Materialien zur Stadterneuerung - Planungsrechtliche,
finanzierungstechnische und mietrechtliche Grund-
lagen der Altbaumodernisierung, Arbeitspapiere des
IWOS, Technische Universität Berlin, Mai 1979

Ausgewählte Bibliographie zur Stadterneuerung

Lüken, F.: Filmografie, Planen - Bauen - Wohnen
Berlin (West), Teil 1: Kreuzberg, Arbeitspapiere
des IWOS, Technische Universität Berlin,
Mai 1979

7. LITERATURVERZEICHNIS

7.1 Im Zwischenbericht genannte Literatur

Zu 2 Ziele, Ausgangshypothesen und Untersuchungsebenen

3.2 Strukturierung der Untersuchungsebenen

- Abels , H.: Alltagswirklichkeit und Situation. Neue Bezugspunkte soziologischer Forschung, in: Soziale Welt, Jahrgang 1975, Heft 4, S. 227 ff.
- Ausführungsvorschriften des Landes Berlin zum Städtebauförderungsgesetz - Abschnitt -V- Mitwirkung der Betroffenen vom 1. August 1979. Dienstblatt des Senats von Berlin, Teil VI, Bau- Wohnungswesen.
- Borghorst, H.: Bürgerbeteiligung in der Kommunal- und Regionalplanung. Eine kritische Problem- und Literaturanalyse. Leverkusen 1976.
- Bodenschatz, H. u.a. (Hrsgb.): Stadt, Planung und städtischer Konflikt. Aachen 1978 (Reihe: Basisurbanistik 4)
13. Bericht über Stadterneuerung: herausgegeben vom Senator für Bau- und Wohnungswesen, Berlin 1977, S. 21 ff.
- Brandt, G.. u.a.: Herrschaft, Klassenverhältnis, Schichtung. In: Adorno, T.W. (Hrsgb.) Spätkapitalismus oder Industriegesellschaft? Stuttgart 1969.
- Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau: Partizipation bei der Stadtplanung (Kommentierte Bibliographie), Bonn 1976.
- Castells, M.: Kampf in den Städten. Westberlin 1975.
- derselbe: Theoretical propositions for an experimental study of urban social movements.
- derselbe: Theory and ideology in urban sociology.
- derselbe: Is there an urban sociology? Alle drei in: Pickvance, C.G. (Hrsgb.) Urban sociology: Critical Essays London 1976.
- derselbe: The Urban Question. A Marxist Approach. London 1977.

- derselbe: Towards a Political Urban Sociology, in: Harloe, M. (ed.): Captive Cities Studies in Political Economy of Cities and Regions. Chichester, 1978.
- derselbe: City, Class and Power. London 1978.
- Castells, M./
Godard, F.: Monopolville, Paris 1974.
Siehe dazu auch die Rezensionen in: The International Journal of Urban and Regional Research, Vol. 1. Nr.1 1977, S. 162 ff.
- CDP (National
Community Develop-
ment Project):
1. Gilding the Ghetto. The state and the poverty experiments, London 1977.
 2. The Costs of Industrial Change. London 1977.
- Coing, H.: Stadtsanierung und soziale Veränderung. In: Herlyn, U. (Hrsgb.) Stadt- und Sozialstruktur München 1974.
- Cockburn, C.: The Local State. Management of Cities and People. Southhampton 1977.
- Deakin, N./
Ungerson, C.: Leaving London. Planned Mobility and the Inner City. London 1977.
- Fairweather, G.W.: Methods for experimental social innovation, London/New York 1967.
- Faßbinder, H.: Einleitung in: Castells, M.: Kampf in den Städten. Gesellschaftliche Widersprüche und politische Macht. Westberlin 1975.
- Friedrichs, J.: Stadtanalyse Hamburg/Reinbeck 1977.
- Gee, D.: Slum Clearance, London 1974, (Shelter)
- Gorz, A.: Ökologie und Politik. Hamburg 1976.
- Grüttner, M.: Wem die Stadt gehört. Stadtplanung und Stadtentwicklung in Hamburg 1965-1975, Hamburg 1976.
- Harloe, M. (Hrsgb.): Captive Cities. Studies in the Political Economy of Cities and Regions. London 1978.
- Helms, H.G.: Die Stadt - Medium der Ausbeutung. In: Helms, H.G., Janssen, J. (Hrsgb.) Kapitalistischer Städtebau. Neuwied u. Berlin, 1970.
- Herlyn, U.: Innenstadterneuerung und Beteiligung der Betroffenen. Ein Versuch in Göttingen. In: Lauritzen, L.: (Hrsgb.) Mehr Demokratie im Städtebau. Hannover 1972.
- Herlyn, U. u.a.: Sozialplanung und Stadterneuerung Stuttgart 1976.

- HdK, Berlin Forschungsprojektantrag,
Verfahren und Resultate der Stadt-
erneuerung in der Bundesrepublik
Deutschland, Großbritannien und
Holland.
- Häußermann, H./
Siebel, W.: Krise der Stadt - Krise der Stadt?
dieselben: Thesen zur Soziologie der Stadt,
beide in: Leviathan, Jahrgang 6
(1978), Heft 4.
- Kursbuch 51: Bürgerinitiative/Bürgerprotest -
eine neue Vierte Gewalt?, Frank-
furt 1977.
- Lambert, J., u.a.: Housing Polycy and the State.
Allocation, Access and Controll.
London 1978.
- Läpple, D.: Gesellschaftlicher Reproduktions-
prozeß und Stadtstrukturen. In:
Mayer, M. u.a., (Hrsgb.): Stadt-
krise und soziale Bewegungen.
Frankfurt/Main 1978. S. 23 ff.
- Mayer, M., u.a. (Hrsgb.) : Stadtkrise und soziale Bewe-
gungen. Texte zur internationalen
Entwicklung. Frankfurt/Main 1978.
- Mayer, M. u.a.: Einleitung. In: Mayer u.a. (Hrsgb.)
Stadtkrise und soziale Bewegungen.
a.a.O. S. 7 ff.
- Mayer-Tasch, P.C.: Die Bürgerinitiativbewegung.
Hamburg, Reinbeck, 1976.
- McKean, C.: Fight Blight - A practical guide
to the causes of urban dereliction
and what people can do about it.
London 1977.
- Mitscherlich, A.: Die Unwirklichkeit der Städte.
Frankfurt/Main 1970.
- Pickvance. C.G.: On the study of urban social move-
ment. In: derselbe (Hrsgb.)
Urban Sociology Critical Essays.
London 1976.
- derselbe: Marxist approaches to the study of
urban politics: divergences among
some recent French studies. In:
International Journal of Urban and
Regional Research. Vol. 1. No. 2
June 1977.
- derselbe: From "Social Base" to "Social Force"
Some Analytical Issues in the Study
of Urban Protest, in: Harloe, M.:
Captive Cities. a.a.O. S. 175 ff.
London 1978.
- Preteceille, E.: Equipements collectifs et consomma-
tion social. In: Journal of Urban
and Regional Research. Vol.1.No.1
March 1977.

- Rodriguez-Lores, J.: Alternative lokale Politik und soziale Bewegungen in Italien. In: Mayer, M. u.a. (Hrsgb.) a.a.O. S. 147 ff.
- Roth, J.: z.B. Frankfurt: Die Zerstörung einer Stadt. München 1975.
- Siebel, W.: Entwicklungstendenzen kommunaler Planung. Schriftenreihe "Städtebauliche Forschung" des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau. Bonn-Bad Godesberg 1974.
- derselb e: Zur soziologischen Kritik der Sanierung. In: Soziale Welt 28/1977. Heft 3, S. 382 ff.
- Städtebaubericht der Bundesregierung 1970. Bonn-Bad Godesberg 1972.
- Schlandt, J.: Stadterneuerung: Zerstörung und Verfall. In: Arch+ 31, 1976.
- Strategien für Kreuzberg, hrsg. vom Senator für Bau- und Wohnungswesen. Berlin 1977.
- Tessin, W.: Stadterneuerung und Umsetzung. Göttingen 1977 (Dissertation).
- derselbe: Stadtbau und Umsetzung, in: Leviathan 6/1978, Heft 4; S.501ff.
- T.H.Eindhoven: Forschungsprojektantrag vom 23.3.79: Internationaler Vergleich von Stadterneuerung (IVS), Arbeitsplan.
- Westphal, H.: Die Filterung - Theorie des Wohnungsmarktes und aktuelle Probleme der Wohnungspolitik. In: Leviathan, Jahrg. 6 (1978), Heft 4, S. 558 ff.
- derselbe: Wachstum und Verfall der Städte - Ansätze einer Theorie der Stadtsanierung. Frankfurt/Main, New York 1978.

Zu 3.1 Prinzipien der Aktionsforschung als methodische Vorgehensweise bei den Fallstudien

- Berger, H.: Untersuchungsmethoden und soziale Wirklichkeit, Frankfurt/Main 1974.
- Corrigan, P.: Community work and political struggle The possibilities of working on the Contradiction. In: Leonhard, P., (ed.): The Sociology of Community Action. Sociological Review Monograph 21, Keele 1975, S. 57 ff.

- CDP - The National
Community Development
Project: Inter Project Report, London 1974.
- Davies, J.: Whose Grass Roots? Citizens,
Councillors and Researchers.
In: Leonhard, P. (ed.):
The Sociology of Community Action
a.a.O., S. 75 ff.
- Dennis, N.: Community Action, Quasi-Community
Action and Anti-Community Action.
In: Leonhard, P.: The Sociology
of Community Action, a.a.O. S.93ff.
- Fachbereich Sozial-
pädagogik an der PH,
Berlin: Überlegungen zur Handlungsforschung
in: Haag, F., u.a. (Hrsgb.) Ak-
tionsforschung, a.a.O. S. 56 ff.
- Fuchs, W.: Empirische Sozialforschung als po-
litische Aktion, in: Soziale Welt
1970/71, Heft 1.
- Greeve, J.: Research and the Community. In:
Jones, D., Mayo, M. (ed.):
Community work Two, London 1975,
S. 163 ff.
- Haag, F.: Sozialforschung als Aktionsforschung
in: derselbe (Hrsgb.), Aktionsfor-
schung, a.a.O. S. 22 ff.
- Hatch, S. Fox, E.
Legg, C.: Research and Reform, Southwork
Community Development Project
1969-1972, London 1977.
- Himmelstrand, U.: Aktionsforschung und angewandte
Sozialwissenschaft: Wissenschaft-
licher Wert, praktische Anwendungsmö-
glichkeiten und Mißbräuche.
In: Moser, H., Ornauer, H., (Hrsgb.)
Internationale Aspekte der Aktions-
forschung, München 1978, S. 51, ff.
- Klüver, J., Krüger, H.: Aktionsforschung und soziolo-
gische Theorien, in: Haag, F., u.a.
(Hrsgb.) Aktionsforschung. For-
schungsstrategien, Forschungsfelder
und Forschungspläne, München 1975.
- Lambert, J. u.a.: Housing Policy and the State.
Allocation, Access and Control,
London 1978.
- Lees, R.: Research and Community work. In:
Jones, D., Mayo, M. (ed.):
Community work Two, London 1975,
S. 153 ff.
- Lewin, K.: Tat-Forschung und Minderheiten-Pro-
bleme, in: Die Lösung sozialer Kon-
flikte, Bad Nauheim 1953.

- Moser, H.: Aktionsforschung als kritische Theorie der Sozialwissenschaften, München 1974.
- Moser, H.: Praxis der Aktionsforschung. München 1977.
- Moser, H.: Methoden der Aktionsforschung. München 1977.
- Orlando Fal Borda: Über das Problem, wie man die Realität erforscht, um sie zu verändern, in: Moser, H., Ornauer, H. (Hrsgb.). Internationale Aspekte der Aktionsforschung. München 1978.
- Rose, H., Hanmer, J.: Community participation and social change. In: Jones, D., Mayo, M. (ed.) a.a.O. S. 24 ff.
- Smith, G.: Action-research: Experimental social administration? In: Lees, P., Smith, G.: Action-Research in Community Development, London 1975, S. 188 ff.

Zu 3.4 Zur Methode des internationalen Vergleichs

- Faludi, A./Hamnett, S.L.: The study of cooperative planning, Conference Paper, No. 13, Centre of Environmental Studies, London 1975.
- Friedrichs, J.: Grundlagen und Probleme des Vergleichs von Stadtentwicklungen, in: derselbe (Hrsgb.): Stadtentwicklungen in kapitalistischen und sozialistischen Ländern, Hamburg, Reinbek 1978.
- Himmelstrand, U.: Internationalization and Application: Extending the Reach of Survey Research, in: Szalai, A., Petrella, R. (Hrsgb.): Cross - National Comparative Survey Research: Theory and Practice S. 437 ff. Oxford 1977.
- Marsh, R.: Comparative Sociology, London 1969.
- Nowak, S.: The Strategy of Cross-National Survey Research for the Development of Social Theory, in: Szalai, A., Petrella, R. (Hrsgb.) a.a.O. S. 3 ff.
- Rokkan, S., Merrit, R.L.: Comparing Nations. New Haven 1966.

- Teune, H.: Analysis and Interpretation in Cross-National Survey Research, In: Szalai, A., Petrella, R. (Hrsgb.) a.a.O. S. 95 ff.
- Tipps, D.C.: Modernisations Theory and the Comparative Study of Society: A critical Perspective. In: Comparative Studies in Society and History. Vol.15, No. 2, March 1973.
- Zu 4.1.2 Bedingungen und Wirkungszusammenhang der Stadterneuerung in Berlin-West
- Der Senator für Bau- und Wohnungswesen: 1. bis 13. Stadterneuerungsbericht, Berlin 1964 bis 1978, zitiert als STERN-BERICHT.
- ders.: Informationen zur Modernisierung und Instandsetzung von Wohnungen, Berlin 1978.
- Bascon-Borgelt, C./ Ganssaage, K./Nausester, E.: Materialien zur Stadterneuerung, IWOS-Arbeitspapiere, TU-Berlin, 1979.
- Dörhöfer, K.: Erscheinungen und Determinanten staatlich gelenkter Wohnungsversorgung in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin 1978.
- Knipp, H.-J.: Kommt das III. Stadterneuerungsprogramm? In: Bauhandbuch 1978, Berlin 1978, S. 29 ff.
- ders.: Zur Problematik der Modernisierungsdurchführung in Sanierungsgebieten, in: Bauhandbuch 1976, Berlin 1976, S. 33 ff.
- ders.: Finanzierung Berliner Sanierungen, Vortrag gehalten im 28. Kurs des Instituts für Städtebau Berlin, Berlin 1969.
- Puppel, J.: Wohnungsbau in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin 1974.
- Riege, M.: Staatliche Wohnungsbaupolitik in der BRD, in: Korte, H. (Hrsg.): Soziologie der Stadt, München 1972, S. 77 ff.
- Ristock, H.: Der Senator für Bau- und Wohnungswesen informiert über Wohnungsbaupolitik, Berlin 1976.
- Schlandt, H.-J.: Die West-Berliner Gebietssanierungen, in: Petsch, J. (Hrsg.) Architektur und Städtebau im 20. Jahrhundert, Berlin 1974, S. 141 ff.

Statistisches Landesamt
Berlin: Zahlen zum Bau- und Wohnungswesen
in Berlin (West), 1950-1972.

Verband Berliner Wohn-
ungsbaugenossenschaf-
ten und -gesellschaften
e.V.: Jahresberichte seit 1971 bis
1977/78, zitiert als VERBAND...
oder BERICHTE...

Zu 4.1.3 Sozioökonomischer Bezugsrahmen der Stadt-
erneuerung in Großbritannien

- Bailey, R.: The homeless and the empty houses.
Harmondsworth, 1977.
- derselbe: Bed and Breakfast, London 1974,
(SHELTER).
- Brenner, M./
Ketelsen, H.: London. In: Friedrichs, J.: (Hrsgb.)
Stadtentwicklungen in kapitalisti-
schen und sozialistischen Ländern.
Reinbeck, Hamburg, 1978.
- Bulletin of the Con-
ference of Economist: The British Economy since March
1974. Vol. IV, No. 3, October 1975.
- dasselbe: The British Economy: May 1975 -
January 1976, Vol. V, No. 2,
October 1976.
- Bullock, P./
Yaffe, D.: Inflation, Crisis and the Post-
War Boom, in: Revolutionary
Communist. Vol. 3, No. 4, 1975.
- CDP (The National
Community Develop-
ment Project) (Hrsgb.): Foreward Plan 1975, London 1975.
- CDP, PEC: (The National Community Develop-
ment Project, Political Economy
Collective) (Hrsgb.): The poverty
of the improvement Programme
(Revised Edition), London 1977.
- Community Action: No. 29, 1977, No. 36, 1978, London.
- Davies, H.E.W.: The Inner City in Britain. Pro-
blems and Policies. University of
Reading, 1978 (maschinen-schrift-
liches Manuskript).
- Deakin, N./
Ungerson, C.: Beyond the ghetto. The Illusion of
Choice. In: Donnison, D., Everley,
D.: (Hrsgb.): London: Urban Pattern
Problems, and Policy, London 1973.

- DOE (Department of Environment) (Hrsgb.):
1. Policies for the Inner Cities, London, 1977 (a) (HMSO),
 2. Unequal City: Final Report of the Birmingham Inner Areas, Study London 1977 (b) (HMSO),
 3. Inner London: Policies for disposal and balance: Final Report of the Lambeth Inner Area Study, London 1977 (c) (HMSO),
 4. Change or Decay: Final Report of the Liverpool Inner Area Study. London 1977 (d) (HMSO).
- Gamble, A./Walton, P.: Capitalism in Crisis, Inflation and the State, London 1976.
- Gough, I.: State Expenditure in Advanced Capitalism, in: New Left Review, Vol. 6, No 92, July 1975.
- Goddard, J.B.: Office Location in Urban and Regional Development, Oxford 1975.
- GLC (Greater London Council): (Hrsgb.) Marshall Inquiry. Housing Facts and Figures. London 1978.
- Glynn, A., Sutcliffe, B.: British Capitalism, Workes and the Profit Squeeze, Harmondsworth 1972.
- Grief Report : On Homelessness, herausgegeben von Ruddock, I., Bailey, R., London 1974.
- Hall, J.M.: London: Metropolis and Region, Oxford 1976.
- Hammond, C.: Housing in London: The Continuing Crisis. Indicators of Housing Stress, London 1977.
- Harloe, M.: Will the Green Paper mean better Housing? In: Roof, Vol. 2, No.5. August 1977, S.139 ff.
- HMSO (Her Majesty's Stationary Officer) (Hrsgb.):
1. The Government's Expenditure Plan, London 1977, (a).
 2. The Attack on Inflation after 31.st. July 1977, London 1977(b).
 3. The Government's Expenditure Plan, London 1978.
- Holmes, C.: Housing in: Williams, F. (Hrsgb.) Why the Poor pay more?, London 1977.
- Holland, S.: There is an Alternative to the Cuts. In: Workers Control Bulletin 36. London 1977.

- Housing Policy: A consultative Document. Her Majesty's Stationery Office (HMSO), London 1977, Technical Volume Part I, II, III.
- Karn, V.: Inner city housing policy, In: Newsociety, Vol. 44, No. 814, May 1978, S. 301, ff.
- Kennedy, D./Kennedy, M. (Hrsgb.): The Inner City. Architects Year-book 14, London 1974.
- Kelly, F.,/Wintour, J.: The Housing Crisis Nationwide, published by Shelter, London 1977.
- Kingham, M.: Squatters in London. London 1977 (Shelter).
- Kirbey, A.: The inner City, Causes and Effects. Corbridge 1978.
- McDonnell, K.: Ideology, Crisis and the Cuts. In: Capital and Class, No. 4, London 1978.
- Paris, C.: The parallels are striking... crisis in the inner city? In: International Journal of Urban and Regional Research. Vol. 2, No.1 March 1978.
- derselbe: Housing Action Areas. In: Roof Vol. 2. No. 1, January 1977.
- Simpson, M.A., Lloyd, T.H. (Hrsgb.): Middle Class Housing in Britain, Newton Abbot 1977.
- Shelter, National Campaign for the Homeless: Housing Policy in the 1910's. London 1977.
- Stone, P.A.: Arbeitslosigkeit und Industriean-siedlung, in: Archiv für Kommunalwissenschaften, 17. Jahrgang, 1978, Bd. 2.
- Tilbe, D.: Homelessness and Empty Houses, London 1976 (SHELTER).
- Trevelyan, G.M.: Housing and Class in Britain, London 1978.
- Weir, S., Kilroy, B.: Is Londons housing shortage really over? In: Roof, Vol. 1, No.6, November 1976, S. 171 ff.
- Wintour, J.: Housing - A Guide for Local Action, London 1978, (maschinenschriftliches Manuskript).
- Wintour, J., Kelly, F.: The Housing Crisis Nationwide, London 1977, (SHELTER).
- Willmott, P.: (Hrsgb.): Sharing Inflation? Poverty Report 1976, London 1977.

- Willmott, P., Young, M.: Social Class and Geography,
in: Donnison, D., Everley, D.
(Hrsgb.): London: Urban Pattern,
Problems, and Polidy, London 1973.
- Woolley, T.: Housing Improvement, in: Archi-
tectural Design, Vol.: XLVI, No.8,
1976.

Zu 4.2.1 Formen der institutionalisierten Betroffenen-
beteiligung in Großbritannien

- Allison, L: Environmental Planning, London 1975.
- Campbell Report: Department of Environment (Hrsgb.):
Report of the Working Party on
Housing Co-operatives, London 1975.
- CDP: (The National Community Develop-
ment) (Hrsgb.): Limits of the Law
London 1977.
- Craig, M./ Hayhow, D
Phillips, M.: Streets ahead - Impression from
a survey of tenants' co-operatives.
London 1977.
- Cullingworth, J.B.: Essays on Housing Policy. The
British Scene. London 1979.
- Fagence, M.: Citizen Participation in Planning.
Oxford 1977.
- Haar, C.M.: Planning Law. Land Use in an Urban
Environment, in: Town Planning
Review Special, Vol. XXXII, No.3/4,
October 1961.
- Hill, D.M.: Participating in Local Affairs,
Harmondsworth 1970.
- derselbe: Democratic Theory and Local Govern-
ment, London 1974.
- Hands, J.: Housing Co-operatives, London 1975.
- Holloway Tenant Cooperative: Five years on. London
1977.
- Jones, J.R.: The Future of Development Plans.
in: Proceedings, Town and Country
Planning, Summer School, London
1965. (maschinenschriftliches
Manuskript)
- Jackson, J.N.: Planning Education and the Public.
In: Journal of the Town Planning
Institute, Vol. 50, No. 6, S.
231 ff.
- PAG: (Report of the Planning
Advisory Group)
The Future of Development Plans,
London 1965 (HMSO).
- Sandford, J.: Cathy come Home (Drehbuch eines
TV-Films), London 1966

- Shelter (Hrsgb.): Street by Street. North Islington Housing Rights Project. London 1977.
- Skeffington Report: People and Planning, London 1969. (HMSO)
- Sutherland, A.: Town Planning and the Public, in: International Social Science Journal, Vol. 18, No. 4. 1966.
- Town and Country Planning, Einleitung: Drawing Citizens into Planning, Vol. 7, No. 2, November 1964.
- Widdowson, B.: Blunt Power - Sharp Practice, London 1976, (SHELTER).
- Wilson, D.: I know it was the place's fault, London 1970.

Zu 4.2.2 Formen der institutionalisierten Betroffenenbeteiligung in den Niederlanden

- Raad van Advies voor de Ruimtelijke Ordening (RARO): Advies inzake het betrekken van de bevolking bij de vorming van het ruimtelijk beleid, 's Gravenhage, 1970
- Turpijn, W. und Veenema, H.: Bewonersparticipatie, Deventer, 1979
- Ontwerp van Wet op de Stadsvernieuwing, Tweede Kamer: Zitting 1975-1976, 13924, nr. 1-3
- Haberer, P.: De Buurtaapak, 's Gravenhage, 1978
- Priemus, H.: Bewonersinvloed en stadsvernieuwing, Delft, 1977

7.2 Arbeitspapiere des IFP 8/1

- Bascón- Borgelt, C., Ganssaue, K., Nausester, E.: Materialien zur Stadterneuerung - Planungsrechtliche, finanzierungstechnische und mietrechtliche Grundlagen der Altbaumodernisierung
- dieselben: Beschreibung der Arbeits- und Wohnbedingungen in Kreuzberg SO 36, unveröff. Arbeitspapier, TU Berlin, IWOS, 1978
- dieselben: Veränderungen, Umstrukturierungen und Resultate des bisherigen Stadterneuerungsprozesses in Kreuzberg SO 36, unveröff. Arbeitspapier, TU Berlin, IWOS, 1978

- Heise, V.: Geschichtliche Einführung in die Probleme der Stadterneuerung in der Bundesrepublik Deutschland, unveröff. Manuskript, TU Berlin, IWOS, 1978
- derselbe: Stadterneuerung in Berlin (West), unveröff. Arbeitspapier, TU Berlin, IWOS, 1978
- Korfmacher, J.: Stadterneuerung in England, Bedingungen, Verfahren und Maßnahmen, dargestellt an einzelnen Beispielen, TU Berlin, IWOS, 1978
- derselbe: Einige Aspekte der Aktionsforschung, unveröff. Arbeitspapier, TU Berlin, IWOS 1978
- Lüken, F.: Filmografie, Planen - Bauen - Wohnen, Berlin (West), Teil 1: Kreuzberg, TU Berlin, IWOS, 1979

8. Drittmittelbeantragungen des IFP 8/1

Aus der bisherigen Arbeit entwickelten sich eine Reihe von Fragestellungen, die zwar als wichtig für die Gesamtarbeit eingeschätzt wurden, aber aufgrund der zur Zeit vorhandenen Kapazitäten nicht vertieft bearbeitet werden konnten.

Es wurden deshalb verschiedene Anträge auf Drittmittelförderung gestellt:

8.1 Folgendes Projekt wurde im Förderungsprogramm der Freien Universität Berlin für junge Wissenschaftler im Bereich Berlin dienlicher Forschung gefördert:

Auswirkungen der Stadterneuerung auf die Lebensbedingungen der Frauen in Berlin-Kreuzberg (SO 36)

Beginn: 15.7.79

Antragstellerinnen: Christiane Bascón-Borgelt
Karin Ganssaugé
Kerstin Dörhöfer.

Gegenstand des Projektes ist es, am Fallstudiengebiet Berlin-Kreuzberg (SO 36) die konkrete Situation von Frauen in einem Stadterneuerungsgebiet und ihre Veränderung durch die Planungsmaßnahmen zu erforschen und mit Hilfe der Analyse der Determinanten dieser Situation einerseits, der Planungsmaßnahmen andererseits Vorschläge zur Verbesserung der Lebensbedingungen von Frauen in Berliner Altbaugebieten zu entwickeln.

Im Mittelpunkt der Untersuchung stehen die Fragen nach den Lebensbedingungen der Frauen im Altbaugebiet, wie sie die Last der Reproduktionsarbeit neben ihrer eigenen Erwerbstätigkeit bewältigen, welche positiven und negativen Auswirkungen der Stadterneuerungsprozeß auf ihren Reproduktionsbereich hat oder haben kann, wo und wie es Möglichkeiten des Eingriffs gibt, ob und welche Strategien von den Frauen selbst entwickelt werden.

Die Ergebnisse dieser Untersuchungen sollen dazu dienen, nach der Analyse der Determinanten dieser Situation mögliche Strategien zur Verbesserung der Lebensbedingungen zu entwickeln, sie auf ihre Durchsetzbarkeit hin zu überprüfen, konkrete Aussagen und Empfehlungen zur Stadterneuerung von Altbaugebieten für die plandende Verwaltung zu liefern bzw. den Bewohnerinnen im Gebiet selbst ebenso wie den aktiven Gruppen Unterstützung zur Artikulation und Durchsetzung ihrer Interessen zu leisten.

8.2 Für folgendes Projekt wird zur Zeit ein Antrag formuliert:

Strategien zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Frauen in Stadterneuerungsgebieten in London, Amsterdam und Berlin (West)

Antragstellerinnen: Susanne Back
Christiane Bascón-Borgelt
Karin Ganssaugé

Ausgangspunkt des beabsichtigten Forschungsprojektes sind die Lebensbedingungen von Frauen in Stadterneuerungsgebieten und deren Veränderung durch Stadterneuerungsmaßnahmen. Ziel ist, Strategien zur Verbesserung ihrer Lebensbedingungen über vorhandene Ansätze hinaus zu erforschen, einzuschätzen und weiter zu entwickeln.

Im internationalen Vergleich mit den Städten London, Amsterdam und Berlin (West) soll geklärt werden, ob und welche Strategien zur Verbesserung der Lebensbedingungen von Frauen auf konkrete Stadterneuerungsfälle in Berlin (West) übertragen werden können.

Im Rahmen dieses Vorhabens werden vor dem Hintergrund der Determinantenanalyse sowohl der Stadterneuerung als auch der Situation der Frauen in London und Amsterdam Ansätze und Strategien zur Verbesserung der Lebensbedingungen auf den baulich-räumlichen Ebenen: Wohnung, Haus, Wohngebiet und den organisatorisch-politischen Ebenen: planende Verwaltung, institutionalisierte Betroffenenbeteiligung und Selbstorganisation von Frauen analysiert.

Erfahrungen und Strategien, die sich aus den beiden Städten übertragen zu lassen scheinen, sollen unter Einbeziehung der besonderen Bedingungen der konkreten Situation verändert und im Rahmen von bestehenden Aktivitäten am Fall Kreuzberg SO 36 erprobt, weiterentwickelt und eingeschätzt werden.

8.3 Als mögliche Beiträge des IFP 8/1 zur Internationalen Bauausstellung Berlin 1984 wurden folgende von uns beabsichtigte Forschungsprojekte der IBA-Geschäftsleitung eingereicht:

Wirkungsanalyse von Finanzierungsmodalitäten der Altbaumodernisierung auf die Mietpreisbildung und die soziale Lage der betroffenen Bewohner

Ausgangspunkt der beabsichtigten Untersuchung sind die folgenden zur Zeit in Berlin praktizierten Finanzierungsmodelle:

1. Finanzierung nach dem Modell des freifinanzierten Wohnungsbaus;
2. Finanzierung nach dem Modell des öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbaus;
3. Finanzierung nach Modernisierungs- und Instandsetzungskonjunkturprogrammen mit Sonderprogrammen des Bundes und der Länder;
4. Finanzierung nach dem Modell des Wohnungsmodernisierungsgesetzes;
5. Finanzierung nach dem Zukunftsinvestitionsprogramm (ZIP);
6. steuerliche Vergünstigung;
7. Finanzierung nach Eigentümer und Genossenschafts- sowie Mietkaufmodellen.

Ziel der Untersuchung ist es, die unterschiedlichen Finanzierungsmöglichkeiten in ihren Wirkungen auf die Mietpreisentwicklung und die soziale Betroffenheit der Bewohner zu untersuchen. Dazu soll empirisch ermittelt werden, welche Bauherren (private Hausbesitzer, die selbst im Haus wohnen, Wohnungsbaugesellschaften privater und öffentlicher Form, Wohnungsgenossenschaften etc.) in signifikanter Weise entsprechend ihrem Wohnungsbesitz nach Alter und Ausstattung differenziert, welche Formen der Finanzierung von Modernisierungsmaßnahmen präferieren und wie sich die Mietpreisbildung und soziale Lage der Bewohner verändert hat. Außerdem sollen die Bedürfnisse und Möglichkeiten der Mitbestimmung über den Umfang der geplanten Modernisierungstätigkeiten untersucht werden, die die betroffenen Mieter haben. Erarbeitet werden soll eine Matrix von Wirkungszusammenhängen zwischen Finanzierungsarten, Interessen der Bauherren, Bedürfnissen der Bewohner und Resultate für die Mietpreisbildung.

Institutionalisierte Betroffenenbeteiligung

Die im Rahmen dieses Forschungsprojektes zu klärende Fragestellung geht aus von den unterschiedlichen Formen institutionalisierter Betroffenenbeteiligung in den drei Vergleichsländern. Es soll untersucht werden, in welchem Umfang die Bewohner im Rahmen institutionalisierter Modelle Einfluß nehmen können auf den tatsächlich ablaufenden Stadterneuerungsprozeß.

Dabei ist zu klären, in welcher Intensität die Betroffenen die ihnen im Rahmen der verschiedenen Verfahren zugestandenen Rechte wahrnehmen, inwieweit diese Möglichkeiten zu einer Aktionierung der Betroffenen beitragen und ob im Rahmen dieser Verfahren tatsächlich Verbesserungen der meist sehr schlechten Lebensbedingungen für die Bewohner erreicht wurden.

Es wird erwartet, daß die Untersuchung besonders für die Diskussion in Berlin neue Erkenntnisse erbringen wird.

Förderung der Betroffenenbeteiligung durch Expertenberatung für die Betroffenen

Ausgangsthese dieses beabsichtigten Modellversuchs ist die Annahme, daß die Bewohner von Stadterneuerungsgeboten durch die Unterstützung von für sie Partei ergreifenden Experten stärkeren Einfluß auf den Stadterneuerungsprozess nehmen können.

Erfahrungen aus Holland (Landelijk Ombudsteam Stadsvernieuwing (LOS) und Bouwkundig Adviesbureau voor Buurtbewoners (BAR) und England (SUPPORT und SHELTER) bestätigen diese Ausgangsthese.

Es ist daher beabsichtigt, in SO 36 einen Modellversuch zu beginnen, im Rahmen dessen eine Expertengruppe unter Anleitung von erfahrenen Kollegen aus England oder Holland direkt für die Bewohner im Gebiet arbeitet.

Diese Experten des Vertrauens haben die Aufgabe, mit den Bewohnern zusammen vorliegende Planungen in Hinsicht auf die Konsequenzen für die Bewohner zu diskutieren, alternative Vorschläge mit ihnen zusammen zu erarbeiten und sie bei der Durchsetzung zu unterstützen. Es wird erwartet, daß sich aus den Erfahrungen dieses Modellversuches Erkenntnisse für ein verbessertes Konzept zur Öffentlichkeitsarbeit gewinnen lassen.

Kommunalisierung der Wohnungsversorgung

Ausgangspunkt der beabsichtigten Untersuchung ist das von staatlichen Institutionen in England, Holland und der Bundesrepublik Deutschland im Rahmen ihrer sozialpolitischen Programme aufgestellte Postulat nach Aufhebung der quantitativ und qualitativ mangelhaften Wohnverhältnisse. Sie äußern dabei eine besondere Verantwortung vor allem jenen Schichten und Gruppen der Bevölkerung gegenüber, die aufgrund niedriger Einkommen von den Mängeln der Wohnungsversorgung am stärksten betroffen sind. Um diese Postulate zu erfüllen, wurde in allen drei Nationen ein vielfältiges Instrumentarium zur Lenkung der Wohnungsversorgung entwickelt.

Vor allem in England, aber auch in Holland, gehört zu diesem Instrumentarium die Kommunalisierung eines Teils der Wohnungsversorgung. So sind in England 34 % des Wohnungsbestandes kommunaler Wohnungsbau (council housing), in Holland 12 % (volkshuisvesting). In der Bundesrepublik Deutschland wurde dieses Instrument kaum eingesetzt; hier lenken staatliche Institutionen indirekt vor allem durch Subventionierung, überlassen den Wohnungsbau selbst jedoch Wohnungsbau- und Wohnungsgesellschaften.

Ziel dieser Forschungsarbeit ist es, herauszuarbeiten, welchen Erfolg die Kommunalisierung der Wohnungsversorgung als Lenkungsinstrument zur Aufhebung mangelhafter Wohnverhältnisse besonders niedriger Einkommensschichten hat.

Spezifische Betroffenheit ausländischer Mieter durch Stadterneuerungsmaßnahmen in Berlin (West)

Zur Sanierung anstehende Wohngebiete werden in der Regel von Bevölkerungsgruppen mit niedrigem Einkommen bewohnt. Eine Gruppe, die in manchen Gebieten schon die Mehrheit der Bewohner darstellt, sind ausländische Mieter, Arbeiter und deren Familien aus Entwicklungsländern oder unterentwickelten Zonen südeuropäischer Länder. Diese Mieter sind nicht nur durch ihre besonders niedrigen Einkommen zu charakterisieren. Weitere Merkmale ergeben sich aus Sprachproblemen, Zugehörigkeit zu anderen Kulturkreisen und Bindungen an die Heimatländer.

Ziel der Untersuchung ist, die spezifische Betroffenheit ausländischer Mieter durch Stadterneuerungsmaßnahmen darzustellen (als zu vertiefender Aspekt der Fallstudien in Amsterdam, London und Berlin (W)).

Vor dem Hintergrund dieser Erhebungen sollen die ver-

schiedenen Ansätze zur Integration der Ausländer diskutiert und Möglichkeiten der Übertragbarkeit auf die Berliner Situation untersucht werden.

9. Aktivitäten der Mitglieder des IFP 8/1
außerhalb der TU Berlin

9.1 Ausstellungen

Sept. '78 DEUTSCHE INDUSTRIEAUSSTELLUNG 1978
Fachausstellung und Kongress:
"Altbaumodernisierung - Werkstoffe und Verfahren"
Mitarbeit in der Vorbereitungsgruppe und Aus-
stellungsbeitrag zum Thema:
STADTERNEUERUNG IN ENGLAND UND HOLLAND
Bedingungen, Verfahren und Maßnahmen, darge-
stellt an einzelnen Beispielen

Okt. '78 Arbeitsgruppe in Kooperation mit dem Deutschen
Institut für Urbanistik (Difu) zur Vorbereitung
und Durchführung der Ausstellung und Fachtagung:
SELBSTHILFE UND ALTBAUERNEUERUNG

9.2 Mitarbeit in Gremien außerhalb der TU Berlin

Prof. Declan Kennedy: Mitglied des Beirats des
Wissenschaftszentrums Berlin (WZB)

Dr. Kerstin Dörhöfer: Wiss. Angestellte in der
Planungsgruppe für einen Frauenstudien -und
-forschungsbereich beim Präsidenten der FU Berlin

Wiss.Ass. Karin Ganssaage: Fachberaterin in der
Projektkommission "Strategien für Kreuzberg"

9.3 Wissenschaftliche Betreuung und Kooperation mit
ausländischen Forschungsgruppen

Mai '78 Kooperationstreffen zum Austausch von Forschungs-
ergebnissen mit Dr. Myles McSweeney, EG-Kommission,
Abt. Regionalforschung
(wahrgenommen durch Prof. D. Kennedy)

Nov. '78 Gemeinsames Forschungs- und Studienprogramm zu-
sammen mit Dr. John Taylor und Dr. Nathan Silver
(North East London Polytechnic), Prof. D. Kennedy
TU Berlin
Thema: Urban Management
(Bewilligung durch EG über Institute d'Education
Europienne)

Mai '79 Dipl.Ing. Volker Heise und Dipl.Soz. Jochen Korf-
macher: Betreuung der Exkursion von Mitarbeitern
und Studenten des Instituts für Soziologie, Uni-
versität Amsterdam, während ihres Berliner Auf-
enthalts (10 Tage)

Juni '79 Dipl.Soz. Jochen Korfmacher: Beratung der CERI-
Gruppe des OECD, Paris, innerhalb des OECD-For-
schungsprojekts "Local based job creation in
urban renewal"

Juli '79 Dipl.Ing. Christiane Bacón-Borgelt und Dipl.Ing. Karin Ganssaage: Vereinbarung über Kooperation mit dem Institut für Soziologie, Universität Amsterdam: Frauenforschungsprojekt

9.4 Vorträge

Mai '78 Prof. Declan Kennedy: Vortragsreihe in Großbritannien (London, Edin, Edinburgh, Birmingham) über "Stadterneuerung in der Bundesrepublik und Berlin(West)" auf Einladung des British Council

Okt. '78 Dipl.Soz. Jochen Korfmacher, Vortrag: "Stadterneuerung in England" Friedrich Naumann-Stiftung, Gummersbach

Okt. '78 Dr. Kerstin Dörhöfer, Berufungsvortrag: "Soziale und ökonomische Bedingungen der Ingenieurarbeit im Bauwesen" Gesamthochschule Kassel

WS '78/79 Dipl.Ing. Christian Schäfer u.a., VHS-Kurs: "Was bringen die Strategien für Kreuzberg für die Bürger, von SO 36 ?". Volkshochschule Kreuzberg, Berlin

April '79 Dipl.Ing. Karin Ganssaage und Dipl.Ing. Christian Schäfer, Vortrag: "Strategien für Kreuzberg und deren praktische Auswirkungen", Arbeitsgruppe sozialpolitischer Arbeitskreis, Berlin

Mai '79 Dipl.Ing. Volker Heise, "Formen und Hintergrund der Stadterneuerung in Berlin(West)" Vortrag von Mitarbeitern und Studenten des Soziologischen Instituts der Universität Amsterdam, Berlin

9.5 Teilnahme an Kongressen

Juni '78 Tagung: "Öffentliche Dienstleistungen" OECD/WZB Berlin, Prof. D. Kennedy

Sept. '78 Kongreß: "Altbau modernisierung" AMK Berlin, alle Mitglieder des IFP 8/1

Febr. '79 Öffentliches Seminar: "Berliner Wohnungspolitik" TU Berlin, alle Mitglieder des IFP 8/1

Juni '79 WZB-Workshop: Evaluation des Forschungsantrags "Öffentliche Dienstleistungen", Berlin Prof. D. Kennedy

Juni '79 Kongreß: "Community Action and Architecture", Support, London, Dipl.Soz. Jochen Korfmacher

Juli '79 OECD Expertentagung: "Urban Management and Implementation", Milton Keynes, England Prof. D. Kennedy

9.6 Workshops und Koordinationstreffen innerhalb
des IVS

Nov. '77	Workshop TH Eindhoven
Dez. '77	Koordinationstreffen AAGS London
Febr. '78	Workshop AAGS London
März '78	Koordinationstreffen TU Berlin
März '78	Koordinationstreffen HdK Berlin
Mai '78	Koordinationstreffen HfbK Hamburg
Juni '78	Workshop HfbK Hamburg
Juli '78	Koordinationstreffen HfbK Hamburg
Okt. '78	Koordinationstreffen TU Berlin
Dez. '78	Koordinationstreffen TH Eindhoven
Mai '79	Workshop HdK Berlin



Gliederungsvorschlag für die Bestandsaufnahme in den
Fallstudiengebieten

1. Gebietsbeschreibung (mit Plänen)

1.1 Kriterien zur Auswahl des Gebietes

- innenstadtnahes Arbeiterwohngebiet
- überwiegender Wohnungsbau in der Form des Massenwohnungsbaus um die Jahrhundertwende
- Stadterneuerungsmaßnahmen teilweise abgeschlossen, in der Vorbereitung oder in der Durchführung
- abgrenzbar nach Kriterien nationalspezifischer Richtlinien und Rechtsvorschriften der entsprechenden Stadterneuerungsgesetze
- abgrenzbar nach stadträumlichen bzw. bevölkerungsgruppenprägenden Kriterien (typische Nachbarschaft, community, Kiez, buurt, o.ä.)

1.2 Historischer Abriß über die sukzessive Einbeziehung des Gebietes im Rahmen der Stadtentwicklungsgeschichte in die gesamtstädtische Funktions- und Nutzungsverteilung.

1.3 Phasen der fortschreitenden Bebauung des Gebietes mit Wohngebäuden, Gewerbe- und Industriegebäuden, Versorgungs- und Infrastruktureinrichtungen (seit der Jahrhundertwende)

1.4 Entwicklung der Arbeitsplätze, der Wohnbevölkerung und der Bedeutung des Gebietes für die Gesamtstadt (seit Ende des 2. Weltkriegs)

1.5 Auflösung und Verfall des Gebietes durch Funktionswandel, Bevölkerungsrückgang, Auslagerung der Arbeitsstätten u.ä. (seit Ende des 2. Weltkriegs)

1.6 Baualter und Ausstattung der Wohngebäude in einzelnen Wohnungsteilmärkten, Belegungsziffern, Wohnungsleerstand, Wohnungsschlüssel

1.7 Eingriffe des Staates (der Gemeinde) über stadtentwicklungs- und stadterneuerungspolitische Programme und entsprechende Planungen (kommunalpolitische Entwicklungspläne)

1.8 Die beabsichtigten Umstrukturierungs-, Erneuerungs- und Modernisierungsabsichten, bezogen auf

- die Arbeitsplätze,
- die Wohngebäude,
- die infrastrukturellen Einrichtungen,

wie sie von der zuständigen staatlichen bzw. kommunalen Behörde geplant und teilweise durchgeführt werden.
(gebietsspezifische Stadterneuerungsprogramme)

1.9 Bevölkerungs- und Sozialstruktur

1.10 Bevölkerungsentwicklung (seit der Jahrhundertwende)
Klassen- und Schichtenstruktur der derzeitigen Bewohner

nach

- Stellung im Produktionsprozeß
- - Arbeiter,
- - Angestellte, (nach Qualifikationsmerkmalen
- - Beamte, (aufgeschlüsselt)
- - Rentner,
- - Empfänger staatlicher Fürsorge
- - Arbeitslose
- Einkommensklassen (tabellarisch)

1.11 Innergebietliche Zuordnung und Aufteilung in unterschiedliche Wohnquartiere (Verteilungsplan)

1.12 Entwicklung der Bevölkerungs- und Haushaltsstruktur seit Ende des 2. Weltkriegs, Darstellung des derzeitigen Zustandes nach Kategorien:

- Haushaltsgrößen, Wohnungsgrößen, Wohnungsalter, Wohnungsausstattung
- Belegungszahlen
- Alter, Geschlecht
- Nationalität
- Stellung im Produktionsprozeß der berufstätigen Hausmitglieder, Ausbildung und Qualifikation
- Einkommen der Haushalte
- Wohnverhältnisse nach Wohnungsteilmärkten (Mieter, Eigentümer)
- Miet- bzw. Wohnkosten
- Wohndauer im Gebiet

Nach Möglichkeit in Tabellen korreliert und mit einer räumlichen Verteilung innerhalb des Gebietes.

2. Problemaufnahme

2.1 Zusammenstellung der Aktivgruppen, Beratungs- und Fürsorgeeinrichtungen und der städtischen Dependancen vor Ort, die mit der Stadterneuerung und der Wohnungsverordnung befaßt sind:

2.2 Aktivgruppen, die durch geplante Maßnahmen zur Stadterneuerung verursacht, Probleme der Wohnraumversorgung aufgreifen und versuchen, den Ablauf der Maßnahmen im Sinne eigener Forderungen mitzuentcheiden. Sie müssen die Bewohner repräsentieren und/oder vertreten. Ebenfalls solche Gruppen, die das Verfahren der Stadterneuerung mit in Gang gesetzt haben.

2.3 Aktivgruppen, die sich mit den arbeitsmarktpolitischen, familienpolitischen, sozialpolitischen und sozialfürsorgerischen Konflikten im Gebiet befassen und beratend und unterstützend die Forderungen der Bewohner gegenüber den zuständigen Behörden, Ämtern, Parteien etc. vortragen. Sie werden entweder von den Bewohnern selbst oder von Kirchen, Wohlfahrtsverbänden, politischen Gruppen o.ä. getragen.

2.4 Ausgelagerte Ämter und nach Maßgabe der nationalen Regelung institutionalisierter Betroffenenbeteiligung gegründete Stäbe der mit der Durchführung der Stadterneuerung beauftragten staatlichen oder kommunalen Körperschaften.

Für die Beschreibung von 2.2 und 2.3 können folgende

Gliederungspunkte zur Orientierung dienen:

1. Trägerschaft (falls vorhanden)
 - Kurzbeschreibung des Trägers
 - politischer Anspruch, Ziele
 - Form der Unterstützung (personelle und materielle Ausstattung)
 - Einflußnahme
2. Aktionsgruppe, Initiative, Organisation o.ä.
(falls keine institutionalisierte Trägerschaft)
 - Kurzbeschreibung
 - politischer Anspruch
3. Gründungsanlaß, Gründungsmitglieder und derzeitige Mitglieder
 - auslösende Faktoren, die zur Gründung führten
 - Betroffene und Repräsentanten, graduelle Abstufungen der Betroffenheit
 - Mitglieder und Organisationsgrad
 - Beziehung der Mitglieder zum Gebiet (Wohn-, Arbeitsplatz, fachliches oder politisches Interesse)
 - politische Vorerfahrungen der Mitglieder aus gemeinsamen Aktionen in anderen Gruppierungen
 - Meinungsbildungsprozess und Entscheidungsstrukturen
4. Aktionsbereiche, Ziele, Strategien, Aktivitäten, bisherige Erfahrungen, Erfolge und Veränderungen bzw. Verlagerungen im Laufe der Arbeit

(siehe dazu das Raster)

DE DAPPERBUURT

GEBIETSBESCHREIBUNG

Gerard Anderiesen

Juli 1979

Amsterdam

1. DAS DAPPERVIERTEL. LAGE UND BEDEUTUNG

Das Dapperviertel ist eines der bezeichnenden Wohnviertel, die in der zweiten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts gebaut worden sind. Das Viertel liegt knapp ausserhalb des Singelkanals, der die Grenze der Amsterdamer Innenstadt bildet. Die Entfernung bis zum Zentrum ist daher ziemlich gering, auch hinsichtlich der Lage an der Linnaeusstrasse (die die Westgrenze des Viertels bildet), einem der Radialen, die die Innenstadt erschliessen. Die Verbindung mit den anderen Stadtteilen wird durch zwei Ringstrassen gebildet: die Mauritskade (die das Viertel im Norden begrenzt) und die Wijtenbachstrasse (die durch den südlichen Teil des Viertels läuft), Teil des Ringweges, der durch den Gürtel der Wohnviertel aus dem 19. Jahrhundert läuft.

Daneben ist das Dapperviertel gut mit dem Zug zu erreichen (das Viertel wird östlich begrenzt durch die Strecke, worüber die Züge in der Richtung von Amersfoort und Utrecht fahren). Der Muiderpoortbahnhof ist an der Südostseite des Viertels gelegen.

Das Viertel liegt sehr nahe dem östlichen Hafengebiet. Hinsichtlich des nachlassenden Interesses dieses Gebietes durch die Verschiebung der Hafentätigkeiten nach dem westlichen Hafengebiet, spielt dies nur eine geringe Rolle für das Viertel. Auch in der Geschichte des Viertels scheint dieser Faktor nur eine geringe Rolle zu spielen. Namentlich Amsterdam-Nord und das Zee Peterviertel haben in viel stärkerer Masse eine Bevölkerung gehabt, die im Hafen arbeitete. Übrigens ist von jeglicher Bindung mit einem bestimmten Betrieb oder Wirtschaftszweig im Dapperviertel nicht die Rede gewesen.

Obwohl das Dapperviertel selbst keine Grünanlagen kennt, ist die Situation dank der Lage des Oosterparkes an der Oberseite der Linnaeusstrasse und der Nähe von Artis (Tiergarten) in diesem Punkt nicht ungünstig.

Die Bedeutung des Dapperviertels für Amsterdam wird vor allem von zwei Faktoren bestimmt:

- die günstige Lage in bezug auf das Zentrum
- die niedrigen Mieten, sowohl für Betriebskomplexe als auch für Wohnungen.

Dadurch ist das Dapperviertel sowohl für Wohnungsuchende mit niedrigem Einkommen, als auch für kleinere Betriebe, oft erst anfangende oder Randbetriebe, ein anziehendes Viertel für Ansiedelung gewesen.

Für die Nachbarviertel ist vor allem der Markt, der täglich in der Dapperstrasse stattfindet, von Bedeutung. Auch die Anzahl der Läden im Dapperviertel ist ziemlich hoch.

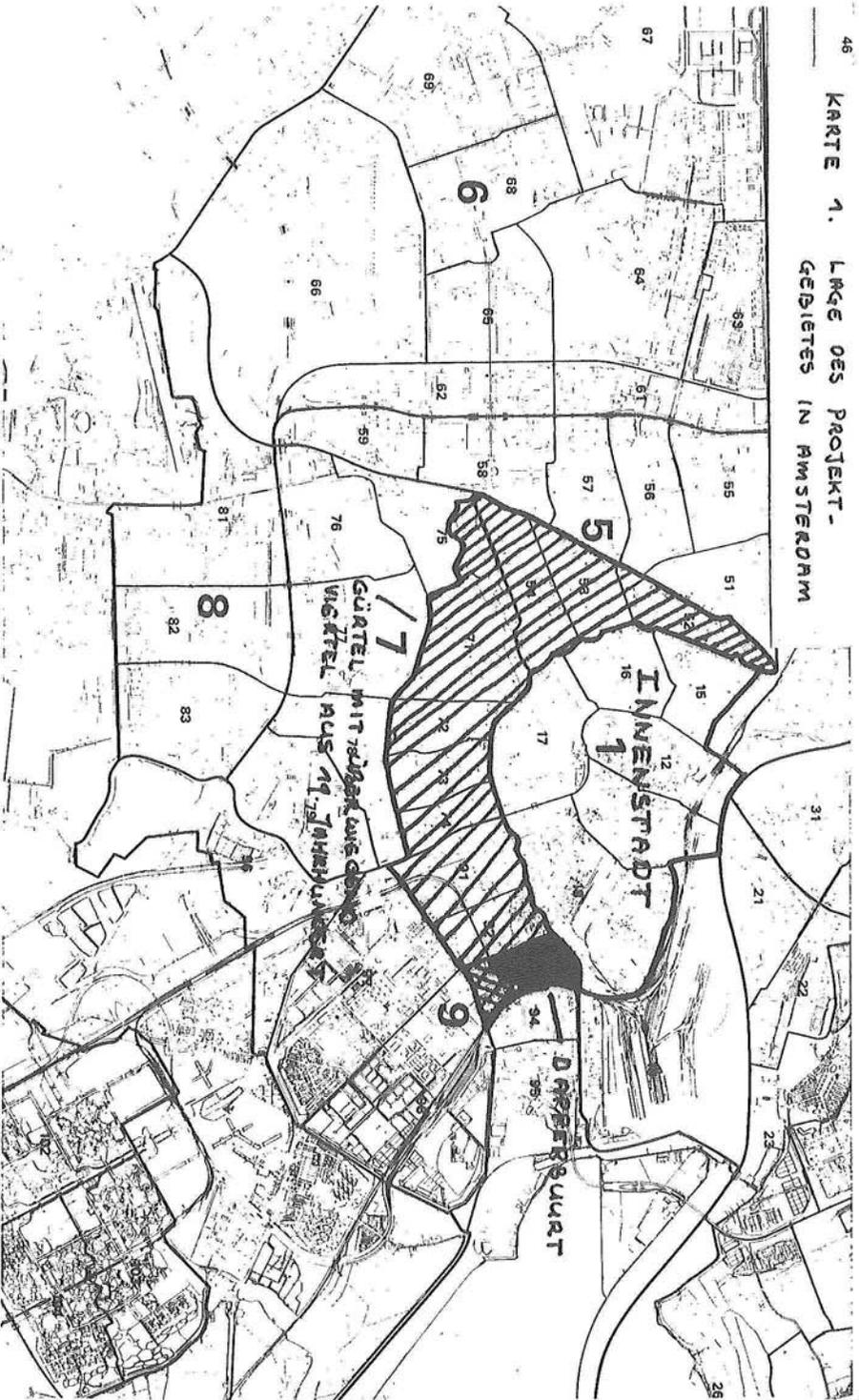
Über die genaue Begrenzung des Dapperviertels kursieren mehrere Auffassungen. Ziemlich schwierig ist die Tatsache, dass die Viertelkombination 35 ein grösseres Gebiet umfasst als dasjenige, was nach den weitesten Auffassungen

unter dem Dapperviertel verstanden wird. In diese Viertelkombination ist nämlich auch das Gebiet in der Nähe des Polderweges, das gegen Süden des Dapperviertels an der Überseite der Eisenbahn liegt, aufgenommen. Das bedeutet, dass bei der Mehrzahl der Daten auch dieser Teil miteinbegriffen ist. Was die Daten über Wohnungen und Bevölkerung anbelangt, hat dies übrigens nur wenig Einfluss, da es dort nur an die 300 Wohnungen mit ungefähr 600 Bewohnern gibt. In diesem Gebiet befinden sich nämlich hauptsächlich Betriebe, Unterrichtsanstalten und andere Anstalten. Was die Oberfläche betrifft ist es jedoch wohl ein wichtiger Teil der Viertelkombination. Die Oberfläche der Viertelkombination 35 von 61 ha. besagt deshalb nur wenig für das Dapperviertel.

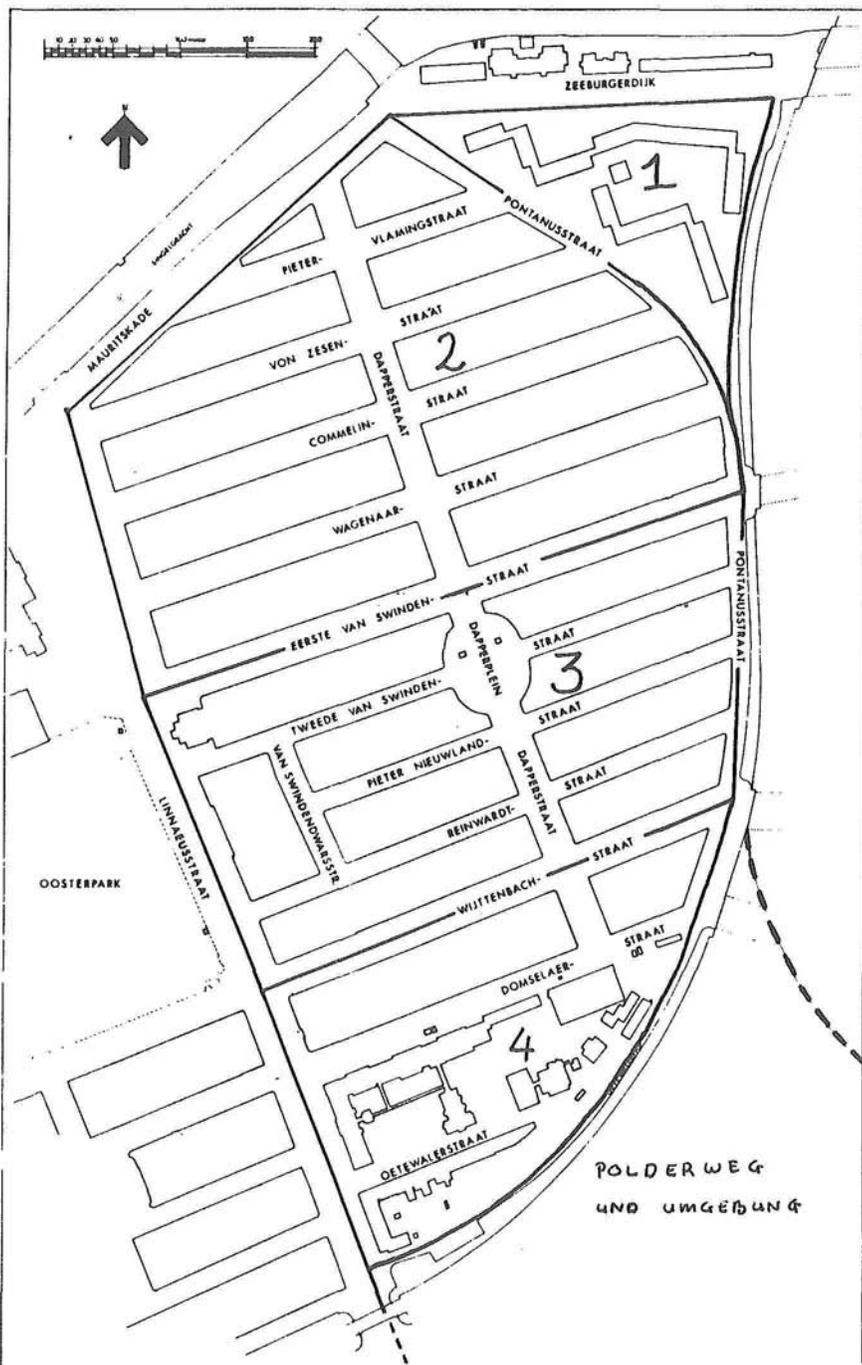
Wir können das Dapperviertel sonst in folgende Teile gliedern:

1. Die Roomtuintjes, zusammengestellt aus 1973 und 1974 zustande gekommenen Wohnungen auf dem Gelände des ehemaligen Bodenzentrums.
2. Die Nordecke
3. Die Südecke
4. Das Burger-Krankenhaus und Umgebung. Dieser Teil fällt bis auf heute ausserhalb des Plangebietes des Dapperviertels.

46
KARTE 1. LAGE DES PROJEKT-
GEBIETES IN AMSTERDAM



KARTE 2. AUFTEILUNG DES PROJEKTGEBIETES



2. ENTSTEHUNG DES DAPPERVIERTELS

Als Folge einer stockenden Ökonomie hatte Amsterdam seit dem 17. Jahrhundert kein einziges Wachstum im 18. Jahrhundert erlebt. Hatte die Stadt 1700 noch 210.000 Einwohner, womit sie damals in Grösse die vierte Stadt Europas war, im Jahre 1811 war diese Zahl 200.430. Obwohl die Niederlande in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts einen Bevölkerungszuwachs zu 45% erlebte, wuchs Amsterdam bis 1849 nur bis zu 224.035 Einwohnern aus.

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts begann jedoch die industrielle Revolution auch in den Niederlanden. Amsterdam wuchs nach 150 Jahre langem Stillstand wieder schnell: im Jahre 1869 hatte die Stadt 265.000 Einwohner. Der Bevölkerungszuwachs war bis zu diesem Augenblick kaum mit einer Ausbreitung der Stadt verbunden. Wohl war in der Periode nach 1860 das Gebiet innerhalb des Singelkanals vollgebaut durch den Bau des Plantageviertels. Der grösste Teil des Bevölkerungszuwachses wurde innerhalb der bestehenden Bebauung aufgefangen. Die Wohnumstände, die die Folge dieser Entwicklung waren, lassen sich erraten. Um 1865 lebte 8% der Bevölkerung in Kellerwohnungen. Ausbau der Stadt war notwendig, vielleicht nicht so sehr zur Linderung der Not der Innenstadtbewohner, jedoch zum Auffangen des weiteren Zuwachses. Dieser Ausbau konnte nur stattfinden auf dem unbebauten Gebiet ausserhalb des Singelkanals

Zwei Faktoren sind wichtig für die Art und Weise, wie die Vergrösserung zustande gekommen ist:

- ein wirtschaftlicher Faktor. Vor allem durch Veränderungen im Kolonialsystem und die bessere Erreichbarkeit der Kolonien durch die Eröffnung des Suez-Kanals fand in dieser Periode eine starke Häufung holländischen Kapitals statt. Kapital, das nicht im Ausland angelegt werden konnte, wegen der unsicheren internationalen Situation (französisch-deutscher Krieg, amerikanischer Bürgerkrieg). Das Kapital musste deshalb wohl in den Niederlanden angelegt werden. Einerseits geschah dies im Industriesektor, andererseits im Bausektor. Vor allem die schnell an Wichtigkeit zunehmenden Banken haben eine wichtige Rolle gespielt bei der Ausbreitung von Amsterdam im 19. Jahrhundert.
- ein politischer Faktor. Holland kannte zu dieser Zeit nur noch das Zensuswahlrecht, welches bedeutete, dass nur diejenigen, die ein bestimmtes Einkommen hatten, wählen konnten. In Amsterdam hatte dies zur Folge, dass die Liberalen die politische Macht in Händen hatten. Das liberal-politische Klima führte zum Durchbrechen von allerlei Beschränkungen für die Stadtausbreitung. Es gab jedoch kein Instrumentar zum Steuern dieser Ausbreitung und auch nicht den politischen Willen, dies zu tun. Zwar musste das Stadt-

parlament die Erlaubnis für Bebauung geben, wurde von der Gemeinde ein Ausbreitungsplan festgestellt und die Infrastruktur versorgt, weiter ging die Rolle nicht. Es dauerte bis 1896, bis das Erbpachtsystem zum Beispiel auch für den Wohnungsbau eingeführt wurde. Die Ausbreitung in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wurde ganz und gar privater Initiative überlassen.

Bezeichnend für diese Umstände ist der Lauf der Dinge rund um den Ausbreitungsplan. Im Jahre 1866 war von Stadtingenieur Van Niftrik ein Plan aufgestellt. Im Jahre 1868 wurde der Plan abgelehnt als Folge der Diskussion über die Stelle, wo der Hauptbahnhof hinkommen sollte und als Folge der 'Unrealisierbarkeit' des Plans. Er war zu monumental und zu verschwenderisch angelegt. Die Gemeinde hatte jedoch wohl damit begonnen, Konzessionen für die Bebauung des Gebietes auszugeben. Im Jahre 1877 wurde ein neuer Plan des Ingenieurs Kalff genehmigt, ein Plan, der von der bestehenden Parzellierung von Graben ausging und der damit an die schon in Gang gesetzte Entwicklung anschloss. Allzu grosse städtebauliche Qualität hatte der Plan auch nicht.

Wie dem auch sei, Amsterdam wuchs wieder und zwar schneller denn je:

1869	264.694	Einwohner
1879	317.011	Einwohner
1889	408.061	Einwohner
1899	510.853	Einwohner
1909	566.131	Einwohner

Die zwischen 1870 und 1900 gebauten Stadtteile (Kinkerviertel, Museumviertel, De Pijp und das Dapperviertel) boten im Jahre 1900 205.403 Einwohnern Platz. Eine Anzahl übrigens, die bis 1931 noch bis zu 337.298 zunehmen sollte. Im Jahre 1969 war das noch 253.243. Hiermit bilden diese Viertel noch immer einen wesentlichen Teil der städtischen Struktur von Amsterdam.

Eine der ersten Stellen, wo gebaut wurde, war gegen Südosten der Innenstadt, auf dem Gebiet vor dem Muiderpoort. Am 18. September 1873 gab das Stadtparlament dem Architekten Van Redeker-Bisdom die Erlaubnis, dort eine Strasse zu bauen. Das wurde die Wagenaarstrasse. Die Geschichte des Dapperviertels hatte begonnen.

Es dauerte übrigens noch bis 1875, bevor mit dem Bau tatsächlich angefangen wurde. In den nächsten fünfundzwanzig Jahren wurde der Bau des Dapperviertels zustande gebracht. Wir können folgende Phasen im Bau unterscheiden: 1. Phase 1875-1883. In dieser Periode wurde die Nordecke gebaut (siehe Karte 2). Der Bau wurde von kleinen Bauunternehmern ausgeführt, die zum Erwerben des Bodens und zur Ausführung des Baus übergehen konnten dank der Kredite, die

ihnen von Banken gegeben wurden. Der Bau wurde schnell ausgeführt: es wurde gebaut für den in dem Augenblick sehr knappen Markt. Dies hat zur Folge gehabt, dass der Bau nicht immer so genau nach den Regeln der Baukunst gewesen ist. Rammpfähle wurden nicht tief genug in den Boden geschlagen; es wurde vornehmlich auf der ersten Sandschicht ausgepfählt; beim Auftragen der Erde hat man das Sich-Setzen zu wenig berücksichtigt. Durch letzteres senkten sich manche Häuser schon sofort; das schlechte Auspfählen führte in späteren Jahren zu Fundierungsproblemen. Die schlechte Qualität des Baus scheint mit der Absicht des Plans in Widerspruch zu sein. Die Strassen sind breit angelegt, die Wagenaarstrasse ist 25 Meter breit, wodurch Raum entstand für kleine Gärten, eine ungekannte Erscheinung für die in dieser Zeit gebauten Viertel.

2. Phase 1883-1900. In dieser Periode wurde die Südecke gebaut. Der Entwurf dieses Teils ist weniger weit als der der Nordecke. Die Strassen sind schmaler und in vielen Fällen sind auch die Innengrundstücke weniger gross. Gärten sind in diesem Teil nie vorgekommen.

Die Qualität des Baus war abhängig vom Bauunternehmen, das ihn ausführte. Von besonders guter Qualität waren die Wohnungen am östlichen Ende der Ersten und Zweiten Van Swindenstrasse, die vom 'Bauunternehmen zur Erwerbung von Eigentumswohnungen' gebaut wurden. Die Bewohner zahlten neben der Miete jeden Monat ein Zehncentstück als Tilgungssatz und erwarben sich damit nach einiger Zeit die Wohnung als Eigentumswohnung. In der ganzen Stadt sind solche Wohnungen von erheblich besserer Qualität.

Die übrigen Wohnungen in der Südecke wurden von grösseren Bauunternehmen gebaut und sind von durchschnittlich besserer Qualität als die in der Nordecke gewesen. Dies galt nicht für die von der Firma Groenewegen und Co. in der Südwestecke gebauten Wohnungen. Diese sind ausserordentlich schlecht gebaut worden.

Einen ganz anderen Charakter hat übrigens die Bebauung an der Linnaeusstrasse gegenüber dem Oosterpark. Die Häuser sind viel geräumiger und die Qualität ist auch jetzt noch besser als die des Restes des Viertels.

3. Phase 1890-1900. Im letzten Jahrzehnt wurde das Gebiet bis zur Eisenbahnlinie vollgebaut. Das Burger-Krankenhaus und die Muiderkerke kamen in dieser Periode zustande und noch ein paar Häuserkomplexe an der Domselaerstrasse und der Oetewalerstrasse.

Um 1900 war damit das Dapperviertel nahezu fertig, 1906 wurde der letzte Privatbau vorgenommen. In den 25 Jahren waren ungefähr 5000 Wohnungen gebaut worden, in denen im Jahre 1909 ungefähr 25.000 Menschen wohnten. Im Jahre 1896 war an der Pontanusstrasse ein hölzerner Bahnhof gebaut worden, der 1937 durch den heutigen Muiderpoortbahnhof ersetzt wurde.

Über die erste Bevölkerung gibt es keine konkreten Daten. Die Bewohner kamen jedoch nicht aus den Kellern und Sackgassen der Innenstadt. Dafür waren die Mieten zu hoch, auch in der Südwestecke. Dies gilt übrigens für den ganzen Gürtel des 19. Jahrhunderts.

Die ersten Bewohner gehörten hauptsächlich zum Kleinbürgertum: Angestellte, Kontoristen, Volksschullehrer. Das Viertel hatte nämlich am Anfang ein gewisses 'Gepräge', durch die breiten Strassen und die Lage am Oosterpark. Dieses 'Gepräge' hat es jedoch nicht lange behalten, im 20. Jahrhundert entwickelte sich das Viertel schnell zu einem Arbeiterviertel, was es bis weit in die sechziger Jahre geblieben ist. Diese Proletarisierung wird vor allem stattgefunden haben als Folge des Zustandekommen der erheblich besser gebauten Viertel in der Periode 1920-1940.

Die Wertschätzung der Viertel aus dem 19. Jahrhundert ist auch von Seiten der Behörde nie sehr gross gewesen. Schon in dem Allgemeinen Sanierungsplan aus dem Jahre 1930 wurde auch das Dapperviertel als ein Viertel ohne Zukunftsmöglichkeiten gesehen und als für den Abbruch reif betrachtet. Es sollte noch sehr lange dauern, bevor die ersten Häuser tatsächlich zu Boden gingen. Bis zum Bau der Roomtuintjes im Jahre 1973 und 1974 hat sich nahezu nichts am Viertel geändert.

3. DIE WOHNUNGEN

Dass man für den Wohnungsbau nur wenig übrig hatte nach dem Fertig-Werden des Dapperviertels, wird deutlich aus den Zahlen der Volkszählung vom 28. Februar 1971. Diese Daten ergeben ein gutes Bild der Situation vor den Stadterneuerungsmassnahmen.

Der Altersaufbau der Wohnungen lässt an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig:

vor 1906	4610
1906-1930	375
1931-1944	60
1945-1959	195
1960-1964	15
1965-1971	50
	<hr/>
	5305

Dabei muss man beachten, dass diese Zahlen für die ganze Viertelkombination 35 gelten, das heisst, dass auch die 300 Wohnungen am Polderweg und Umgebung mitgerechnet worden sind, die alle nach 1906 gebaut worden sind. Damit kommen wir auf 92% der Wohnungen im Dapperviertel von vor 1906. Diese Zahl ist sogar hoch für den Gürtel des 19. Jahrhunderts, der als Ganzes 67% der Wohnungen aus dieser Periode hat.

Die Zahl der Wohnungen in der Viertelkombination 35 ist 118 pro ha., eine Zahl, die in der Südecke bis zu 220 pro ha. steigt.

Die Wohnungen sind im allgemeinen klein, meistens haben sie zwei und drei Zimmer.

	1.1.1972	1.1.1978
	(vor dem ersten Neubau)	
1 Zimmer	1138	959
2 Zimmer	2051	1893
3 Zimmer	1829	1636
4 Zimmer	191	344
5 Zimmer	66	125
6 und mehr Zimmer	37	35
	<hr/>	<hr/>
Gesamtsumme	5312	4992

Die Ausstattung der Wohnungen ist nach holländischen Begriffen ziemlich schlecht. Während der Volkszählung hatten noch 725 Wohnungen kein Klosett

innerhalb der Wohnung. Was die Badegelegenheit anbelangt war die Situation deutlicher: 3590 Wohnungen (74%) mussten es ohne diese tun, während es daneben 605 Wohnungen gab, wo die Badegelegenheit auf vorläufige Art hineingebracht worden war. Wenn wir bedenken, dass auch diese Zahlen für die Viertelkombination 35 gelten, und dass von den 900 Wohnungen, die wohl eine geeignete Badegelegenheit hatten, noch knappe 300 Stück sich in der Nähe des Polderweges befinden, wird das Bild für das Dapperviertel wohl sehr trübe.

Über den bautechnischen Zustand können wenig undiskutierbare Daten verschafft werden. In der ersten Note über die Stadterneuerung im Jahre 1969 wurde gesprochen von 50% baufälligen Wohnungen. Ein Prozentsatz, der hoch war für den Gürtel aus dem 19. Jahrhundert (im Durchschnitt 30%). Seitdem gibt es regelmässig Änderungen in der Aufnahme des bautechnischen Zustandes; hier ist die Aufnahme vom Februar 1977 hinzugefügt. (Karte 3)

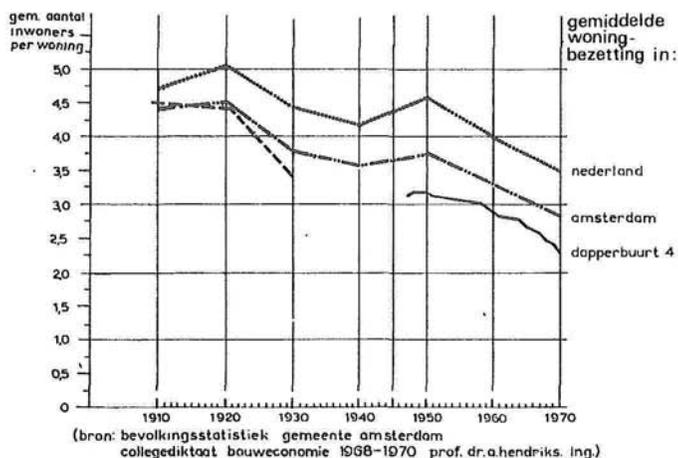
Trotz des schlechten Zustandes, worin sich die Wohnungen befinden, ist der Leerstand nie sehr gross gewesen. Während der Volkszählung (71) standen 205 der 5305 Wohnungen leer (4%). Wahrscheinlich hat dieser Prozentsatz einigermaßen zugenommen, als Folge der Stadterneuerungsmassnahmen. Von dauerndem Leerstand, wie das in bestimmten Teilen der Innenstadt der Fall ist, ist im Dapperviertel keine Rede.

Wie wir schon gesehen haben, ist das Dapperviertel nahezu ganz von Privatpersonen gebaut worden. Darin hat sich bis vor kurzem wenig geändert. Am 1. Mai 1971 war noch 90,6% der Wohnungen in der Viertelkombination 35 in den Händen von Privatbesitzern. Auch in dieser Hinsicht verzeichnet das Dapperviertel ein hohes Ergebnis (Viertel aus dem 19. Jahrhundert durchschnittlich 85,7%).

In den letzten Jahren hat sich als Folge der Stadterneuerung eine einschneidende Änderung vollzogen. Die Gemeinde Amsterdam führt eine aktive Werbewerwaltung, welche ein schnell zunehmendes Gemeinde-Eigentum in diesem Viertel ergeben hat. Karte 4 zeigt die Situation vom August 1978.

Auffallend ist übrigens, dass in dem alten Zustand von den Privatbesitzern, die überwiegend kleine Eigentümer sind, nur wenig Besitzer-Bewohner sind. Nur 110 der 5305 Wohnungen wurden 1971 von den Besitzern bewohnt.

Eine wichtige Entwicklung ist der Rückgang der durchschnittlichen Belegungszahl. Durch den Rückgang dieser Belegungszahl wird die Bevölkerungsabnahme des Dapperviertels (vgl. Par. 4) hauptsächlich bestimmt. Nimmt überall die Belegungszahl ab, für das Dapperviertel gilt dies in starkem Masse. Das Schaubild hierunter zeigt die Entwicklung für Holland, Amsterdam und das Dapperviertel bis 1970.



In den letzten Jahren hat sich dieser Rückgang fortgesetzt:

	Dapperviertel	Amsterdam
1974	2,14	2,63
1975	2,06	2,66
1976	2,08	2,52
1977	2,03	2,46
1978	1,98	2,41

Im Dapperviertel scheint die Abnahme ins Stocken zu geraten, auch unter dem Einfluss der Realisierung des Neubaus. In den Roomtuintjes zum Beispiel ist die Belegungszahl 3,50.

Zum Schluss einige Daten über die Mieten, die für die Wohnungen bezahlt wurden. Wir haben schon im 1. Paragraphen angenommen, dass die Bedeutung des Dapperviertels für Amsterdam namentlich in der Tatsache bestand, dass es ein Gebiet mit sehr billigen Wohnungen ist. Während der Volkszählung des Jahres 1971 ergab sich, dass folgende Mieten pro Monat bezahlt wurden:

weniger als f 40	855
f 40 - f 70	2135

f 70 - f 100	1335
f 100 - f 120	410
f 120 - f 170	275
f 170 - f 230	110
f 230 und mehr	25
unbekannt	170

Als Folge des Neubaus wird sich auch Bild durchgreifend ändern. In den Roomtuintjes wurden am 1.4.1976 Mieten zwischen f 254,25 und f 297,45 bezahlt. Bei der Übergabe der neuen Wohnungen in der Wagenaarstrasse wurde für eine Dreizimmerwohnung f 275 bezahlt. Wohl gemerkt, es handelt sich hier um nackte Mieten; die Miete in den Roomtuintjes, inklusive Wasser-, Kundendienst- und Heizkosten stieg bis zu f 414,15 an. Ausserdem müssen noch Gas und Licht bezahlt werden.

Wohl kommen viele Bewohner für eine individuelle Mietunterstützung in Betracht. Auf die vielen Häkeleien, die dies mit sich bringt, werden wir später noch zurückkommen.

KARTE 4. EIGENTUM DER GEMEINDE AMSTERDAM



4. BEVÖLKERUNG

Im Jahre 1906 war das Dapperviertel ganz fertig, die Bevölkerung hatte damit ihren höchsten Punkt erreicht. Seit jenen Jahren ist die Bevölkerung zuerst langsam, und danach immer schneller zurückgegangen:

1909	25.360	Einwohner
1920	24.907	
1930	19.071	
1947	17.464	
1960	16.837	
1970	13.450	
1974	11.054	
1976	10.654	
1978	9.864	

Auch der Bevölkerungsrückgang im Dapperviertel ist bedeutend schneller gewesen als für ganz Amsterdam gilt. Im Jahre 1978 hatte die Bevölkerung in bezug auf 1960 mit 41,07 % abgenommen, für Amsterdam war das 15,61 %.

Nicht nur die Zahl der Menschen hat sich geändert, auch die Zusammensetzung der Bevölkerung hat sich in bestimmten Punkten stark geändert. Namentlich der Aufbau nach Alter. Die Volkszählungen von den Jahren 1930, 1947 und 1971 zeigen folgende Änderungen auf (leider sind die Daten von 1960 unbrauchbar, da damals eine unvergleichbare Einteilung in Altersklassen gebraucht worden ist):

	1930	1947	1971
0-9 Jahre	3041	2956	1585
10-19	2855	2015	1195
20-29	2611	2966	2785
30-39	2900	2648	1295
40-54	3345	3222	1870
55-64	1740	1780	1510
65-74	1122	1321	1235
75 Jahre und älter	457	456	735

Am auffallendsten ist, dass, während alle Altersklassen einen starken Rückgang aufzeigen, die Gruppen zwischen 20 und 29 Jahren und zwischen 65 und 74 Jahren nahezu gleich bleiben, während die Gruppe von älter als 75 sogar stark zugenommen hat. Auch in dieser Hinsicht weist das Dapperviertel ein ähnliches Bild mit den anderen Vierteln in Amsterdam auf. Wohl bemerkenswert ist jedoch, dass in den letzten Jahren ein leichter Trend zur 'Entgrauung' zu beobachten ist.

War am 1.1.71 noch 15,84 % der Bewohner älter als 65, am 1.1.76 war das nur noch 14,58 %. Van der Hoeven betrachtet dies als Folge des Wegziehens der mittleren Altersgruppen, so dass es gleichsam eine geringere 'Durchströmung' zu der Altersklasse über 65 gibt.

Eine deutliche Änderung tritt auf in bezug auf die Familienzusammensetzung:

	1930	1947	1975	1976
Alleinstehende	928	1022	3315	3587
Familien ohne Kinder	1572	1709	1365	1230
Familien mit 1 Kind	1436	1647	852	782
idem, mit 2 Kindern	1153	1016	417	441
idem, mit 3 oder mehr Kindern	993	667	151	155

Bei diesen Zahlen muss man wohl bedenken, dass sich die Statistik noch nicht sehr an die veränderten gesellschaftlichen Verhältnisse angepasst hat, mit der Folge, dass Leute, die zusammenleben ohne Trauschein, als Alleinstehende registriert werden.

Die Statistik steht übrigens öfters der Sozialwissenschaft nicht ganz angemessen zu Diensten. Über die Stelle im Arbeitsprozess lassen sich kaum entsprechende Daten auftreiben. Die grosse Linie ist wohl bekannt. Nach der anfänglich etwas kleinbürgerlichen Bevölkerung hat sich ziemlich schnell ein Proletarisierungsprozess vollzogen. Wann genau und in welchem Masse ist nicht mehr möglich, herauszubekommen. Eine zweite Abänderung lässt sich im letzten Jahrzehnt beobachten. Jedoch auf eine andere Art und Weise. Ein immer zunehmender Teil der Bevölkerung erhält das Einkommen nicht aus Arbeit. Im Jahre 1960 hatte noch 66 % der Familienhäupter einen Beruf, im Jahre 1965 war das schon bis auf 56 % zurückgegangen. Während der letzten Volkszählung galt für die ganze Bevölkerung, dass auf folgende Art und Weise der Unterhalt bestritten wurde:

aus Arbeit	4150
aus Vermögen	10
Altersrente/AOW/AWW	1815
Sozialunterstützung/Stipendium usw.	335
von anderen unterhalten	4155
unbekannt	1745

In dieser letzten Volkszählung sind übrigens wohl handliche Daten über die Stelle im Arbeitsprozess gesammelt worden. Auch im Jahre 1971 stellt sich heraus, dass das Dapperviertel noch immer ein eindeutiges Arbeiterviertel ist:

Selbständige	380
höhere Angestellte	50
mittlere Angestellte	450
niedere Angestellte	1230
Arbeiter	2610
Übrige	290

Diese Berufsstruktur spiegelt sich im Niveau der Ausbildung der Arbeiterbevölkerung wider:

Volksschulniveau/niederes Niveau	1645
erweitertes Volksschulniveau	1485
mittleres Niveau	280
semi-höheres/höheres Niveau	120
Niveau unbekannt	1440

Eine wichtige Entwicklung, die in den letzten zehn Jahren auch im Dapperviertel stattgefunden hat, ist die Zunahme der Anzahl der Ausländer. Diese war 1971 noch ausserordentlich gering:

Holländer	11.785
Ausländer	410
staatenlos	25

Eine kleine Verzeichnung mag sein, dass während der Volkszählung Reichsgenossen (das heisst Leute, die in einer der Kolonien geboren sind, namentlich Surinam und den Antillen) mit den Niederländern mitgerechnet worden sind. Für 1.1.78 sind diese Gruppen wohl aufgliedert:

Holländer	8273
Reichsgenossen	437
Ausländer	1154

Die Zunahme für das Dapperviertel ist zwar stark gewesen, aber doch ist der Prozentsatz der Ausländer im Dapperviertel (11,7 %) nicht sehr viel höher als der für ganz Amsterdam (+ 7 %). Die Gastarbeiterproblematik spielt im Dapperviertel eine viel weniger starke Rolle als in Kreuzberg.

Der wichtigste Faktor bei den Änderungen in der Zusammensetzung der Bevölkerung ist die Migration. Ist das Dapperviertel wirklich so eine Durchgangswohnung, wie von der Gemeinde in allen Tonarten über die Viertel aus dem 19. Jahrhundert behauptet wird?

Am 1.1.78 war die Wohndauer der Bewohner:

weniger als 1 Jahr	1814
--------------------	------

1 - 2 Jahre	2565
3 - 5 Jahre	2129
6 - 9 Jahre	1007
10 - 19 Jahre	1074
20 Jahre und länger	1275

Es ergab sich, dass die durchschnittliche Wohndauer 8,4 Jahre war, eine Zahl, die nicht so viel von der Situation in ganz Amsterdam abweicht. Amsterdamer wohnen nämlich durchschnittlich 9,4 Jahre auf der gleichen Adresse, so stellt sich heraus. Wenn wir die Daten über Migration ein bisschen weiter zerfasern, sehen wir wohl, dass es eigentlich zwei Migrationsströme gibt: Familien verlassen das Viertel, Alleinstehende ziehen in das Viertel ein. Im Jahre 1971 war dies noch nicht so stark:

a. interne Migration (Umzüge innerhalb von Amsterdam)

	Alleinstehende	Familien
Einzug	594	384
Auszug	559	556

b. externe Migration (Umzüge aus und nach Amsterdam)

	Alleinstehende	Familien
Einzug	215	36
Auszug	180	140

Im Jahre 1977 ergibt sich, dass die Mobilität erheblich zugenommen hat:

a. interne Migration

	Alleinstehende	Familien
Einzug	1051	156
Auszug	781	417

b. externe Migration

	Alleinstehende	Familien
Einzug	335	38
Auszug	216	124

Aus diesen Daten lässt sich auch herauslesen, dass die ausziehenden Familien noch hauptsächlich innerhalb von Amsterdam bleiben. Es kommt offenbar nur wenig vor, dass Leute sofort aus dem Dapperviertel nach den Überlaufgebieten umziehen.

Zum Schluss eine kleine Indikation für den politischen Vorzug der Dapper-viertel-Bewohner. Es stellt sich heraus, dass dieser deutlich anders ausfällt als der für Amsterdam als Ganzes:

	Kommunalwahlen 1978		Parlamentswahlen 1977	
	Dv	Asd	Dv	Asd
PvdA (Sozialdemokraten)	42,7	38,5	50,0	44,1
CPN (Kommunisten)	13,5	10,7	11,9	8,8
PSP (Sozialisten)	11,3	5,5	4,1	2,3
CDA (Christendemokraten)	9,8	17,2	8,0	13,9
VVD (Rechtsliberalen)	9,4	15,1	11,7	16,6
D '66	6,1	7,8	6,3	7,0

(Dv = Dapperviertel, Asd = Amsterdam)

Übrigens sagen Wahlen nicht alles über die politische Situation in einem Viertel. Obwohl die PvdA und die CPN einen grossen Anhang haben, hat dies die Obliegenheit nicht davon abgehalten, sich gerade mit diesen Parteien regelmässig in den Haaren zu liegen.

5. ARBEITSBESCHAFFUNG UND VORKEHRUNGEN

Das Dapperviertel ist ein ausgesprochenes Wohnviertel. Im Viertel selbst haben nie grosse Betriebe gestanden. Charakteristisch jedoch für die Viertel aus dem 19. Jahrhundert ist, dass das Erdgeschoss der Häuser wohl oft für andere als Wohnfunktionen gebraucht wird. Dies können Läden und Schenken und dergleichen sein, aber auch viele kleinere Betriebe haben in diesen Vierteln Platz gefunden. Ein grosser Teil dieser kleinen Betriebe hat ausserdem eine öffentlich-versorgende Funktion, so dass diese Viertel in dieser Hinsicht ein Versorgungsniveau haben, das in keinem einzigen anderen Viertel in Amsterdam erreicht wird. Auch nicht in der Innenstadt, da dort meistens von einem mehr spezialisierten Läden- und Geschäftebestand die Rede ist.

Im Jahre 1971 hatte das Dapperviertel 267 Läden, wovon 86 zum Nahrungs- und Genussmittelsektor gehörten und 181 zum Sektor der dauerhaften Güter. Daneben gab es 271 Betriebe, worunter 71 Lagerräume. Die 205 anderen Betriebe boten 541 Arbeitenden Platz. Was die Arbeitsbeschaffung anbelangt spielt das Viertel also nicht eine solche grosse Rolle.

Im Viertel lässt sich eine deutliche räumliche Konzentration der Läden und Betriebe erblicken (siehe Karte 5). In der zentralen Achse Dapperstrasse-Erste Van Swindenstrasse haben sich die meisten Läden konzentriert. In der Dapperstrasse liegt der Akzent auf Nahrungsläden (im Zusammenhang mit dem Markt); in der Ersten Van Swindenstrasse auf dem Sektor der dauerhaften Güter. Die Betriebe befinden sich zu einem grossen Teil in den Seitenstrassen. Und an sehr vielen Strassenecken kann man eine Schenke finden.

Der Markt spielt ausserdem eine sehr wichtige Rolle. Dieser stammt aus dem Jahre 1911, als die Strassenhändler in Amsterdam auf mehreren Märkten konzentriert wurden. Der Dappermarkt hat eine wichtige Funktion für Amsterdam-Ost. Zwei Drittel der Besucher kommt nicht aus dem Dapperviertel selbst.

Auch was den Unterricht anbelangt ist die Situation gut. Im Viertel selbst gibt es zwei Kindergärten und eine Volksschule; im Gebiet um den Polderweg befinden sich ausserdem Schulen für nahezu alle Formen des Fortbildungsunterrichts.

Was die ärztlichen Vorkehrungen betrifft ist die Situation etwas differenzierter. Es gibt 5 Ärzte im Viertel, jedoch keinen einzigen Zahnarzt. Die gleiche Diskrepanz sehen wir für den ganzen Stadtteil Alt-Ost. Im Jahre 1978 gab es dort 5,2 Ärzte pro 10.000 Einwohner gegen 5,0 für die ganze Stadt; es gibt dort jedoch nur 1,9 Zahnärzte gegen 4,8 für die ganze Stadt. Zahnärzte suchen mehr die schattige Umgebung von Amsterdam-Süd auf. Das im Viertel befindliche Bürger-Krankenhaus hat kaum eine Funktion für das Viertel selbst.

Als das Krankenhaus gegen Ende des vorigen Jahrhunderts gebaut wurde, war es an erster Stelle für die wohlhabenden Amsterdamer gemeint. Ein elitärer Charakter, den es noch immer nicht ganz verloren hat.

Schliesslich gibt es noch einige sozial-kulturelle Anstalten im Viertel, wovon namentlich das Nachbarschaftshaus De Werf einen Beitrag zu den Aktionen im Viertel geleistet hat.

6. DER STADTERNEUERUNGSPROZESS

In diesem Rahmen werde ich auf Gang der Dinge um die Stadterneuerung kurz eingehen, da dieses Thema im Schlussbericht ausführlich zur Sprache kommen wird. Deshalb beschränke ich mich hier auf:

- a. das Angeben der heiklen Sachen
- b. kurze chronologische Übersicht
- c. Karte 6, von der abzulesen ist:

- welche Teile in diesem Augenblick realisiert sind
- die Teile, wo gebaut wird oder die baureif gemacht werden
- die Teile, die in den ersten Jahrzehnten nicht niedergerissen werden

a. Diskussionsthemen

- Parzellierung des Neubaus und im Zusammenhang damit die zeitliche Gliederung der Stadterneuerung. Heutige Situation: das alte Strassenmuster bleibt erhalten und die Erneuerung findet zeitlich gegliedert statt.
- Wohnungsdifferenzierung. Die Standpunkte waren anfang 1974 folgendermassen:

	Gemeinde	Bewohner
2 Zimmer	10 - 15 %	30 - 35
3 Zimmer	10 - 20	25 - 30
4 Zimmer	40 - 50	30 - 40
5 Zimmer	25 - 35	5 - 10

Heutige Sachlage: die Gemeinde geht jetzt aus von 40 % kleinen, 40 % grossen Wohnungen, und 20 % kann im Laufe des Prozesses ausgefüllt werden.

- Mieten. Wir haben schon auf den Unterschied in Mieten zwischen Alt- und Neubau hingewiesen. Der Kampf in diesem Punkt ist noch lange nicht gekämpft worden, und schon gar nicht bei den heutigen politischen Verhältnissen auf nationaler Ebene.

b. chronologische Übersicht

- 1968 - visuelle Fassadenregistratur des Dapperviertels durch die Gemeinde
- 1969 - Bauklotz Prüfung des bauverständigen Standes. Schlussfolgerung: niederreissen
- 1971 - Gründung der Aktionsgruppe 'De Sterke Arm'
 - Vorlegung des Plans Duyff (Gemeinde), der eine ganze Rekonstruktion des Viertels mit einer mäander-förmigen Bebauung beinhaltet
- 1972 - Bericht des Wirtschaftlichen Instituts für Baugewerbe, in dem die Ausgangspunkte der Gemeinde stark kritisiert werden
 - Bewohner reichen 140 Beschwerdeschriften ein gegen den Bestimmungsplan (Plan Duyff)

- der erste Pfahl für die Roomtuintjes
- Bildung einer amtlichen Projektgruppe für das Dapperviertel
- 1973 - Änderung des Bestimmungsplans; die wichtigsten Forderungen der Aktionsgruppe 'De Sterke Arm' werden gewährt
- Bildung von Strassengruppen von Bewohnern: das Mitrederecht startet
- 1974 - erste Mietenaktionen in den Roomtuintjes
- 1975 - erster Pfahl Neubau Wagenaarstrasse
- 1976 - Mitrederecht in der Sackgasse
- Änderung der Pläne hinsichtlich der Wohnungsdifferenzierung durch die Gemeinde
- 1977 - Stockung Neubau Südecke
- 1978 - der Kampf um die Mieten wird heftiger
- 18-11-1978 - Aktionsgruppe 'De Sterke Arm' hebt sich auf; Bewohnergruppen machen weiter

GA/290679

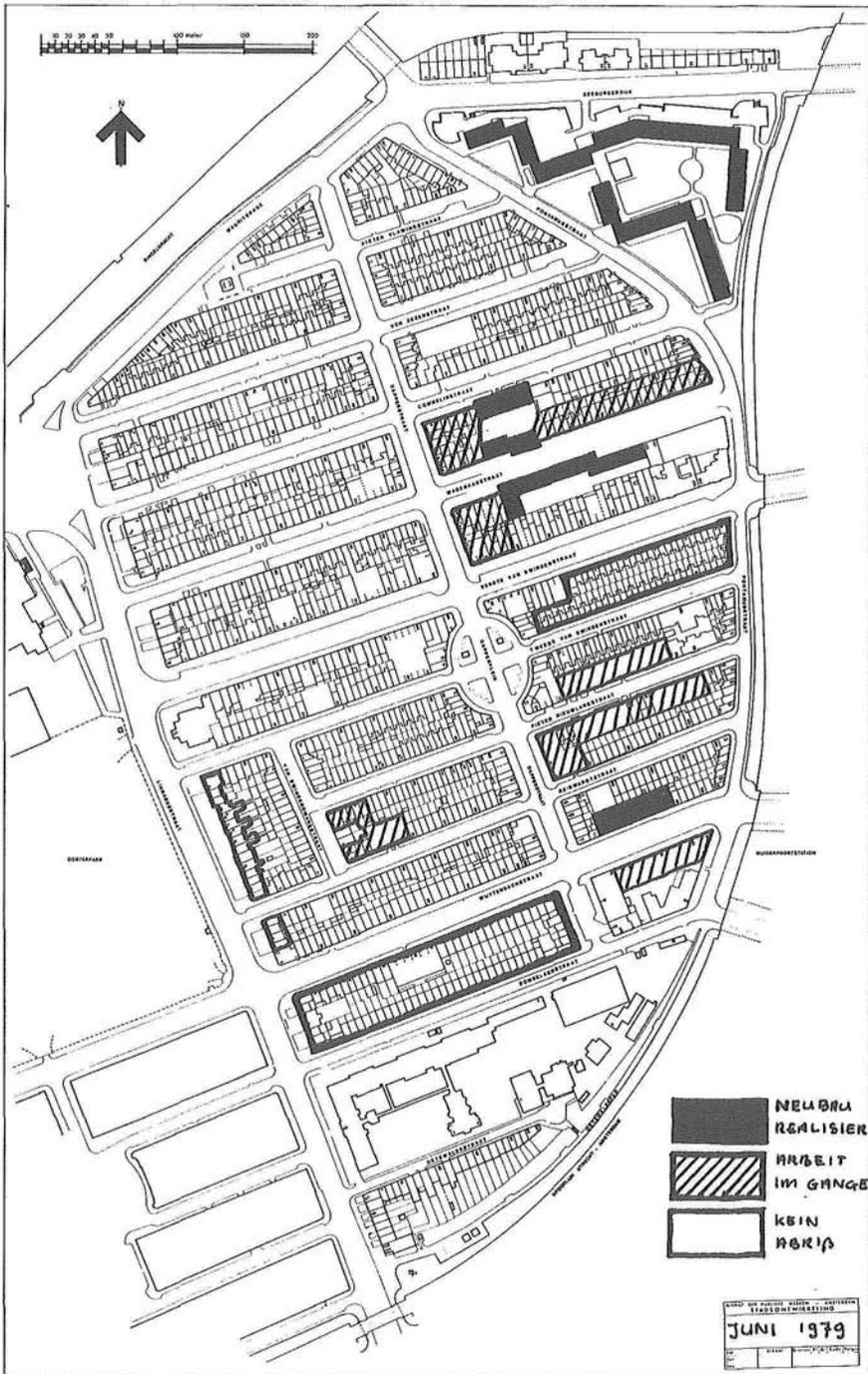
KARTE 5. PUBLIK VERSORGENDEN
BETRIEBEN



Publiek verzorgende
bedrijven Dapperbuurt

- winkels / LADEN
 - overige publiekfunkties / ÜBRIGE ÖFFENTLICHE FUNKTIONEN
- 0 150m

KARTE 6. STAND DER STÄDTERNEUERUNG



- NEUBAU REALISIERT
- ARBEIT IM GANGE
- KEIN ARBEIT

JUNI 1979

HARROW ROAD CORRIDOR

SOUTH BRENT

Support
Juli 1979
London

The development of Urban Renewal policies and action in housing stress areas in a London borough, and the influence of local residents and their organisations.

The case of South Brent - the "Narrow Road corridor".

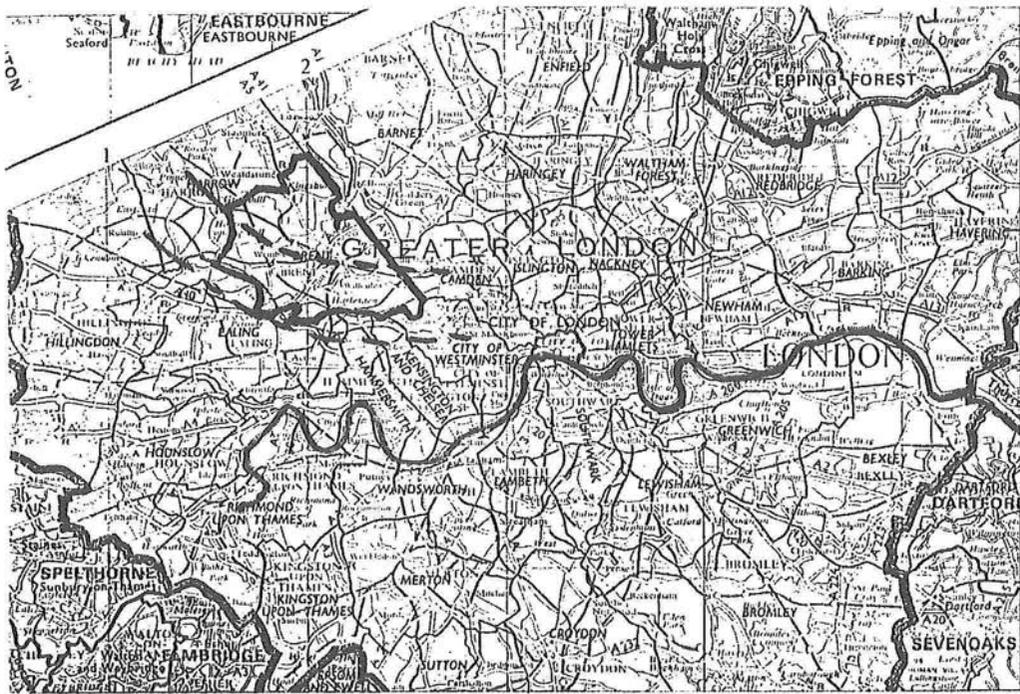
The Background

The two adjacent areas of Willesden and Kilburn were developed mainly between 1895 and 1914. In 1875 there were two distinct communities of Kilburn and Harlesden, with populations of 12,000 and 3500 respectively. The village of Harlesden could only be reached from the more urban community of Kilburn by devious country roads and bridle paths. The remainder of the parish was essentially rural.

By 1885 there were 38,000 living in the district and new urban estates developing in Willesden Green and Kensal Green. Most of the Borough's immigrants came from the adjacent boroughs in the south, as commuting to work became a more viable proposition with the expansion of the railway system at this time. The growth of speculative building was almost phenomenal. Wealthy City merchants sold up their farmsteads for building estates and moved further out into the country, leaving the area to develop into a dormitory suburb. By 1895 the population had grown to 79,000.

The development of the omnibus and electric tramcar, combined with the Metropolitan Railway (nowadays the Metropolitan Underground Line) in 1895 had a remarkable effect on the development in the next decade. The population grew by 58,000 at a rate greater than in any district in Greater London except for East Ham (in east London). So, by 1905 the population of 137,427 was distributed as shown in Table 1.

There were four principle communities - Kilburn, Willesden Green, Kensal Green and Harlesden. Church End population belonged partly to the Harlesden community and partly to the Willesden community. These communities were still separate suburban townships of which Kilburn was the oldest and most urban in character.



Map of Greater London showing London Borough of Brent and the "Harrow Road corridor"

Growth of Industrialisation

By 1914 light engineering and printing were firmly established in Kilburn and Church End; foundries and printing in South Kilburn, Willesden Green and Stonebridge; some printing and light engineering in Harlesden and some half dozen bigger factories in Park Royal. But there was still some 1500 acres of underdeveloped land. The Park Royal area was used to provide extensive munitions factories during the 1st World War. This intensive factory development upset the balance of skilled and unskilled labour needed in the Borough. Until then the population of the Borough had satisfied its own industries, needing mainly unskilled labour, including women. This influx of labour that was needed to run the factories meant that the Borough had to absorb these workers in its present housing stock.

There was a "second wave" of population growth in the 1930's. The population had risen at a rate of 1% between 1914 - 1925, but by 1938 the population was 198,000.

The effect of the 2nd World War was to accelerate the social changes and aggravate the problems already apparent in 1939. Bomb damage was extensive and more than half the housing stock was damaged. Over 60,000 people moved out of the Borough, and yet later many more people moved into the area from other parts of London. By 1948 the population was again over 180,000 but more than half of these had not lived in the Willesden area before 1940.

The housing waiting list in 1948 was 11,750.

Current Situation

The old Borough of Willesden was brought into the new London Borough of Brent together with the more middle class area of Wembley in April 1964, when the Greater London Council was formed and there was general re-organisation of the local government in London. This tends to distort information about the borough as a whole e.g. figures for housing tenure would suggest that there are approx. 50% owner occupiers in the borough whereas most of them are in Wembley and not in the south of the Borough.

The two main slum clearance areas of South Kilburn and Stonebridge were developed through the CDA (Comprehensive Development Area) procedure. In South Kilburn one can see 1950's brick-built 4 storey housing, early 60's 8 storey blocks and late 60's heavy panel system built 17 storey blocks. Stonebridge also exhibits similar characteristics, though most developments took place in the late 60's. Two other areas were planned for major redevelopment, Kensal Green and South Harlesden. Both border onto the Harrow Road, a main route into London with growing traffic problems. Much of South Harlesden was to be redeveloped for a new road to relieve the Harrow Road, and had been "blighted" by these plans. Landlords failed to repair their properties to an adequate standard as they were destined for demolition.

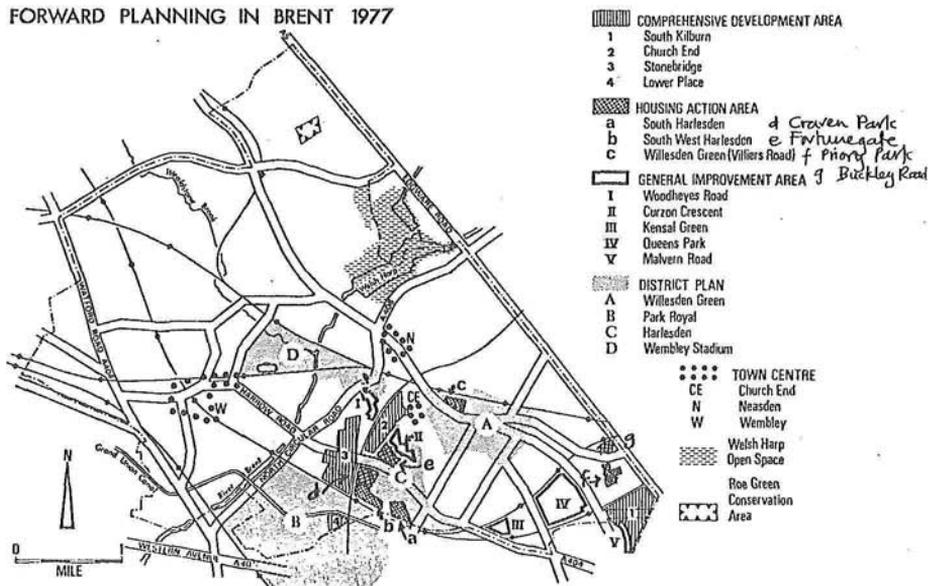
However, massive public opposition to major road redevelopment among other things, brought Labour back into power in the Greater London Council, the strategic authority for London, and they scrapped the Tory plans for major motorway systems around the Capital, in 1971. This left the future of South Harlesden in doubt and resulted in proposals to rehabilitate the area.

Kensal Green was only partially affected by the road scheme but it was a marginally more desirable area - it had a high proportion of owner-occupiers for instance. Kensal Green reflected a national development where local residents groups fought redevelopment proposals campaigning instead for rehabilitation and General Improvement Area (GIA) or Housing Action Area (HAA) status.

GIA's were a feature of the 1969 Housing Act, intended to focus energy and resources into areas specifically identified as being in need of fundamental improvement. HAA's were another way of channelling resources into specific areas - owner-occupiers can get Improvement grants of up to 75% of the cost of improvements, for instance.

The story of the Kensal Green Struggle is similar to many elsewhere in England, in Lambeth, Manchester, Birmingham, Leeds and has been documented by an AA student, William Holgate. Brent moved slowly to respond to the 1969 Act, declaring only 3 GIA's (there are also 2 GIA's declared by the GLC in the area) in the period up to 1974, and 2 after; one in Kilburn (Roundwood), and Kensal Green. It reacted more swiftly to the 1974 Housing Act proposals declaring 7 Housing Action Areas to date.

FORWARD PLANNING IN BRENT 1977



MAP OF BRENT From Council's "Planning Handbook"

It shows the three HAAs which had been declared by 1977.
The Location of the others is also shown in red .

Residents associations are to be found in each HAA and GIA
though South West Harlesden and Kensal Green are likely to
be the areas of detailed study in the final report .

South Harlesden Housing Action Area	Declared	May 1975.
SW Harlesden	" "	February 1977.
Craven Park	" "	March 1978.
Willesden Green	" "	July 1977.
Fortunegate	" "	July 1978.
Buckley Road	" "	July 1979.
Priory Park (GLC)	" "	

Kensal Green General Improvement Area

Curson Crescent	" "
Woodhey's Bridge & Gresham	"
Malvern Road	"
Queens Park (GLC)	" "

Comprehensive Development Areas

South Kilburn
 Stonebridge
 Church End

Brent has now largely abandoned clearance and the building of new Council housing and is concentrating mainly on rehabilitation.

Action Groups

There has been a history of community organising in Willesden since the 2nd World War - much of it linked to the labour movement. Indeed the first Housing Co-operative in Britain, Addis Lawn, was established in Willesden.

In 1965 a number of Tenants Associations on Brent Council estates joined together and formed a Federation of Tenants and Residents Associations. This Federation organised a major rent strike in 1968 against rent increases proposed by the Tory-controlled local council. This movement was widespread over London at that time. Inevitably this movement failed to achieve much and in the aftermath consolidated action decreased, but the BFTRA remained in existence.

In 1973 the Federation was instrumental in setting up Brent Community Law Centre with Brent Trades Council. Since that time the Federation has grown in strength and importance and nearly all action groups in the area are affiliated to it.

Up to 1978 the majority of associations and groups were on Council estates. At the moment 53 council tenants associations are known to the Federation. It was only in Kensal Green that there was an effective residents association in an area of private housing. This association largely represented the interests of private owner-occupiers. Some small scale landlords were involved, but not many.

The Federation opened its doors to private owners and tenants in an attempt to have greater working class solidarity rather than conflict between tenure groups.

Since the establishment of Housing Action Areas however, local groups have been formed in other areas. In each case the action group's area of activity and membership coincides with the administrative boundaries of the HAA or GIA set up by the local authority. Each of these groups differs in composition and strength, but all have been formed by local people. In some cases there has been stimulation of support from the local authority but all the organisations depend entirely on voluntary work by local people and are completely independent.

Early in 1979 these groups decided to meet regularly as a sub-group of the Federation to discuss common problems and their growing dissatisfaction with the urban renewal programmes throughout the borough. As a result of this the local authority has responded and recognised these organisations and introduced a number of forms of participation.

The other important action groups to appear in the 1970's were squatters and short life housing groups. Because of the delays in development schemes in Brondesbury, Church End etc., there was a great deal of empty property in Brent. As in the rest of London many people turned to squatting as a short-term solution to their housing problems. The squatters' organisation was some way behind other parts of London, and no "Family Squatting Group" was ever formed.*.

After some initial conflict and hostility the local authority recognised the squatters demands and granted some short-term licenses to occupy. They would then rehouse the occupants in other short-term houses at the end of the license. Such arrangements were not co-ordinated and licensed and unlicensed squatters often lived side by side. This use of short-life property has become an integral part of housing management by local authorities and Housing Associations.

Some squatters formed Brent Community Housing which is also affiliated to the Federation of Tenants and Residents Associations, and some also set up Kilburn Housing Co-operative.

The organised squatters have made interesting alliances with Trades Councils on 2 occasions with some success.

While all the above groups have been primarily concerned with housing issues they have all dealt with a wide range of problems from improvement standards, workmanship, repairs and environmental issues such as street closure, rubbish removal, bad pavements and to shops and other such infrastructural factors. Also, as self-help groups they tend to organise a limited amount of social and welfare activities though these are hampered by the absence of meeting places and social facilities. Most groups have to rent school halls which is a drain on their already over-stretched resources.

Action Groups 2

There are a number of agencies in the area which have played important roles in either stimulating or supporting local action.

Family Service Unit - a National charity which has funds from the local authority and does welfare work in South Brent. They are based in Greenhill Housing Action Area.

Harlesden Advice Centre The most progressive of the agencies. It is in a key position on a busy shopping street. It operates from part of a Methodist Church. It has a management committee partly composed of local people not all of whom are Methodists. At various times 3 full-time workers have been politically and personally associated with campaigns around housing issues. Workers at Harlesden Advice Centre have been key figures in Brent Community Housing and Kilburn Housing Co-operative for instance. They organised a survey and report on empty houses in the borough. Most of HAC's work is on a casework basis, advising and helping individuals with Social Security, financial, personal and housing problems. Amongst other groups of interest to this study are Brent Council of Voluntary Service and the Citizens Advice Bureau (which have little or no impact on local action), the Leppie Constantine Centre, a West Indian Community Centre, Moonshine, a community Arts centre, Brent Indian Association Brent Active Pensioners, and Brent Womens Centre.

Brent Community Law Centre

Established by radical lawyers, Brent Trades Council and BFTrain 1973. This was one of the first Law Centres in the country. It operates on a substantial grant from the local authority and some from central government. The local authority provides premises which were recently modernised at a cost of £20,000. Constitutionally, the Law Centre is independant and managed by a small number of individual "shareholders" and a majority of delegates from tenants associations and trade union groups. Recently there have been moves to widen the representation.

The Law Centre runs advice sessions and does a lot of casework with individual legal problems but it also advises organisations such as Trade Unions and tenants associations on industrial and housing law. This role extends to broader political and organisational questions. The Law Centre is the main resource in the area for these groups who use it for meetings duplicating leaflets and minutes as well as legal advice. It has a staff of eight - 2 solicitors, 1 barrister, 1 trainee solicitor and three workers in a general role as well as a research worker.

Decentralised agencies of Local Government

Harlesden Community Project - Originally a hostel for wayward teenagers, the building was closed after pressure from local tenants and residents. It had also been a base for some "community work". Now the building is used for a team of community workers who try to aid local groups and also as a resource centre where some local groups have a room to meet in and other facilities. The project has never had much credibility but individual workers are winning the respect of local groups.

Brent has recently invested a lot of money into community work and has set up joint projects in Stonebridge and South Kilburn.

Housing Action Area Project Office

The original intention of the 1974 Housing Act was for the local authority to set up local offices in each HAA with staff who would deal with a variety of problems - surveyor, housing manager etc. Brent in fact uses an office in South Harlesden HAA to service several HAA's. The office is in a converted house. Most people with enquiries about housing improvement go to Robert Owen House where the councils rehabilitation section is centrally based in Willesden High Road.

Hazell Road Neighbourhood Centre - This is a converted house in the Kensal Green GIA staffed by 2 community workers employed by the local authority. They run advice sessions but are concentrating on organising tenants in Kensal Green who are not well represented by the largely owner-occupier dominated residents association.

Local authority moves to increase participation

The ruling Labour group in Brent over the last few years has had a "progressive" attitude to participation. For a number of years various mechanisms have been in operation for consultation with council tenants. This had now been extended to residents of HAA's and GIA's. A liaison committee is being established between the council and action groups.

In addition 3 delegates from the groups have been co-opted onto the Councils own action areas sub committee. The council is also committed to holding regular meetings in each area to be attended by local elected councillors and officials. It is yet to be seen whether this complex web of meetings will actually improve things or satisfy residents complaints. Invariably, a handful of sympathetic officials will come along but it is doubtful whether they have enough power within the local authority to change things.

Housing Associations- It is worth mentioning at this point that rehabilitation work in each area is shared between local authority and 2 main Housing Associations, Brent Peoples Housing Association and Paddington Churches Housing Association. They do send representatives along to local meetings but as housing associations they are not politically accountable, and there seems an unwillingness on their part to enter into formal arrangements with action groups.

Local Plan participation- The local authority has also co-opted representatives from local associations onto committees which are preparing plans for the Harlesden part of the study area. This involves consideration of future urban renewal policies but is also concerned with questions of shopping an infrastructure. In Willesden Green area local action groups forced a public enquiry because of dissatisfaction with aspects of the local plans proposals.

The material prepared for October will include detailed information on

1. Historical developments of the fabric of the area.
2. Historical development and current changes in employment and industry.
3. The age, form and condition of the housing stock, based on a typical area example.
4. The nature of local authority policies for intervention and the proposals for rehabilitation and the construction of facilities. One HAA or GIA to be used as an example.
5. Relationships between the local authority and local groups in more detail.
6. Information of a more statistical nature—size of households, income, where they come from and movement within the area. Change in balance of the population etc.

Problems

Further details on the activities of local groups and the issues they are raising. These include

1. Criticisms of general urban renewal policies about the selection of areas.
2. Criticism of lack of local authority resources to implement programmes in the area.
3. Dissatisfaction with the results of improved property for tenants—complaints about dampness, defects standards etc.
4. Dissatisfaction with the implementations, delays and mess.
5. Dissatisfaction with improvement grant procedures and results for owner occupiers.
6. Discussion of environmental improvements and local facilities.

Current Developments

1. More detailed information on two areas, probably Kensal Green and South West Harlesden, and their relationship with the Federation
2. Struggles provoked by the new Tory Government, including Brent Campaign against the Cuts and its relationship with local groups *
3. The emergence of new housing co-operatives in the area.
4. Plans to establish a resource centre run by the Federation of Tenants and Residents to co-ordinate the role of workers and activists in the various areas. Any action research project developing from this study could be based in such a resource centre and the final report will set out how this can be done.

* This will deal with the Trades Council, how it is organised and its relationships with local organisations.

Context - National and political

While this is absent from the TU paper, it is an essential part of the exercise.

The relationship between local policies in Brent and national policy will be looked into.

The fluctuation in municipalisation (which Brent is committed to) is a result of governmental pressure. It is now halted altogether.

Is the switch from rebuild to rehabilitation meeting housing needs? How are homelessness figures changing?

Do local action groups recognise the wider political issues? or are they purely in conflict with local agencies whose hands are tied by governmental constraints. What is the relationship between these groups and a wider politicisation?

It must be realised that the whole area of Urban Renewal and general housing policy has altered radically since May 3rd 1979. The change in government has meant that housing policy has been one of the most changed fundamentally and ideologically. It may well be that the Tory ideal of owner occupancy, and therefore the wholesale sale of council housing will be the single biggest change in tenure. It can only be a "one-off" operation where housing is offered at massively reduced prices. The government is advocating local authorities building anew for sale, which of course means tenants subsidising commercial building firms who of course build for profit, not to provide decent housing for the borough's tenants. There is a movement to disband local authority direct labour forces, and this should be seen in this context.

